



## Protokoll

der 35. - 38. Sitzung, Amtsjahr 2022 / 2023

Mittwoch, den 9. November 2022, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Mittwoch, den 16. November 2022, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20:00 Uhr

**Vorsitz:** *Jo Vergeat, Grossratspräsidentin*  
**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher und Andrea Steffen, Texterfassung*

### Abwesende:

9. November 2022, 09:00 Uhr  
35. Sitzung Jessica Brandenburger (SP), Salome Hofer (SP), Pascal Pfister (SP).  
9. November 2022, 15:00 Uhr  
36. Sitzung Jessica Brandenburger (SP), Salome Hofer (SP).  
16. November 2022, 09:00 Uhr  
37. Sitzung Jessica Brandenburger (SP), Harald Friedl (GAB), Melanie Nussbaumer (SP), Jean-Luc Perret (SP), Roger Stalder (SVP), Oliver Thommen (GAB), Felix Wehrli (SVP).  
16. November 2022, 15:00 Uhr  
38. Sitzung Jessica Brandenburger (SP), Anina Ineichen (GAB), Melanie Nussbaumer (SP), Roger Stalder (SVP), Felix Wehrli (SVP), Christian von Wartburg (SP).

### Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung .....1493
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte .....1494
3. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Danielle Kaufmann, SP) ..1494
4. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Danielle Kaufmann, SP).....1495
5. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Barbara Heer, SP) .....1495
6. Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Barbara Heer, SP).....1496
7. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Toya Krummenacher, SP).....1496
8. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Beat K. Schaller, SVP) .1496
9. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die bauliche Optimierung des Geschäftsbereichs Betrieb des Tiefbauamtes am Standort Dreispitz .....1497
10. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Universität) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2021 der Universität Basel. Partnerschaftliches Geschäft .....1499
11. Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Vorstadttheater Basel für die Jahre 2023 bis 2026 .....1505
12. Ausgabenbericht betreffend Erhöhung Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für die Jahre 2022 und 2023 aufgrund der Umsetzung der "Trinkgeld-Initiative" an das Musikbüro Basel (ehemals RFV Basel) .....1506
13. Bericht der Petitionskommission zur Petition P432 "Kitas sind Service Public" .....1508
14. Bericht der Petitionskommission zur Petition P450 "Burgfelderstrasse Tempo 30 - Jetzt!" .....1511
16. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen.....1515
15. Neue Interpellationen. ....1519  
Interpellation Nr. 114 Daniel Sägesser betreffend Unterstützungsmassnahmen wegen steigender Energiekosten und drohendem Kaufkraftverlust ..... 1519

	Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Grossräte und Regierungsräte, die nicht in Basel-Stadt wohnen, dennoch aber Grossrat und Regierungsrat in Basel sind .....	1521
	Interpellation Nr. 116 Nicola Goepfert betreffend Erneute unterirdische Unterbringung von asylsuchenden Menschen .....	1521
	Interpellation Nr. 117 Beat K. Schaller betreffend Situation von Transkindern und -jugendlichen im Kanton Basel-Stadt.....	1523
	Interpellation Nr. 118 André Auderset betreffend "IWB: Kunden schröpfen und Geld verprassen?" .....	1523
	Interpellation Nr. 119 Mark Eichner betreffend kurzfristige Umleitung Verkehr Wettsteinallee .....	1524
	Interpellation Nr. 120 Raoul I. Furlano betreffend Fernwärme .....	1525
	Interpellation Nr. 121 Michael Hug betreffend Erhöhung der Stromproduktion des Kraftwerks Birsfelden... 1525	
	Interpellation Nr. 122 Roger Stalder betreffend Turnhalle Sandgrube bereits ein Sanierungsfall .....	1526
	Interpellation Nr. 123 Tonja Zürcher betreffend schleppende Untersuchung des Vorgehens von Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kantonspolizei im Zusammenhang mit der "Basel nazifrei"-Demonstration vom 24. November 2018ü .....	1526
	Interpellation Nr. 124 Balz Herter betreffend erneute Baustelle tötet das Gewerbe an der Clarastrasse.....	1527
17.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nachtrag Klima zum Gestaltungskonzept Innenstadt .....	1527
18.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Vitelli und Konsorten betreffend Margarethenplatz .....	1529
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend Carsharing dank regionaler Parkkarte .....	1531
20.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission sowie der Bau- und Raumplanungskommission zum Sanierungsprojekt Kunsteisbahn Margarethen.....	1531
21.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend "Lernbrücken für Lernlücken" zum Ausgleich der Nachteile aufgrund der Corona-Schuljahre .....	1531
22.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend "Keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien auf Grund der Schulwahl" .....	1535
23.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend freien Zugang für alle zur Jugendberatung der JuAr .....	1535
24.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend bessere Luftqualität an Basler Schulen im Winter 2022/23 .....	1536
25.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend Gewährung einer Finanzhilfe für die Ballettschule Theater Basel (BTB) .....	1538
26.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Konzeptentwicklung bei zukünftigen pandemischen Krisen an Basler Schulen .....	1541
27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend Jugendsportförderung	1541
28.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sibylle Benz und Konsorten betreffend kein Nachteil in der Schullaufbahn und beim Eintritt in die Lehre .....	1541
29.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Liberalisierung des Personentransports mit mehrspurigen Spezialvelos .....	1542
30.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Philip Karger und Konsorten betreffend Stärkung der Cybersicherheit für Staatliche Verwaltungen, Firmen und Privaten in Basel-Stadt .....	1542
31.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren .....	1542
32.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion David Jenny und Konsorten betreffend Anpassung des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG) an das Gerichtsorganisationsgesetz (GOG) .....	1545
33.	Bericht des Regierungsrates zur Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend Begleitmassnahmen zum Thema Betteln "Basler Weg" .....	1546
	Mitteilung .....	1546
34.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Sicherheit für Velofahrende an Kreuzungen und entlang parkierter Autos.....	1547
35.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Franziska Roth-Bräm und Konsorten betreffend einfach verständliche Abstimmungsinformationen für junge Stimmberechtigte - easyvote .....	1549
36.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Sicherstellung von Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Männer und Männer mit Migrationshintergrund	1549
37.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Suffizienz im Kanton Basel-Stadt .....	1550
38.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend Schaffung einer Taskforce Nachtkultur .....	1552
39.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend professionelle Online-Kultur-Plattform ermöglichen.....	1552
40.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mehmet Sigirci und Konsorten betreffend Vollzug des persönlichen Verkehrs des nicht obhutsberechtigten Elternteils .....	1552
41.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Samuel Wyss und Konsorten betreffend Unterstützung des Engagements beim Projekt Logistikcluster, Errichten eines Umschlagplatzes im Raum Basel .....	1553

42.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Toya Kruppenacher und Konsorten betreffend Problematik Früh-/Teilpensionierung von Kantonsangestellten in tiefen Lohnklassen mit körperlich belastenden Berufsprofilen	1553
43.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beat K. Schaller und Konsorten für einen attraktiven öffentlichen Verkehr - auch für Pendler	1553
44.	Motionen 1 - 5	1553
	1. Motion Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung	1553
	2. Motion Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten	1554
	3. Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Einführungsklassen an allen Schulstandorten	1554
	4. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend transparente Leistungsniveaus der Schulstandorte	1558
	5. Motion Erich Bucher und Konsorten betreffend keine Kleinpensen in der Volksschule	1562
45.	Anzüge 1 - 11	1565
	1. Anzug Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend kein Stolpergraben zwischen Dorfkirche und Dorfsaal - Erweiterung des Planungsperrimeters für die neue Tramhaltestelle Riehen Dorf	1565
	2. Anzug David Jenny und Konsorten betreffend Berufsbildung für Lehrpersonen	1566
	3. Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Weiterbildungsgutscheine für Lehrabgängerinnen	1568
	4. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Kenntnis der Unterrichtssprache als Grundlage	1570
	5. Anzug Salome Bessenich und Johannes Sieber betreffend Sicherstellung von Grünflächen im Kleinbasel während der Baustelle Rheintunnel auf der Dreirosenanlage	1572
	6. Anzug René Brigger und Tim Cuénod in Sachen jahrelang leerstehende Häuser und Wohnraumvernichtung	1574
	7. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Anreizsystem für Vertikalbegrünung sowie Nistmöglichkeiten für Tiere am Gebäude	1577
	8. Anzug Brigitte Kühne und Raffaella Hanauer betreffend Superblocks in Basel	1579
	9. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Unterstützungsbeiträge für Senior:innen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen	1581
	10. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Schulraum für das Quartier am Ring	1582
	11. Anzug Eric Weber betreffend Wohnen ist ein Menschenrecht	1583
46.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 62 Lukas Faesch betreffend unzumutbarer Zunahme von Rehschäden auf dem Friedhof Hörnli	1583
48.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 70 Lorenz Amiet betreffend Schutzwürdigkeit der Gebäude des Tiefbauamtes an der Rotterdamstrasse	1584
49.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 72 Tonja Zürcher betreffend Bauvorhaben Rheintunnel und der versprochenen Rückbaumassnahmen	1584
50.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 73 Tim Cuénod betreffend Verbesserungen bei der Veloquerung des Bahnhofs SBB	1585
51.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 77 Salome Bessenich betreffend Baustellen rund um den Marktplatz	1585
52.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 78 René Brigger in Sachen Vollzugsnotstand bei der Vereinfachung von Solaranlagen	1586
53.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 84 Jean-Luc Perret betreffend Massnahmen für mehr Sicherheit für Velofahrende am Luzernerrieging	1587
54.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 88 Luca Urgese betreffend kurzfristige Senkung des Energieverbrauches in Liegenschaften des Kantons durch intelligente Heizsysteme	1587
55.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 97 Raffaella Hanauer betreffend Umgestaltung Wielandplatz	1588
56.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 99 Beat Braun betreffend Sharing-Flops im BVD	1588
57.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 61 Johannes Sieber betreffend vorgesehene Umnutzung des Musical Theaters	1588
58.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 64 Christoph Hochuli betreffend Schwimmhalle im Klybeckareal statt im Musical-Theater	1588
59.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 67 Melanie Nussbaumer betreffend Übernahme der Bethesda Spital AG durch das Universitätsspital Basel	1589
60.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 68 Lydia Isler-Christ betreffend E-Health und Elektronisches Patientendossier und anonymisierte Patientendaten senken Kosten im Gesundheitswesen	1589
61.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 74 Raoul I. Furlano betreffend Umsetzung der Pflegeinitiative	1589
62.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 69 Claudio Miozzari betreffend Schulraumkrise, drohende überschreitung Klassengrössen und Bildung und Betreuung für Geflüchtete	1590
63.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 71 Barbara Heer betreffend Basler Eltern im Hamsterrad bei der Organisation der Ferienbetreuung	1590
64.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 96 Sasha Mazzotti betreffend Personalmangel an den Basler Schulen	1591
65.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 63 Andrea Strahm betreffend die Inflation verstärkt das Armutsrisiko	1592
66.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 79 Lydia Isler-Christ betreffend einfach durchzuführende Massnahmen zur Reduktion des Gasverbrauchs	1592
67.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 90 Beat K. Schaller betreffend Wieso missachtet der Regierungsrat seine eigenen Grundsätze zur öffentlichkeitsarbeit?	1592

68.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 98 Melanie Eberhard betreffend Entwicklung integrativer Arbeitsplätze in Basel.....	1593
69.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 83 Gianna Hablützel-Bürki betreffend Klimaklage gegen Holcim .....	1594
70.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 86 Lukas Faesch betreffend Verwaltung macht Politik.....	1594
71.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 92 Andreas Zappalà betreffend Wohnschutzkommission ..	1595
72.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 65 Eric Weber betreffend Plakate vom Zofinger Konzärtli verschandeln die Stadt.....	1595
73.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 101 Lukas Faesch betreffend BVB bessern Geleise beim Barfi nach .....	1595
74.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 103 Pascal Messerli betreffend Nein zum Freizeitgartengesetz, wie weiter? .....	1596
75.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 104 Daniela Stumpf betreffend Aufhebung der Fahrspur auf der Münchensteinerbrücke.....	1596
76.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 110 Joël Thüring betreffend Zunahme schlafender Roma-Bettler im öffentlichen Raum schläft auch die Verwaltung? .....	1596
77.	Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 111 Andreas Zappalà betreffend Situation beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat .....	1597
Anhang A: Abstimmungsergebnisse .....		1599
Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen) .....		1637
Anhang C: Neue Vorstösse .....		1640

## Beginn der 35. Sitzung

Mittwoch, 9. November 2022, 09:00 Uhr

# 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[09.11.22 09:00:00, GMT]

## Mitteilungen

*Jo Vergeat, Grossratspräsidentin:* ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

### Neue Ratsmitglieder

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen.

Amina Trevisan (SP) nimmt den Platz der zurückgetretenen Danielle Kaufmann ein.

Ich bitte Amina Trevisan, sich kurz von ihrem Sitz zu erheben.

Ich wünsche dem neuen Mitglied für ihre verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse es hier herzlich willkommen.

[Applaus]

### Rücktritte

Beatrice Messerli hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 7.2.2023 den Rücktritt erklärt. Wir werden Beatrice Messerli an Ihrer letzten Sitzung im Januar gebührend verabschieden.

Mark Eichner hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 31.01.2023 den Rücktritt erklärt. Wir werden Mark Eichner an seiner letzten Sitzung im Januar gebührend verabschieden.

Thomas Müry hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 7.2.2023 den Rücktritt erklärt. Wir werden Thomas Müry an seiner letzten Sitzung im Januar gebührend verabschieden.

### Wechsel Fraktionspräsidium SVP

Die Fraktion SVP hat mitgeteilt, dass ab sofort Lorenz Amiet das Fraktionspräsidium von Pascal Messerli übernehmen wird.

### Schriftliche Interpellationsantwortungen

Da wir in den letzten Monaten einen beachtlichen Pendenzenberg angehäuft haben, möchte ich Ihnen die Möglichkeit geben, Interpellationsantwortungen schriftlich einzureichen. Diese werden dann im Beschluss- und Vollprotokoll abgedruckt und wir sparen Zeit, indem das Votum nicht im Rat gehalten wird. Die schriftliche Beantwortung sollte 2'000 Zeichen nicht überschreiten.

### Hinweis Soirée Parlementaire der ILK

Ich möchte Sie nochmals darauf hinweisen, dass am Dienstag 15. November die Soirée Parlementaire der ILK stattfindet. Sie können sich noch bis Morgen Donnerstag 10. November anmelden. Auf dem Tisch des Hauses finden Sie weitere Informationen dazu.

### Präsidiumsfeier des Amtsjahres 2023/2024

Falls Statthalter Bülent Pekerman von Ihnen als Präsident des Grossen Rates gewählt wird, plant er seine Präsidiumsfeier nicht nach seiner ersten Grossratssitzung am Abend des 8. Februars 2023, sondern im April an einem Samstagabend. Das genaue Datum würde zu einem späteren Zeitpunkt mitgeteilt.

### Neue Interpellationen

Es sind 11 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 114, 116, 118, 119, 121 und 123 werden mündlich beantwortet.

### Geburtstag

Felix Wehrli hat heute Geburtstag und spendiert heute Morgen den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratulieren wir Felix Wehrli ganz herzlich zu seinem Geburtstag und bedanken uns für diese grosszügige Geste.

[Applaus]

### **Mässmogge**

Zur Erhalt der schönen Tradition habe ich Ihnen allen einen Mässmogge auf den Tisch gelegt. Es sind unterschiedliche Sorten und falls sie ihren nicht mögen, können Sie gerne diesen mit anderen Mitgliedern tauschen.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur

### **Tagesordnung**

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

## **2. Entgegennahme der neuen Geschäfte**

[09.11.22 09:04:59]

### **Zuweisungen**

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen.**

### **Kenntnisnahmen**

#### **Der Grosse Rat nimmt Kenntnis**

von den im Geschäftsverzeichnis zur Kenntnisnahme beantragten Geschäften gemäss Anhang B zu diesem Protokoll.

## **3. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Danielle Kaufmann, SP)**

[09.11.22 09:05:03, WA1]

*Jo Vergeat, Grossratspräsidentin:* Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 8 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Selbstverständlich werden die Abstimmungen dann aber einzeln durchgeführt.

Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele JA-Stimmen wie NEIN-Stimmen.

### **Abstimmung**

Durchführung offener Wahlen bei den Traktanden 3 bis 8 (Zweidrittelmehr)

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**84 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 328, 09.11.22 09:06:00]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Wahl Wahlen bei den Traktanden 3 - 8 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die Fraktion SP nominiert Barbara Heer (SP) als Mitglied der Justiz-, Sicherheit und Sportkommission.

Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der

gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion SP lauten.

**Abstimmung**

Wahl von Barbara Heer

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

**87 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 329, 09.11.22 09:13:41]

**Der Grosse Rat waehlt**

Barbara Heer als Mitglied der Justiz, Sicherheits- und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**4. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Danielle Kaufmann, SP)**

[09.11.22 09:13:55, WAH]

Die Fraktion SP nominiert Barbara Heer (SP) als Präsidentin der Justiz-, Sicherheit und Sportkommission.

Wählbar sind Mitglieder der Justiz-, Sicherheit und Sportkommission.

**Abstimmung**

Wahl von Barbara Heer

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

**90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 330, 09.11.22 09:14:52]

**Der Grosse Rat waehlt**

Barbara Heer als Präsidenten der Justiz- Sicherheit und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

**5. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Barbara Heer, SP)**

[09.11.22 09:15:22, WAH]

Die Fraktion SP nominiert Amina Trevisan (SP) als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission.

Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP.

**Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 331, 09.11.22 09:15:57]

**Abstimmung**

Wahl von Amina Trevisan

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

**Der Grosse Rat waehlt**

Amina Trevisan als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 6. Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Barbara Heer, SP)

[09.11.22 09:17:17, WAH]

Die Fraktion SP nominiert Toya Krummenacher (SP) als Mitglied der Petitionskommission.  
Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP.

### Abstimmung

Wahl von Toya Krummenacher  
JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 332, 09.11.22 09:17:26]

### Der Grosse Rat waehlt

Toya Krummenacher als Mitglied der Petitionskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.  
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 7. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Toya Krummenacher, SP)

[09.11.22 09:17:46, WAH]

Die Fraktion SP nominiert Pascal Pfister (SP) als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.  
Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP.

### Ergebnis der Abstimmung

**91 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 333, 09.11.22 09:18:53]

### Abstimmung

Wahl von Pascal Pfister  
JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Der Grosse Rat waehlt

Pascal Pfister als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.  
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 8. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Beat K. Schaller, SVP)

[09.11.22 09:19:14, WAH]

Die Fraktion SVP nominiert Pascal Messerli (SVP) als Mitglied der Umwelt- Verkehr und Energiekommission.  
Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SVP.

### Ergebnis der Abstimmung

**87 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 334, 09.11.22 09:20:01]



### Abstimmung

Wahl von Pascal Messerli

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Der Grosse Rat waehlt

Pascal Messerli als Mitglied der Umwelt- Verkehr- und Energiekommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.  
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 9. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die bauliche Optimierung des Geschäftsbereichs Betrieb des Tiefbauamtes am Standort Dreispitz

[09.11.22 09:20:41, BRK, BVD, 22.0537.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 37'295'000 zu bewilligen.

*Jeremy Stephenson, Präsident BRK:* Es gibt auf den ersten Blick wohl Projekte, die sexier sind als der Bau einer Garage für einen Mistkübelwagen. Bei vertiefter Betrachtung des vorliegenden Ratschlages betreffend Ausgabenbewilligung wird allerdings schnell klar, dass es sich hier um ein facettenreiches und zukunftsweisendes Projekt handelt. Auf einen Nenner gebracht, geht es um die Gewährleistung der Betriebssicherheit und Einsatzbereitschaft der Fahrzeugflotte des Tiefbauamtes, der Sanität und der Stadtgärtnerei sowie professionelle Instandhaltung der kantonalen Tiefbauinfrastruktur durch einen effizienten und zeitgemässen Betrieb.

Folgende Zahlen sollen die Dimensionen des vorliegenden Projektes aufzeigen. Es geht um die Wartung und Reparatur von 30 bis 50 schweren Lastkraftwagen und 180 bis 200 leichten LKWs. Dazu kommen 50 Fahrzeuge der Stadtgärtnerei und 20 Rettungswagen sowie Fahrzeuge des Zolls und der Milizfeuerwehr. Zu den systemrelevanten Tätigkeiten des Tiefbauamtes zählen das Betreiben und Instandhalten der Siedlungsentwässerungsanlagen, die betriebliche Gewährleistung des Hochwasserschutzes durch unterstützende Massnahmen sowie die Erbringung von Querschnittsleistungen für die Abfallentsorgung. Auch im Krisen- und Ereignisfall muss der Kanton über eine funktionsfähige und zeitgemässe Einheit verfügen, welche unter anderem auch die Stadtentwässerung oder die Abfallbeseitigung sicherstellt.

Der Bearbeitungs- und Bauperimeter des vorliegenden Projekts liegt auf dem Dreispitzareal zwischen der Brüssel- und Rotterdam-Strasse und zwischen dem Leimgrubenweg im Norden. Dieses Areal befindet sich in der Industrie- und Gewerbezone, also in der Zone 7. Die CMS ist Eigentümerin der Parzelle, welche das Land seit 1960 an den Kanton vermietet hat. Es wurde für die Zukunft vereinbart, dass das Areal im Baurecht an die Einwohnergemeinde der Stadt Basel abgegeben werden soll. Der Baurechtszins wird jeweils alle fünf Jahre der Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise angepasst. Obwohl der Baurechtszins höher ausfällt als die frühere Miete, ergeben sich für das vorliegende Projekt durch zahlreiche Einsparungen, zum Beispiel Wegfall von Fremdmieten, eine positive Bilanz.

Etwas Irritation entstand bezüglich der Schutzwürdigkeit einzelner Gebäude. Im Guide Dreispitz haben die Planer die Gebäude unter verschiedenen Aspekten angeschaut, unter anderem wurde beurteilt, welche Gebäude aus Sicht der Planer erhaltenswert seien. Die Idee der Planer sei wie damals irrtümlicherweise direkt in den Denkmalstatus der Gebäude umgemünzt worden. Im Zuge des Vorprojektes wurde der Schutzstatus diskutiert und die kantonale Denkmalpflege hat diesbezüglich bekräftigt, dass das fragliche Gebäude den Anforderungen an ein schutzwürdiges Baudenkmal nicht zu genügen vermag. Schliesslich sei noch zu erwähnen, dass die Kopfparzelle des Areals am Leimgrubenweg der CMS zurückgegeben wird. Was diese mit der 18 x 29 Meter grossen Parzelle plant, ist noch nicht klar.

Nun zum eigentlichen Projekt. Im Laufe eines ganzen Jahrhunderts gelang es mit grossem Aufwand und unter Inkaufnahme betrieblicher Einschränkungen, das Areal und die Gebäude bis zu einem gewissen Grad an die sich stark verändernden Bedürfnisse und wachsenden Anforderungen eines modernen Betriebes anzupassen. Nun ist aber der Moment erreicht, wo die betrieblichen Abläufe, die Arbeitssicherheit und die steigenden ökologischen Bedürfnisse nicht mehr garantiert werden können. Die schweren Fahrzeuge haben zum Beispiel derartige Dimensionen angenommen, dass sie nicht mehr in die Garagen passen, was zur Folge hat, dass bei jeder Temperatur bei offenen Toren gearbeitet werden muss, was arbeitsrechtlich und ökologisch nicht mehr zu verantworten ist. Die Hallen sollen eine ausreichende Gebäudehöhe aufweisen und mit Kranbahnen versehen werden. Die Gewährleistung der Arbeitssicherheit geniesst oberste Priorität. Die Umstellung auf E-Mobilität erfordert den Ausbau von bis zu 72 geplanten Ladestationen, es müssen Schnellladesäulen bei sämtlichen Bearbeitungsachsen der Werkstatt eingerichtet werden. Für den Betrieb Wasser müssen moderne Büroräumlichkeiten, Garderoben und Aufenthaltsräume gebaut werden.

Ein Werkhof kann aufgrund seiner Nutzungsanforderungen, welche in erster Linie den Unterhalt von schweren Spezial- und Einsatzfahrzeugen des Tiefbauamtes umfassen, nicht gleich hohe ökologische Standards erfüllen wie andere

Gebäudetypen. Dennoch haben die Planer für die bauliche Optimierung des Werkhofes grosses Gewicht auf Nachhaltigkeit, Energie und Ökologie gelegt. Auf sämtlichen Dächern der Neubauten werden Fotovoltaikanlagen erstellt, auf dem Werkstattgebäude im Zusammenspiel mit dem Gründach. Fassadenbegrünungen sind nur beschränkt möglich, da die Erdgeschossenebene mehrheitlich aus Toren sowie Zu- und Ausgängen besteht. Eine Entsiegelung der Oberflächen ist angesichts des Nutzungszwecks nicht möglich. Die Fotovoltaikanlage wird nicht im Contracting-Modell erstellt und betrieben, dies in Übereinstimmung mit den allgemeinen Richtlinien des Kantons für die Erstellung solcher Anlagen auf Gebäuden im Verwaltungsvermögen. Nach der Sanierung werden 50 bis 60 Prozent des Stromertrags für die eigene Stromversorgung des Areals verwendet. Stromüberschüsse werden ins Netz der IWB eingespeist und rückvergütet.

Im eigentlichen Vorprojekt soll vertieft untersucht werden, welche Materialien nach dem Abriss und der Sanierung weiter verwendet werden können. Dies nicht unbedingt im vorliegenden Projekt, sondern in anderen Bauten. Ebenso wurde abgeklärt, ob man auf eine Holzbauweise anstelle einer Stahlbauweise setzen sollte. Diesbezüglich stellte sich heraus, dass eine Holzbauweise im Obergeschoss rund Fr. 1'000'000 teurer zu stehen kommen würde als eine Stahlbauweise, weshalb diese Idee vorerst begraben wurde. Allerdings ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass die Rohstoffpreise sowohl für Stahl wie auch für Holz im Moment verrückt spielen, so dass ein endgültiger Entscheid noch nicht gefällt werden kann. Eine grosse Herausforderung stellt die Tatsache dar, dass der gesamte Umbau, die Sanierung bei laufendem Betrieb erfolgen müssen. Dies erfolgt über eine Zeitdauer von rund drei Jahren in sieben Etappen, angefangen mit der Sanierung des Fahrzeughallendachs über die Ertüchtigung der Fahrzeughalle, dem Neubau Rampe, der Rückbau der Barracken und alten Werkstätten bis zum Neubau der Werkstätten, Büroräumlichkeiten und Garderoben und des Aussenlagers.

Die Kosten für das vorliegende Projekt sind mit knapp Fr. 40'000'000 hoch. Das BVD hat jedoch die einzelnen Investitionsbeträge detailliert und nachvollziehbar darlegen und erklären können. Bei dieser Auflistung hat das BVD zwischen Umbau/Sanierung und Neubau unterschieden. Die grössten Ausgabenposten betreffen die Vorbereitungsarbeiten mit Fr. 1'900'000, den Neubau mit Fr. 24'000'000, Rückbau inklusive Schadstoffsanierung Fr. 3'000'000, Umgebungsarbeiten Fr. 1'300'000, Betriebseinrichtungen Fr. 1'700'000 sowie die Fotovoltaikanlage und E-Mobilität Fr. 1'000'000. Der heute beantragte Gesamtbetrag für das Projekt von rund Fr. 37'000'000 muss allerdings einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unterzogen werden. Durch das Projekt entstehen dem Kanton zusätzliche Kapitalkosten, nämlich Abschreibungen und Zinsen für die Immobilie in Höhe von rund Fr. 1'2750'000 pro Jahr. Für die Betriebseinrichtungen entstehen Kapitalkosten in Höhe von jährlich Fr. 245'000 und durch den Abschluss des Baurechtsvertrages werden weitere Fr. 76'000 jährlich fällig. Den Ausgaben stehen allerdings durch den Wegfall der Feldmiete, der Mehrwert der zur Büroräumlichkeit umgebauten Lagerräume sowie der Wegfall der Kopfparzelle entgegen. Dies ergibt insgesamt Fr. 11'400'000 an Einsparungen und Mehrwerten durch die Realisierung des vorliegenden Projektes.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der jetzige Zustand der Anlage sowohl in organisatorischer, betrieblicher, sicherheitstechnischer als auch in ökologischer Hinsicht in keiner Weise den Anforderungen der heutigen Zeit entspricht. Dies gilt es mit dem Neubau und den Sanierungen zu ändern. Aufgrund der Komplexität des Vorhabens sind die Kosten entsprechend hoch. Die Plausibilisierung der Kosten der einzelnen Teilprojekte erfolgte aufgrund von Erfahrungswerten der externen Kostenprüfung aus verschiedensten Objekten. Bei sämtlichen Teilprojekten wurden die errechneten Kosten als plausibel erachtet.

Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen die BRK einstimmig, dem Grossratsbeschluss betreffend Ausgabenbewilligung im Gesamtbetrag von Fr. 37'295'000 zuzustimmen.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Zuerst einmal vielen herzlichen Dank der Kommission, dass man sich hier so detailliert mit dem Projekt auch auseinandergesetzt hat, vielen Dank dem Präsidenten auch für die Arbeit. Ich habe den Dreispitz jetzt schon mehrere Male besuchen dürfen, die Leute, die dort arbeiten, und ich kann Ihnen wirklich berichten, das sind sehr, sehr beengte Verhältnisse. Jeremy Stephenson hat es erwähnt, die Fahrzeuge beispielsweise werden immer grösser, die Garagen wurden es nicht, also da muss man sich mittlerweile schon fast hinter den Fahrzeugen durchquetschen, um da einen Service machen zu können. Es ist bewundernswert, wie die Mitarbeitenden das dort zurzeit lösen, es ist aber auch nicht besonders effizient. Wenn wir jetzt diesen Neubau machen können, dann werden auch die Arbeitsabläufe effizienter und wie gesagt, auch wieder sicherer.

Ab 2025 wollen wir zudem die Flotte weitgehend auf elektrisch umgestellt haben, Sie kennen beispielsweise die elektrischen Kehrriechwagen, aber es gibt auch kleinere Fahrzeuge, die elektrisch betrieben sind. Da wollen wir weiter vorwärts machen, auch im Zeichen des Klimaschutzes und das braucht einfach die entsprechenden Ladestationen. Auch im Zeichen des Klimaschutzes steht, dass wir das neue Gebäude sehr energieeffizient machen möchten, und deshalb glaube ich, aus all diesen Gründen rechtfertigen sie doch diese grosse Investition und wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns diesen Betrag sprechen würden.

*Stefan Wittlin (SP):* Ich möchte mich bedanken für die Ausführungen des Kommissionspräsidenten und der Regierungsrätin. Ich möchte nur ganz kurz aus der Kommission berichten. Klar haben wir gesehen, wie sinnvoll dieses Projekt ist und sind doch über diese Fr. 37'300'000, über diese Zahl zuerst etwas gestolpert und haben dann natürlich auch kritische Fragen gestellt. Und ich glaube, es ist uns gelungen in der Kommission, uns ein gutes Bild zu machen und wir wurden überzeugt von den Mitarbeitenden des BVD, aus dem Tiefbauamt und aus dem Hochbauamt, die uns wirklich in diesem Fall in äusserst seriöser und offener Weise dieses Projekt erklären konnten. Das hat uns sehr geholfen, auch zu diesem einstimmigen Beschluss zu kommen.

Ich möchte einen Punkt noch hervorheben, Sie finden diesen auch im Bericht der BRK. Wir haben uns nämlich erkundigt nach den CO<sub>2</sub>-Emissionen, die entstehen bei diesem Umbau, und insbesondere haben wir uns dafür interessiert, wie dies

denn aussehen würde bei einem Neubau. Da hat man eine Schätzung gemacht im BVD, hat diese Gegenüberstellung gemacht und kommt zum Schluss, dass mit dem Erhalt der Gebäudesubstanz zu einem Teil mehr als die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen für dieses Projekt eingespart werden können. Das bestätigt uns in unserem Vorhaben, wirklich bei jedem Bauprojekt zu prüfen, inwiefern die Bausubstanz sinnvoll erhalten werden kann, und in diesem Fall sind wir überzeugt, wird das wirklich vorbildlich gemacht.

Ich möchte mich an dieser Stelle beim BVD für die gute Arbeit bedanken und ich bitte Sie, diesem Grossratsbeschluss zuzustimmen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

#### **Detailberatung**

Titel und Ingress

1. Ausgaben

Alinea 1-5

2. Ermächtigung FD

Publikations- und Referendums Klausel

#### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**85 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 335, 09.11.22 09:35:43]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 37'295'000 für die bauliche Optimierung des Geschäftsbereichs Betrieb des Tiefbauamtes am Standort Dreispitz bewilligt. Dieser Betrag teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 31'500'000 für bauliche Massnahmen (inkl. Reserve, Honorare) für den Neubau einer Werkstätte für Kommunalfahrzeuge, den Neubau diverser Aussenlager, die Instandsetzung einer Fahrzeugeinstellhalle und den Umbau von Büros zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4, „Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Übrige“ (Preisbasis Nordwestschweizerischer Baupreisindex Hochbau Basel-Stadt vom Oktober 2018 = 120.5 / Basis Oktober 1998 = 100 Punkte).

- Fr. 2'134'000 für die Betriebseinrichtungen und Neumöblierung zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 8 „Übrige – Teil Allgemein“ (Preisbasis Nordwestschweizerischer Baupreisindex Hochbau Basel-Stadt vom Oktober 2018 = 120.5 / Basis Oktober 1998 = 100 Punkte).

- Fr. 225'000 für die temporäre Miete der Kopfparzelle zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements.

- Fr. 3'056'000 für den Rückbau bestehender Gebäude zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements.

- Fr. 380'000 für ein Provisorium während der Bauphase und für diverse Umzüge zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements.

2. Der Grosse Rat ermächtigt das Finanzdepartement einen Baurechtsvertrag über die Baurechtsparzelle Nr. 4317 in Sektion 5, Grundbuch Basel mit der Christoph Merian Stiftung abzuschliessen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

### **10. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Universität) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2021 der Universität Basel. Partnerschaftliches Geschäft**

[09.11.22 09:35:57, IGPK Universität, ED, 22.0888.02, BER]

Die IGPK Universität beantragt, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Der Landrat hat am 3. November darüber beraten und zugestimmt.

*Catherine Alioth Präsidentin der IGPK Universität:* Was ihnen hier vorliegt, ist der ordentliche Bericht der IGPK zum Geschäftsjahr 2021 der Universität. Hiermit kommt die IGPK Universität ihrer Aufgabe nach als Oberaufsicht der

Parlamente der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, die jährliche Berichterstattung des Universitätsrates zum Leistungsauftrag und Finanzbericht zu prüfen und entsprechend den Parlamenten Bericht zu erstatten.

Das diesjährige Hearing fand am 27. Juni im Kollegienhaus der Universität statt. Direktorin, der Vizerektor Lehre und der Präsident des Universitätsrates präsentierten im Beisein des Erziehungsdirektors des Kantons Basel-Stadt und der Bildungsdirektorin des Kantons Basel-Landschaft den fachlich zuständigen Kommissionen der beiden Parlamente den Jahresbericht und informierten ausführlich zur Entwicklung der Universität. Zudem hat der Universitätsrat einen Fragenkatalog der IGPK ausführlich und detailliert beantwortet und stand der Kommission für Ergänzungsfragen zur Verfügung. Die IGPK Universität wurde wie auch schon in Vorjahren offen und transparent informiert. Bezüglich Compliance und Good Governance konnte die IGPK im Rahmen ihrer Kompetenzen keine grundsätzlichen Mängel feststellen. Sie dankt den Vertreterinnen und Vertretern der Universität für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit bei der Berichterstattung.

Das Rechnungsjahr 2021 schliesst bei einem Gesamtaufwand von Fr. 760'800'000 mit einem positiven Ergebnis von Fr. 400'000 ab. Die IGPK verweist auf den Bericht der Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers AG, die die Rechnung genau geprüft hat und zum Schluss kommt, dass diese den staatsvertraglichen Vorschriften und den Konsolidierungs- und Rechnungslegungsgrundsätzen der Universität entspricht. Die IGPK stellt fest, dass die Bilanz und Erfolgsrechnung in der Jahresrechnung 2021 detailliert dargestellt und klar und verständlich erläutert werden. Der Bericht der Revisionsstelle enthält keine wesentlichen Beanstandungen und belegt damit die gute Qualität der universitären Rechnungslegung.

Die Kommission geht in ihrem Bericht auf einzelne ausgewählte Themen ein, die ich im Folgenden darlegen möchte.

Zur Finanzierung der Universität. Der Aufwand der Universität wird zu 43 Prozent von den Trägerkantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft und zu 57 Prozent aus Einnahmen von Dritten finanziert. Im Berichtsjahr konnte die Universität die kompetitiv eingeworbenen Drittmittel mit Fr. 115'000'000 auf hohem Niveau konsolidieren. Im Überblick in der Leistungsperiode 2018 bis 2021 konnte die Universität über Fr. 483'000'000 Drittmittel kompetitiv einwerben, das sind Zusprachen des Schweizerischen Nationalfonds, der EU-Forschungsprogramme und projektbezogene Zusprachen des Bundes. Dies stellt eine Steigerung von über 16 Prozent gegenüber der Leistungsauftragsperiode 2014 bis 2017 dar.

Zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Nach Schliessung der Bibliotheken, Home-Office-Pflicht und Online-Unterricht im Frühlingsemester startete der Unterricht des Herbstsemesters im Hybridmodus. Die Home-Office-Empfehlungen wurden aufgehoben und im November schliesslich die Zertifikatspflicht eingeführt. Etlichen Studierenden fehlten somit drei Semester Studentenleben und sie sahen sich teilweise im vierten Semester mit Erstsemestrigen konfrontiert, die diesbezüglich gleich weit waren wie sie selbst. Die Universität unterstützte die betroffenen Studierenden in ihrem Programm "Welcome back on Campus" und führte eine Art Paten-System ein, das heute noch sehr erfolgreich ist und weitergeführt wird. Die Erfahrungen mit dem Online-Unterricht waren wichtig für die Universität. Die Universität sieht sich als Präsenz-Universität und hält an diesem Grundsatz auch in Zukunft fest. Die Covid-19-Pandemie hatte auch Einfluss auf die die Forschungs- und Lehrtätigkeit an der Universität. Diese Projekte laufen teilweise noch, neue werden hinzukommen. Mehrere Professorinnen und Professoren wirkten in der Swiss National COVID-19 Science Task Force mit.

Zu den Berufungsverfahren für Professorinnen und Professoren. Stand 2021 sind rund 25 Prozent der Professorinnen und Professoren Frauen. Im Vergleich, zu Beginn der Leistungsperiode 2018-2021 wurde der Frauenanteil nur um 0,7 Prozent verbessert. Die IGPK hat deswegen die Universität um detailliertere Auskünfte zum Frauenanteil bei den Neuberufungen und um getroffene Massnahmen gebeten. Um den Anstieg des Frauenanteils zu beschleunigen, den "Aktionsplan 2022-2025 Gleichstellung, Diversity & Inclusion" entwickelt und Anfang 2022 verabschiedet. So wird beispielsweise ein Mentoring Netzwerk für Assistenzprofessorinnen umgesetzt und Themen zu Diversity & Inclusion in die Führungskräfteentwicklung aufgenommen. Auch sind die Richtlinien für die Berufungsverfahren bezüglich Chancengleichheit und Erhöhung der Berufungen von Frauen präzisiert worden.

Zu Horizon Europe. Seit 2021 ist die Schweiz nicht mehr assoziiertes Mitglied beim EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation "Horizon Europe". Gemäss Universitätsleitung ist es der Universität Basel nicht möglich, die durch die verschlechterten Rahmenbedingungen verursachten Nachteile zu kompensieren. Besonders betroffen sind vor allem die individuelle Forschungsförderung durch den ERC (European Research Council) Grants. Nichtsdestotrotz können sich Schweizer Forschende an gewissen Horizon Europe Projekten beteiligen, jedoch nicht als sogenanntes "leading house". Ebenso hat die europäische Wissenschaftsgemeinschaft weiterhin grosses Interesse an der Zusammenarbeit mit Forschenden aus der Schweiz. Die Solidarität unter den Forschenden und den wissenschaftlichen Institutionen ist gross. Es wird weiterhin nach individuellen Formen der Zusammenarbeit gesucht.

Zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Wie auch schon in früheren Jahren wollte die IGPK von der Leitung erfahren, wie sich die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im vergangenen Berichtsjahr weiterentwickelt hat bzw. wie der Austausch zwischen Wirtschaft und Praxis stattfindet. Der Praxisbezug ist für die Universität von Bedeutung, weshalb viele Studiengänge praxis- und industrienah Lehrveranstaltungen und Workshops anbieten wie auch Fragestellungen und Herausforderungen aus Privatwirtschaft, Gesellschaft und Staat aufnehmen. Die IGPK begrüsst diesen Austausch. Erfreulich sind für die IGPK zudem die von der Universität eingegangenen Kooperationen mit der Wirtschaft. So wird das Institut für Augenheilkunde IOB von Novartis und das Botnar-Forschungszentrum von der Fondation Botnar mitfinanziert und getragen. Der IGPK Universität ist bewusst, dass das Einwerben von Drittmitteln und Kooperationen, wie sie bei den beiden genannten Beispielen erfolgreich implementiert wurden, eine grosse Herausforderung darstellen. Die IGPK ermuntert die Universität, dass sie den Weg solcher Kooperationen weiterhin intensiviert und versucht, solche auf möglichst vielen Gebieten und Themenbereichen zu etablieren.

Abgeltung der Kantone an die Universität Basel gemäss Interkantonale Universitätsvereinbarung, kurz IUV. Im Jahr 2021 betrug der prozentuale IUV ca. 10 Prozent vom Gesamtertrag der Universität, das sind Fr. 79'200'000 von Fr. 761'000'000. Die neue Berechnungsbasis für die IUV-Beiträge stellt die Universität vor Herausforderungen, da diese zu

einem automatischen Rückgang der Erträge führt. Die Universität ist deshalb gefordert, diese Mindereinnahmen anderweitig zu kompensieren und sich noch stärker auf das Anwerben von Drittmitteln zu konzentrieren.

Das Berichtsjahr 2021 war das letzte der vierjährigen Leistungsperiode 2018 bis 2021 der Universität und stellt somit das Ende einer wichtigen Konsolidierungsphase dar. Hier ein kurzer Rückblick auf die Leistungsperiode.

Die Entwicklung der Grundfinanzierung. Die Grundfinanzierung der Universität nahm in der Leistungsperiode um knapp 2 Prozent ab. Während der Bundesbeitrag um 2,9 Prozent und der übrigen Kantone um 0,8 Prozent stiegen, reduzierten die Trägerkantone ihren Beitrag um 3,9 Prozent.

Die Entwicklung der Finanzierung durch Drittmittel. Die Einwerbung von Drittmitteln konnte in der Leistungsperiode um rund 12 Prozent gesteigert werden trotz des beträchtlichen Rückgangs der Gelder aus internationalen Forschungsprogrammen um 29,3 Prozent. Der Ausblick. Die unerwartete Teuerung stellt die Universität vor eine grosse Herausforderung. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass der Bund, auch aufgrund seiner Aufwände in der Pandemie, Gelder kürzen könnte und zusätzlich wird sich der Verlust der Assoziierung der Schweiz im Forschungsprogramm Horizon negativ sowohl auf die künftig einzuwerbenden Drittmittel als auch auf die internationale Vernetzung in der Forschungsarbeit und Anerkennung auswirken. Dies mindert wiederum die längerfristigen Chancen, Drittmittel zu erhalten.

Die Forschung. Die Uni weist eine beeindruckende Leistung auf und belegt im nationalen Ranking eine der Spitzenpositionen. Dies zeigt die hohe Anzahl von Publikationen mit internationaler Co-Autorenschaft. Die Bedeutung und internationale Anerkennung der Universität ist die Grundlage für den Zuspruch von Forschungsgeldern und Finanzierungszusagen für Projekte. Hier braucht die Universität eine ausreichende Grundfinanzierung, die Forschung und Lehre in hoher Qualität ermöglicht und sicherstellt.

Die Universität stärkt mit ihrer Weiterentwicklung den Wissens-, Wirtschafts- und Kulturstandort und profiliert sich als regional mit Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft vernetzte, aber international ausgerichtete Volluniversität. Die Universität verpflichtet sich dem Grundsatz der Nachhaltigkeit sowohl in Forschung und Lehre als auch in der Betriebsführung, um einen aktiven und substanziellen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Firmengründungen. Die Uni Basel unterstützte und förderte aktiv Start-up Neugründungen an der Uni und damit die Förderung von Wissen und des Transfers von Technologie in Gesellschaft und Wirtschaft, zum Beispiel im Innovation Office der Uni Basel in Allschwil. Gleichzeitig bietet die Uni Weiterbildungen und Kurse an, die Start-up Gründungen unterstützen.

Neubauten und Bauprojekte. Diverse Bauten wurden während der Leistungsperiode fertiggestellt und eröffnet. Das Biozentrum, der Neubau des Departements Sport, Bewegung und Gesundheit, übrigens der erste Neubau der Universität auf Baselbieter Boden, und der Neubau des Swiss TPH "Belo Horizonte" in Allschwil. Diverse Immobilienprojekte sind in Arbeit, so der Neubau für das Departement Biomedizin und der Uni-Campus auf dem Dreispitz Münchenstein.

Die Entwicklung der Studierendenzahlen. Die Gesamtzahl der Studierenden an der Uni Basel ist in der Leistungsperiode insgesamt um knapp drei Prozent auf 13'039 Studierende gestiegen. Ein Anstieg zeigte sich in allen drei Stufen, der Bachelor-, der Master- und der Doktoratstufe. Relevant für die Finanzierung ist der Anteil der Uni Basel an der Gesamtzahl aller Studierenden in der Schweiz. Dieser Anteil nimmt leider kontinuierlich ab. Einer der möglichen Gründe dafür, dass die Uni Basel ihre Studierendenzahl nicht im gleichen Mass

steigern konnte wie die anderen Hochschulen, war die Begrenzung der Studierendenzahlen in der vorangegangenen Leistungsperiode 2014 bis 2017.

Ich komme nun zum Schweizerischen Tropen und Public Health Institut, dem Swiss TPH. Aufgrund seiner Assoziierung mit der Universität informiert das Swiss TPH die IGPK Universität jährlich über sein Geschäftsverlauf. So wurde die IGPK vom Direktor und dem Verwaltungsdirektor des Swiss TPH am 30. Mai 2022 umfassend informiert. Das nicht im Rahmen einer Prüfung, diese wird im Vierjahresrhythmus vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation auf Empfehlung des Schweizerischen Wissenschaftsrat vorgenommen, sondern im Rahmen einer Informationsveranstaltung für die IGPK Universität. Nebst wichtigen Beiträgen zur Eindämmung von SARS-CoV-2 spielte das Swiss TPH eine zentrale Rolle bei der Entwicklung neuer Diagnostika, Medikamente und Impfstoffe gegen Krankheiten der Armut wie Malaria, Tuberkulose und vernachlässigte Tropenkrankheiten. Die Expertise des Swiss TPH war in Basel, in der ganzen Schweiz und international zunehmend gefragt.

In der Leistungsperiode 2021 bis 2024 ist die Kernfinanzierung von 21,3 auf 24,4 Prozent durch erhöhte Beiträge vom Bund und den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gestiegen. Für das Swiss TPH stellt dies ein wichtiger Meilenstein dar, verbessert die Planungssicherheit und lässt weitere Entwicklungsschritte zu. Der Umsatz betrug Fr. 94'000'000 und konnte im Berichtsjahr um Fr. 7'000'000 gesteigert werden. Die Jahresrechnung 2021 schloss positiv mit einem Gewinn ab.

Ausblick 2022. Das Swiss TPH will drei grosse Entwicklungen vorantreiben, darunter die Etablierung des Swiss TPH als nationales Referenzzentrum für Krankheitsüberwachung und -prävention.

Ich möchte hier schliessen mit dem diesjährigen Bericht der IGPK Universität. Die IGPK Universität beantragt Ihnen einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Der Landrat, wie vorhin schon gesagt wurde, hat dem Bericht in seiner Sitzung vom 3. November einstimmig zugestimmt.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Ich freue mich sehr, dass die IGPK den Jahresbericht der Universität so wohlwollend zur Kenntnis genommen hat und sich dabei auch intensiv mit der Institution auseinandergesetzt hat. Der Bericht benennt sämtliche wesentlichen Herausforderungen unserer Universität, die Präsidentin der IGPK hat das hier summarisch auch ausgeführt. Inhaltlich habe ich dem nichts beizufügen, möchte aber eine Hauptherausforderung aufseiten des

Regierungsrats noch herausstreichen.

Die Kommissionspräsidentin hat das in ihrem Votum benannt, wir haben die immense Problematik der fehlenden Assoziierung am weltgrössten Forschungsprogramm, am Horizon Europe. Dieses Kapitel gehört leider ganz spezifisch zum Berichtsjahr 2021. Wir erinnern uns, am 26. Mai 2021 hat der Bundesrat einseitig beschlossen, die Verhandlungen mit der EU zu einem institutionellem Rahmenabkommen abzubrechen, ohne einen Plan zu haben, wie es weitergehen könne, insbesondere in der Forschungszusammenarbeit. Seit diesem Zeitpunkt erodieren die Beziehungen zur Europäischen Union zusehends und gerade in der Forschungszusammenarbeit trifft das die Region und ganz besonders die Universität hart. Die Gelder, die der Bund ersatz- und übergangsweise für die Forschungszusammenarbeit und die Studierendenmobilität zur Verfügung stellt, mögen manche der Nachteile aufwiegen, der Anspruch unserer Uni in vielen Gebieten an der Forschungsspitze mitzutun, wird dadurch aber unterhöhlt. Je länger die Situation anhält, umso grösser und nachhaltiger ist der entstehende Schaden.

Dennoch möchte ich zwei kleine Erfolge auch in diesem Dossier nennen, die eine gewisse Hoffnung geben. Einerseits hat die Rektorin der Universität 2021 das Präsidium von Eucor übernehmen können und damit die Vernetzung der Uni im Dreiland weiter gestärkt. Der Zusammenschluss mit den Nachbaruniversitäten Freiburg, Karlsruhe, Strassburg und Mulhouse ist für uns angesichts der erodierenden Beziehungen zur EU strategisch von noch grösserer Wichtigkeit geworden.

Zum anderen zeigt die Standesinitiative, die Sie, die der Grosse Rat ebenfalls noch 2021 nach Bern geschickt hat, Wirkung. Die zuständige Kommission im Ständerat hat anfangs diesen Monats die Idee eines Fonds in die Vernehmlassung geschickt. Anlass dazu waren, das schreibt die Kommission explizit, die Standesinitiativen aus den beiden Basel. Damit wird zwar das Verhältnis zur EU nicht geklärt, immerhin aber sollen so die dem Forschungsplatz zustehenden Gelder in der Schweiz gesichert werden. Das als kleine positive Note zum Schluss, die Situation allerdings bleibt dramatisch.

Wir brauchen die Forschungszusammenarbeit. Die Universität kann nur Weltspitze sein, wenn ihre Forscherinnen und Forscher sich international wetzen können, sich um die Grants bewerben können, zusammenarbeiten können und eben auch Leadership übernehmen können in den entsprechenden Forschungsgruppen. Wie die Präsidentin der IGPK gesagt hat, das ist zurzeit in ganz vielen Bereichen nicht mehr möglich, ein enormer Schaden für unsere Universität. Ich bin dankbar, dass wir zusammen und vor allem auch über sämtliche Parteigrenzen hinweg aus Basel alles daran setzen, dass wir das Verhältnis mit der EU klären können und eine Zukunft haben eben auch für die internationale Forschungszusammenarbeit.

Ich danke der IGPK für ihre Arbeit, ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen in unsere Universität und hoffe, dass wir, wenn wir vom Jahr 2023 auf 2022 zurückblicken, auch eine positivere Note setzen können in der internationalen Forschungszusammenarbeit.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke der Kommissionssprecherin im Namen meiner Fraktion für die Ausführungen. Diesen Ausführungen gibt es eigentlich nichts hinzuzufügen, ich fühlte mich jetzt ein wenig herausgefordert aufgrund des Votums von Regierungsrat Conradin Cramer. Dieses Wehleidn über dieses nicht vorhandene Rahmenabkommen mit der EU, das dazu geführt hat, dass die EU einseitig entschieden hat, dass wir bei Horizon nicht mitmachen können. Ja, diese erpresserische Massnahme der Europäischen Union müssen wir aushalten, wenn es darum geht, Grundsätze der schweizerischen Demokratie zu wahren, nämlich die Selbstbestimmung, die Unabhängigkeit und die Freiheit. Und dafür müssen wir tatsächlich auch für den Moment in einen sauren Apfel beißen, das gehört dazu, ich bin aber zuversichtlich, dass der Bundesrat eine Lösung findet. Ich glaube, es ist nicht sehr sinnvoll, wenn nicht zuständige Gremien meinen, sie müssen Aussenpolitik betreiben. Aussenpolitik ist ausdrücklich Sache des Bundesrates und ich bin zuversichtlich, dass Ignatio Cassis, der ja Ihrer Partei nahesteht, Conradin Cramer, hier eine gute Lösung für die Schweiz finden wird.

Dann müssen wir auch feststellen, dass diese Gelder aus der Europäischen Union zwar sicherlich sehr interessant sind, aber wenn wir einmal schauen, wie diese Universitäten aus Europa so daherkommen, dann müssen wir feststellen, keine Universität aus der EU ist exzellent. Sie haben die neusten Rankings gesehen, keine Universität aus der EU ist auf den vorderen Plätzen. Es sind ausschliesslich Universitäten ausserhalb der EU, im europäischen Raum sind es vor allem die Universitäten in Grossbritannien und Sie wissen, Grossbritannien ist ja glücklicherweise auch kein Mitglied mehr der Europäischen Union. Also ich glaube, diese einseitige Fokussierung, Conradin Cramer, auf diese Zusammenarbeit mit EU-Universitäten ist falsch und wir appellieren deshalb auch an die Universität, dass sie einerseits ganz generell schaut, dass sie Drittmittel einwirbt, das macht sie sehr erfolgreich, es gibt ja glanzvolle Beispiele, wie beispielsweise dieses Augenheilkunde-Institut, ein Paradebeispiel von Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Universität, und wir motivieren und animieren die Universität, sich wirklich auch hier ein bisschen breiter aufzustellen, um mit diesen Universitäten zusammenzuarbeiten, die tatsächlich exzellent sind. Das sind die Universitäten in Grossbritannien, das sind amerikanische Universitäten, Conradin Cramer war ja selber an einer amerikanischen Universität, das sind Universitäten in Asien und das sind jetzt einfach nicht die Universitäten in Europa.

Und wenn Sie dann noch schauen, dass selbst der Europäische Rechnungshof festgestellt hat, dass das Forschungsprogramm Horizon nicht sehr effektiv ist und dass dort auch sehr viele Gelder, man muss es fast schon nennen, vernichtet werden, dann relativiert es auch die Bedeutung dieses Abkommens. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit der Europäischen Union hier eine Lösung finden werden, aber ich glaube, anstatt Weh zu klagen und dass dann bei jeder Gelegenheit wieder herunterzubeten, wäre es sinnvoll, wenn wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass die Universität ausserhalb dieses Rahmens weitere Partnerschaften und Kooperationen eingeht. Die Musik, die Zukunft, die spielt nun wirklich nicht an diesen Universitäten und in diesem Forschungsprogramm, sondern die spielt ausserhalb und ich glaube, darauf den Fokus zu legen, ist sinnvoll.

Wir bitten Sie also, den Antrag der IGPK so zu unterstützen im Namen meiner Fraktion und danke für die Aufmerksamkeit.

### Zwischenfrage

*Tim Cuénod (SP):* Joël Thüring, wie erklären Sie sich, dass sämtliche Verantwortungsträger der Uni, die ich zumindest früher gehört habe, diese Sachlage deutlich anders einschätzen und das deutlich verheerender auffassen, als Sie es tun?

*Joël Thüring (SVP):* Ich glaube, aus Sicht der Universität kann ich das grundsätzlich nachvollziehen. Wenn Sie einen Honigtopf haben oder gehabt haben, möchten sie diesen Honigtopf behalten, aber ich glaube, es ist sinnvoll, dass sich die Universität Gedanken macht, wie sie an andere Töpfe herankommt, die auch mehr Exzellenz ausstrahlen.

*David Wüest-Rudin (GLP):* Ich darf im Namen der Grünliberalen Fraktion der Sichtweise der SVP-Fraktion komplett widersprechen. Es ist eine völlig realitätsfremde Einschätzung, wenn man nun glauben will, dass der Weg weg von Europa führt, irgendwo in internationale Gefilde, irgendwo nach Asien in der Forschungszusammenarbeit. Uns ist aufgefallen, dass im Bericht der IGPK steht, wahrscheinlich meint Joël Thüring von der SVP genau das, da steht ein Satz; es empfehlen einige Ratsmitglieder die Prüfung einer intensiveren Kollaboration mit China. Meine Damen und Herren, ist das die Meinung der SVP? China ist eine Ein-Parteien-Diktatur, China ist ein Überwachungsstaat. In China werden systematisch die Menschenrechte verletzt, das sage nicht nur ich, das sagt auch die UNO-Menschenrechtskommission, schauen Sie nur nach Hongkong, was dort abläuft. China bedroht ein benachbartes Land, Taiwan, China ist eine Bedrohung für den Weltfrieden. Chinaexperten, unter anderem an unserer Universität, zeigen auf, wie China Partnerschaften gerade im Forschungsbereich für die eigenen geopolitischen Machterweiterungen nutzt. Ich muss auch daran erinnern, China gewährt den Internationalen vor allem in der Wirtschaftspolitik nicht gleiche Bedingungen, das wird auch in der Forschungspolitik so sein. Auch der Bundesrat hat kürzlich eine neue Bewertung seiner bisher viel zu positiven Chinapolitik vorgenommen.

Liebe Fraktion der SVP, ist das Ihr Weg? Ist das Ihr Weg in der Forschung nach China? Nein, das ist nicht der Weg der Grünliberalen. Der Weg der Grünliberalen in der Forschung geht zurück nach Europa. Es ist ein Grundsatz der strategischen Klugheit, kenne deine Freunde und unsere Freunde sind in Europa, nicht in China. Die Lösung der internationalen Zusammenarbeit liegt primär in Europa und das hat auch Conradin Cramer, unser Regierungsrat, deutlich betont. Unterstützen wir ihn ganz deutlich, wir brauchen den Weg zurück nach Europa. Natürlich ist die Universität klug beraten, wenn sie auch andere Länder berücksichtigt, wenn sie andere befreundete Länder versucht zu erschliessen für eine Forschungszusammenarbeit, aber man muss mit Sorgfalt auswählen, welche Partnerländer man auswählt und das wird klugerweise nicht primär China sein. Und alle, welche die Zusammenarbeit mit Europa und Lösungen in der Europapolitik bremsen oder gar hintertreiben, all denen sei gesagt, das verursacht massive Schäden, Regierungsrat Conradin Cramer hat es auch betont.

Wir brauchen die Lösungen mit Europa und dafür wird sich die Grünliberale Fraktion einsetzen und wird die Universität unterstützen in aller erdenklichen Weise, auf diesem Weg weiterzugehen nach Europa und nicht nach China, wie das die SVP fordert.

### Zwischenfrage

*Joël Thüring (SVP):* David Wüest-Rudin, mal abgesehen davon, dass dies mit China gar nicht von mir gekommen ist, aber das ist ein anderes Thema, sind Ihre Freunde Herr Orbán, Frau Meloni und Herr Kaczyński?

*David Wüest-Rudin (GLP):* Meine persönlichen Freunde sind anderswo. Man muss immer gut auswählen, wo man die Zusammenarbeit sucht, aber Europa ist nun mal Europa, eine demokratische Institution, mit der wir zusammenarbeiten wollen.

*Barbara Heer (SP):* Ich gehe jetzt nur noch ganz kurz auf diese Debatte zu Horizon ein, um nachher auf ein anderes Thema zu sprechen zu kommen. Man muss hier wirklich auch von den konkreten Arbeitsrealitäten der Forscherinnen und Forschern hier in Europa ausgehen und da ist es nun mal einfach so, dass Europa ein relevanter Arbeitsmarkt ist. Aktuell können durch diesen Ausschluss von Horizon Europe auch Forscher/innen hier nicht mehr so gut Zugang zu diesen Forschungsgeldern haben. Das hat ganz konkrete Auswirkungen auf ihre Karrierewege. Insbesondere auch in Deutsch sprechenden Fächern geht es ganz häufig auch darum, eine Professur nur zum Beispiel im benachbarten Deutschland zu erhalten. Wir sind da wirklich von den Realitäten her an einem ganz anderen Ort, als das Votum der SVP glauben macht. Die SP-Fraktion hat die Berichterstattung mit Interesse zur Kenntnis genommen und wir bedanken uns bei den Beteiligten der Universität für die beeindruckenden Leistungen.

Ich möchte jetzt ein weiteres Thema anschnitten, das im Bericht der IGPK wichtig ist, und zwar die Weiterentwicklung des Frauenanteils auf der Professurebene. Der Bericht zeigt hier aus unserer Sicht frappierende Zahlen auf. In den letzten drei Jahren ist dieser Frauenanteil gerade um 0,7 Prozentpunkte gestiegen. Ich kann Ihnen das jetzt gerne vorrechnen, also wenn wir auf ein Ziel hinarbeiten von 50 Prozent Frauenanteil auf der Professurebene, dann ginge es, wenn es im jetzigen Tempo weitergeht, noch 110 Jahre, bis die Universität Basel das erreicht. Das geht aus unserer Sicht wirklich nicht. Wenn es quantitative Indikatoren gibt, ist es auch wichtig, dass man die nutzt, um da auch schnell weiterzukommen. Es ist wichtig, dass die Universität Massnahmen trifft, das tut sie ja auch mit dem Aktionsplan Gleichstellung, Diversität und Inklusion. Aus unserer Sicht sind diese Massnahmen einfach noch viel zu wenig griffig, der Anteil von Frauen gerade

auch bei den Neuberufungen ist immer noch zu niedrig. Neu ist es zum Beispiel so, wenn Shortlists für Professuren erstellt werden, muss von drei Personen mindestens eine Person eine Frau sein. So kommen wir einfach nicht weiter, eigentlich müssten da mindestens zwei von drei Personen eine Frau sein. Unsere Erwartung hier ist wirklich an die Universitätsleitung, dass man hier mit deutlichem Druck vorwärts macht, weil da weitere 110 Jahre zu warten, ist für uns eigentlich kein aushaltbarer Zustand.

Dann noch ein Thema, das jetzt im Leistungsbericht eigentlich so nicht vorkommt, aber das für die Betroffenen natürlich sehr aktuell ist, nämlich die Situation vom Mittelbau. Da ist vor kurzem eine Studie herausgekommen, die aufzeigt, dass die Beschäftigungsgrade vom Mittelbau 2015 bis 2020 gesunken sind. Das heisst nicht, dass der universitäre Mittelbau, also die Doktorierenden, die Postdocs seither weniger arbeiten würden, überhaupt nicht, sondern einfach die Pensen, die sie in ihren Verträgen haben, die sind in diesem Zeitrahmen gesunken. Faktisch bedeutet das, ihre Löhne sind gesunken. Jetzt kommt natürlich noch die Teuerung dazu, das heisst, es besteht jetzt die Gefahr, dass diese Arbeitsbedingungen für den Mittelbau in der nächsten Zeit nochmals sinken.

Und deswegen möchten wir auch hier ganz klar die Erwartung formulieren an die Verantwortlichen, also sei es der Schweizerischen Nationalfonds, der natürlich viel Einfluss hat auf diese Löhne, dann auch die Universität selber, dass diese Löhne vom Mittelbau der Teuerung angepasst werden. Das Prekariat zum Mittelbau hängt natürlich eng mit dem tiefen Anteil von Frauen auf der Professurebene zusammen. Fakt ist jedoch, dass häufig die Personen schlussendlich auf einer Professur landen, die sich diesen Lebensstil leisten können. Unzählige Mechanismen gibt es, die überhaupt nichts mit Exzellenz zu tun haben und die führen dann dazu, dass eben die vermeintlich Besten gar nicht die Besten sind, sondern diejenigen schaffen es am Schluss, deren Biografie und deren Lebensweise am besten auf die Anforderungen einer internationalen wissenschaftlichen Karriere passt.

Wie gesagt, im Namen der SP-Fraktion bedanke ich mich auch bei Swiss TPH und der Universität für ihre beeindruckenden Leistungen und wir werden selbstverständlich der Beschlussvorlage zustimmen.

*Andrea Strahm (die Mitte/EVP):* Ich möchte noch kurz auf das Votum der SVP eingehen und auf Horizon Europe Resolution hinweisen, die die scienceindustries, der ETH-Rat und swissuniversities unterschrieben haben. Da steht, das ist offensichtlich der SVP nicht bekannt: "Forschende in der Schweiz können zurzeit keine EU-Projekte mehr leiten und sich nicht um ERC-Grants bewerben. Die Schweiz ist darüber hinaus von den Ausschreibungen in der Weltraum- und Quantenforschung ausgeschlossen. Erste Konsequenzen der Nichtassoziiierung zeigen sich bereits: So mussten Forschende in der Schweiz die Leitung verschiedener EU-Projekte abgeben. Bei der Besetzung von Professuren ziehen Kandidierende spürbar stärker als bisher auch Institutionen im Ausland in Betracht. Es droht, dass sowohl Forschende wie auch Spin-offs ins Ausland abwandern, wo sie sich um EU-Fördergelder bewerben können. Dadurch gehen der Schweiz wertvolle Arbeitsplätze und Know-how verloren." Es ist nicht schwierig sich vorzustellen, was das für den Life Science-Standort Basel bedeuten wird oder bedeuten könnte. Das ist dramatisch und die SVP würde gut daran tun, ihren Anti-EU-Reflex zu überdenken.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich bedanke mich für die angeregte Diskussion. Ich möchte noch zum Votum von Joël Thüring hinzufügen, dass natürlich die Forschung, damit sie auch weiterkommt, extrem vernetzt sein muss und dass man nicht nur mit EU-Universitäten zusammenarbeitet, sondern auch mit anderen Universitäten, die ausserhalb der EU sind und dass das gemischte Forschungskoperationen sind und deshalb dieser EU-Fördertopf, der sehr begehrt ist und gut bestückt ist, wichtig ist.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

### **Detailberatung**

Titel und Ingress

1. Kenntnisnahme Bericht Leistungsauftrag
  2. Vorbehalt Zustimmung Landrat
- Publikationsklausel

### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 336, 09.11.22 10:15:17]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Der Bericht 2021 zum Leistungsauftrag der Universität Basel wird gemäss § 19 lit. b des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag) vom 27. Juni 2006 zur Kenntnis genommen.



2. Ziffer 1 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 11. Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Vorstadttheater Basel für die Jahre 2023 bis 2026

[09.11.22 10:15:41, BKK, PD, 22.0569.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission (BKK) beantragen, auf das Geschäft 22.0569 einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

*Franziska Roth, Präsidentin BKK:* An dieser Stelle, bevor ich mit meinem Votum zum Vorstadttheater beginne, möchte ich mich mal wieder ganz herzlich beim Präsidialdepartement für die gute Zusammenarbeit, die wir in der BKK haben, bedanken. Ich finde, wir können sehr konstruktiv und sehr schnell vorwärts arbeiten und dafür bin ich froh bei den vielen Geschäften, die wir haben.

Nun zum Vorstadttheater. Bis und mit 2021 erhielt das Vorstadttheater Basel Beiträge aus der Kulturvertragspauschale in der Höhe von Fr. 240'000 pro Jahr. Mit Inkrafttreten des neuen Kulturvertrages mit dem Kanton Basel-Landschaft wird der Staatsbeitrag nun vollumfänglich vom Kanton Basel-Stadt verantwortet. Die finanzielle Situation des Vorstadttheaters ist stabil, vor allem auch, weil die erwirtschafteten Eigenmittel für ein Kleintheater hoch sind. Nach mehr als 40 Jahren wird das Vorstadttheater Basel die Theaterräume in der St. Alban-Vorstadt verlassen und voraussichtlich per Saison 2023/24 in das Gemeindehaus Oekolampad am Allschwilerplatz ziehen. Nötig wird das, weil die CMS, der das Gebäude an der St. Alban-Vorstadt gehört, Eigenbedarf angemeldet hat. Durch den Umzug in das Gemeindehaus Oekolampad erhält das Theater allerdings bessere und grössere räumliche und infrastrukturelle Möglichkeiten und kann so seine Vision vom Theater für alle Generationen und vom professionellen Kinder- und Jugendtheater noch besser verwirklichen. Das Entwicklungspotenzial des Vorstadttheaters Basel wird sich vergrössern.

Dass der Umzug ins Gemeindehaus Oekolampad für das Vorstadttheater aber überhaupt möglich wird, ist der Wibrandis Stiftung, die das Gemeindehaus gekauft und umgebaut hat und die Räumlichkeiten dem Vorstadttheater zu den bestehenden Mietkonditionen anbietet, zu verdanken. Trotzdem wird der Finanzbedarf in den neuen Räumlichkeiten grösser. Gemäss Aussage der Institution sollen die notwendigen zusätzlichen Mittel anfänglich mit Beträgen aus der Stiftung des Vorstadttheaters Basel und später durch eine noch höhere Drittmittelakquise realisiert werden. Das Präsidialdepartement hat darauf hingewiesen, dass ein Ausbau der Personalkosten nicht vonseiten Kanton finanziert werden kann und dass die zusätzlichen Stellen im Rahmen der Eigenfinanzierung der Institution gedeckt werden müssen. Im Januar 2024 soll die Schlüsselübergabe im Gemeindehaus Oekolampad erfolgen und die neuen Räumlichkeiten im März 2024 bezogen werden. Dazwischen wird das Theater an verschiedenen Orten in der Stadt spielen.

Für die BKK ist die Weiterführung des Staatsbeitrages in der bisherigen Höhe unbestritten und so beantragt die Kommission einstimmig mit 12 Stimmen, Ausgaben von Fr. 2'068'736 für die Jahre 2023 bis 2026 für das Vorstadttheater Basel zu bewilligen.

*Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD:* Das Vorstadttheater ist das älteste Theater für Kinder und Jugendliche in der Schweiz. Es wurde 1974 gegründet und hat ein sehr spezifisches Profil, es ist ein professionelles Theater für alle Generationen. Es nimmt zu aktuellen Themen Stellung und es ist ein Gastspielort für nationale und internationale Akteur/innen der Kinder- und Jugendtheaterszene, und zwar immer dann, wenn das Theater selber mit Hausproduktionen auf Tournee ist. Es ist ein wichtiger und beliebter Ort für Schulklassen der Region. Man hat zum Beispiel das Format Premierenklasse generiert, wo Schulklassen ganze Produktionen begleiten und Input geben können. Das Vorstadttheater macht jährlich 80 bis 90 Vorstellungen, zieht total rund 5'000 Zuschauende an und hat eine Auslastung von rund 65 Prozent. Es ist eine wichtige Spielstätte für Gastspiele und Kooperationen mit Festivals.

Trägerschaft des Theaters ist eine Genossenschaft, Genossenschaft Vorstadttheater Basel. Das Theater selbst hat neun fest angestellte Personen mit total rund 650 Stellenprozenten. Weiter werden rund 42 Personen auf Honorarbasis, also als freie Mitarbeitende, angestellt jeweils für spezielle Produktionen. Die Finanzierung dieses Theaters erfolgte bis und mit 2021 dank Staatsbeiträgen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft und seit 2022 mit Inkrafttreten des neuen Kulturvertrages in der alleinigen Verantwortung von Basel-Stadt. Deshalb wurde der Beitrag von Fr. 272'000 auf aktuelle Fr. 517'184 erhöht. Diese werden aber durch die Abgeltung aus Baselland kompensiert. Der Staatsbeitrag deckt etwa 50 Prozent des Gesamtbudgets, die anderen Mittel kommen durch Eintritte, durch Tourneen, durch projektbezogene Drittmittel und Spenden zusammen und werden auch von der privaten Stiftung Vorstadttheater generiert.

Sie haben es gehört von der Kommissionspräsidentin, das Vorstadttheater wird umziehen ins Oekolampad und das bringt tatsächlich verschiedene Verbesserungen mit sich. Administration, die Probesituation wird besser werden, es gibt mehr Platz für Publikum, für Gastspiele, Kasse/Bar wird verbessert, Vermietungen können mehr vorgenommen werden. Das Ziel ist es, dass das Vorstadttheater auch eine neue Rolle findet als Treffpunkt in einem Quartier, als Kulturzentrum für das Oekolampad und es ist schön zu wissen, dass wir dank der Wibrandis Stiftung ohne Erhöhung des Beitrages des Kantons

hier quasi ein zusätzlich verbessertes Kulturangebot weiterhin unterstützen können.

In der künftigen Leistungsvereinbarung, die wir mit dem Vorstadttheater vereinbaren, sollen verschiedene Dinge auch zusätzlich noch gestärkt werden. Zum Beispiel soll die Sichtbarkeit des Theaters erhöht werden, wir wollen ein verbessertes Vermietungsmodell, wir wollen Synergien mit anderen Institutionen auch fördern. Das Vorstadttheater soll als wichtiger und etablierter kultureller Akteur nachhaltig gesichert werden.

Der Regierungsrat sieht eine Chance in der Weiterentwicklung mit der Veränderung des Standortes und schlägt Ihnen vor, den Staatsbeitrag, den wir bis anhin bezahlt haben, weiterhin in bisheriger Höhe auszurichten und dankt der BKK für den guten Bericht und die gute Zusammenarbeit, er dankt aber auch Ihnen für die gute Aufnahme. Er dankt dem Vorstadttheater für diese wunderbare kreative Ergänzung unserer Freizeitmöglichkeiten und er dankt der Wibrandis Stiftung für die grosszügige Unterstützung dieser Institution.

*Jenny Schweizer (SVP):* Die SVP-Fraktion stimmt den Staatsbeiträgen an das Vorstadttheater Basel für die Jahre 2023 bis 2026 zu. Wir möchten aber gerne auf die Mietverträge mit der CMS nochmals hinweisen. Die Mietverträge zwischen dem Vorstadttheater Basel und der CMS wurden bis 2028 verlängert. Die CMS musste auf Bitte des Kantons den Vertrag bis 2028 verlängern, hat aber im Anschluss Eigenbedarf angemeldet. Dass die Wibrandis Stiftung das Gemeindehaus Oekolampad für das Vorstadttheater gekauft hat und nun umbaut, ist eine sehr erfreuliche Lösung. Wir hoffen aber sehr, dass dem Vorstadttheater dadurch, dass sie erst ab 2024 die neue Stätte beziehen können und nun schon Ende dieses Monats aus der St. Alban-Vorstadt ausziehen, keine zu grossen finanziellen Einbussen entstehen werden. Wir sind uns bewusst, dass die Vorstellungen bis zum Bezug des Gemeindehauses Oekolampad an verschiedenen Orten in der Stadt sicherlich einen grossen Aufwand und grosse Flexibilität voraussetzen. Im Anschluss an den Einzug im Oekolampad werden dem Vorstadttheater Basel mehr Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Wir hoffen sehr, dass diese nicht einen so grossen Mehraufwand benötigen, dass anschliessend ein Mehrbedarf an Staatsbeiträgen daraus resultiert. Wir hoffen, dass solche Mehrkosten wiederum über Vermietungen der zusätzlichen Räumlichkeiten gedeckt werden können.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

#### **Detailberatung**

Titel und Ingress

1. Ausgabenbewilligung

2. Teuerungsausgleich

Publikations- und Referendums Klausel

#### **Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**89 Ja, 0 Nein.** [Abstimmung # 337, 09.11.22 10:27:43]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für das Vorstadttheater Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 2'068'736

(Fr. 517'184 p. a.) für die Jahre 2023 bis 2026 bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

## **12. Ausgabenbericht betreffend Erhöhung Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für die Jahre 2022 und 2023 aufgrund der Umsetzung der "Trinkgeld-Initiative" an das Musikbüro Basel (ehemals RFV Basel)**

[09.11.22 10:27:58, BKK, PD, 22.0976.01, ASG]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 342'000 zu bewilligen.

*Franziska Roth, Präsidentin BKK:* Mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative haben wir uns dazu bekannt, zusätzliche Mittel für verschiedene Bereiche der Jugend- und Alternativkultur zur Verfügung zu stellen. Wir haben auch festgehalten, dass das möglichst über den Ausbau von bereits bestehender Fördergefässe geschehen soll. In der Populärmusik ist das Musikbüro, ehemaliger Rockförderverein, im Auftrag der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Sinne eines Fördergefässes tätig. So können die etablierten Gefässe des Musikbüros umgehend für eine Verbesserung genutzt werden.

Mit diesem Ratschlag beantragt der Regierungsrat und die BKK eine Erhöhung der bereits gesprochenen Mittel für die laufende Leistungsvereinbarung 2020 bis 2023. Es sollen für die Jahre 2022 und 2023 Fr. 171'000 pro Jahr zusätzlich dem Musikbüro zur Förderung der Populärmusik zur Verfügung stehen. Mittels dieser Summe soll die Förderung in zwei Bereichen angepasst werden. Zum einen beim RegioSoundCredit, das ist Förderung von Tonträgern und Gastspielen, usw., sowie beim BusinessSupport, Tonstudios und Labels. Die Massnahme soll den Kulturschaffenden helfen, sich in der Post-Corona-Phase zu festigen und in ein reguläres Arbeiten überzugehen. Die Mittel, die gesprochen werden sollen, sind zweckgebunden und müssen zwingend an die Musikschaffenden weitergegeben werden.

Dass mit diesem Ratschlag nun Gelder im Zusammenhang mit der Trinkgeld-Initiative gesprochen werden, ist in der BKK unbestritten. Die Kommission hat aber Fragen zur Abgrenzung zum Kanton Basel-Landschaft, zur Wirksamkeit der Förderung des Musikbüros und zu Drittmittel gestellt. Das Musikbüro Basel wird ja von beiden Basel finanziell unterstützt, allerdings stehen die zusätzlichen Mittel im Zusammenhang mit der Trinkgeld-Initiative nur aus dem Kanton Basel-Stadt zur Verfügung. Laut Auskunft des Präsidialdepartements ist eine scharfe Abgrenzung an der Kantonsgrenze nicht machbar und auch nicht wünschenswert. Die Bands bestünden meist aus Personen, die in der Region leben und der überwiegende Teil der Musikschaffenden sei in der Stadt oder der Region verankert. So sind beispielweise im Jahr 2021 beim BusinessSupport sieben Eingaben aus Basel-Stadt und zwei Eingaben aus Baselland eingegangen und beim RegioSoundCredit sind 16 aus Basel-Stadt und vier aus Baselland eingegangen.

Um die Wirksamkeit zu überprüfen, ist sichergestellt, dass für einen Förderbeitrag professionell dokumentierte Eingaben, die nach formalen und inhaltlichen Kriterien beurteilt und bewertet werden, erfolgen müssen. Zudem müssen Beitragsempfangende wesentliche Planänderungen mit dem Musikbüro absprechen und einen Abschlussbericht vorlegen. Alle Geförderten müssen zwingend auch Drittmittel einbringen, da die Unterstützungsgelder jeweils nur einen kleinen Teil der Gesamtkosten ausmachen. Aktuell liegen die Beiträge beim RegioSoundCredit zwischen Fr. 2'000 und Fr. 10'000 und beim BusinessSupport bei Fr. 6'000 bis Fr. 12'000.

Die BKK beantragt dem Grossen Rat mit 11 Stimmen bei einer Enthaltung, für den Verein Musikbüro Basel zusätzliche Ausgaben von je Fr. 171'000 für die Jahre 2022 und 2023 zu bewilligen.

*Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD:* Dieses Geschäft ist ein wichtiges Element zur Umsetzung der Trinkgeld-Initiative. Sie erinnern sich, diese soll mit einer stufenweisen Erhöhung des kantonalen Kulturbudgets um rund Fr. 1'000'000 pro Jahr innert drei Jahren ab Inkrafttreten der Teilrevision des Kulturfördergesetzes umgesetzt werden. Die Auslegeordnung, die im Vorfeld gemacht wurde, auch mit den Initiantinnen und Initianten und den vielen Organisationen und Institutionen im Rahmen der Kultur hat ergeben, dass zur Förderung von Jugend- und Alternativkultur es neue Handlungsfelder braucht. Es braucht verschiedene verstärkte, niederschwellige Vergabe von Fördermitteln, es braucht aber auch explizit die Stärkung bestehender Fördermittel, um namentlich auch in der freien Szene, auch im Musikbereich mehr bewirken zu können. Deshalb hat der Regierungsrat in Absprache auch mit dem Initiativkomitee den Ausbau bestehender Fördergefässe im Populärmusikbereich angeregt und dies soll jetzt massgeblich durch das Musikbüro Basel durchgeführt werden.

Das Musikbüro leistet diese Unterstützung schon heute. Es unterstützt Musikschaffende, indem es ihnen Geld gibt, sie aber auch berät, auch Knowhow vermittelt, Netzwerke und Infrastruktur ermöglicht und das soll es künftig mit zusätzlichen Mitteln besser tun können. Heute sind die Mittel nicht ausreichend. Besonders dringend ist der Mehrbedarf aus Sicht der Szene, aber auch aus Sicht des Regierungsrates in zwei Bereichen. Im Bereich der Förderung von Tonträgern und Tourneen, dafür soll der RegioSoundCredit erhöht werden, und im Bereich der Strukturförderung, wo es darum geht, KMUs, wie Labels, Vertriebe, Studios zu fördern, die dann ihrerseits wiederum den Musikschaffenden die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln, sich aber auch zu profilieren, auf Tourneen zu gehen, sich im Ausland zu zeigen.

Um die Förderung von Einzelprojekten im Sinn der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative rasch verbessern zu können, schlagen wir deshalb eine Erhöhung der Staatsbeiträge an das Musikbüro für die Jahre 2022 und 2023 um Fr. 171'000 pro Jahr vor. Fr. 125'000 zusätzlich an den RegioSoundCredit und Fr. 46'000 an den BusinessSupport, also total Fr. 342'000 für diese beiden Jahre. Die Förderquote des RegioSoundCredit war im Moment bei 51 Prozent, es konnten also die wenigsten Gesuche tatsächlich im entsprechenden Umfang erfüllt werden, wir hoffen, dass sich das jetzt verbessern kann. Auch das Fördergefäss BusinessSupport und Basel Music Export sind unter Druck und mit diesen zusätzlichen Mitteln glauben wir, dass wir der Musikszene, den Bands in unserer Region eine bessere Bekanntheit, bessere Entwicklungsmöglichkeiten ermöglichen können.

Die geplante Erhöhung ist mit einer Ergänzung zur bestehenden Leistungsvereinbarung mit dem Musikbüro geregelt. Die Erhöhung ist klar zweckbestimmt und muss bis spätestens 2023 verwendet werden. Die Institution wird die Planung ihrer Ausschreibungen je nach politischem Entscheid anpassen mit dem Ziel, die ordentlichen Förderprozesse an die Gesuchstellenden weitergeben zu können. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass diese Massnahme eine sinn- und massvolle Unterstützung der Populärmusikszene nach dem coronabedingten Unterbruch von Live-Tätigkeiten darstellt, gleichzeitig kann angemessen auf die neue Dynamik seit Aufhebung der Massnahmen reagiert werden.

Wir bitten deshalb um Unterstützung dieses Antrags und hoffen auf Ihr überzeugtes Eintreten für die freie Pop-, Rock- und Musikkultur in Basel.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

### Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

### Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**89 Ja, 0 Nein.** [Abstimmung # 338, 09.11.22 10:38:31]

### Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Musikbüro Basel werden die mit GRB Nr. 20/03/09G vom 11. September 2019 bewilligten Ausgaben in Höhe von Fr. 1'660'000 (Fr. 415'000 p. a.) um Fr. 342'000 auf Fr. 2'002'000 erhöht (zusätzliche Ausgaben von Fr. 171'000 p. a. für die Jahre 2022 und 2023).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 13. Bericht der Petitionskommission zur Petition P432 "Kitas sind Service Public"

[09.11.22 10:38:46, PetKo, 21.5242.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.

*Karin Sartorius, Präsidentin PetKo:* Die Petition P432 "Kitas sind Service Public" wurde von der Petitionskommission im Frühling 2021 überwiesen. Nach einem Hearing mit den Benannten überwies der Grosse Rat im Juni 2021 dem Regierungsrat die Petition zur Stellungnahme innert eines Jahres. Der Regierungsrat nahm im August dieses Jahres zuhanden der Kommission Stellung. Die Forderung der Petenten, dass familien- und schulergänzende Betreuung künftig am Ende des gesetzlichen Mutterschaftsurlaubs bis Ende der Volksschulzeit unentgeltlich als Teil des Service Public allen Kindern zur Verfügung stehen soll, wurde in der Öffentlichkeit wie auch in der Politik breit diskutiert.

Auch die Petitionskommission hat sich letztes Jahr ausführlich mit dem Thema beschäftigt. Die Relevanz der Kitas für die heutige Gesellschaft war dabei ausser Frage, wird doch heute jedes dritte Kind in einer Tagesstätte betreut. Auch sind Kitas ein Baustein von vielen auf dem Weg zu mehr Gleichstellung. Angebot, Preis und Qualität waren jedoch sehr wohl Diskussionspunkte in der Kommission. So bat sie die Regierung um Stellungnahme zu den Forderungen der Petentschaft sowie zu weiterführenden Fragen rund um die anstehende Revision des Tagesbetreuungsgesetzes, welches nun dieses Jahr am 1. Januar in Kraft getreten ist und auch zum Thema Kontrollmechanismen bezüglich der Qualität von Praktika in Kitas.

Die Kommission bedankt sich bei der Regierung für die Beantwortung der gestellten Fragen. Die Kommission war mit der Beantwortung der Fragen teilweise befriedigt. Anlass zur Diskussion gegeben haben in der Kommission in erster Linie die Erläuterung des Regierungsrates zum Betreuungsschlüssel. Die Kommission setzt ein Fragezeichen hinter die Feststellung, das Betreuungsverhältnis in den Kitas sei ausreichend, kommt man doch nur auf ein Verhältnis von 1:5, wenn man neben den ausgebildeten Personen auch die Auszubildenden in den Betreuungsschlüssel einrechnet. Die Kommission ist der Meinung, es wäre falsch anzunehmen, Auszubildende seien voll einsatzfähig ab dem ersten Tag des Praktikums oder der Ausbildung.

Weiter wurden in der Kommission die Punkte festgestellt, dass gemäss Regierungsrat im Berufsalltag der Kita-Mitarbeitenden keine Vor- und Nachbereitungszeiten vorgesehen sind. Dies stösst in der Kommission auf Unverständnis. Dass für die Vor- und Nachbereitung Zeit aufgewendet wird, bezweifelt werden muss, erscheint hier unbestritten. Die Kommission ist der Meinung, dass diese Zeit nicht in die eigentliche Betreuungszeit an- und entsprechend auch nicht in den Betreuungsschlüssel eingerechnet werden darf.

Der letzte Diskussionspunkt innerhalb der Kommission nach Erhalt der Stellungnahme des Regierungsrates waren die Mindestlohnbestimmungen, welche auch in Kitas gelten. Relevant ist dies vor allem bei den Praktika. Nach sechs Monaten muss entweder ein unterzeichneter Lehrvertrag für eine Ausbildungsstelle vorliegen oder der Mindestlohn von Fr. 21 bezahlt werden. Die Kommission geht davon aus, dass das Erziehungsdepartement die Bestimmungen in allen Institutionen durchsetzt und entsprechende Kontrollen durchführt.

Mit Hinweis auf die obigen Feststellungen und dem Umstand, dass das neue Tagesbetreuungsgesetz erst gerade seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft ist und die damit verbundenen Verbesserungen noch nicht abschliessend beurteilbar sind, spricht sich die Kommission einstimmig dafür aus, die Petition "Kitas sind Service Public" als erledigt zu erklären.

*Beatrice Messerli (GAB):* beantragt die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Das GAB stellt sich den Einschätzungen der Petitionskommission keinesfalls entgegen. Wir haben ähnliche Ergebnisse aufgrund der Fragen, die gestellt wurden, aber wir kommen zu einem anderen Schluss. Das GAB möchte die Petition gegen die Empfehlung der Kommission zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat überweisen. Warum.

Es stimmt, dass die Inkraftsetzung dieses Gesetzes erst letzten Januar geschehen ist. Aber der Argumentation, dass die Zeit zu kurz sei, um abschliessend beurteilen zu können, ob gewisse Problemfelder sich verbessert haben oder nicht, diesem Ansatz können wir nicht zustimmen. Die Kitas haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Modellkostenrechnung nicht sachgerecht ist bzw. dass diese nicht ganz stimmt. Und diese Modellkostenrechnung führt in den Kitas zu Problemen und für diese war von Anfang an klar, dass die Mittel zu knapp berechnet werden. In der Folge hat sich gezeigt, dass insbesondere mit den jetzigen Umständen diesem Umstand Rechnung getragen werden müsste. Die Argumentation, dass die Qualität der Praktika verbessert worden sei, stimmt nur bedingt. Die Situation der Praktikantinnen und Praktikanten hat sich verbessert.

Die Kommissionspräsidentin hat es vorgelesen, was für die Praktika geändert wurde. Dies ist wirklich ein positiver Aspekt dieses neuen Tagesbetreuungsgesetzes, aber für die Betreuung und den Betreuungsschlüssel hat sich eben nichts geändert. Dieser Betreuungsschlüssel ist, wie es die Kommissionspräsidentin bereits ausgeführt hat, nicht stimmig. Praktikantinnen und Lernende werden als nicht Vollzeit, aber doch mit einem hohen Prozentsatz angerechnet an den Betreuungsschlüssel. Das ausgebildete Fachpersonal hat generell einen hohen Verantwortungsbereich. Gleichzeitig sind die Anforderungen an die Ausbildungsbegleitung der Lernenden mit der neuen Bildungssystematik gestiegen. Das heisst, die Fachpersonen müssen nicht nur die Lernenden und die Praktikantinnen, sondern auch das nicht ausgebildete Personal begleiten und unterstützen und dadurch ist der Betreuungsschlüssel, so wie er gewünscht ist, nicht gegeben.

Die Situation des Betreuungsschlüssels muss dringend geändert werden, dies wurde ja auch von der Petko festgestellt. Die Anrechnung von Stellenprozenten bei Lernenden und Praktikantinnen und Praktikanten müssen dringend gesenkt werden. Die Revision des Tagesbetreuungsgesetzes lässt wahrscheinlich noch eine Weile auf sich warten, die Kitas sind aber dringend darauf angewiesen, dass sofort etwas geht und dass sie möglichst schnell bessere Arbeitsbedingungen für alle in den Kitas haben. Dies auch, und das meine ich, ist am wichtigsten, dies auch zum Wohl der zu betreuenden Kinder. Denn auch hier hat sich ein Wechsel ergeben, die Kinder werden immer jünger bzw. die Menge der kleineren Kinder wird grösser, da ja viele bereits im Kindergartenalter in die Tagesstrukturen wechseln. Das heisst, für das Fachpersonal, die ausgebildeten Fachpersonen wird die Arbeit grösser und wie auch ausgeführt, können Praktikantinnen und Praktikanten diese Betreuung nicht 1:1 übernehmen, da sie ja bereits mit 15 allenfalls in so eine Praktikantinnenstelle wechseln. Diese Praktikantinnen und Praktikanten sind schlicht und einfach zu jung, um diese Verantwortung für kleinere Kinder übernehmen zu können.

Aus diesen Gründen kommen wir zum Schluss, dass diese Petition noch einmal an die Regierung soll und nicht als erledigt bewertet werden soll. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich jemanden überzeugen konnte, unserem Anliegen zuzustimmen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Die Grünliberalen stimmen der Erledigung der Petition insofern zu, als dass wir aktuell keine neuen Antworten der Regierung erwarten, wenn wir den Bericht erneut zur Stellungnahme überweisen würden. Hingegen sind wir der Meinung, dass die von den Petenten angesprochene Problematik bei weitem nicht behoben ist, sondern weiter besteht. Hierbei sind verschiedene Punkte angesprochen, die alle wichtig sind, beispielsweise die Anrechnung der Lernenden und Praktikantinnen im Betreuungsschlüssel. Beatrice Messerli hat es bereits ausgeführt, sie entspricht nicht der tatsächlichen Einsatzfähigkeit.

Ein weiterer Fokus liegt bei der Modellkostenrechnung, die in der Kompetenz des Erziehungsdepartements liegt. Sie dient als Grundlage zur Ermittlung der Vollkosten eines Kita-Platzes in Basel-Stadt. In aktueller Form ist sie seit 1. Januar 2020 gültig. Sie ist ein statisches Instrument, das in der Konsequenz wenig Entwicklungspotenzial bei der Entlohnung der Mitarbeitenden vorsieht. Für Mitarbeitende ohne pädagogische Ausbildung ist die Lohnklasse 1 aufgeführt. Der Stundenlohn liegt bei den unteren Stufen unter dem gültigen Mindestlohn. Diese klassenbezogene Einstufung ist unabhängig der Mitarbeitererfahrung in der Betreuung und unabhängig vom eigentlichen Anforderungsprofil und widerspricht der kantonalen Mindestgesetzgebung.

Die Basis für die Modellkostenrechnung ist wiederum ein Schlüssel von rund 50 Prozent Betreuungspersonal ohne pädagogische Ausbildung. Des Weiteren sind in der Kostenrechnung keine Zeit für Elterngespräche, Sitzungen oder die zeitintensive Begleitung der Auszubildenden eingerechnet. Verschärft wird die Situation nun, weil unvorhersehbare Entwicklungen, wie die hohe Teuerung oder der Fachkräftemangel, ebenso wenig in der Kostenrechnung berücksichtigt werden können. Es zeigt sich heute schon, dass die Rekrutierung von genügend und qualifiziertem Personal schwierig ist. In der Folge ist das Kita-Personal übermässig belastet, was wiederum zu beruflicher Neuorientierung und Abwanderung führt. Attraktivere Arbeitsbedingungen bietet beispielsweise die Tagesstruktur des Kantons.

Die Grünliberalen meinen, dass es dringend begleitende Massnahmen braucht, damit die Anbieter von Kindertagesstätten in der Lage sind, die Versorgung, Sicherheit und Qualität weiterhin gewährleisten zu können. Die Grünliberalen bauen darauf, dass die Regierung diese Punkte im Ratschlag zur Gratis-Kita-Initiative einfließen lässt.

*Barbara Heer (SP):* Die SP-Fraktion wird diese Petition als erledigt erklären, aber keineswegs, weil das Thema erledigt ist. Sie wissen ja, dass unsere kantonale Initiative "Kinderbetreuung für alle" hängig ist und die Frist für den Bericht durch den Regierungsrat läuft in den nächsten Tagen ab. Wenn die Petition früher auf unserer Traktandenliste gewesen wäre, wäre es natürlich möglich gewesen, sie der Regierung zu überweisen zur gemeinsamen Behandlung mit der Initiative, das geht jetzt aber aus zeitlichen Gründen nicht. Unsere Erwartung ist aber klar, dass die Regierung die Forderungen und den Druck dieser Petition miteinbezogen hat im Umgang mit unserer Initiative. Dort werden wir dann auch weiter diskutieren müssen über die mittel- und langfristigen Kosten für Eltern und die Qualitäts- und Arbeitsbedingungen in den Kitas. Wir wissen auch, dass eine weitere Petition zu den Arbeitsbedingungen in den Kitas aktuell vom VPOD gesammelt wird, das heisst, der Druck beim Thema bleibt wirklich weiterhin hoch.

Es gibt aber auch sehr viele kurzfristige Themen, wie die Teuerung, die eigentlich nicht warten müssen, sondern wo wirklich jetzt ganz akuter Handlungsbedarf besteht. Es ist schon ausgeführt worden, bereits anfangs dieses Jahres war eigentlich klar, dass die Modellkosten keineswegs ausreichen für einen guten nachhaltigen Kita-Betrieb. Die Kitas ächzen im Moment für sehr viele Leitende und auch für das Personal steht die Freude an ihrer Arbeit auf der Kippe, weil sie einfach häufig den Eindruck haben, dass sie sich die Qualität nicht leisten können und sie unter sehr hohem Druck stehen.

Das hat sich im Verlauf vom 2022 einfach nochmal massiv verschärft, der Fachkräftemangel zeigt sich ganz deutlich im Kita-Bereich. Sehr viele Jobs sind ausgeschrieben und können im Moment nicht besetzt werden, aufgrund der Energiekrise und der Teuerung steigen die Kosten von Kitas praktisch von Woche zu Woche und sie haben innerhalb von den Modellkosten, die vom Kanton vorgegeben werden, sehr wenig Spielraum. Es besteht die Gefahr, dass das Personal auch im nächsten Jahr weiterhin an besser bezahlte Orte weg von den Kitas wechselt.

Kitas sind aktuell am Limit resp. eigentlich bereits über dem Limit. Ich möchte diese Dringlichkeit kurz anhand von Beispielen illustrieren. Eine Familie, von der ich weiss, nach den Herbstferien hatte ihre Tochter plötzlich eine ganz grosse Kita-Krise. Sie liebte es bisher immer, in die Kita zu gehen und plötzlich war es eine Woche ganz schlimm, sie weinte die ganze Zeit und fühlte sich deutlich unwohl. Für die Eltern war das ganz schwierig auszuhalten, weil es wirklich nicht lustig ist, das Kind in der Kita zu lassen, das weint und man dann selber zur Arbeit geht. Für die Familie löste das wirklich das Gefühl aus, dass ihr Familienmodell in Kombination mit einem zufriedenen Kind, Arbeit, Familie, dass das Familienmodell komplett abhängig ist von dieser Kita, das einfach vorübergehend komplett auf der Kippe gestanden ist. Es ist dann klar geworden, es gibt viele Faktoren jeweils für so eine Krise, aber ein wichtiger Faktor war, dass die Hauptbetreuungspersonen in dieser Woche einfach fehlten in der Gruppe wegen Krankschreibungen, aber auch wegen Stellen, die nicht neu besetzt werden konnten. Das bedeutet wirklich, diese Personalfluktuaton, die wir haben, das hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Art und Weise, wie es den Familien und wie es den Kindern im Moment in dieser Stadt geht.

Das zweite Beispiel, meine Familie, wir mussten gestern kurzfristig unsere Tochter zu Hause betreuen. Wir haben einen Anruf aus der Kita erhalten, ein saisonaler Infekt grassiert, also nicht Corona, sondern einfach wie es halt so häufig ist im Herbst grassieren Infekte. Die Springerinnen, die die Kita hat, sind schon länger fix eingeplant worden in den Teams wegen unbesetzten Stellen und das heisst, nur schon ein normaler Infekt hat dazu gewirkt, dass sie den Betreuungsschlüssel und die Sicherheitsbedingungen in der Kita nicht mehr einhalten konnten und dann Eltern anrufen mussten und bitten, die Kinder doch einfach zu Hause zu behalten. Wir haben eine wunderbare Kita, das Personal leistet einen riesigen Einsatz, unsere Tochter fühlt sich wunderbar.

Ich meine das wirklich nicht als Kritik an den Kitas, sondern es geht mir darum, an diesen Beispielen aufzuzeigen, dass die Strukturen im Moment einfach nicht mehr gegeben sind, dass diese Kita-Plätze mit hoher Qualität auf verlässliche Art und Weise gelebt werden können. Was könnte das bedeuten, es könnte bedeuten, dass Kitas plötzlich Plätze reduzieren müssen, es könnte bedeuten, dass gewisse Leitende sich entschliessen, ihre Kita zu schliessen, es könnte bedeuten, dass die Preise erhöht werden müssen, solange die Kitas noch können und sie nicht sowieso schon am oberen Ende des Preisbandes sind.

Aus meiner Sicht sind diese Beispiele, die ich im Moment höre, auch im Umfeld, wirklich einfach Warnsignale, dass das System auf der Kippe ist, dass es jetzt ganz dringend Massnahmen braucht, damit auch dieses verfassungsrechtlich gesicherte Recht auf einen guten Betreuungsplatz hier im Kanton nicht plötzlich zu einem Papiertiger wird, sondern die Vereinbarkeit Beruf und Familie und eben auch die Zufriedenheit der Kinder in unseren Kitas weiterhin gewährleistet ist. Als Minimum ist es ganz wichtig, dass jetzt dann die Teuerung zumindest bei den Löhnen sichergestellt werden kann, damit diese Personalfluktuaton im nächsten Jahr nicht noch rapide zunimmt.

Sie sehen, die Thematik ist wahnsinnig dringlich, ich habe noch nicht mal angefangen, über die hohen Elternbeiträge zu sprechen. Das Thema wird uns weiterhin sehr beschäftigen in den nächsten Monaten und Jahren und dennoch werden wir diese Petition jetzt als erledigt erklären.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich möchte ein paar Worte halten an meine Vorrednerin. Ich weiss nicht, wie die Frau heisst, aber ich habe genau zugehört, was sie gesagt hat. Ich möchte Ihnen wirklich sagen, Sie haben schon ein bisschen stark auf die Tränendrüse gedrückt, indem sie gesagt haben, Sie müssen Ihre Kinder abholen lassen von der Kita, weil dort Kinder krank sind, und dann haben Sie gesagt, Sie wollen die nicht kritisieren. Ich möchte einmal klarstellen, auch ich bin ein Vater und habe zwei Töchter und wenn das der Fall ist, dann haben Sie das Recht, Ihrem Arbeitgeber zu sagen, ich darf acht Tage pro Jahr zu Hause bleiben, weil das Kind krank ist. Wenn Sie schon Ihre Kita kritisieren, müssen Sie so fair sein und sagen, und das ist überall gesetzlich geregelt und das hatte ich auch, als meine Kinder klein waren, man kann dem Arbeitgeber sagen als Vater oder Mutter, der Kindergarten ist geschlossen, weil sie heute gerade streiken oder weil alle Kinder krank sind, ich kenne das mit Krankheit oder mit Läusen auf den Köpfen, aber dann können Sie als Mutter und Vater wirklich Ihrem Arbeitgeber sagen, Kindergarten ist zu, ich nehme jetzt diese acht Tage in Anspruch, die ich habe als

Arbeitnehmer, und bleibe zu Hause.

Das finde ich einfach immer unfair, es wird immer auf der sozialen Schiene politisiert und das muss ich einmal sagen, auf der sozialen Schiene wird immer einseitig politisiert. Ich muss einfach sagen, wenn Sie vor Gericht stehen, müssen Sie bringen, was entlastend ist und was für Sie belastend ist. Aber ich finde es schade, wenn dann nur immer gesagt wird, ja, der Kindergarten hat zu, ich muss jetzt mein Kind zu Hause betreuen. Bitte das nächste Mal sagen oder fragen Sie bei Ihrem Arbeitgeber, ich gehe davon aus, dass Sie sogar beim Kanton Basel-Stadt angestellt sind, wenn Sie das nicht sind beim Kanton Basel-Stadt, haben Sie auch das Recht bei einem anderen Arbeitgeber, sei das Ihre Partei oder der Gewerkschaft oder bei einer Schule, das zu beantragen. Sie kriegen volle Lohnfortzahlung und dann müssen Sie im Grossen Rat nicht mehr stundenlang erklären, die Kita ist geschlossen, ich muss mein Kind betreuen und ich kann es nicht, weil ich auf die Arbeit gehen muss. Das muss man einfach einmal ganz sachlich festhalten, dass das sozial alles abgesichert ist und dass ich diese Erfahrung hatte. Vielleicht haben Sie es nicht gewusst, aber jetzt wissen Sie es, Sie haben das Recht, dass Sie zu Hause bleiben können, auch wenn die Kita zu hat.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Vielen Dank für die Voten. Sie haben sehr viele Probleme adressiert, die die Kitas intensiv beschäftigen und ich möchte Ihnen versichern, was Sie auch eingefordert haben, dass wir in den nächsten Wochen diese Probleme sehr konkret adressieren werden, insbesondere im Rahmen des Gegenvorschlags zur Kita-Initiative, den Sie in den nächsten Wochen präsentiert bekommen werden. Wir werden also diese Diskussion hier sehr bald führen können und ich bin zuversichtlich, dass wir seitens Regierungsrats auch gute Lösungen vorschlagen, über die wir dann diskutieren können, aber jedenfalls die Probleme, die Sie heute alle genannt haben, adressieren. Ich danke Ihnen für die Erledigterklärung dieser Petition.

### **Der Grosse Rat**

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

### **Abstimmung**

JA heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung, NEIN heisst erledigt.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**17 Ja, 76 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 339, 09.11.22 11:04:27]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P000 (21.5242) ist **erledigt**.

## **14. Bericht der Petitionskommission zur Petition P450 "Burgfelderstrasse Tempo 30 - Jetzt!"**

[09.11.22 11:04:43, PetKo, 22.5310.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

*Karin Sartorius, Präsidentin PetKo:* Die Petition P450 "Burgfelderstrasse Tempo 30 - JETZT!" wurde der Kommission im Juni dieses Jahres überwiesen. In einem Hearing diesen August haben die Petenten die drei Anliegen der Petition gegenüber der Kommission gut begründet. Dies beinhaltet erstens Tempo 30, zweitens durchgängig und sichere Velowege sowie drittens sichere Fussgängerüberquerungen jeweils in der gesamten Burgfelderstrasse. Der Petentschaft geht es gemäss eigenen Angaben nicht darum, die Autos aus der Stadt zu verbannen, sie wünschen sich aber ein rücksichtsvolles und sicheres Miteinander im Verkehr.

Bezug genommen hat die Vertretung der Petentschaft auch auf die Motion Raphael Fuhrer "Tempo 30 in Basel-Stadt". Abzuwarten, wie sich dieser Vorstoss auf die Burgfelderstrasse auswirkt, genügt ihr nicht. Mit der Petition werden Sofortmassnahmen gefordert, nicht eventuelle Massnahmen in ein paar Jahren. Die über 1'000 Unterschriften bringen den Willen der Bevölkerung klar zum Ausdruck. Die an der Burgfelderstrasse lebenden und arbeitenden Menschen erwarteten eine baldige Verbesserung der Situation.

Dem gegenüber stand beim Hearing die Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements. Sie erläuterten die Ausgangslage und das vom Grossen Rat genehmigte Projekt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Achse Burgfelderstrasse-Missionsstrasse. Die Verkehrsachse Burgfelderstrasse hat vielfältige Aufgaben. Notfallachse für Rettungsfahrzeuge, Ausnahmetransportroute für überbreite Fahrzeuge, Velo-Pendleroute und Hauptsammelstrasse. Auch in Zukunft bleibt die Burgfelderstrasse eine Lifeline- und Notfallachse, was gemäss den Behörden für Tempo 50

spricht.

Im Weiteren wird im Jahr 2024 das bewilligte Bauprojekt zur Verkehrssicherheitssteigerung auf der Achse Burgfelderstrasse - Missionsstrasse umgesetzt. Bestehende Sicherheitsmängel insbesondere beim Velo-, aber auch beim Fussverkehr würden behoben, die Haltestellen behindertengerecht ausgestaltet und die Aufenthaltsqualität erhöht. Vor der Umgestaltung sind gemäss Verwaltung nur punktuelle Verbesserungen möglich. Im Weiteren wäre die Einführung von Tempo 30 nicht verfassungskonform, hätte es unter anderem längere Fahrzeiten für das Tram zur Folge. Geprüft wird die Einführung von Tempo 30 in der Nacht für lärmbelastete Abschnitte der Burgfelderstrasse und aufgrund der Motion Raphael Fuhrer "Tempo 30 in Basel-Stadt" analysiert eine bereits eingesetzte Arbeitsgruppe sämtliche Strassen bezüglich Einführung von Tempo 30.

Die Kommission kann die Anliegen der Petentschaft mehrheitlich sehr gut nachvollziehen. Dass die Petition von rund 1'000 Personen unterschrieben worden ist, bringt den Leidensdruck im betroffenen Quartier deutlich zum Ausdruck. Festzuhalten ist, dass ein vom Grossen Rat genehmigtes Projekt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit existiert, das auf den Januar 2024 umgesetzt wird. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass sich die Situation mittelfristig so oder so verbessert. Während der zwei- bis dreijährigen Bauphase dürfte es auch zu Einschränkungen im Verkehrsablauf kommen und Tempo 50 womöglich gar nicht möglich sein.

Wie sinnvoll Sofortmassnahmen noch vor Baubeginn sind, wird von den Kommissionsmitgliedern sehr unterschiedlich beurteilt. Im Vordergrund der kommissionsinternen Diskussion stand die Einführung von Tempo 30. Kritisiert worden ist die ablehnende Haltung seitens Verwaltung mit wenig überzeugenden Argumenten. Das Bedürfnis der Bevölkerung nach mehr Sicherheit und weniger Lärm sei gross. Dass die Strasse aufgrund ihrer Funktion eine gewisse Breite aufweisen muss, sei unbestritten, aber kein Argument gegen Tempo 30.

Die Kommission erwartet, dass der Regierungsrat das in der Petition geschilderte Anliegen ernst nimmt und die Einführung von Tempo 30 vorbehaltlos prüft. Das Gleiche gilt für die beiden anderen Forderungen der Petition, durchgängige und sichere Velowege sowie sichere Fussgängerüberquerungen, soweit dies mit dem Ausführungsprojekt zur Neugestaltung der Strasse nicht sowieso vorgesehen ist.

Am Status quo festzuhalten ist für eine Mehrheit der Kommission keine Option. Als rasch realisierbare Massnahme schlägt die Kommission eine temporäre Tempo 30-Zone während den Schulzeiten beim Isaak-Iselin-Schulhaus vor. Eine Kommissionsminderheit hat aufgrund des Umstands, dass hier ein umsetzungsreifes Bauprojekt vorliegt und über die Motion Raphael Fuhrer alle Strassen auf Einführung von Tempo 30 sowieso überprüft werden, für Erledigterklärung der Petition plädiert. Die Mehrheit möchte hingegen, dass der Regierungsrat nicht nur die Einführung von Tempo 30 ernsthaft prüft, sondern, wie von der Petition gefordert, auch weitere Sofortmassnahmen.

Vor diesem Hintergrund beantragt die Petitionskommission mit 8 zu 2 Stimmen, dass die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat überwiesen wird. Diese Behandlung erfolgt sinnvollerweise zusammen mit der vorher erwähnten Motion.

*Pascal Messerli (SVP):* beantragt die Petition als erledigt zu erklären.

Die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Petition als erledigt zu erklären. Ich fange zuerst mal mit einem formellen Argument an. Es wird immer behauptet, es haben 1'000 Personen diese Petition unterschrieben und das würde doch zeigen, wie gross das Anliegen in der Quartierbevölkerung ist. Fakt ist doch einfach, dass eine Petition von allen unterschrieben werden kann und wir nie in der Petitionskommission Ausführungen machen, wo jetzt genau diese Unterschriften herkommen. Ich kann Sie daran erinnern, dass bei der Petition, als es um christliche Symbole am Friedhof Hörnli gegangen ist, dort sind 2'000 Unterschriften aus Riehen eingegangen, mehrere Hundert zusätzlich aus dem Kanton Basel-Stadt und noch weitere 1'000 aus der ganzen Restschweiz. Dort hat auch niemand die Argumentation vertreten, dass das jetzt ein Anliegen ist, das man an den Regierungsrat überweisen sollte. Dann sollte man hier auch etwas glaubwürdiger argumentieren und nicht nur dort, wo es einem passt, für die Überweisung argumentieren und dort, wo es einem nicht passt, gegen die Überweisung, vor allem, wenn die Zahl dann auch viel tiefer ist wie bei anderen Petitionen.

Dann zum weiteren formellen Argument. Wir haben diese Motion von Raphael Fuhrer, welche jetzt überwiesen worden ist. Wir werden das auch noch in den Kommissionen diskutieren, wir werden das nochmals im Parlament diskutieren, es wird ziemlich sicher Volksentscheide geben, es wird evtl. sogar Gerichtsentscheide geben, wenn man darüber diskutieren muss, in welchen Bereichen Tempo 30 vielleicht bundesrechtswidrig ist. Also hier haben wir auch ein Instrument, welches das abklärt, und dann könnte man auch mal, um Doppelspurigkeiten und Verwaltungsbeschäftigung zu vermeiden, hier auch mal eine Petition für erledigt erklären, ohne dass man jetzt gegen dieses Anliegen ist, sondern einfach mit dem Argument, es gibt bereits ein Instrument.

Im Übrigen auch ein weiterer Grund, warum die SVP-Fraktion einzelne Tempo 30-Strassen ablehnt. Wir haben das häufig im Kanton Basel-Stadt, das ist mir auch in der strafrechtlichen Praxis häufiger aufgefallen, es wird irgendwo eine Tempo 30-Zone installiert, dann, wenn man die Budgetierung der Bussen des Kantons Basel-Stadt, diese Eifrigkeit sich anschaut, kommt dann eine Woche später ein Blitzer hin. Stellen Sie sich vor, Sie sind auf ein Auto angewiesen, fahren seit zehn Jahren immer durch die gleiche Strasse mit Tempo 50, das soll es ja auch geben, auch wenn es hier teilweise negiert wird, dass Menschen auf das Auto angewiesen sind, dann haben Sie vielleicht einen kleinen Fehler gemacht und vielleicht ein neues Strassenschild übersehen und haben dann, wenn man sich das Strassenverkehrsgesetz etwas anschaut, relativ unverhältnismässig hohe Bussen oder sogar eine Geldstrafe mit Fahrzeugausweisentzug zu verschulden. Und hier kann man schon auch sagen, diese Kombination von einzelnen Tempo 30-Strassen und dann diese Budgetierung, dieses Aufstellen von den Blitzern ist dann nicht ganz unproblematisch aus Sicht der SVP-Fraktion.

Im Übrigen, es wurde auch schon gesagt, die zusätzlichen Massnahmen, die jetzt in dieser Petition gefordert sind, die sind



nur punktuell möglich und anders gar nicht. Tempo 30 würde in diesem Fall gegen Bundesrecht verstossen und aus diesen Gründen sind wir dafür, dass wir jetzt diese Petition für erledigt erklären. Es ist jetzt auch nicht so, dass wir hier einen riesigen Notstand hätten in dieser Strasse und dass täglich irgendetwas passiert, dass es ganz dringend Sofortmassnahmen im Schnellverfahren benötigt. Wir sollten hier jetzt die Antwort des Regierungsrats abwarten, was im Ratschlag zur Motion von Raphael Fuhrer kommt, dann jassen wir das hier nochmals aus und diskutieren, wo es Sinn macht und wo nicht und lassen vielleicht am Schluss das Volk darüber entscheiden, wo es Sinn macht und wo nicht. Aber diese Petition kann man hier ohne weiteres als erledigt erklären.

*Tonja Zürcher (GAB):* Bevor ich auf die Inhalte zu der Petition eingehen will, möchte ich noch zu meinem Vorredner etwas sagen. Wenn eine autofahrende Person Tempo 30 nicht einhalten kann, dann haben wir entweder ein Problem bei der Fahrprüfung, bei der Ausbildung, bei den Lernenden oder dass es einfach nicht eingehalten werden will. Tempo 30 kann man einhalten, selbst ungeübte Autofahrende, wie ich es bin, und selbst eine Person, die im Aargau die Fahrprüfung gemacht hat, schafft das. Ich glaube, das ist echt kein Problem.

Das GAB ist dafür, dass wir diese Petition dem Regierungsrat zur Umsetzung überweisen. Es wurde bereits gesagt, es sind 1'000 Unterschriften zusammengekommen, grösstenteils aus dem Quartier und uns wurde von der Petentschaft berichtet, dass sie bei einer Standaktion vor dem Coop oder Migros, ich weiss jetzt nicht mehr, was es war, die dort wirklich aktiv auf sie zugegangen sind. Es nicht so, wie es manchmal bei Referenden oder Initiativen ist, dass man mühsam alle Personen ansprechen muss, sondern die sind wirklich auf die Petentschaft zugegangen und wollten unterschreiben.

Die Petition verlangt Sofortmassnahmen und die Umsetzung von Tempo 30. Ich denke, das sind Anliegen, die unbestritten sein sollten. Gerade auch, weil es sich hier um einen Schulweg handelt und für die Kinder dieser Schulweg sehr herausfordernd und gefährlich ist. Zudem ist die Burgfelderstrasse eine Velo-Pendlerroute. Die sollte zwar jetzt dann irgendwann mal, wenn es umgesetzt wird, mit der Umgestaltung verbessert werden, aber es ist klar, dass auf Jahre hinaus hier noch eine gefährliche Situation ist, dass Velofahrende zwischen Tramgleisen und parkierten Autos hindurch müssen, der Abstand ist sehr eng und es wird sehr schnell gefahren. Es wurde uns von regelmässig überhöhter Geschwindigkeit berichtet. Ob das den Kontrollen der Polizei auch so bekannt ist, weiss ich nicht, aber die Situation mit Tempo 50 knapp an einem Velofahrenden oder Fussgänger vorbei, ist auch dann gefährlich, wenn Tempo 50 eingehalten ist.

Hinzu kommt, dass der Vortritt von Fussgängerinnen und Fussgängern gerade auch für Kinder auf dem Schulweg bei Trottoir-Überfahrten schlecht eingehalten wird. Stellen Sie sich vor, Sie sind als Kind unterwegs ganz gemütlich auf dem Trottoir, Sie können sich sicher fühlen und dann kommt eine Autofahrerin oder ein Autofahrer aus der Seitenstrasse, ja, teilweise sind das Velofahrende, auch die müssen sich daran halten, und gefährden diese Kinder. Hier sind wir der Meinung, dass es möglich sein muss, mit Sofortmassnahmen Verbesserungen zu erreichen und nicht zu warten, bis hier etwas Gravierendes passiert.

Tempo 30 und sichere Fuss- und Velowege sind aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt in Richtung einer zukunftsfähigen und lebenswerten Stadt Basel und die Förderung von klimafreundlichen und flächeneffizienten Mobilitätsformen ist ein wesentlicher und einfacher Beitrag zur Reduktion von klimaschädlichen Emissionen und auch gesundheitsgefährlichen Lärmemissionen.

Die Verbesserungsmassnahmen zugunsten der Lebensqualität sind also hier dringlich und wichtig und es ist schon überraschend, dass überall, wahrscheinlich überall auf der Welt, aber überall, wo sie es nicht bekommen, die gleichen Diskussionen sind. Auch in Städten wie Paris, Brüssel, Barcelona, usw. gab es diese Diskussionen um Tempo 30 und es wurden in etwa die gleichen Argumente dafür und dawider gebracht. Interessant ist, dass sobald Tempo 30, verkehrsreduzierte Quartiere, usw. umgesetzt sind, sichere Velorouten, plötzlich gar nicht mehr so viele dagegen sind, sondern sich freuen. Gerade das lokale Gewerbe, die lokale Gastronomie freuen sich über die zusätzlichen Umsätze.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir trotz der überwiesenen Motion von Raphael Fuhrer hier diese Petition an den Regierungsrat überweisen, und zwar wegen den Ausführungen der Verwaltung im Hearing. Die Präsidentin der Petitionskommission hat es bereits ausgeführt, die Argumente, die gegen Tempo 30 auf dieser Strecke genannt wurden, sind aus meiner Sicht absolut fragwürdig. So wurde zum Beispiel gesagt, dass die Verfassung ein Problem dafür wäre. In der Verfassung steht, dass der ÖV Vorrang hat, das heisst aber nicht, dass er keine zwei, drei Sekunden langsamer sein darf auf dieser Strecke, sondern das heisst, dass er Vorrang gegenüber anderen Mobilitätsformen hat. Und im gleichen Absatz steht auch die Sicherheit und wenn die Sicherheit wahrscheinlich kurz darauf die Fussgänger/innen, die das Trottoir benutzen, die Strasse überqueren, wenn die gefährdet sind, wenn die zukünftigen Trampassagier/innen gar nicht sicher zum Tram kommen, ist es, glaube ich, nicht unbedingt eine ÖV-Förderung, wenn wir da Tempo 30 ablehnen.

Ganz wichtig für die ÖV-Förderung, das Entscheidende für den öffentlichen Verkehr ist die Zuverlässigkeit, also dass ich weiss, wenn ich in das Tram einsteige, wenn ich in den Bus steige, wann ich an meinem Ziel ankomme, dass ich meine Anschlüsse erreiche, ob das 20 Sekunden früher oder später ist, spielt wirklich keine Rolle. Das Problem ist, wenn ich plötzlich zehn Minuten später ankommen, was ich nicht einkalkuliert habe, weil wieder mal eine Person, die nicht so geübt war, falsch parkiert hat auf der Seite und das Tram blockiert oder wenn es einen Stau gibt, weil zu viele Autos durch diese Strasse fahren und genau da hilft eben auch Tempo 30. Tempo 30 hilft den Verkehr zu verflüssigen, es gibt weniger stop-and-go und das sollte sogar denjenigen, die für den Autoverkehr sind, eigentlich einleuchten, dass Tempo 30 etwas Sinnvolles ist. Einfach noch bevor es gross ausgeführt wird oder als Argument kommt, die Notfallfahrzeuge werden durch Tempo 30 nicht behindert. Ob eine Rettungsgasse gebildet wird von den Autofahrenden oder nicht, hängt nicht vom Temporegime ab, sondern ob sie dies machen oder nicht.

Ich bitte Sie, diese Petition dem Regierungsrat zur Umsetzung zu überweisen. Wir möchten, dass die Eltern nicht warten müssen, bis ihre Kinder erwachsen sind, bis endlich sichere Schul- und Velowege da sind, bis endlich Tempo 30 ist,

sondern dass sie das bald bekommen.

### Zwischenfragen

*Erich Bucher (FDP):* Wieso überweisen Sie an den Regierungsrat und nicht an die UVEK, weil die UVEK bereits in der Behandlung ist der allgemeinen Tempo 30-Diskussion, wieso soll das nochmals in die Regierung statt in die UVEK?

*Tonja Zürcher (GAB):* Die Regierung hat den Auftrag, ein integrales Konzept für Tempo 30 vorzulegen und wir wollen, dass diese Strasse im Zusammenhang damit auch umgesetzt wird.

*Pascal Messerli (SVP):* Tonja Zürcher, Sie haben gesagt, das Gewerbe freut sich über mehr Umsatz. Welches Gewerbe würde jetzt mehr Umsatz machen, wenn wir diese Petition an den Regierungsrat überweisen?

*Tonja Zürcher (GAB):* Ganz konkret profitieren die Gastronomie-Gewerbe, aber auch lokale Läden profitieren von einer lebensfreudigen, verkehrsberuhigenden Situation, was wir hier mit einem eigenen einzelnen Schritt in der Burgfelderstrasse fördern möchten. Aber natürlich sind wir froh, wenn das auch weitergeht und das ganze Quartier involviert wird.

*Beda Baumgartner (SP):* Ich möchte mit zwei Bemerkungen zu meinem Vorredner Pascal Messerli starten. Zur Frage, wie viele Personen das unterschrieben haben. Ich verstehe nicht genau, was Sie gesagt haben, Pascal Messerli, aber warum man das untermauern soll, weil diese 1'000 Personen, die haben eben vor allem oder überwiegend aus dem Quartier unterschrieben und die Christliche Symbole-Petition ist jetzt wirklich nicht so ein gutes Beispiel, weil als wir das in der Petitionskommission gehabt haben, haben wir einfach gemerkt, das ist gar kein reales Problem und es wurde innerhalb einer Sitzung aufgelöst. Und wenn dann dort so viele Leute aus der Restschweiz unterschrieben, dann zeigt das ja genau, dass es ein bisschen eine importierte und herbeigezerrte Diskussion war und nicht wirklich das, was es im Kanton Basel-Stadt als Problem gab. Aber das nur am Rande.

Dann der zweite Vorwurf zur Doppelspurigkeit. Das ist genau der entscheidende Punkt, wenn wir das behandeln in der Petitionskommission, reflektieren und auch was wir im Bericht stehen haben, dann geht es ja eben darum, dass wir neben der Motion Raphael Fuhrer, auf das jetzt schon richtig hingewiesen wurde von meinen Vorrednerinnen, dass wir auch kurzfristige Änderungen und Sofortmassnahmen haben und ich glaube, in diesem Kontext ist es wichtig, noch einmal anzuschauen, was will eigentlich die Petition genau. Sie will generelles Tempo 30 in der gesamten Burgfelderstrasse, sie will durchgängige und sichere Velowege auf der gesamten Burgfelderstrasse stadteinwärts und stadtauswärts und sie will sichere Fussgängerüberquerungen im gesamten Verlauf der Burgfelderstrasse. Und in diesem Kontext, glaube ich, ist es wichtig festzuhalten, es gibt eine Lärmkomponente, wie es Tonja Zürcher schon gesagt, die ist gesundheitspolitisch relevant für uns hier in diesem Saal, und es gibt eine Klimakomponente und da gibt es noch die Komponente, dass wir eine Situation in einem Quartier haben, in der in sehr wenigen Tagen sehr viele Leute eine Petition unterschrieben haben auch aus einer Sicherheitskomponente heraus.

Ich glaube, vielen in diesem Saal ist die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ein sehr grosses Anliegen, jetzt können wir ganz konkret etwas für die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern tun, in der Verkehrssicherheit nämlich. Und darum bin ich überzeugt, dass es sehr gut und wichtig ist, wenn wir das dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überweisen, damit die Verwaltung prüfen kann, was sie neben der Umsetzung im Rahmen der Motion Raphael Fuhrer zusätzlich machen kann in dieser Strasse, um genau dieses Anliegen zur Sicherheit aufzunehmen.

Darum bitte ich Sie im Namen der Fraktion der SP, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* Verschiedene Aspekte, wir haben so viele gehört und ich möchte auch gar nicht alles wiederholen, haben die LDP, und spreche hier auch im Namen der Mitte/EVP und im Namen der FDP, dazu bewegt, diese Petition als erledigt zu erklären. Wir haben wirklich alle Punkte schon gehört, ich möchte nur noch auf eines aufmerksam machen. Ich glaube nicht, dass es die ganze Burgfelderstrasse ist, die alle diese Anliegen möchten, die die Petenten vorgebracht haben. Es gibt eine wunderbare Überbauung, die genossenschaftliche Überbauung Sonnenfänger von Nord Architekten zum Beispiel am Ende der Burgfelderstrasse und die sind sogar mit einem Preis ausgezeichnet worden. Jetzt frage ich mich, was ist zuerst. Diese Wohnungen sind sehr schnell vermietet worden, die sind alle glücklich, die dort leben, was war zuerst. Die kommen an diese Burgfelderstrasse im Wissen, wie sie aussieht, und ziehen dort gerne ein und wohnen dort gerne. Mir ist immer, was ist zuerst, das Huhn oder das Ei.

Das mit der Motion, das ist noch einmal etwas, warten wir doch jetzt einfach einmal ab, was die Motion Raphael Fuhrer dazu sagt und was der Regierungsrat dazu sagt, wenn wir diesen Teppich jetzt mit dieser 30er-Zone weiterknüpfen und wie sich Basel dementsprechend weiterentwickelt.

Die LDP, die Mitte/EVP und die FDP empfiehlt Ihnen, die Petition als erledigt zu erklären.

*Karin Sartorius, Präsidentin PetKo:* Ich möchte nur noch einen Punkt erwähnen betreffend Unterschriften. In der Petitionskommission wird nie in keinsten Weise die Anzahl Unterschriften gezählt noch irgendwie geschaut, wer unterschrieben hat oder woher die Unterschriften kommen. Jeder kann eine Petition unterschreiben. Wir erwähnen es in

den Berichten nur, wenn die Petentschaft dies in den Hearings erwähnt und dies glaubhaft macht. Aber wirklich in keinster Weise können wir nachweisen, ob die Unterschriften aus dem Quartier kommen, aus Riehen oder aus Basel oder welches Alters oder welcher Nationalität oder von woher. Einfach zur Klarstellung.

#### Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

#### Abstimmung

JA heisst die Petition für erledigt zu erklären, NEIN heisst an den RR zur abschliessenden Behandlung.

#### Ergebnis der Abstimmung

**38 Ja, 51 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 340, 09.11.22 11:29:59]

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P450 (22.5310) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

### 16. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen

[09.11.22 11:30:52, BVD, 22.5174.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 12 Monaten.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Vielleicht kurz vorab, es ist durchaus sinnvoll, dass man auch in Bebauungsplänen Vorschriften machen kann betreffend Klimaschutz, das kann ein wirksames Instrument sein. Der Grund, weshalb Sie hier der Regierungsrat darum bittet, diese Motion als Anzug zu überweisen, ist der gleiche Grund, den wir auch schon im Oktober diskutiert haben im Zusammenhang mit der Motion Tonja Zürcher zur grauen Energie. Wir sind im Moment daran, unter der Federführung des PDs eine umfassende Klimastrategie zu erarbeiten. In diesem Zuge werden auch die Vorstösse, die von der Spezialkommission Klima eingereicht wurden, berücksichtigt und dann haben wir jetzt noch weitere Vorstösse, wie jetzt dieser vorliegende hier.

Insgesamt sind es über 30 Vorstösse zum Thema Klimaschutz und es ist uns sehr wichtig als Regierungsrat, dass wir eine Gesamtbetrachtung machen können und ein sinnvolles Massnahmenpaket Ihnen vorschlagen können. Und da bitten wir Sie um Handlungsfreiheit, eben nicht einzelne Elemente schon als Motion zu überweisen, sondern uns die Verhandlungsfreiheit zu geben und wir möchten das prüfen und berichten.

Vielleicht noch kurz zu diesen Bebauungsplänen oder diesem § 101 im BPG. Wir hatten diese Diskussion schon mal im Zusammenhang mit dem preisgünstigen Wohnen. Es ist so, Sie können schon jetzt in diese Bebauungspläne Verweise machen, Sie können da auch ein Klimaziel reinschreiben, der Punkt ist einfach, es braucht eine gesetzliche Verankerung auf anderer Ebene, beispielsweise im Umweltschutzgesetz und diese müssen wir zuerst schaffen, damit sie dann nachher in den Bebauungsplänen darauf Bezug nehmen können. Das werden wir Ihnen gerne aufzeigen und deshalb bitten wir Sie um die Überweisung als Anzug.

*Patrizia Bernasconi (GAB):* beantragt Überweisung als Motion.

Die Fraktion GAB beantragt Ihnen, diese Motion als Motion zu überweisen. Ich habe die Diskussion bei der ersten Überweisung nochmals genauer nachgelesen. Einerseits hörten wir, man könne schon heute viel in Klimaneutralität und grauer Energie machen. Der Präsident der BRK bezugnehmend auf Ex-Regierungsrat Hans-Peter Wessels sagte, man darf in einen Bebauungsplan reinpacken, was man will, deshalb braucht es keine gesetzliche Grundlage, so hiess es. Andererseits hörten wir Regierungsrätin Esther Keller sagen, es fehle eine gesetzliche Grundlage, das haben wir ebenfalls jetzt gehört, um im § 101 des BPG Vorgaben zur Klimaverträglichkeit der Bebauung und Umgebungsumgestaltung festzuschreiben. Der Grund ist aber, dass bei Sondernutzungs- resp. Gestaltungsplanungen, also bei Bebauungsplänen, so wie wir es in Basel nennen, der Kanton die Einhaltung von Anforderungen, die über die Grundordnung gehen oder sogar der Grundordnung widersprechen, einfordern kann. Das ist in der Natur der Bebauungspläne. Es stimmt also, dass wir reinpacken können, was wir wollen, aber um sicher zu sein, damit kein Gericht uns sagt, es fehle eine gesetzliche Grundlage, nennen wir sie doch konkret im § 101 des BPG, so wie es meine Motion verlangt. Es geht um einen einzigen Satz.

In der Oktobersitzung bei der Überweisung der Motion von Tonja Zürcher ist auch Interessantes diskutiert worden. Grundsätzlich sind sich alle einig, es muss etwas in Sache grauer Energie geschehen. Regierungsrätin Esther Keller teilte

das Ziel der Motion Tonja Zürcher, sie wollte aber Spielraum schaffen, um das Anliegen verträglich und im Rahmen der regierungsrätlichen Strategie Ende 2023 umzusetzen. Das gleiche hören wir soeben auch im Zusammenhang mit meiner Motion. Im Oktober hat Andreas Zappalà im Namen der bürgerlichen Parteien gesagt, das Problem sei erkannt, aber mit dem Vorgehen zu einer Lösung sei er nicht einverstanden. Das ging um die Motion von Tonja Zürcher. Er nahm auch mehrmals Bezug auf das kürzlich veröffentlichte Whitepaper. Das ist für mich ein bisschen wie ein Steilpass. Auf das Whitepaper werde ich noch zurückkommen.

David Wüest-Rudin war nämlich an der Ausarbeitung der Motion Tonja Zürcher mitbeteiligt, er sagte, dass das Ziel der Motion richtig und wichtig ist, am Rande bemerkt, auch meine Motion ist in Zusammenarbeit mit der GLP entstanden. Also das Ziel der Motion Tonja Zürcher war richtig und wichtig, er sagte auch, wenn wir ambitionierte Ziele haben, dann muss Netto-Null auch für die Baubranche gelten. Gleich danach hat er es aber relativiert. Es müsste anerkannt werden, dass gesetzliche Vorgaben einen Eingriff bedeuten. Er hat das auch im Zusammenhang mit meiner Motion gesagt.

Ohne Eingriff geht es aber nicht und da komme ich zum von Andreas Zappalà zitierten Whitepaper zurück. Ich zitiere: "Die Baubranche ist eine der Hauptverursacherin von Treibhausgasemissionen". Zitat Ende. So heisst es in der Einleitung dieses Papiers. Wir wissen es schon seit langem. Mittlerweile ist dieser Fakt allseits erkannt und anerkannt vom Regierungsrat und von der bürgerlichen Seite. Im Whitepaper heisst es auch, dass wenn weiter nach den heutigen Vorgaben gebaut wird, können die im Pariser Abkommen definierten Ziele nicht erreicht werden. Wir reden vom Netto-Null-Ziel bis zum Jahr 2050. Wir haben aber Ende November eine Abstimmung, die mit allergrösster Wahrscheinlichkeit ein neues Netto-Null-Ziel bestimmen wird, entweder 2037 oder sogar 2030, es muss also etwas Einschneidendes passieren. Wir müssen handeln, wir können nicht abwarten.

Das Ziel vom Whitepaper ist es aufzuzeigen, wie wichtig und wie dringend es ist, gerade bei den Transformationsarealen in Bezug auf graue Energie zu handeln. Auch schreiben die Autoren vom Papier besorgt, dass bis Ende 2023 vom Regierungsrat lediglich eine Strategie vorliegen wird. Ich zitiere das Papier zum letzten Mal: "Dabei haben Massnahmen in diesem Bereich grosse Dringlichkeit, weil ansonsten die grossen Potenziale für eine Vermeidung von grauen Treibhausgasemissionen wortwörtlich verbaut werden". Zitat Ende. Deshalb nennt das Papier viele Massnahmen, auch gesetzliche Massnahmen, die sofort, ohne die Strategie abzuwarten, ergriffen werden können.

Meine Motion nennt zwar keine konkreten Massnahmen, das sollen ja die Expert/innen machen, wie die Autoren des Whitepapers oder die Fachpersonen, die die neue Fachstelle Graue Energie beim BVD besetzen werden. Meine Motion will einfach ein im Gesetz verankerter Handlungsspielraum, eine Möglichkeit für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen zu schaffen. Diese Möglichkeit soll jetzt äusserst dringend und breit in Anspruch genommen werden, denn grosse Transformationsareale stehen jetzt in Planung. Deshalb soll diese Motion in einem Jahr erfüllt werden. Es geht also darum, dass Aussagen wie, ich zitiere: "Das zukünftige Quartier denkt in lokalen Kreisläufen", so hiess es bei der Präsentation des Leitbildes vom Klybeck-Areal. Es geht darum, dass solche Aussagen nicht zu blossen Lippenbekenntnissen oder zu einer leeren Hülse werden, sondern in einem Bebauungsplan juristisch stichfest festgenagelt werden.

Wir anerkennen, dass der Regierungsrat das Problem erkannt hat und wir sehen auch, dass Projekte vorangetrieben werden. Es ist aber alles sehr scheu, es ist alles sehr zaghaft. Nach der Debatte vom letzten Oktober haben Mitglieder meiner Fraktion aus Frust einen neuen Begriff geprägt: Leading by waiting, so heisst die neue Management-Methode, Führen durch Warten. So kam uns die Debatte im Oktober vor. Wir können aber nicht mehr warten, deshalb bitte ich Sie, diese Motion als Motion zu überweisen.

*Michael Hug (LDP):* beantragt Nichtüberweisung.

Ich spreche für die LDP- und die FDP-Fraktion. Im Namen genannter Fraktionen empfehlen wir Ihnen, die Motion betreffend "gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen" nicht zu überweisen. Zweifelsohne ist das Anliegen sinnvoll, zwei der Hauptargumente, weshalb es keinen Sinn macht, die Verwaltung mit dem Vorstoss weiter zu beauftragen, werden in der Stellungnahme der Regierung, und das haben wir soeben nochmals gehört durch Vorsteherin Esther Keller, sehr deutlich. Das werde ich kurz ausführen.

Zum einen werden aktuell bereits durch die kantonale Verwaltung viele Vorstösse zu Fragen rund um die Klimaanpassungen und den Klimaschutz bearbeitet, was sinnvoll ist. Weitere kommen fast monatlich hinzu. Viele bereits eingebrachte Vorstösse überlagern sich thematisch auch bezüglich der geforderten Massnahmen. All diese Beantwortungen sollen koordiniert in eine kantonale Klimastrategie einfließen, welche derzeit ausgearbeitet wird. Ein Abwarten wäre hier zielführend.

Weiter benötigt es überhaupt keine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen von Bebauungsplänen, um Klimamassnahmen in Bebauungsplänen festzusetzen, sofern für das jeweilige Thema der notwendige gesetzliche Rahmen schon besteht. Dies kann jedoch nicht, wie soeben von Kollegin Patrizia Bernasconi genannt, durch einen Artikel im Bauplanungsgesetz einfach so normiert werden.

Zu einem letzten Punkt, welchen ich immer wieder und gerne betonen muss. Die unendlich hohe Anforderungsdichte im Baubewilligungsverfahren führt immer mehr zu einem kompletten Overkill. Dies wirkt sich kontraproduktiv auf die von Ihnen allen hochgehaltenen und wichtigen Zielen wie ökologisch nachhaltige Sanierungen, State of the Art-Neubauprojekte und die Überwindung der Wohnungsnot aus. Ich bin überzeugt, dass bei weiter steigenden Zinsen und weiteren Überregulierungen auch grosse Projekte nicht mehr realisiert werden können und Basel am Ende gar nicht weitergebaut wird.

Aufgrund dieser Überlegungen beantragen wir Ihnen, die Motion nicht zu überweisen.

*Beat K. Schaller (SVP):* Bauen und Sanieren, das soll jetzt noch stärker behindert werden, in Bebauungsplänen sollen Vorgaben zur Klimaverträglichkeit festgesetzt werden können. Ja, Gebäudesanierungen, Umbauen, Neubauten können tatsächlich einen deutlichen Teil zur CO<sub>2</sub>-Neutralität beitragen und deshalb sieht da schon der Bund im Gebäudebereich, ganz speziell jetzt auch in neuen Gebäuden, die CO<sub>2</sub>-Neutralität vor. Und statt dass wir jetzt die Prozesse der Sanierung und des Neubauens vereinfachen und beschleunigen, werden mit dieser Motion noch weitere Hürden in die Abläufe eingebaut. Wer weiss, mit welchem immensen administrativen Aufwand Bau- und Umbaubegehren schon heute belastet sind, der kann da nur den Kopf schütteln. Erinnern wir uns doch an das Votum von Kollege Lorenz Amiet, der kürzlich beschrieb, wie er für ein ganz einfaches Umbauvorhaben über 200 Unterschriften einreichen musste. Das ist doch schon eine unbegreiflich hohe Hürde und da noch weitere Hürden einzubauen, weitere Vorschriften zu machen, das erschliesst sich der SVP nicht.

Die Motion verlangt eine Freikarte für Klimagesetzgebungen im Bau-, Umbau-, Sanierungsbereich und das ist unnötig. Der Regierungsrat schreibt es ja in seiner Stellungnahme, ich zitiere leicht gekürzt: "Es braucht keine Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen von Bebauungsplänen, um Klimamassnahmen in Bebauungsplänen festzusetzen, sofern für das jeweilige Thema der notwendige gesetzliche Rahmen schon besteht. Insofern wäre das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre bereits erfüllt". Weiter: "Es wird Themen geben", schreibt der Regierungsrat, "für die eine gesetzliche Grundlage neu geschaffen werden muss. Diese Themen sollen im Rahmen der Klimastrategie des Regierungsrates sowie der Beantwortung der verschiedenen Klimavorstösse des Grossen Rates definiert und die notwendigen gesetzlichen Grundlagen erarbeitet werden." Zitat Ende.

Der Regierungsrat will also mit Augenmass situations- und anforderungsgerecht vorgehen und damit sind wir von der SVP einverstanden. Nicht einverstanden hingegen sind wir mit der Schlussfolgerung, dass die Motion in einen Anzug verwandelt werden soll. Egal, ob Basel jetzt 2030, 2037, 2050 CO<sub>2</sub>-neutral wird, wir würden einen weiteren Langläufer produzieren, den die Verwaltung in ihre Prozesse einbauen muss und den wir in unserer Geschäftsliste mitschleppen müssten. Wir können seitens SVP nicht genügend betonen, um auf die Klimaveränderung richtig zu reagieren, braucht es Wissen, Erfahrung, Innovation und Unternehmertum, nicht ein Übermass von Gesetzen.

Deshalb namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen, auch nicht als Anzug.

*David Wüest-Rudin (GLP):* Ich möchte mich namens der Fraktion GLP kurz äussern, zum einen, weil wir angesprochen wurden, zum anderen, weil mein Votum zur Motion Tonja Zürcher, das auch für dieses Geschäft galt, an der letzten Sitzung ganz zum Schluss gehalten wurde, um ein, zwei Punkte noch einmal in Erinnerung zu rufen. Ja, ich persönlich und auch die Grünliberalen stehen zu unserem Wort, dass das, was hier vorlag, auch die Motion Tonja Zürcher und jetzt hier die von Patrizia Bernasconi, dass die wichtig und richtig sind. Wir schätzen es auch sehr, dass wir gemeinsam zusammenarbeiten konnten, um diese Motion zu formulieren und wir verstehen auch den gewissen Frust, der nun entstanden ist, dass wir hier als Anzug überweisen.

Aber die Fraktion hat sich überzeugen lassen, dass es, wie es schon angemerkt wurde, eben nun sehr viele Vorstösse im Bereich Klima gibt und vor allem, dass der Regierungsrat angekündigt hat, Ende 2023, also im Herbst 2023, jetzt in einem Jahr, eine Strategie zu präsentieren, wie er das Netto-Null-Ziel dann erreichen will. Und ich möchte den Regierungsrat und auch unsere eigene Regierungsrätin daran erinnern, dass wir nicht nur ein Paket von Massnahmen erwarten, sondern wirklich eine Strategie, die aufzeigt, mit welchen Senkungspfaden, Zwischenzielen, usw. dann das Netto-Null-Jahresziel erreicht wird. Und dieses Netto-Null-Jahresziel werden wir in etwa drei Wochen vor uns liegen haben, dann ist die Abstimmung zur Klimagerechtigkeitsinitiative vorbei, wir werden wissen, welches Jahresziel die Bevölkerung unterstützt, das dann der Regierungsrat umsetzen soll.

Wir erwarten also dann, um dieses Jahresziel zu erreichen, eine griffige Strategie vom Regierungsrat. Wir erwarten auch Rechtsanpassungen, die in dieser Strategie enthalten sind, Rechtsanpassungen, die in den zwei Motionen, Tonja Zürcher und jetzt Patrizia Bernasconi, aufgegriffen sind und beauftragt werden an den Regierungsrat zu prüfen und in die Strategie einzubauen. Und deswegen ist es auch wichtig, die Anzüge dann zu überweisen. Es ist nicht nur eine Beschäftigung der Verwaltung, Beat Schaller, wie das die SVP behauptet, nein, es sind wichtige Anliegen, die in die Strategie des Regierungsrates integriert werden müssen. Und dieses Vorgehen, einfach zur Erinnerung, dass wir mal eine Motion lanciert haben, auch mit Absicht, diese dann zu überweisen, aber dann vielleicht auf ein Anzug umschwenken, weil man es in einem Gesamtpaket unterbringen kann, das haben wir auch an anderen Orten schon gemacht, zum Beispiel bei Steuersenkungen.

In dem Sinne also nicht Leading by waiting, sondern Leading by Strategic Management und in diesem Sinne werden wir die Motion als Anzug überweisen.

*Salome Bessenich (SP):* Es freut mich natürlich sehr zu lesen, dass die Regierung sagt, dass es diese Anpassung gar nicht braucht, um in Bebauungsplänen diese Vorgaben zu machen, Vorgaben zum Klimaschutz und Vorgaben zur Klimaanpassung. Das wussten wir ja aber auch schon, als wir das eingereicht und erarbeitet haben. Denn das Thema ist ja schon jetzt drin, sei es mit Vorgaben zu Minergie, sei es mit dem Grünraum, usw. Aber die Regierung hat aus unserer Sicht hier den Auftrag und den Willen der Motion nicht verstanden. Es geht eben genau darum, die unmissverständliche gesetzliche Grundlage zu schaffen für das, was wir schon jetzt tun, so dass eben keine Missverständnisse entstehen können, dass wir das machen dürfen, nicht nur wenn die Grundeigentümerin das eine gute Idee findet, sondern eben auch, wenn sich eine Grundeigentümerschaft sich mal dagegen wehren würde.

Die Formulierung ist schon da, die Arbeit haben wir sozusagen erledigt, ein weiterer Punkt im § 101 genügt, das wäre lit. I, der lauten soll: Vorgaben zur Klimaverträglichkeit der Bebauung und Umgebungsgestaltungen. Voilà, die gesetzliche

Grundlage ist geschaffen. Und nein, es braucht nicht Unmengen von weiteren Gesetzen, die bräuchte es, wenn es um Haushaltsgeräte gehen würde, aber darum geht es eben nicht. Es geht um das, was schon heute eigentlich getan wird, das aber eben festgehalten werden soll. Ich wiederhole mich. Es geht um die sichere Regelung des Falles, dass sich eine Grundeigentümerschaft wehren würde, eben genau das Beispiel vom Bruderholz, das wir kennen, mit einem anderen Thema.

Darum halten wir als SP an dieser Motion fest. Es braucht aus unserer Sicht genau diese Gesetzesanpassung vom § 101 und nicht allen weiteren, alles weitere kann im Namen der Strategie erarbeitet werden. Das darf auch noch etwas Zeit nehmen, aber das, was hier gefordert ist, das ist sehr konkret, das ist diese Gesetzesanpassung und da muss man auch nicht jetzt jahrelang auf die Strategie warten.

Im Namen der SP danke ich für die Überweisung als Motion.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich möchte nochmal kurz darauf eingehen, ob es diese Änderung in diesem § 101 braucht oder nicht. Das Problem beim Urteil Bruderholz, Radio Studio, auf das Sie sich beziehen, war nicht, dass das Gericht gesagt hat, da fehlt was im § 101, sondern dass das Gericht gesagt hat, es ist zu wenig oder es gibt kein Gesetz, wo die Preisgünstigkeit verankert ist und deshalb reicht es nicht, im Bebauungsplan darauf Bezug zu nehmen oder auch in diesem Gesetz. Aber lassen wir mal das Juristische.

Das ist etwas, das wir prüfen müssen, nämlich werden wir und wie werden wir das Bauen regulieren. Das werden wir prüfen müssen und das werden wir vorlegen müssen nächsten Herbst, egal, ob Sie das als Anzug oder als Motion überweisen. Was wir aber heute schon tun, und das ist mir jetzt ganz wichtig hier zu erwähnen, wir warten nicht. Wir haben heute schon verschiedene Hebel, um Klimaschutz im Bauen auch einzufordern. Das eine ist, dass wir als Kanton ein grosser Bauherr sind, wir haben heute Morgen das Projekt Tiefbauamt verabschiedet, das schon stark darauf Rücksicht genommen hat, was auch die CO<sub>2</sub>-Bilanz des Gebäudes ist, es gibt Pilotprojekte wie das Primaschulhaus Lysbüchel oder das Gewerbehaus ELYS, wo wir schon im Auftrag festgehalten haben, dass wir möglichst viel Reuse, wenig abrechen, weiter bauen, also wir als Bauherr haben heute schon Hebel als öffentlicher Bauherr und die nutzen wir. Und auch das Beispiel Klybeck, Patrizia Bernasconi, das zeigt ja, dass wir da schon darüber sprechen, das zeigt ja, dass wir jetzt nicht warten, bis wir diese Strategie haben, sondern wir setzen gemeinsam am Tisch mit diesen Planungspartner Ziele und diese Ziele können wir in einem städtebaulichen Vertrag verbindlich für beide Seiten festhalten und das gilt dann auch.

Also wir sind jetzt schon dran, ich möchte mich wirklich dem Vorwurf verwehren, dass wir hier abwarten, bis diese Strategie kommt. Wir haben grosse Hebel als Bauherr, als Planungspartner, und die nehmen wir jetzt schon wahr. Wir müssen jetzt die Lehren aus diesen Dingen ziehen und daraus eine konsistente Strategie ableiten und dieses Massnahmenpaket präsentieren und dann werden Sie hier entscheiden müssen, was beispielsweise wir an Regulierungen auch einfordern von privaten Bauherren und ich bin sicher, das wird noch einige Diskussionen hier drin geben.

### Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

### Ergebnis der Abstimmung

**50 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 341, 09.11.22 11:55:55]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 22.5174 in einen Anzug umzuwandeln.

### Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**55 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 342, 09.11.22 11:56:43]

### Der Grosse Rat beschliesst

den **Anzug 22.5174** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### Schluss der 35. Sitzung

12:00 Uhr

---

---

**Beginn der 96. Sitzung**

Mittwoch, 9. November 2022, 15:00 Uhr

**15. Neue Interpellationen.**

[09.11.22 15:00:08]

**Interpellation Nr. 114 Daniel Sägesser betreffend Unterstützungsmassnahmen wegen steigender Energiekosten und drohendem Kaufkraftverlust**

[09.11.22 15:00:09, WSU, 22.5463.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Das aktuelle Preisumfeld hat sich in den letzten Monaten teils deutlich verteuert. Obwohl die Teuerung im Vergleich zum europäischen Umfeld moderat erscheint, ist der Basler Index der Konsument/innenpreise seit September 2021 um 2,9 Prozent angestiegen. Die Energiepreise sind um fast 19 Prozent teurer geworden. Dies hat die motorisierten Individualtransporte um rund 11 Prozent verteuert, während die Preise des öffentlichen Verkehrs noch nicht erhöht wurden. Die Mietkosten sind im letzten Jahr ein Prozent gestiegen und die Krankenkassenversicherungsprämien steigen von 2022 auf 2023 um durchschnittlich 4,2 Prozent. Dies führt dazu, dass die Haushalte bei gleichbleibendem Einkommen weniger Mittel für die gleichen Produkte zur Verfügung haben. Dies kann insbesondere für Haushalte mit tieferen Einkommen zu Problemen führen.

Zu Frage 1.

Der Regierungsrat beantwortet diese Frage im Rahmen des Anzugs Thomas Widmer-Huber betreffend "eine soziale Wohnpolitik: das Instrument der Mietzinsbeiträge nutzen" bis spätestens Ende Jahr.

Zu 1b.

In Basel-Stadt steigen die Durchschnittsprämien der obligatorischen Krankenversicherung für Erwachsene um 4,2 Prozent, für Kinder um 3,9 Prozent und für junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahre um 4,3 Prozent. Dieser Anstieg ist moderater als in vielen anderen Kantonen. Der Regierungsrat hat am 25. Oktober 2022 beschlossen, die kantonalen Prämienverbilligungen für das Jahr 2023 proportional zu diesen Prämienentwicklungen zu erhöhen. Dies führt zu Mehrausgaben von Fr. 8'500'000.

Zu 1c.

Die Anpassung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe an die Teuerung ist gemäss den Empfehlungen des SKOS und SODK vorgesehen, voraussichtlich gemäss dem gesamtschweizerischen Mischindex, das heisst, um 2,5 Prozent. Die SODK-Empfehlung wird im November 2022 beschlossen und für den Kanton Basel-Stadt per 1. Januar 2023 umgesetzt. Der Kanton Basel-Stadt gehört jetzt schon zu jenen Kantonen mit dem höchsten Grundbedarf, auch weil die bisherigen Teuerungsausgleiche jeweils sofort gewährt werden und nicht wie in anderen Kantonen um ein Jahr oder länger verzögert werden.

Zu 1d.

Der Mietzinsgrenzwert der Sozialhilfe wird regelmässig in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt überprüft. Die nächste Überprüfung findet Anfang nächsten Jahres statt. Der Grenzwert bezieht sich auf die Nettomiete. Die Nebenkosten werden vollumfänglich übernommen, der Anstieg der Heizkosten hat deshalb keinen Einfluss auf die verfügbaren Mittel der Klientinnen und Klienten. Bei den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV wird der Mietgrenzwert inklusiv vertragliche Akonto-Nebenkosten ab 1. Januar 2023 um 7,1 Prozent erhöht auf Fr. 1'465 pro Monat für Einzelpersonen und Fr. 1'715 für Ehepaare.

Zu 1e.

In Basel-Stadt werden seit dem Jahr 2020 die höchsten Familienzulagen der Deutschschweiz ausgerichtet, Fr. 275 bezugsweise Fr. 325. Sie werden vollumfänglich von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in Basel-Stadt finanziert, wobei zwei Drittel an Familien mit Wohnsitz in anderen Kantonen und im Ausland entrichtet werden. Im Rahmen der Steuervorlage SV 17 wurden die Familienzulagen um 30 Prozent erhöht. Der Regierungsrat erachtet es als nicht opportun, bereits nach so kurzer Zeit die Familienzulagen und somit auch die Kosten für die Arbeitgeber/innen wieder zu erhöhen.

Zu 1f.

Die Preise der Kindertagesstätten mit den Teuerungsbeiträgen sind gesetzlich geregelt. Die Modellkosten betragen Fr.

2'499 pro Vollzeitplatz und Monat. Der Preis pro Vollzeitplatz und Monat liegt maximal Fr. 100 darüber und der Minimalpreis maximal Fr. 300 darunter. Mit dem neuen Tagesbetreuungsgesetz wurden die Beiträge an die Eltern mit tiefen und mittleren Einkommen per 1. Januar 2022 deutlich erhöht.

Zu 1g.

Die kantonale Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend Ausbildungsbeiträge wurde auf 1. Juni 2022 revidiert. Neu werden die Pauschalen für Lebenshaltungs- und Wohnkosten sowie die medizinische Grundversorgung regelmässig an die Teuerung angepasst. Die nächste Anpassung der Pauschalen an die aktuellen Gegebenheiten ist Anfang 2023 geplant und wird ab Frühjahrssemester 2023 in Kraft treten.

Zu Frage 2.

Der Regierungsrat legt die Prämienverbilligung jährlich im Licht der Prämienentwicklung fest. In den letzten 20 Jahren erfolgte die Anpassung stets mindestens proportional zur Prämienentwicklung. Eine überproportionale Erhöhung erfolgte zuletzt 2019, als im Zuge der SV 17 vier neue Einkommensgruppen eingeführt wurden. Die Einkommensgrenzen für den Anspruch auf Prämienverbilligung wurden so über zehn Prozent erhöht. Rund 3'000 Personen wurden neu anspruchsberechtigt, gleichzeitig wurde ein neuer Bonus von monatlich Fr. 30 für Bezügerinnen und Bezüger mit alternativem Versicherungsmodell eingeführt. Heute bezahlt der Kanton Basel-Stadt die höchsten Prämienverbilligungen. Das sind Prämienverbilligungen von durchschnittlich Fr. 3'704 pro beziehende Person pro Jahr. Für das Jahr 2023 hat der Regierungsrat eine proportionale Erhöhung der Prämienverbilligung beschlossen.

Zu Frage 3.

Die Senkung der Nichtbezugsquote ist sozialpolitisch wünschenswert. Der Regierungsrat hat deshalb den Nichtbezug bei verschiedenen Sozialleistungen untersuchen lassen. Die Ergebnisse zeigten, dass der Nichtbezug in Basel-Stadt tiefer war als erwartet. Nichtsdestotrotz möchte der Regierungsrat die Bezugsquote erhöhen. Jährlich werden alle Personen angeschrieben, die aufgrund ihrer Steuerdaten potenziell Anspruch auf Prämienbeiträge haben. Mit dem Online-Sozialrechner kann ein möglicher Anspruch für sämtliche Leistungen einfach berechnet werden. Ab kommenden Frühjahr stehen auch Erklärvideos bereit, welche die Unterstützungsleistung einfach und in verschiedenen Sprachen vermitteln. Zurzeit wird die Übersetzung der Anmeldeformulare in weiteren Sprachen geprüft, so können mehr Personenkreise direkt erreicht und der Zugang zu den bestehenden Sozialleistungen vereinfacht werden. Aktuell läuft eine zweite Studie zum Mietbezug, diesmal betreffend die Sozialhilfe. Basierend auf den Resultaten können zielführende Massnahmen erarbeitet werden.

Zu Frage 4.

Der Regierungsrat anerkennt, dass höhere Energiepreise die motorisierte individuelle Mobilität verteuern. Auf die Preise im öffentlichen Verkehr haben die steigenden Energiepreise bisher keinen Einfluss. Eine Priorisierung des hängigen Vorstosses drängt sich daher nicht auf.

Zu Frage 5.

Personen, welche in prekäre finanzielle Situationen geraten, erhalten im Kanton Basel-Stadt rasch und zielgerecht Sozialleistungen. Basel-Stadt gehört zu den wenigen Kantonen, welche unterjährige Anpassungen aufgrund Einkommensveränderungen von über 20 Prozent gleich ab dem Folgemonat möglich machen. Kleinere Veränderungen werden mit der Steuerveranlagung automatisch berücksichtigt. Eine Reduktion des Schwellenwertes von 20 Prozent auf zehn Prozent erachtet der Regierungsrat nicht als zielführend, da im Gegenzug auch Einkommenserhöhungen von unter 20 Prozent zu einer Reduktion der Sozialleistung führen würden.

Zu Frage 6.

Wie bei den Einzelleistungen ausgeführt, werden alle wesentlichen Sozialleistungen automatisch und nach Bedarf an die Teuerung angepasst. Das progressive Transfersystem bei den Steuern- und Sozialbeiträgen stärkt die Kaufkraft der Bevölkerung automatisch und stabilisiert gleichzeitig die Konjunktur. Zusätzlich hat der Grosse Rat beschlossen, die Einkommenssteuern zu senken. Auch dies stärkt die Kaufkraft der Bevölkerung ganz direkt.

*Daniel Sägesser (SP):* Ich bedanke mich recht herzlich bei Regierungsrat Kaspar Sutter für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich möchte zunächst auf das Positive eingehen. Regierungsrat Kaspar Sutter hat korrekt festgestellt, dass wir im Kanton Basel-Stadt in vielen Bereichen sozialpolitisch besser aufgestellt sind als andere, das ist wichtig und das ist richtig. Es ist auch sehr begrüssenswert, die lange Tradition, die wir in Basel-Stadt haben, dass die Prämienverbilligung jeweils mindestens proportional angepasst wird. Auch die rasche Umsetzung der Erhöhung des Grundbedarfs werte ich als positiv, wie auch dass der Mietzinsgrenzwert bald überprüft wird. Dort möchte ich jedoch mit Nachdruck nahelegen, diesen nicht nur zu überprüfen, sondern auch merklich zu verbessern. Auch freut mich, dass Sie Massnahmen planen, um die Nichtbezugsquote weiter zu senken, das ist sehr begrüssenswert.

Trotzdem möchte ich ein paar kritische Punkte anmerken. Sie haben erwähnt, dass die ÖV-Kosten nicht gestiegen seien, sind wir ehrlich, sie sind noch nicht gestiegen. Die Energiepreise sind enorm in die Höhe geschneilt, das wirkt sich automatisch auf die Produktionskosten im ÖV aus und es ist absehbar, dass auch die ÖV-Kosten steigen werden. Es ist deshalb wichtig, dass wir das nicht aus den Augen verlieren und dass wir dann auch den Anzug Lisa Mathys, dass wir den trotzdem wirklich dringlich behandeln und das nicht unnötig hinauszögern. Dann beim Grundbedarf möchte ich noch darauf hinweisen, dass der Regierungsrat nicht verpflichtet ist, einfach nur die SODK-Empfehlungen einzuhalten, sondern dass es durchaus erlaubt ist, darüber hinaus zu gehen und ich möchte das mit Nachdruck auch fordern.

Zur Zufriedenheitserklärung, ich bin knapp teilweise befriedigt von der Beantwortung meiner Interpellation und ich werde mir Gedanken machen, ob wir da möglicherweise mit einem gezielten Vorstoss den Druck weiter erhöhen wollen. Es ist



mir sehr wichtig, dass wir die Menschen nicht im Stich lassen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass gerade die Inflation, die wir jetzt erleben, besonders auch Menschen mit tiefen Einkommen viel stärker zu spüren bekommen als durchschnittliche Haushalte und Personen mit durchschnittlichen Einkommens- und Vermögenssituationen. Die Auswirkungen können im täglichen Leben fast doppelt so hoch zu spüren sein und das ist wirklich eine sehr ausserordentliche Situation, die wir jetzt haben, und eigentlich brauchen wir ausserordentliche Mittel und Massnahmen und die habe ich jetzt noch nicht konkret gesehen, auch wenn ich da noch gespannt bin, wie das dann mit den versprochenen Massnahmen weitergeht.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 22.5463 ist erledigt.

**Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Grossräte und Regierungsräte, die nicht in Basel-Stadt wohnen, dennoch aber Grossrat und Regierungsrat in Basel sind**

[09.11.22 15:13:37, PD, 22.5479.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

*Eric Weber (fraktionslos):* Fünf Grossräte und ein Regierungsrat müssen unser schönes Parlament und die Regierung im 2023 verlassen, da sie alle nicht im Kanton Basel-Stadt wohnen, sondern im Elsass, in Italien, im Schwarzwald oder in anderen Kantonen, nur nicht in Basel-Stadt. Daher muss ich in eigener Sache reden. Wenn man ein Kind im Ausland hat, kann man dieses Kind natürlich besuchen. Wenn man ein Ferienhaus hat, dann kann man natürlich auch in seinem Ferienhaus verweilen. Es kommt nur darauf an, wo man seinen Lebensmittelpunkt hat, wo man seine Freunde hat. Meine Freunde sind meine Wähler in Kleinbasel, andere Freunde will ich nicht, da ich ein Politik- und Wahlprofi bin. Bei mir ist alles ganz einfach, Basel über alles, aber ich reise halt gerne mit meiner Freundin Anja.

Aber nun komme ich zur Sache der Interpellation zurück. Es geht um Sie, meine Damen und Herren, daher bitte ich nochmals um Konzentration im Saal. Ich möchte mich nun outen. Ich wohne angeblich in Ostberlin, der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Wir kamen als Agenten in die Schweiz. Diese Interpellation ist wichtig, auch Agenten, Mörder dürfen im Grossen Rat sein, so steht es in der Basler Zeitung. Wenn man mir heute vorwirft und auch anderen Grossräten, das ist die Interpellation, ich wohne in Ostberlin, der Hauptstadt der DDR, dann ist das falsch und ich bin nicht der einzige Grossrat, es geht um fünf Grossräte. Und jetzt wird es spannend, woher weiss ich das? Warum habe ich diese Interpellation gemacht, wie entstand diese Interpellation, woher weiss ich, dass gegen fünf Grossräte und ein Regierungsrat ermittelt wird? Das ist das Thema meiner Interpellation und das darf ich sagen, jetzt wird es spannend. Sie kennen die Person, Sie wissen auch, wer Angela Merkel ist und dass der Stasi Volksspion Michael Schindhelm war und seine Frau Mitarbeiterin in der Staatskanzlei war. Und ich habe Zugriff auf die Emails der Staatskanzlei und der Grossratskanzlei. Es ist bekannt, dass bei Schindhelms einmal eingebrochen wurde und nun präsentiere ich Ihnen die Arbeit der Geheimdienste.

Ich darf sagen, dass gegen fünf Grossräten recherchiert wird, die nicht in Basel-Stadt wohnen und das ist meine Interpellation, ich rede zur Sache. Lesen Sie auf Seite 60 meine Interpellation mit zehn Fragen. Ich spreche zur Wahrheit und ich bin der Wahrheit verpflichtet und ich rede zur Sache, ich habe das genau studiert und ich muss sagen, und da stehe ich dazu, wenn man zehn Beamte auf mich ansetzt, Kostenpunkt Fr. 4'900'000 pro Jahr, finde ich das schon übertrieben wegen so einem kleinem. Und darum muss ich sagen zu dieser Interpellation, das Ganze ist ein Witz, wenn hier mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Alles ist legal, alles ist richtig, man kann Kinder im Ausland haben, man kann eine Freundin im Ausland haben, man kann auch ein Ferienhaus im Ausland haben, das ist alles ganz legal. Viele Grossräte haben ein Ferienhaus im Ausland oder in den Schweizer Bergen oder im Tessin, alles legal. Und ich würde gerne noch zitieren aus dem Schreiben, das mir vorliegt zum Wohnsitz von Basler Grossräten, fünf Stück, die angeblich nicht in Basel wohnen. Das ist einfach nur lächerlich und da muss man erst mal schlucken. Es ist so, ich habe Ihnen nichts mehr zu sagen, ich will auch mit Kapitalismus nichts zu tun haben und darum frage ich.

**Interpellation Nr. 116 Nicola Goepfert betreffend Erneute unterirdische Unterbringung von asylsuchenden Menschen**

[09.11.22 15:18:58, WSU, 22.5485.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1.

Es handelt sich um die Schutzbauten an der Neuhausgasse des IWB-Geländes und an der Bonergasse 30.

Zu Frage 2.

Neuhausgasse, der Mietvertrag ist unbefristet, das Staatssekretariat für Migration SEM hält diese Anlage Stand-by bereit und nutzt sie punktuell bei akuten Unterbringungsengpässen im Bundesasylzentrum BAZ. Bonergasse, der Mietvertrag ist befristet auf sechs Monate, konkret vom Oktober 2022 bis März 2023.

Zu Frage 3.

Das hat der Kanton gemacht. Er hat dem Bund anfangs Oktober eine Liegenschaft mit 50 Plätzen angeboten. Der Bund hat das Angebot zwar geprüft, aber darauf verzichtet. Die Gründe dafür waren, das Haus wäre nicht sofort nutzbar gewesen und hätte zu viele Personalressourcen gebunden im Verhältnis zur Platzzahl. Das SEM entscheidet und trägt die Verantwortung, in welchen Unterkünften es die Asylsuchenden unterbringt, bevor sie den Kantonen zugewiesen werden.

Zu Frage 4.

Der Standortkanton eines Bundesasylzentrums ist nicht die zuständige Aufsichtsbehörde des BAZ. Verantwortlich für Gesundheit und Sicherheit der Asylsuchenden in den BAZ ist das SEM. Der Betrieb von Bundesasylzentren ist in der Verordnung des EJPD über den Betrieb von Zentren des Bundes und Unterkünften an den Flughäfen geregelt. Das SEM prüft, ob beauftragte Dritte ihre Aufgaben so umsetzen, wie es das interne Betriebskonzept vorgibt. Es gibt auch jährliche Kontrollbesuche von UNHCR und der nationalen Kommission zur Verhütung von Folter in ausgewählten BAZ. Für die Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden in Strukturen des Bundes ist das SEM verantwortlich. Bei übergeordneten Gesundheitsinteressen, wie zum Beispiel während der Covid-19-Pandemie, hat das SEM die Vorgaben der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der BAZ-Standortkantone zu befolgen.

Zu Frage 5.

Dass die Brandschutzvorgaben in unterirdischen Kollektivunterkünften eingehalten werden, dafür sorgt in Basel-Stadt der Bereich Rettung im Justiz- und Sicherheitsdepartement. Die Betreibungsorganisation ist hingegen verantwortlich dafür, dass in den Anlagen, die in Betrieb sind, die Fluchtwege frei bleiben.

Zu Frage 6.

Das UNHCR hat 2017 im Kontext der Neustrukturierung des Asylwesens Schweiz Empfehlungen zur Unterbringung von Asylsuchenden in den Bundesasylzentren formuliert. Wie die Unterbringung in kantonalen Strukturen ausgestaltet sein soll, darüber entscheiden die Kantone.

Zu Frage 7.

Wer in der Schweiz ein Asylgesuch einreichen will, tut dies in einem Bundesasylzentrum. Für das Asylverfahren ist der Bund zuständig. Während des Verfahrens sind die Geflüchteten in den BAZ untergebracht. Der Aufenthalt dort ist auf maximal 140 Tage beschränkt. Den Kantonen zugewiesen werden einerseits Personen, die auf den Schutz der Schweiz angewiesen sind, anerkannte Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene und Schutzstatus S, oder Personen in einem erweiterten Asylverfahren, für das noch zusätzliche Abklärungen gemacht werden müssen. Ebenfalls auf die Kantone verteilt werden abgewiesene Asylsuchende, die auch nach einem maximalen BAZ-Aufenthalt noch nicht weggewiesen werden konnten. Die ersten Monate nach ihrer Zuweisung in den Kanton wohnen die Geflüchteten in der Regel im Erstaufnahmezentrum. Sobald selbstständiges Wohnen möglich ist, ziehen sie in einen der rund 30 kantonalen Asylliegenschaften um. Familien haben ihre eigenen Wohnungen. Einzelpersonen leben in Wohngemeinschaften zusammen, besonders verletzte Geflüchtete, zum Beispiel unbegleitete minderjährige Asylsuchende oder kranke Menschen werden nach Kantonszuweisung sofort in speziell betreute Strukturen untergebracht. Anders war der Ablauf der Schutzsuchenden aus der Ukraine, hunderte sind ab Einreise direkt bei Gastfamilien untergekommen.

Zu Frage 8.

Die Sozialhilfe betreut in Basel-Stadt aktuell rund 3'500 Menschen aus dem Asylbereich. Rund 60 Prozent von ihnen leben in privatem Wohnraum, die übrigen in kantonalen Asylliegenschaften oder bei Gastfamilien. Die kantonalen Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende sind zu rund 65 Prozent ausgelastet, rund 250 Reserveplätze stehen bereit. Spezifisch für Schutzsuchende aus der Ukraine gibt es rund 600 Reserveplätze. Diese Plätze könnten je nach Entwicklung auch für die Unterbringung von Asylsuchende genutzt werden und für den Notfall stehen dem Kanton Basel-Stadt drei unterirdische Anlagen mit insgesamt 250 Plätzen parat. Keine davon ist in Betrieb. Seit der Syrienkrise 2016 mussten in Basel-Stadt keine Asylsuchende mehr unterirdisch untergebracht werden. Der Kanton arbeitet daran, dies möglichst zu vermeiden. So plant er derzeit temporäre Wohnmodule auf dem Erlenmattplatz, um für maximal 140 Personen aus der Ukraine eine Unterkunft zu bieten inklusive einem Schulraum.

*Nicola Goepfert (GAB):* Lieber Regierungsrat Kaspar Sutter, vielen Dank für die Ausführungen und die Antworten. Ich bin mit der Antwort teilweise befriedigt. Ich sehe den Kanton in der Verantwortung für die Art der Unterkünfte, welche er dem SEM zur Verfügung stellt und wenn es der Kanton tatsächlich ernst meint, alle Asylsuchenden über Tag unterzubringen, dann frage ich mich schon, weshalb nicht nach weiteren Alternativen gesucht wurde, nachdem der erste Vorschlag vom SEM abgelehnt wurde. Da sehe ich tatsächlich den Kanton verantwortlich, ich bin aber froh, dass der Kanton selbst keine Asylsuchende unterirdisch unterbringt.

Und ein zweiter Punkt, auf den ich kurz eingehen möchte, ist die Einhaltung gewisser Gesundheitsstandards. Auch da sehe ich den Kanton in der Verantwortung zu garantieren, dass Gesundheitsstandards eingehalten werden in sämtlichen Betrieben auf kantonalem Boden, unabhängig davon, wer der Betreiber ist. Und wenn es Hinweise gibt, dass diese nicht

eingehalten werden, dann sollte vom Kanton überprüft werden, ob das tatsächlich der Fall ist, auch wenn der Betreiber das SEM ist. Deshalb bin ich teilweise befriedigt und bedanke mich für die Antwort.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5485 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 117 Beat K. Schaller betreffend Situation von Transkindern und -jugendlichen im Kanton Basel-Stadt**

[09.11.22 15:25:51, GD, 22.5487.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 118 André Auderset betreffend "IWB: Kunden schröpfen und Geld verprassen?"**

[09.11.22 15:26:09, WSU, 22.5499.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1.

Gemäss dem IWB-Gesetz vom 12. Februar 2009 liegt ein Sponsoring-Engagement in der unternehmerischen Verantwortung der IWB. Gemäss Ausführung der IWB trat sie an den diesjährigen Swiss Indoors zudem nicht als klassischer Sponsor auf, sondern als Transformationspartner mit dem gemeinsamen Ziel, das klimafreundlichste Indoors-Tennisturnier der ATP 500 Tour zu werden. Die IWB will mit den Swiss Indoors ein Massnahmenplan für die kommenden Jahre entwickeln, um das Thema Energie sparen und Energieeffizienz bei einem wichtigen Sportanlass in den Fokus zu stellen.

Zu Frage 2.

Als Anbieter für erneuerbare Energien gilt es für die IWB, auch schweizweit Kundinnen und Kunden für klimafreundliche Energien und Mobilitätslösungen zu gewinnen. Dies entspricht dem IWB-Gesetz sowie dem Leistungsauftrag und der Eignerstrategie. Sponsoring ist ein bewährtes und notwendiges Kommunikationsinstrument, das zur Bekanntheit und Positionierung der IWB mit ihren Angeboten im freien, auch nationalen Markt dient.

Zu Frage 3.

Die Mittel für Sponsoring-Aktivitäten erwirtschaftet die IWB ausschliesslich im wettbewerblichen Teil des Energiemarktes, also ausserhalb der Grundversorgung. Alle Sponsoring-Engagements der IWB haben darum keinerlei Einfluss auf die Strom- und Energietarife der Grundversorgung. Dies ist klar voneinander getrennt. Gemäss Geschäftsbericht 2021 weist die IWB ein Gesamtaufwand für Kommunikation und Marketing inklusiv Sponsoring von weniger als 0,6 Prozent des gesamten Betriebsaufwandes auf.

Zu Frage 4.

Eine aktive Positionierung durch Werbung und Sponsoring-Aktivitäten auf dem freien Markt erachtet der Regierungsrat grundsätzlich als gerechtfertigt und im angemessenen Mass auch als notwendig. Entscheide zur operativen Umsetzung obliegen der IWB-Geschäftsführung.

Zu Frage 5.

Hier besteht kein Zusammenhang. Der Regierungsrat nimmt keinen Einfluss auf die operativen Sponsoring-Aktivitäten der IWB.

*André Auderset (LDP):* Das tönt schön, es ist kein klassischer Sponsor, es ist ein Transferpartner, mir scheint der Unterschied wie zwischen 14 Tagen und zwei Wochen. Tatsache ist, beides kostet viel Geld und ausserdem richtet es sich an ein Publikum weit über Basel, weit über die Schweiz hinaus. Deswegen sind die anderen, vielleicht nicht Transformationspartner, sondern die klassischen Sponsoren Emirates, eine international tätige Fluggesellschaft, und Sharp, ein Konzern, den Sie selbst kennen, wenn Sie irgendeinen Drucker oder ein entsprechendes Telefon zu Hause haben. Also Werbepartner, die auf der ganzen Welt für Geltung sorgen und da ist nun, sagen wir es etwas geringschätzig, ein kleines popliges Energieunternehmen aus der Region dabei. Bitte, was soll das. Nicht nur, dass sie als Transformationspartner sich hier bewähren, sondern auch jeder zweite Fernsehspot zwischen den Pausen war da noch IWB. Übrigens, wenn Sie an die Baloise Session gehen, sehen Sie noch einmal grosse IWB-Werbung, immerhin ist es hier

ja ein regionaler Name.

Es mag durchaus sein, dass es rechtmässig ist, das zu tun, es mag auch durchaus sein, dass es ein anderes Kässeli ist oder dass es keinen Einfluss auf die Energiepreise hat, aber es ist schlicht unsensibel und wie wollen Sie bitte das irgendeinem Familienvater erklären, der soeben die Meldung bekommen hat von der IWB, dass er in Zukunft für das Gas 40 Prozent mehr zahlt, sich zur Entspannung etwas Tennis am Fernseher gönnt und dann diesen, Entschuldigung diesen Ausdruck, grosskotzigen Werbeauftritt sieht. Das ist unsensibel, wenn vielleicht auch rechtmässig und deshalb bin ich höchst unzufrieden, weil die Antwort das Thema verfehlt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5499 ist **erledigt**.

### **Interpellation Nr. 119 Mark Eichner betreffend kurzfristige Umleitung Verkehr Wettsteinallee**

[09.11.22 15:30:54, JSD, 22.5503.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitende Ausführungen. Mit Beschluss vom 20. Oktober 2021 hat der Grosse Rat dem umfassenden Ausbau der Fernwärmeversorgung in Basel zugestimmt und die entsprechenden Investitionen der IWB zur Realisierung des Vorhabens mit Horizont bis 2037 bewilligt. Wie der Regierungsrat im entsprechenden Ratschlag erläutert hat, führt nun der Ausbau der leistungsgebundenen Wärmeversorgung in den nächsten 15 Jahren zu rund 45 zusätzlichen Baustellen pro Jahr. Damit verbunden sind erhebliche Verkehrsbehinderungen und Beeinträchtigungen zulasten der Bevölkerung im gleichen Zeitraum. Aufgrund der Anbindung ans Fernwärmenetz ist auch der Abschnitt der Riehenstrasse zwischen Riehenring und Hammerstrasse für den Verkehr stadteinwärts bis voraussichtlich Ende 2022 gesperrt. Gemäss heutiger Planung der IWB sollten bis dann alle Arbeiten in der Riehenstrasse abgeschlossen sein. Der Regierungsrat hat grosses Verständnis für den Ärger über die daraus resultierende, unbefriedigende Verkehrssituation in der Wettsteinallee.

Die Abteilung Verkehr der Kantonspolizei Basel-Stadt hat im Vorfeld des Baubeginns die Verkehrssituationen in den umliegenden Strassen der Riehenstrasse sowie mögliche Massnahmen eingehend geprüft. Von der Signalisation einer Umleitung wurde letztlich abgesehen, da keine geeignete Ausweichmöglichkeit vorhanden ist. Die vom Interpellanten vorgeschlagene Peter-Rot-Strasse steht aufgrund der dortigen Bautätigkeiten nicht als Umleitung zur Verfügung. Auch die Umleitung via Schwarzwaldallee/Grenzacherstrasse birgt Schwierigkeiten und stellt keine langfristige Lösung dar. Zum einen ist die Schwarzwaldallee bereits heute stark ausgelastet, zum anderen ist ein Teil der Grenzacherstrasse nur mit Tempo 30 befahrbar. Aufgrund der Ein- und Ausfahrt des Roche-Parkhauses kommt es insbesondere zu Stosszeiten noch zu zusätzlichem Verkehr.

Im Hinblick auf die Erschliessung der Grenzacherstrasse und anderen Quartierstrassen ans Fernwärmenetz ist bereits ab 2023 mit weiteren Verkehrseinschränkungen im Gefiert Wettstein zu rechnen. Insgesamt wird es im Wettsteinquartier in den kommenden Jahren aufgrund zahlreicher Strassenbauprojekten zu häufigem Wechsel der Verkehrssituation kommen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit wird jedoch von einer oft ändernden Verkehrsführung abgeraten. Der Regierungsrat sieht daher derzeit keine Möglichkeit zur langfristigen Entschärfung der Problematik spezifisch in der Wettsteinallee. Er versichert jedoch, dass die Kantonspolizei ein besonderes Augenmerk auf die Situation, insbesondere auf die vorschriftswidrige Nutzung des Trottoirs durch Velofahrende legen wird und unter Berücksichtigung aller laufenden und künftigen Bauvorhaben regelmässig allfällige Umleitungsmöglichkeiten prüfen wird.

Zu den einzelnen Fragen, zu Frage 1.

Die Abteilung Verkehr der Kantonspolizei Basel-Stadt prüft und genehmigt sowohl vor Inbetriebnahme einer jeder Baustelle als auch im Verlauf der Bautätigkeit die verschiedenen Verkehrsphasen hinsichtlich der Verkehrssicherheit. Muss eine Strasse aufgrund von Bautätigkeiten teilgesperrt werden, wird zur Gewährleistung des Verkehrsflusses eine Umleitung signalisiert. Wie bereits ausgeführt, setzt dies jedoch voraus, dass entsprechende Ausweichmöglichkeiten bestehen. Eine Nutzungspflicht der signalisierten Umleitung besteht nicht.

Zu Frage 2.

Die Einführung eines temporären Einbahnverkehrs in der Wettsteinallee in Richtung Wettsteinplatz hätte zur Folge, dass die stadteinwärts fahrenden Fahrzeuge im Kreis am Wettsteinplatz auf noch mehr stadtauswärts fahrende Fahrzeuge treffen würden. Dies würde einen weitreichenden Rückstau verursachen. Sollte die Grenzacherstrasse ab 2023 nur noch eingeschränkt befahrbar sein, würde dies die Rückstauproblematik zusätzlich verstärken.

Zu Frage 3.

Eine Teilsperre für Lastwagen müsste grossräumig durch Vorsignalisation kommuniziert werden. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass Lastwagenfahrende oftmals nicht ortskundig sind und sich eher am Navigationssystem als an den Umleitungsbeschilderungen orientieren. Angesichts der vorherigen Ausführungen zur Verkehrssituation sowie den bevorstehenden Bauvorhaben ist die Umsetzung einer Teilsperre aber bereits mangels geeigneter Ausweichroute nicht

möglich.

Zu Frage 4.

Zeitlich befristete Teilsperren sind schwierig umzusetzen und nur unter grossem Aufwand kontrollierbar. Zudem werden entsprechende Signalisationen oftmals missachtet, was zu äusserst gefährlichen Situationen führen kann.

*Mark Eichner (FDP):* Ich bedanke mich für die Antwort des Regierungsrates auf meine Interpellation. Wie der Regierungsrat richtig erkannt hat, steht die Interpellation mehr oder weniger für alle künftigen Baustellen zur Erschliessung der Stadt ans Fernwärmenetz. Da der Ausbau des Fernwärmenetzes eine der wichtigsten Komponenten bei den Klimazielen ist, wäre es wichtig, die Bevölkerung auch bei der Umsetzung an Bord zu haben. Darum nimm ich mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Verkehrspolizei Umleitungen eingehend prüft, wie die Sicherheitsdirektorin soeben ausgeführt hat. Umso bedauerlicher ist aber, dass keine Lösung gefunden werden konnte, wie der Verkehr im konkreten Fall sicherer umgeleitet werden kann. Die in der Antwort erwähnten gefährlichen Situationen entstehen meines Erachtens jetzt eben mit der Überforderung der Verkehrsteilnehmer im Stossverkehr an der Wettsteinallee. Schade wurde die Interpellation nicht genutzt, eine neuerliche Umleitung zu prüfen, ich bin daher von der Antwort nicht befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5503 ist **erledigt**.

#### **Interpellation Nr. 120 Raoul I. Furlano betreffend Fernwärme**

[09.11.22 15:37:43, WSU, 22.5504.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

#### **Interpellation Nr. 121 Michael Hug betreffend Erhöhung der Stromproduktion des Kraftwerks Birsfelden**

[09.11.22 15:37:56, WSU, 22.5505.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1.

Der Regierungsrat hat ein hohes Interesse daran, dass das KWB auch künftig einen stabilen Beitrag an die Stromproduktion in der Region liefern kann. Eine Erhöhung der Stromproduktionskapazität des KWB bedingt dabei grundsätzlich erhebliche Veränderungen des Kraftwerks und seine rechtlichen Grundlagen. Für eine denkbare Austiefung des Rheins zur Erhöhung der für die Stromproduktion verfügbaren Wassermenge ist eine neue zusätzliche Konzession nötig. Zudem muss das Projekt gewässerschutz- und umweltschutzrechtlich, aber auch technisch und wirtschaftlich sorgfältig geprüft werden, bevor ein Umsetzungsprojekt in Angriff genommen werden kann. Zur Beantwortung der Frage, ob sich die erforderlichen Investitionen darstellen lassen, ist daher in der Tat auch entscheidend, mit welcher Abschreibedauer gerechnet werden kann, was durch das Verhalten in Bezug auf Konzessionierende im Jahr 2034 massgeblich bestimmt wird. Dafür ist Klarheit in einer langfristigen Sichtweise zu schaffen. Diese strebt der Regierungsrat gemeinsam mit den involvierten Partnern an.

Zu Frage 2.

Die Antwort an den Bund zur Reaktion auf das Gesuch der KWB und Konzessionserneuerung steht noch aus. Die notwendigen Abstimmungen zwischen den diversen involvierten Parteien im Kanton Baselland und Basel-Stadt, Bund und Baden-Württemberg sind im Gang. Der Prozess ist so geplant, dass bis Januar 2024 die Antwort der Kantone erfolgen kann. Es geht gegenwärtig auch noch nicht darum, die Konzession zu verlängern, sondern vorerst darum, dass die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt als an der Wasserkraftnutzung der Rheinstrecke bei Birsfelden berechnete Gemeinwesen dem Bund mitteilen, ob sie grundsätzlich zu einer Konzessionserneuerung bereit sind oder nicht. Gestützt darauf wird der Bund, der schweizerseits formal für Grenzkraftwerke wie das KWB zuständig ist, das ordentliche Verfahren zur Konzessionserneuerung einleiten, das rund zehn Jahre dauert. Dies muss abgestimmt mit dem Land Baden-Württemberg erfolgen, das für die Erteilung der Kraftwerkskonzession auf deutscher Seite zuständig ist.

Zu Frage 3.

Wie ausgeführt, bedingt der Entscheid um eine Konzessionserneuerung des KWB den Ausgleich zwischen diversen und unterschiedlichen Interessen, was die Abstimmung und Behandlung anspruchsvoll macht.

Zu Frage 4.

Die Naturschutzorganisationen werden selbstverständlich wie andere betroffene Kreise im Rahmen des ordentlichen Verfahrens zur Erneuerung der KWB-Konzession bezugsweise der notwendigen Schritte bei einer eventuellen Rheinaustiefung zur Erhöhung der Produktionskapazität der KWB einbezogen.

*Michael Hug (LDP):* Regierungsrat Kaspar Sutter, vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin grundsätzlich nicht zufrieden mit der Beantwortung, weil ich etwas vermisse, bei der Beantwortung zu spüren, dass der Wille wirklich da ist, die Kapazität zu erhöhen. In einer Interpellation noch aus dem Jahre 2007 wurde klar gesagt, dass das Potenzial bei 1,6 Prozent bestehe des jährlichen Stromverbrauchs des Kantons Basel-Stadt, den man mehr produzieren könnte mit einer Abtiefung des Rheins vor dem Kraftwerk Birsfelden und dieser Punkt wurde jetzt überhaupt nicht klar. Es wurde vielmehr der Stand der Dinge sachlich dargelegt, aber die Absicht nicht nachvollziehbar gemacht, dass man das wirklich verändern will oder ob es Gründe gibt, die dagegensprechen. Und so hoffe ich zumindest, dass man dies in den Zeiten von drohender Strommangellage und Klimakrisen wirklich ernsthaft prüft, hier wirklich sich einzusetzen und auch die Konzession wieder zu erhalten.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5505 ist **erledigt**.

#### **Interpellation Nr. 122 Roger Stalder betreffend Turnhalle Sandgrube bereits ein Sanierungsfall**

[09.11.22 15:42:29, ED, 22.5506.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

#### **Interpellation Nr. 123 Tonja Zürcher betreffend schleppende Untersuchung des Vorgehens von Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kantonspolizei im Zusammenhang mit der "Basel nazifrei"-Demonstration vom 24. November 2018ü**

[09.11.22 15:42:51, JSD, 22.5507.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitende Bemerkungen. Der Regierungsrat kann verstehen, dass die bewilligte PNOS-Kundgebung am 24. November 2018 unter dem Motto "Stoppt den Migrationspakt / Die Stimme gegen überbordende Migration" und der Aufmarsch von Rechtsextremen mitten in Basel Unverständnis und Irritation ausgelöst haben. Auch der Regierungsrat lehnt Neofaschismus entschieden ab und distanziert sich von jeder Form von Rassismus. Ungeachtet dessen stehen die von der Verfassung garantierten Grundrechte auch Personen mit rechtsextremen Gedanken zu. Werden Verstösse gegen die Rassismusstrafnorm oder andere Strafnormen festgestellt, so werden diese strafrechtlich verfolgt. An der unbewilligten Gegendemonstration gab es neben vielen friedlichen Teilnehmende auch jene, die zunehmend aggressiv auftraten und die direkte Konfrontation mit ihren politischen Gegnern suchten. Gegen die vordringenden Gegendemonstranten musste die Kantonspolizei sogar mehrmals zu Mitteleinsatz greifen. Gegen mehrere Gegendemonstrierende wurde in der Folge Strafverfahren eröffnet.

Mit Schreiben vom 9. Dezember 2021 wurde auch eine Strafanzeige gegen die Strafverfolgungsbehörde eingereicht. Diese umfasst zwei Sachverhaltskomplexe. Einerseits der Gummischroteinsatz der Kantonspolizei Basel-Stadt am 24. November 2018 sowie die Vorwürfe betreffend Manipulation von Videoaufnahmen und die Verwendung derselben durch die Staatsanwaltschaft. Einem Antrag des ersten Staatsanwalts folgend hat der Regierungsrat an der Sitzung vom 8. Februar 2022 zur Bearbeitung des Strafverfahrens einen ausserordentlichen Staatsanwalt gemäss § 29 Abs. 3 des Kantonalen Gerichtsorganisationsgesetzes ernannt. Dieser behandelt die Strafanzeige, soweit die Anzeige den Sachverhaltskomplex der Beweismittelmanipulation einschliesslich Verwendung manipulierter Beweismittel betrifft und als Täterschaft Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt in Frage kommen. Das Verfahren bezüglich der gegen die Kantonspolizei Basel-Stadt erhobenen Vorwürfe führt die Staatsanwaltschaft selbst.

Zu den konkreten Fragen, zu Frage 1 und 2.

Wie einleitend ausgeführt, hat der Regierungsrat einen ausserordentlichen Staatsanwalt zur Behandlung einer Strafanzeige gegen Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft ernannt. Die Prüfung der umfangreichen Strafanzeige ist sehr zeitintensiv. Ein ausserordentlicher Staatsanwalt ist nicht verpflichtet, dem Regierungsrat während des Verfahrens Bericht

zu erstatten. Es entspricht denn auch der Praxis, dass erst nach Abschluss des Verfahrens die entsprechende Mitteilung erfolgt. Auch das Strafverfahren gegen die Mitarbeitenden der Kantonspolizei ist noch hängig.

Zu Frage 3.

Im nachgefragten Fallkomplex hat die Staatsanwaltschaft insgesamt 39 Verfahren eröffnet. Davon sind 16 Verfahren nach der ersten Instanz und zwei nach der zweiten Instanz rechtskräftig erledigt. In 19 Fällen sind Berufungen hängig. Ein Verfahren ist noch beim Strafgericht hängig und eines wurde nach Gutheissung eines Ausstandbegehrens gegen einen Strafgerichtspräsidenten wieder dem Strafgericht zur Neubeurteilung retourniert. Alle weiteren Ausstandbegehren gegen das Strafgericht wurden abgewiesen. Selbstverständlich ist der Regierungsrat an einem zügigen Abschluss der Strafverfahren interessiert, aber die Zuständigkeit dieser Verfahren liegt nun bei den Gerichten.

Zu Frage 4.

Da die Strafverfahren noch laufen, kann der Regierungsrat die hypothetische Frage nicht beantworten. Er hält aber ausdrücklich fest, dass auch bei Verfahren gegen die Kantonspolizei und die Staatsanwaltschaft die Unschuldsvermutung gilt.

*Tonja Zürcher (GAB):* Positiv möchte ich zuerst hervorheben in der Antwort, dass sich der Regierungsrat ganz klar gegen Neofaschismus positioniert und sich von Rassismus distanziert. Schwieriger finde ich jedoch, dass noch immer gesagt wird, dass die Kantonspolizei zu Gummischrot greifen musste, denn genau das ist Teil des Verfahrens, das da eben, wie ausgeführt wurde, noch hängig ist und mindestens ein Teil der Beweise, die dafür aufgeführt werden, dass es eben ein Musste gewesen sei, wird untersucht wegen Beweismittelmanipulation. Es ist hier nicht ganz alles so klar, wie es gesagt wird. Ich würde mich deshalb freuen, wenn der Regierungsrat in Zukunft das nicht mehr so absolut behaupten würde, solange jedenfalls die Verfahren noch nicht abgeschlossen sind.

Die Antworten sind verständlicherweise nicht sehr klar, weil der Regierungsrat offenbar auch nicht mehr weiss als wir alle anderen, wie es weitergeht oder wo der Stand dieser Untersuchung ist, interessant ist aber, dass von zeitintensiver Untersuchung gesprochen wird. Auch wenn die Unschuldsvermutung gilt, heisst das oder kann man daraus zumindest interpretieren, dass die Vorwürfe bezüglich der Beweismittelmanipulation nicht vollkommen abwegig sind.

Aufgrund der transparenten Antwort, auch wenn sie sehr kurz oder ohne sehr viele Fakten ist, erkläre ich mich als befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5507 ist **erledigt**.

#### **Interpellation Nr. 124 Balz Herter betreffend erneute Baustelle tötet das Gewerbe an der Clarastrasse**

[09.11.22 15:50:16, BVD, 22.5509.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

#### **17. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nachtrag Klima zum Gestaltungskonzept Innenstadt**

[09.11.22 15:50:18, BVD, 22.5177.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich möchte vorausschicken, dass das ein Anliegen ist, das wir teilen, sehr sogar. Wir müssen den städtischen Raum von Hitze befreien, wir müssen den städtischen Raum kühlen, das hat wirklich hohe Priorität und so möchte ich auch die Antwort des Regierungsrats nicht so verstanden wissen, dass man einfach sagt, wir wollen nur einen Anzug, wir würden dem Thema keine Priorität geben, darum geht es wirklich nicht. Wir sagen einfach, es gibt verschiedene Planungsgrundlagen und die sind unabhängig voneinander gültig und wirksam. So beispielsweise gilt der Teilrichtplan Velo für alle Planungen, auch wenn er nicht explizit vermerkt ist oder auch die BehiG-Normen. Wir spielen nicht in jede Planungsgrundlage alle anderen Planungsgrundlagen nochmals, weil das sonst einfach auch sehr kompliziert wird und diese Grundlagen sind verbindlich unabhängig voneinander.

Sie wissen, dass wir das Stadtklimakonzept vor einem Jahr verabschiedet haben und das ist erst die Grundlage, ich sage mal, die Absprungbasis. Das formuliert auch die Ambition und jetzt sind wir ganz konkret daran, beispielsweise Massnahmen für die Fokusgebiete, und die Innenstadt zählt zu den Fokusgebieten, da Massnahmen zu erarbeiten. Das

kann mit temporären Massnahmen sein wie temporäre Begrünung oder Schattensegel, das werden wir jetzt prüfen, unter anderem natürlich auch für die Freie Strasse. Wir möchten diese Zeit auch einfach in diese konkreten Planungen nun einfließen lassen und nicht nochmals diese ganzen Dinge, die erarbeitet werden, nochmals in ein Konzept schreiben müssen oder in ein zweites neben dem Stadtklimakonzept.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen wichtigen Vorstoss als Anzug zu überweisen.

*Brigitte Kühne (GLP):* Wir haben es hier mit behördenverbindlichen Planungsgrundlagen zu tun. Zum einen mit dem Entwicklungsrichtplan Innenstadt, der das Gestaltungskonzept Innenstadt beinhaltet, sowie das Stadtklimakonzept. In diesen zwei konzeptionellen Planungsgrundlagen ist viel Fachwissen eingeflossen. Der Unterschied zwischen den beiden ist im Wesentlichen, dass das Stadtklimakonzept im Gegensatz zum Gestaltungskonzept Innenstadt für das gesamte Kantonsgebiet gültig ist. Gemeinsam ist den beiden, dass sie konzeptionelle Aussagen treffen, keine konkreten Aussagen zur exakten Umsetzung. Wir müssen also die Flughöhe im Auge behalten. Konzeptionell hier oben die Planungsgrundlagen und andererseits hier unten die exakte Umsetzung eines Projektes mit konkreten Angaben zu Lage, Baumarten, Baumfällungen und Pflanzungen von Staudengehölzen und jungen Bäumen.

Seit das Stadtklimakonzept vor eineinhalb Jahren in Kraft getreten ist, wird jedes Umgestaltungsprojekt, das aufgrund eines konkreten Erneuerungsbedarfs der städtischen Infrastruktur in die UVEK kommt, unter dem Aspekt der klimaangepassten Siedlungsentwicklung von der Verwaltung bearbeitet, präsentiert und von uns UVEK-Kommissionsmitgliedern geprüft und getestet. Als UVEK-Mitglied kann ich Ihnen versichern, dass dies vonseiten der Verwaltung als auch von uns getan wird. Gerade heute Mittag haben wir das in der UVEK-Sitzung wieder einmal anhand des Barfüsserplatzes gesehen.

So überzeugt ich im ersten Moment von der Motion war und sogar selbst unterschrieben habe, so sicher bin ich mir jetzt, dass dies nur unnötig Bürokratie und Kosten verursacht. Dies dient der Sache nicht und erzeugt Doppelspurigkeiten. Viel wichtiger ist, dass wir den Fachleuten der Verwaltung bei jedem Projekt, jeder Wettbewerbsausschreibung, also eben auch der Wettbewerbsausschreibung für den Barfüsserplatz auf die Finger schauen, dass wir einheitlich, unabhängig von der Parteizugehörigkeit mehr Grün, mehr Bäume fordern, wo immer möglich, dass wir Vorstösse erarbeiten und durch diesen Rat bringen, die konkret helfen, die Biodiversitätskrise zu bekämpfen sowie eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung vorwärts zu treiben.

Wenn ich hier den "Chrüzlistich" anschau, lassen Sie die Lippenbekenntnisse zu mehr Grün und Klimaanpassung auf der konzeptionellen Ebene hier oben. Setzen Sie sich dafür konkret in den Kommissionen, hier im Grossen Rat in den Abstimmungen sowie auch Abstimmungen auf kantonaler Ebene dafür ein. Ich muss auch eingestehen, dass meine Berufskolleginnen und -kollegen noch mehr realisieren müssen, dass es nicht einfach nur um einen schönen stimmungsvollen Entwurf, sprich Gestaltung mit einem etwas kopflastigen Konzept im Hintergrund gehen darf. Landschaftsarchitekten und Landschaftsarchitektinnen sollen Projekte entwickeln, die so grün, schattig und biodivers gestaltet sind wie nur irgendwie möglich und sinnvoll. Hitzeminderung, Biodiversität, Regenwasser-Management inklusive. Sparen wir also das Geld für einen Nachtrag Klima im Gestaltungskonzept Innenstadt zugunsten weiteren Baumpflanzungen sowie konkrete Entsiegelung. Zeigen wir den Fachleuten in der Verwaltung, dass wir mehr Grün wollen. Eine weitere Gelegenheit dazu haben Sie beim Geschäft Nr. 45, Anzug Nr. 7 und 8.

Aus den genannten Gründen bitten wir Grünliberalen Sie, die Motion als Anzug zu überweisen.

*Salome Bessenich (SP):* beantragt Überweisung als Motion.

Ja, diese Motion haben wir bei der ersten Behandlung stillschweigend überwiesen, alle Fraktionen haben unterschrieben, der Auftrag, der politische Wille, der ist also klar und mehrmals gegeben. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, das Bekenntnis heute mündlich, das überzeugt mich sehr, wenn ich die Antwort aber lese, dann bin ich enttäuscht. Es liest sich ein bisschen wie das immer selbe, wir machen ja schon und was wir machen, das genügt. Ich hätte wirklich gerne auf diesen Goodwill vertraut, aber wenn ich diese Antwort lese, dann ist für mich eben die Verbindlichkeit nicht gegeben, dann ist der Wille für mich nicht klar genug und es lässt mich zweifeln, wie verbindlich, dass Sie das umsetzen wollen.

Ich sage es darum nochmal deutlich, es wird mit den heutigen Massnahmen nicht besser werden, es wird noch viel, viel heisser werden. Selbst wenn wir 2030 Netto-Null machen, selbst wenn wir 2037, selbst wenn wir 2050, es ist egal wie schnell, es wird noch viel, viel heisser werden. Und diese Story, die mit dem einzelnen Baum am Platz, die mit dem toten Baum, die mit der Hitze, die mit dem entsiegelten Boden, die wird jeden Sommer wieder kommen die nächsten hundert Jahre. Darum genügt es uns eben nicht, weiter wie bisher zu planen oder ein bisschen zu schrauben.

Das Stadtklimakonzept, das hat eine Lücke und diese Lücke, die heisst Innenstadt-Perimeter Gestaltungskonzept und es betrifft genau die Frage, wie das Stadtklimakonzept und das Gestaltungskonzept zu verknüpfen sind. Und es ist super, wenn Sie das in den Projekten umsetzen, aber es begründet für mich nicht, wieso hier nicht ein Nachtrag auch auf der Konzeptebene sinnvoll wäre, die genau diese Lücke anschaut. Es ist doch wirklich absurd, dass wir diese Themen zum Teil in Änderungsanträgen zu Rahmenausgabenkrediten festschreiben müssen, das hatten wir 2020 so. Auf diese Spielchen habe ich persönlich keine Lust und es geht mir auch nicht um eine Kritik an der UVEK. Die UVEK macht eine super Arbeit, aber das ist Korrektur, was wir in den Kommissionen machen, und es geht doch darum, dass diese Themen in die Grundlagen müssen, von Anfang an mitgeplant werden.

Und weil mich diese Antwort nicht überzeugt, möchte ich hier auch nochmal klar für die Motion plädieren, weil ich nicht in zwei Jahren in einer Anzugsbeantwortung lesen will, wo jetzt welcher Blumentopf steht. Darum bitte ich Sie im Namen der SP, diese Motion zum Nachtrag Klima als Motion zu überweisen.



*Tonja Zürcher (GAB):* Sie kennen alle die Neugestaltung der Greifengasse oder der Freien Strasse, die Freie Strasse ist noch nicht ganz abgeschlossen, aber Sie sehen auch, wie es kommen wird. Nach jahrelangem teurem Umbau sieht es genauso grau, versiegelt und schattenlos aus wie vorher. Vielleicht etwas schöner der Boden, aber sonst hat sich nicht viel geändert. Dass jetzt nachträglich geprüft werden soll, ob mit Sonnensegeln und ein paar Pflanztöpfen etwas verbessert werden kann, ja, das ist schön, es ist eine gute Pflasterpolitik, aber es ist eben Pflasterpolitik, es ändert an der Versiegelung nichts und es bringt höchst punktuell Verbesserungen.

Der Goodwill zu glauben, dass in Zukunft alles gut kommt, ohne das Konzept anzupassen, ist bei meiner Fraktion jetzt auch nicht gerade riesig. Leider haben die vergangenen Projekte gezeigt, dass der Goodwill oder das Glauben in gute Lösungen eben doch keine guten Lösungen bringt. Wir wollen keinen weiteren Ersatz von Asphaltwüsten durch Alpnacher Quarzsandsteinwüsten, das ist einfach nicht das, wie wir die Neugestaltung unserer Stadt oder unserer Innenstadt wünschen. Wir möchten endlich beschattete, begrünte Strassen und Plätze, in denen wir flanieren können und in denen es angenehm ist, auch wenn es heiss ist.

Deshalb bitte ich Sie, die Motion als Motion zu überweisen.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich möchte nochmals kurz Stellung nehmen zu den zwei letzten Voten. Vielen Dank für Ihre Voten und ich nehme selbstkritisch mit, dass Sie in der Antwort, die wir vonseiten Regierung gegeben haben, das zu wenig wahrgenommen haben. Deshalb hier wirklich nochmals, es gibt kein weiter, wie bisher, weil wir vor einem Jahr dieses Stadtklimakonzept beschlossen haben und weil dies behördenverbindlich ist. Dass Sie das noch nicht sehen auf der Strasse liegt daran, dass das einfach längere Planungszeiten sind und es wird auch in Zukunft umgesetzte Projekte geben, wo noch nicht alles so ist, wie man das heute planen würde. Wir sind da auch wirklich, und da bitte ich Sie, einfach auch fair zu sein, wir sind da an gewisse Dinge gebunden. Wenn Sie hier nach jahrelanger Beratung in der Kommission einen Ratschlag verabschieden, sind wir nicht frei in der Verwaltung, da einfach noch Anpassungen vorzunehmen. Also bitte ich Sie, auch die grossen Projekte, die hier durchgehen, zu unterscheiden von dem, was wir jetzt auch noch weiterhin tun werden.

Das Stadtklimakonzept ist verbindlich und wird seit einem Jahr auf alle Planungen angewendet, aber natürlich Projekte, die schon im Bau sind, bei denen ist es natürlich sehr schwierig. Sie wissen, wir haben den Barfüsserplatz, den werden Sie bald behandeln hier im Grossen Rat und genau da müssen wir uns beispielsweise die Frage stellen, wie viel Nutzung wollen wir da und wie viel weniger Nutzung je nachdem erträgt es auch und dann können wir mehr Grün machen. Ich bin dann gespannt auf diese ganz konkreten Abwägungen, weil nach wie vor, wir sind in einem engen städtischen Raum und die verschiedenen Nutzungen machen es zum Teil auch schwieriger, fixe Bepflanzung irgendwo hinzutun. Aber das Stadtklimakonzept umfasst ja viel mehr, es geht um temporäre Begrünung, es geht um Beschattung und vielleicht noch das, die Innenstadt ist ein Fokusgebiet, deshalb hat das Stadtklimakonzept ganz konkret was mit der Innenstadt zu tun, das ist ein Fokusgebiet und wo wir Bäume nicht in den Boden pflanzen können, werden wir schauen, was wir mit sonstigen Massnahmen, mit Wasser, mit Beschattung oder temporärem Grün machen können.

Ich möchte nochmals die Antwort des Regierungsrats nicht so gelesen wissen, dass wir das Gefühl haben, da sei nichts zu tun, im Gegenteil, wir haben sehr viel vor, aber wir bitten einfach, dass wir nicht die Zeit, die wir gerne für konkrete Projekte einsetzen würden, jetzt in den Nachvollzug von Grundlagen in den verschiedenen Dokumenten nützen müssen.

#### **Eventualabstimmung**

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

#### **Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**26 Ja, 64 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 343, 09.11.22 16:05:00]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 22.5177 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage innert zwei Jahren zu **überweisen**.

### **18. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Vitelli und Konsorten betreffend Margarethenplatz**

[09.11.22 16:05:56, BVD, 17.5445.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5445 abzuschreiben.

*Jean-Luc Perret (SP):* RR Esther Keller

Gerne ganz kurz, weil es einfach etwas Aktuelles gibt. Sie wissen, dieser Anzug handelt ja davon, dass man die Margarethenbrücke prüfen soll, ob da mehr entstehen kann, als jetzt auch entsteht, dass Zugänge zu den Perrons eine gewisse Aufenthaltsqualität haben. Wir haben schon versucht in der Antwort zu schildern, was alles läuft, aber seit gestern ist auch jetzt ganz konkret von der SBB das Zeichen gekommen, wie sie sich das vorstellen können. Das ist vielleicht noch zur Ergänzung wichtig zu wissen. Sie sprechen sich gemäss "Chrüzlistich" wahrscheinlich für Stehenlassen aus, also dass wir da nochmals berichten und das werden wir natürlich auch gerne tun.

Jean-Luc Perret Ich rede für die Fraktion der SP und auch des GAB. Gemeinsam beantragen wir Ihnen, diesen Anzug stehen zu lassen. Die Absicht dieses Anzuges ist es, Massnahmen umzusetzen, die die Zugangssituation rund um den Bahnhof SBB verbessern, und zwar unabhängig vom Planungsstand des Herzstücks. Beispielsweise mit zusätzlichen Treppen auf mehr Perrons von der Margarethenbrücke her bis hin zu einem kompletten Neubau der Brücke. Momentan ist aber alles noch sehr unkonkret. In der Beantwortung sind zwar etliche Vorstudien und Abklärungen aufgelistet, jedoch ist keiner der Bausteine, die alle auch ohne das Herzstück realisierbar wären, schon umgesetzt. Insbesondere gibt es noch keine Pläne mit oder ohne neue Margarethenbrücke oder zur aufgeworfenen Idee des Margarethenplatzes.

Man merkt ein bisschen an meinem Votum, dass es effektiv schon zwei Monate her ist, seit ich mit dem Anzugsteller geredet habe, denn gestern, das hat Regierungsrätin Esther Keller gesagt, haben wir alle mitbekommen, dass die SBB tatsächlich eine neue Passerelle und zusätzliche Zugänge zu den Geleisen bauen will. Zeithorizont allerdings 2035. Umso interessanter wäre es also nun zu erfahren, wie denn der Kanton seine Rolle bei diesen Massnahmen sieht und wie er diese neuen Erschliessungswege unterstützen und vielleicht sogar beschleunigen möchte.

Mit dem letzten Satz in der Antwort kommt dann noch das Hauptargument, weshalb wir beantragen, diesen Anzug stehen zu lassen. Der Regierungsrat kündigt nämlich einen Zwischenbericht innerhalb der kommenden 12 Monate an. Diesen Bericht möchten wir gerne noch abwarten, um damit den Anzug dann hoffentlich beim nächsten Mal abzuschreiben. Vorerst und heute bitten wir Sie aber, den Anzug stehen zu lassen.

*Lorenz Amiet (SVP):* Die SVP folgt dem Antrag des Regierungsrates, dies hauptsächlich aus zwei Überlegungen. Erstens, wie es Regierungsrätin Esther Keller ausgeführt hat, sind wir der Überzeugung, dass das nötige aufgespurt und aufgegleist ist, was den Zugang zu den Perrons betrifft. Man konnte es heute auch in der Zeitung lesen. Zweitens, und das ist uns fast noch wichtiger, stehen wir der Idee des Anzuges, dass man aus dieser Brücke einen Platz machen soll, sehr skeptisch gegenüber.

Wenn wir den "Chrüzlistich" anschauen, sind wir doch auch etwas erstaunt, wer hier für Stehenlassen plädiert. Das sind einerseits solche, denen es eigentlich ein Anliegen sein sollte, dass man mit Geld sorgsam umgeht, und es sind andererseits, wir konnten es vorhin gerade hören, solche, welchen es eigentlich ein Anliegen sein sollte, dass man mit Stahlbeton sorgsam umgeht. Wir haben vor dem Mittagessen des längeren über das Thema graue Energie uns unterhalten im Bauwesen und jetzt geht es tatsächlich darum, einen Platz zu bauen, über den das Tram fährt und unter dem hindurch Eisenbahnzüge, auch solche mit gefährlichen Gütern, geführt werden sollen. Solche Plätze baut man nicht aus Sperrholzplatten, das baut man aus Stahlbeton. Es kann sein, dass solche Dinge nötig sind, dann habe ich Verständnis selbstverständlich dafür. Wenn es aber darum geht, hier, weil es Spass macht und schmeckt, Plätze zu bauen, dann haben wir kein Verständnis, dass man hier Stahlbeton in grossen Mengen verbaut.

Wir freuen uns also auf die bessere Zugänglichkeit der Perrons, die kommen werden, zuerst mit einem Provisorium, wie man lesen konnte, später mit einem Definitivum, aber wir denken nicht, dass es Sinn macht, hier noch einen Platz daraus zu machen und deshalb bitte, schreiben Sie diesen Anzug ab.

*Thomas Müry (LDP):* Auch die LDP bittet Sie, stehen zu lassen. Wir möchten, genau gleich wie mein Vorredner gesagt hat, abwarten, bis der Bericht vorliegt. Wir möchte nicht einfach jetzt schon nur darauf vertrauen, dass dann mal in zehn Jahren oder noch länger etwas gemacht wird, sondern wir möchten jetzt schon ganz konkrete Pläne sehen und bis das da ist, möchten wir stehen lassen.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**34 Ja, 58 Nein.** [Abstimmung # 344, 09.11.22 16:12:20]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 17.5445 **stehen zu lassen.**

## 19. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend Carsharing dank regionaler Parkkarte

[09.11.22 16:13:11, BVD, 20.5230.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5230 abzuschreiben.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5230 ist **erledigt**.

## 20. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission sowie der Bau- und Raumplanungskommission zum Sanierungsprojekt Kunsteisbahn Margarethen

[09.11.22 16:13:12, ED, 22.5065.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 22.5065 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu **überweisen**.

## 21. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend "Lernbrücken für Lernlücken" zum Ausgleich der Nachteile aufgrund der Corona-Schuljahre

[09.11.22 16:13:34, ED, 22.5035.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert sechs Monaten.

*Beatrice Messerli (GAB):* beantragt Überweisung als Motion.

Das GAB unterstützt weiterhin die Überweisung als Motion, denn nur so gibt es eine Chance, dass geforderte Unterstützungsmassnahmen auch tatsächlich noch angeboten werden können. Bereits bei der Erstüberweisung dieser Motion hatten wir darauf hingewiesen, dass in den beiden Pandemie-Jahren viele auf vieles verzichten mussten und dass insbesondere Kinder, aber auch Jugendliche sich nicht so bewegen konnten wie gewohnt und zeitweise auch auf den Schulbesuch verzichten mussten.

Der Fernunterricht wurde nicht von allen geschätzt, denn Selbstorganisation und Lernen ohne Kontakt ist nicht einfach und die meisten Kinder waren froh, als der reguläre Schulbetrieb wieder aufgenommen werden konnte. Aber auch der normale Schulalltag war alles andere als normal. Weiterhin fielen Stunden aus und die Ausfälle an Stunden waren teilweise gravierend. Einerseits durch Lehrpersonen, die wegen Krankheit fehlen mussten, andererseits Kinder, die in Quarantäne oder Isolation mussten, und dann auch noch die Stundenausfälle, die durch die Depooling-Situation entstanden sind. Da Klassen immer an den gleichen Tagen getestet wurden, fielen beim Depooling auch immer die gleichen Stunden aus. Stellen Sie sich einmal vor, wie sich das auswirkt, wenn während Wochen immer am gleichen Tag die gleichen Stunden ausfallen. Die Stunden, die da ausfallen, können kaum mehr aufgeholt werden. Zum Beispiel, am Donnerstag wird getestet und am Freitag findet, wenn notwendig, das Depooling statt. Während dieser Zeit mussten Lehrperson, Kinder und Jugendliche zu Hause bleiben. In einem konkreten Fall betraf das eine Doppelstunde Mathematik und das bedeutet in der Konsequenz, zehn bis 14 oder noch mehr Stunden Stundenausfall. Ähnliches gilt auch für andere Fächer. Ein solcher Ausfall kann in keinem Fall in der normalen Unterrichtszeit aufgeholt werden und die Schülerinnen und Schüler haben einen Rückstand, den sie in die weiterführende Schule mitnehmen werden. Das ED schlägt vor, diesen Rückstand mit den am Standort vorhandenen Ressourcen aufzufangen, aber die Unterstützungsangebote und Lehrpersonen reichen nicht immer für die alltäglichen Unterstützungen oder für bereits gesprochene Unterstützung im Rahmen von verstärkten Massnahmen vor Ort. Umso weniger kann eine zusätzliche Unterstützung in diesem Fall gewährt werden.

Die Motion von Sandra Bothe fordert deshalb eine punktuelle und zeitlich limitierte Veränderung der Laufbahnverordnung, um Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit zu geben, den verpassten Schulstoff aufzuarbeiten. Das ED führte mehrfach aus, dass sie alles in ihrer Macht Stehende unternommen hätten, um schulische Defizite zu minimieren. Doch minimieren heisst nicht verhindern und es gab in dieser Pandemie-Zeit nicht nur geschlossene Schulen, sondern, wie bereits erwähnt, Schulabsenzen aus den verschiedensten Gründen. Und genau da setzt die Motion ein. Den Schülerinnen und Schülern soll die Möglichkeit gegeben werden, den Schulstoff in einzelnen Fächern auf den nächsthöheren Stufen mit entsprechenden Lernangeboten aufzuarbeiten. Andere Möglichkeiten, die aufgezeigt werden, betreffen die Zuweisungen in die Leistungszüge. Auch hier werden in der Motion befristete Lösungen zum Nutzen von Schülerinnen und Schülern gefordert. Es wird keine Änderung des Schulsystems gefordert, sondern befristete Änderungen, um Hilfe anzubieten und den Schülerinnen und Schülern zu helfen, ihre Defizite aufzuholen.

In der Antwort der Regierung wird einmal mehr die Studie der FHNW zu Fernunterricht als Referenz erwähnt. Diese Studie wurde bereits im Rahmen einer Kommissionssitzung der IPK FHNW vorgestellt, diskutiert und sehr kritisch bewertet, da aus Basel nur gerade sieben Lehrpersonen und Schulleitungen und insgesamt nur gerade 78 Schülerinnen und Schüler teilgenommen haben. Mit dieser Datenlage ein abschliessendes Urteil zu fällen, wie die Situation in unserem Kanton zu bewerten ist, halte ich für sehr gewagt, um es einmal freundlich auszudrücken. Und diese Studie als Beleg dafür zu verwenden, warum es keine zusätzlichen Unterstützungsangebote geben oder die Motion abgelehnt werden soll, halte ich ebenfalls aufgrund der Datenlage für sehr fragwürdig. Die Studie wurde auch im Rahmen des Fernunterrichts erstellt und nicht für die beiden Pandemie-Jahre, die darauf gefolgt sind, also mit punktuellen Absenzen, sondern da ging es in erster Linie um den Lockdown.

Um den Rückstand der Schülerinnen und Schüler aufzuholen, möchten wir Sie bitten, diese Motion als Motion zu überweisen.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Die Grünliberalen sind der Meinung, der Regierungsrat ist nicht bereit, auf die Herausforderung zu reagieren, denen Schülerinnen und Schüler und ebenso die Lehrpersonen während der Pandemie ausgesetzt waren. Es fehlt die Bereitschaft anzuerkennen, dass die Chancengerechtigkeit der Kinder während der Pandemie von Faktoren abhängig war, welche sie selbst nicht beeinflussen konnten. Dies ist die Situation am Schulstandort, die Situation in der jeweiligen Klasse und individuelle Situationen zu Hause. Die Regierung verweist erneut auf die bestehenden Ressourcen und Mittel aus den Grundangeboten, die trotz aussergewöhnlichen Umständen ausreichen würden. Damit wird der Courant normale zementiert. Die integrative Schule ist aber schon über die Massen belastet. Offenbar sollen die Lehr- und Fachpersonen in Eigenverantwortung zusätzlich alles noch stemmen, was während der Pandemie verpasst wurde, und aber gleichzeitig neue Inhalte vermitteln.

Zu seiner Beurteilung zieht der Regierungsrat abermals die Studie der Pädagogischen Hochschule zum Fernunterricht vom Sommer 2020 zu. Beatrice Messerli hat auch bereits ausgeführt, diese Studie bezieht sich auf das Resultat aus allen vier Trägerkantonen und einzig aus der Periode März bis Mitte Mai 2020. Sie hält fest, dass über ein Drittel der Schülerinnen und Schüler nach dem Lockdown weniger gelernt hat als erwartet. Wie einzelne Kantone abgeschnitten haben, ist im Dokument nicht differenziert dargestellt, dafür aber die Anzahl an der Schule studierenden Teilnehmenden und Lehrpersonen aus dem Kanton Basel-Stadt. Wir haben es gehört, es sind sieben Lehrpersonen und insgesamt 108 Teilnehmende.

Aber worum geht es tatsächlich in dieser Motion. Die Pandemie ist keine Lockdown-2020-Momentaufnahme. Zum Zeitpunkt des Einreichens dieses Vorstosses waren zwei Corona-Jahre hinter uns. Für die Schülerinnen und Schüler bedeutet die Lockdown-Phase, Quarantäne mehrfach, fehlende Schultage wegen Depooling mehrfach, eine höhere Anzahl an fehlenden Lehr- und Fachpersonen und viele ausfallende Unterrichts- und Förderlektionen. Lehrpersonen äusserten sich öffentlich dahingehend, dass sie nicht mehr unterrichten würden, sondern nur noch betreuen. Dennoch, die Regierung ist nicht bereit, die Laufbahnverordnung auf zwei Jahre befristet anzupassen.

Die GLP kann dem Regierungsrat grundsätzlich zustimmen, dass die Kinder noch ein Semester in der ersten Sekundarstufe nicht in einem Leistungszug bleiben sollten, der überfordernd ist. Aber wenn die Überforderung daher kommt, dass Lücken bei den Kenntnissen aufgrund der Corona-Pandemie bestehen, liegt es definitiv nicht am Potenzial der Kinder. Wenn also ein niederschwelliges Förderangebot bereitsteht und die Kinder und Jugendlichen genügend Zeit haben, ihre Lernlücken zu schliessen ohne Druck aufzubauen, macht nämlich der Verbleib in ihrem zugewiesenen Leistungszug Sinn.

Nun konstatiert die Regierung, dass mit meinen mündlichen Ausführungen zur Erstüberweisung der Motion ein bedeutender Unterschied zur schriftlichen Formulierung vorliegt. Dem muss ich widersprechen, als dass ich den Effekt der Anpassung geschrieben habe. Ich befürworte klar ein Semesterzeugnis, wie es die Motion fordert. Es zeigt, wo die Kinder nach 17 Schulwochen stehen, und es finden Standortgespräche statt. Diese sind gerade aufgrund der Umstände absolut notwendig. Aber gewisse Schülerinnen und Schüler haben eben durch die provisorische Beförderung 34 Schulwochen Zeit, um ihre Lernlücken zu schliessen. Ganz ohne Massnahmen sind die Kinder und Jugendlichen mit dem Problem auf sich alleine gestellt. Sie erhalten keine zusätzliche Unterstützung, die Leistungsvorgaben sind aber dieselben wie immer. Damit wird einzig der Leistungsdruck erhöht, aber ohne die Bildungsqualität zu verbessern und ohne, dass Kinder ihr effektives Leistungsvermögen ausschöpfen können.

Die Schule ist nach wie vor von den Pandemie-Effekten betroffen. In zwei Jahren mit diesem Anzug darüber zu berichten, was wir heute schon wissen, ist nach Ansicht der Grünliberalen nicht erforderlich. Ich wage zu behaupten, dass, tun wir gar nichts, die Bildungsqualität darunter leidet und diejenigen Kinder und Jugendliche Verlierer sind, deren Eltern während der Pandemie nicht helfen konnten und in einem Daheim waren, das aus verschiedenen Gründen, insbesondere während der Pandemie unter Stress stand. Diese Schülerinnen und Schüler haben weniger gelernt, wie es ihrem Potenzial

tatsächlich entsprechen würde. Das kann man ok finden, muss man aber nicht.

Darum bleiben die Grünliberalen bei der Überweisung als Motion.

*Catherine Alioth (LDP):* beantragt Nichtüberweisung.

Auch jetzt nach der Stellungnahme der Regierung haben wir in der LDP-Fraktion unsere Meinung nicht geändert. Wie schon bei der Erstbehandlung der Motion dargelegt, müssen Kinder und Jugendliche beim Aufholen pandemiebedingter Lernlücken unbedingt unterstützt werden und dafür braucht es Unterstützungsmassnahmen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es effektiver ist, wenn die Schulen im Rahmen der Teilautonomie Förderressourcen bedarfsgerecht einsetzen, also dort, wo der diagnostizierte Bedarf am dringlichsten ist. Eine befristete Anpassung einzelner Regelungen, wie von den Motionärinnen und Motionären gefordert, erachten wir aufgrund der zeitlichen Begrenzung auf zwei Jahre nicht als zielführend. Wirksamer für den Ausgleich von Lernrückständen ist, dass eine regelmässige, zeitliche und inhaltlich gut dosierte Förderung stattfindet, die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler genau beobachtet wird und dort, wo notwendig, individuell und fokussiert unterstützt wird. Sollte doch eine Anpassung von Regelungen notwendig werden, kann der Regierungsrat schnell handeln. Er hat es damals im April 2020 mit der auf ein paar Monate befristete Schullaufbahnverordnung gezeigt.

Namens der LDP-Fraktion bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

*Lorenz Amiet (SVP):* Bei der Erstüberweisung dieser Motion hatte ich noch ein Kind in der Sekundarschule, mittlerweile sind es zwei. Selbstverständlich kenne ich auch das Umfeld meiner beiden Kinder bestens, auch das weitgehend, es wird Sie kaum erstaunen, Kinder, welche derzeit in der Sekundarschule sind. Und wenn ich auch kein Bildungspolitiker bin, masse ich mir zu diesem Thema ein fundiertes Urteil an und dieses Urteil ist, diese Motion ist vollkommen unnötig. Sie ist auch als Anzug unnötig. Echte Lücken gab es, das ist unbestritten, 2020 wegen der Schulschliessung. Das Erziehungswesen war damals relativ unvorbereitet, die elektronischen Tools für Fernunterricht bestanden nicht und es gab in der Tat in der Folge Lücken. Deshalb haben wir es auch verstanden, dass dann in der Folge im Sommer 2020 Ausnahmen gemacht wurden hinsichtlich der Promotionskriterien. Auch später 2021, das ist so, gab es einzelne Ausfälle von Lehrkräften, von Lektionen, sei es wegen Tests, sei es wegen Krankheiten, durchaus sogar vielleicht ein bisschen häufiger als normal. Aber vorher schon und seither gibt es Ausfälle aus ganz anderen medizinischen Gründen. Zum Teil fehlen Lehrer während einiger Wochen aus medizinischen Gründen, das gibt es und hat es schon immer gegeben, und die Schülerinnen und Schüler müssen mit dieser Situation fertig werden. Niemand hat hinsichtlich Promotion mit diesen Schülerinnen und Schülern spezifisch Nachsicht.

Nun sollen also drei Jahre später als beim tatsächlichen Unterrichtsausfall, frühestens im Sommer 2023, die Promotionskriterien angepasst werden. Angepasst heisst, heruntergeschraubt werden. Die Begründung, ich zitiere aus der Motion: "Damit die Schülerinnen und Schüler Zeit haben, ihre Wissenslücken zu schliessen". Wissenslücken aus dem Jahr 2020, allenfalls aus dem Jahr 2021. Man unterschätzt unsere Schülerinnen und Schüler massiv, wenn man meint, dass diese nicht innerhalb von zwei bis drei Jahren ihre allfälligen Lücken längst geschlossen hätten. Und man unterschätzt unsere Lehrerinnen und Lehrer massiv, wenn man meint, dass diese nicht schon längst das Menschenmögliche gemacht hätten, um die Schülerinnen und Schüler dabei zu unterstützen. Wenn man so auch im siebten Französischunterrichtsjahr noch keinen halbwegs geraden Satz auf die Reihe bringt, dann hat das verschiedene Gründe. Ein paar gute und vor allem weniger gute. Aber mit Wissenslücken wegen der Corona-Jahre hat das mit Sicherheit nicht das Geringste zu tun.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der SVP, schreiben Sie diese Motion ab.

*Brigitte Gysin (die Mitte/EVP):* Ich darf hier auch noch für die FDP sprechen. Ich möchte nicht alles wiederholen, was schon gesagt wurde von meinen Vorrednerinnen und Vorredner, von unserer Seite, wir sind dafür, dass es als Anzug überwiesen wird. Es soll nicht geringgeschätzt werden oder übersehen werden, was diese Zeit des Lockdowns und auch danach, es wurde ja schon geschildert, was das für einzelne Schülerinnen und Schüler bedeutet hat, dass in ihrer Lernbiografie durchaus die eine oder andere Lücke sich aufgerissen hat. Die Frage ist aber nun, wie lassen sich die Lücken schliessen und ich glaube, das Problem, wenn wir es als Motion überweisen und damit verbindlich sagen, dass die Laufbahnverordnung geändert werden muss, dass das aus meiner Sicht einfach falsch eingeschätzt wird, was Schülerinnen und Schüler in einem halben Jahr dann leisten können.

Sie kommen nun also in den vielleicht höheren Leistungszug, als es ohne Änderung der Verordnung wäre, sitzen im Unterricht und stellen fest, dass sie manches nicht verstehen, weil sie Lücken haben. Sie haben also schon eine grosse Belastung in dieser Unterrichtssituation, sie erhalten Aufgaben, Lernziele und jetzt sollen sie zusätzlich noch diverse Fördermöglichkeiten in Anspruch nehmen, um das aufzuholen. Das ist für sehr belastbare und sehr leistungsstarke Schülerinnen und Schüler möglich, für viele ist es aber schlicht nicht leistbar. Das heisst, sie werden dann zwar theoretisch die Möglichkeit haben, direkter, schneller auf dem höheren Niveau einzusteigen, aber ich fürchte, dass manche einfach kräftemässig, energiemässig überfordert sind und dann nicht dort bleiben werden.

Ich möchte da nur anfügen, dass nach dem Lockdown viele Sekundarschülerinnen und -schüler vielleicht ans Gymnasium konnten und nicht zwei Mal die Leistungen im Zeugnis dafür zeigen mussten und ich kann jetzt nur sagen von den Klassen, in denen ich war, das waren Flugjahre und es gab Fördermöglichkeiten. Aber wenn bei uns Schülerinnen und Schüler zum Beispiel Französischlücken haben und dann auch noch Deutschlücken, dann kommen sie bereits in gewisse Schwierigkeiten, ob sie das schaffen neben allem anderen, das noch unterzukriegen und entsprechend aufzuholen. Ich denke, dass es da vielleicht manchmal schülergerechter ist, sie auf dem Niveau einsteigen zu lassen, das nicht ihr Ziel ist, aber dafür dann dort ohne Druck aufbauen zu können. Wir haben hier ein durchlässiges System, das es später noch

ermöglicht, das Ziel zu erreichen.

Ich bitte Sie darum im Namen der FDP und der Mitte/EVP für die Überweisung als Anzug.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Die Pandemie war ein grosser Einschnitt auch für die Schule, einerseits durch die Schulschliessung, die zum Glück bei uns nur sechs Wochen dauerte im Gegensatz zu anderen Ländern, aber dann natürlich auch aufgrund der Restriktionen, weniger in der Vermittlung des Unterrichtsstoffes als in dem, was Schule sonst noch ausmacht, von den Schullagern über die Schulsporttage über die Schülertheater. Leistungsmässig stellen wir Stand jetzt keinen generellen Abfall fest, wir haben keine Empirie, wir haben keine Daten, die zeigen würden, dass die Corona-Pandemie allgemein zu schlechteren Schulleistungen geführt hat. Das ist ein wichtiges Faktum und wir wissen das heute auch nochmals klarer als im März 2022, als die Motion eingereicht wurde.

Was wir hingegen feststellen, ist eine Zunahme von psychischen Belastungen auf allen Schulstufen. In welchem Umfang das von der Pandemie abhängt, ist unklar, ist auch für die Psychologen und Psychiater unklar. Hier sind sich alle einig, dass die Pandemie wohl eine Rolle spielt, sei es als Ursache, sei es als Auslöser, aber solche Dinge sind selten monokausal. Und es wurde auch in den Voten gesagt, die Pandemie als solche gibt es ja auch nicht, ist es denn die Schulschliessung, sind es private Umstände, die aufgrund der Pandemie sich verschlechtert haben, es ist im Einzelfall zu schauen. Und genau das ist mein Kernanliegen auch in diesem Votum, wir müssen die Schülerinnen und Schüler individuell fördern, individuell betreuen, wo Betreuung notwendig ist.

Die Motion leider fordert eine allgemeine Änderung der Schullaufbahnverordnung für alle Schülerinnen und Schüler und das ist nicht sachgerecht. Es ist nicht so, dass alle Schülerinnen und Schüler einen Leistungsabfall aufgrund der Pandemie haben, sondern es ist eine Minderheit, eine besorgniserregende Minderheit, um die wir uns kümmern müssen, aber die Antwort kann nicht sein, dass wir allgemein für alle die Promotionsbedingungen temporär ändern mit dem Argument Pandemie. Es ist das falsche Instrument. Bitte zwingen Sie mich nicht, die Schullaufbahnverordnung aufgrund der Corona-Pandemie temporär zu ändern. Wir können über die Schullaufbahnverordnung diskutieren, aber dann nicht aufgrund der Pandemie, und wir können über Massnahmen aufgrund der Pandemie diskutieren, aber dann nicht über generelle Änderungen der Schullaufbahnverordnung.

Die Motion zielt das falsch, trifft das Falsche, geben Sie uns den Vorstoss als Anzug, damit wir in zwei Jahren nochmal fundiert zeigen können, was die Schulen gemacht haben, um individuell dort zu helfen, wo Hilfe aufgrund der Pandemie nötig ist. Das können die Schulen leisten, es ist auch nicht so, dass das einfach die Lehr- und Fachpersonen mit den bestehenden Ressourcen auch noch leisten müssen, sondern wir haben die Möglichkeit in diesem Kanton, wir haben das Geld, wir haben die Ressourcen, um gezielt zusätzlich unterstützen zu können. Bitte keine allgemeine Änderung der Schullaufbahnverordnung, das hilft nicht denen, die Hilfe benötigen und tut generell dieser Generation keinen Gefallen, wenn man sie während Jahren noch weiter als Sonderfall behandelt. Wir müssen da wieder in die Normalität zurückkommen, die für die grosse Mehrheit das Richtige ist und dort helfen, wo Hilfe nötig ist.

Ich bitte Sie, die Motion als Anzug zu überweisen.

### Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

### Ergebnis der Abstimmung

**42 Ja, 49 Nein.** [Abstimmung # 345, 09.11.22 16:38:21]

### Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 22.5035 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

### Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**50 Ja, 40 Nein.** [Abstimmung # 346, 09.11.22 16:39:10]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 22.5035 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage innert sechs Monaten zu **überweisen**.

## 22. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend «Keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien auf Grund der Schulwahl»

[09.11.22 16:39:34, ED, 22.5081.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese gemeinsam mit der Umsetzung der Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend «gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote» zur Erfüllung bis Mai 2023 (8 Monate) zu überweisen.

Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 6 Monaten.

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 22.5081 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage bis Mai 2023 zu **überweisen**.

## 23. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend freien Zugang für alle zur Jugendberatung der JuAr

[09.11.22 16:40:23, ED, 22.5117.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion teilweise rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

*Oliver Bolliger (GAB):* Ich spreche auch im Namen von Nicole Amacher und allen mitunterzeichnenden Motionären und Motionärinnen. Für die breite Unterstützung meines Vorstosses möchte ich mich nochmals bedanken. Ich bin sehr froh, dass die Regierung in der Beantwortung vom 17. August sich dem Problem eines freien Zugangs für alle zur Jugendberatung, der JuAr, angenommen und die gewünschten Massnahmen eingeleitet hat. Das Erziehungsdepartement hat die Einschränkung des Zugangs zur Jugendberatung bereits nach Einreichen der Motion aufgehoben. Dies ist sehr lobenswert, war diese Aufhebung aus fachlicher Sicht schon seit Jahren ein wiederholt geäussertes Wunsch und ist deshalb sehr zu begrüssen.

Gerade auch für sozialhilfebeziehende Jugendliche ist ein niederschwelliger Zugang zu einer unabhängigen Beratungsstelle von sehr grossem Nutzen, bestehend doch nicht selten mehrfach Problematiken, die weniger angesprochen werden. So ist es auch bewusst gewollt, dass Jugendliche mit Cannabis-Problematik zum Beispiel die Beratungsstelle der Suchthilfe aufsuchen können und dies unabhängig, ob sie von der Sozialhilfe unterstützt werden oder nicht. Die Beratungsstelle der JuAr und die Sozialhilfe für Jugendliche sind zwei Paar unterschiedliche Stiefel und dies ist auch gut so. Doppelspurigkeiten müssen aufgrund der unterschiedlichen Rollen und Aufgaben in der Regel eigentlich ausgeschlossen sein und dort, wo sie trotzdem bestehen oder langfristige Beratungsprozesse entstehen, sprechen sich die involvierten Fachpersonen in Zukunft miteinander ab und vereinbaren gemeinsam die Zielsetzungen, also klassisches Case-Management.

Wichtig und zentral bleibt in Zukunft die Frage der Personalressourcen auch in der Jugendberatung. Diese müssen so ausgestaltet werden, dass einerseits die neuen Zielgruppen, Jugendliche mit Sozialhilfe und andererseits der jetzt schon bestehende Mehrbedarf an Jugendberatung niederschwellig und ohne allzu lange Wartezeit bedient werden können. Eine Situation von mehreren Wochen Wartezeit bis zum Erstgespräch oder lange Wartelisten muss zwingend vermieden werden. Aufgrund der Erfahrung der vergangenen drei Pandemie-Jahren wissen wir, dass jeder investierter Franken in ein professionelles, niederschwelliges Jugendberatungsangebot eine gute Investition darstellt. Ein solches Angebot ist ein notwendiger Puffer, das haben wir wirklich in diesen Jahren erleben können, für die sozialpsychologische Begleitung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, wenn es bei den niedergelassenen Psychiater/innen und Psycholog/innen keinen Platz mehr für Beratungen gibt.

Ich danke Regierungsrat Conradin Cramer, dass offene Punkte im Vorfeld gemeinsam geklärt werden konnten und die Motion somit per 2023 erfüllt wird. Aufgrund dieser Tatsachen verzichten wir auf eine weitere Überweisung und bedanken uns für die Erfüllung unserer Motion und hoffen, dass auch die Ressourcenfrage weiter beobachtet wird.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 22.5117 ist **erledigt**.

## 24. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend bessere Luftqualität an Basler Schulen im Winter 2022/23

[09.11.22 16:44:15, ED, 22.5176.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

*Jenny Schweizer (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, die Motion abzuschreiben. Die Problematik der Luftqualität ist absolut nachvollziehbar, denn die Notwendigkeit einer guten Luftqualität ist unbestritten. Der Regierungsrat hat in seiner Beantwortung klar dargelegt, dass 200 Luftampeln neu angeschafft wurden, damit die Lehrerschaft während ihrer Arbeit tatsächlich das Lüften nicht vergisst. Er hat auch dargelegt, dass einzig das regelmässige korrekte Lüften entscheidend ist und ebenso hat er uns informiert, dass die Schulleitungen dafür zu sorgen haben, dass das Lüftungskonzept auch umgesetzt wird. Meines Erachtens, wenn es an der fehlenden Umsetzung vonseiten der Lehrerschaft liegt, dann frage ich mich schon, ob wir tatsächlich hier im Saal dafür zuständig sind, Motionen zu verfassen, damit die Lehrerinnen und Lehrer ihrem Lüftungsauftrag nachkommen. Des Pudels Kern liegt tatsächlich darin, dass die Lehrerschaft sich nicht an den Lüftungsauftrag hält, ihn ignoriert, den sie notabene von ihrer Schulleitung erhalten. Ich habe in meiner Fraktion keine Lehrpersonen, aber ich wäre wirklich sehr dankbar, wenn einer oder eine der hier anwesenden Lehrpersonen mir einen plausiblen Grund nennen kann, weshalb vonseiten der Lehrerschaft dem Lüftungsauftrag zum Wohle aller, also der Schulklassen, nicht nachgekommen wird.

Ich bitte Sie deshalb, die Motion abzuschreiben und den Verantwortlichen im ED lege ich ans Herz, dafür Sorge zu tragen, dass die Schulleitungen ihre Lehrpersonen zur sofortigen Umsetzung des Lüftungskonzepts anhält und dementsprechend auch kontrolliert.

*Raoul Furlano (LDP):* Ich spreche im Namen der LDP und bitte Sie auch, diese Motion nicht zu überweisen, auch nicht als Anzug, und zwar bekämpfe ich das absolut nicht mit Herzblut, mit Pascal Pfister haben wir heute davon gesprochen, ich argumentiere jetzt ein bisschen anders als meine Vorrednerin Jenny Schweizer. Mir geht es mehr darum zu schauen, nützt das jetzt etwas mit diesen Luftreinigern oder nützt es nichts. Das ist die Frage und nicht, wie irgendjemand in einem Schulzimmer lüftet oder nicht lüftet. Auf das gehe ich vielleicht auch ganz schnell ein. Es ist klassisch menschlich, wir sehen es an uns, ganz wenige tragen Masken, andere nicht, andere niesen sich in die Hand und geben dem anderen draussen wieder ein Schmützli mit dieser Hand und streicheln ihn an der Wange und geben sich auch noch die Hand. Das sind Sachen, wo ich eher denke, dort muss auch wieder daran gearbeitet werden, gerade wir als Vorbilder, niesen Sie in den Ellenbogen und nicht in die Hand und geben die Hand nachher gleich weiter, und das betrifft nicht nur Corona, das betrifft jegliche Viren, die wir jedes Jahr schon seit Jahrhunderten durchmachen.

Aber wieder zurück zu dieser Luftreiniger-Geschichte. Wir wissen alle, wir konnten es in der Presse vernehmen, dass unser ehemaliger Kantonsarzt, Dr. Steffen, eine Untersuchung gemacht hat. Wie hochwissenschaftlich die ist, lasse ich mal offen, aber ich sage jetzt mal, es war eine Meinungsumfrage mit Fragebögen, die in Klassen geschaut haben, die solche Luftreiniger benutzt haben und in Klassen, die diese nicht benutzt haben. Herausgekommen ist, dass eigentlich praktisch der Nutzen null ist, das müssen wir einfach einsehen. Und dann frage ich mich, ist es wirklich sinnvoll, den Regierungsapparat zu lancieren, viele Menschen, die hier wieder involviert sind an irgendwelchen Projekten und tagelang beschäftigt sind und schauen, wo können wir das Geld, das ist am Schluss auch eine Geldfrage, das muss man auch sehen, auch der LDP ist ganz klar, absolut, wenn es Sinn macht, muss man investieren, das ist so, aber einfach so wieder Geld hinausschleudern für etwas, das jetzt schon den Anschein macht, dass es gar nichts bringt, dann muss ich sagen, können wir auch nicht für diesen Anzug jetzt sein.

Ich hoffe, Pascal Pfister, Sie verstehen das ein bisschen. Es war wichtig, dass wir darüber diskutiert haben, das finde ich auch, das findet die LDP auch, aber jetzt bitte schauen Sie doch, nein, bitte nicht.

*Béla Bartha (GAB):* Als ich diese Motion gelesen habe, musste man mich auch erst ein bisschen davon überzeugen. Ich bin nicht gerade ein Maschinenstürmer, der jetzt sofort irgendwelche Geräte in die Schulzimmer stellen möchte, aber nichtsdestotrotz hatte ich das zweifelshafte Vergnügen, kurz vor meinen Herbstferien ein Schulhaus besichtigen zu können und was mir da als Gerüchlein entgegengekommen ist, war keine Freude. Interessanterweise war es gerade ein Schulhaus, das wirklich auch über eine Klimaanlage verfügt und bestens ausgerüstet war mit irgendwelchen Maschinen, aber wo man schlicht und einfach die Fenster nicht öffnen konnte und so die guten Kolleg/innen von der Schule eigentlich auf Gedeih und Verderb von irgendwelchen Maschinen abhängig waren.

Was jetzt aber so tönt, als wäre ich völlig gegen diese Motion, damit möchte ich eigentlich eher sagen, dass es wahrscheinlich ein positiver Effekt sein könnte, wenn man wirklich überall solche CO2-Melder aufhängen würde. Ich habe jetzt in meinem Beispiel keine dieser CO2-Melder gesehen und gerade da, wenn man das aufhängen würde, würde man zum Beispiel diese hoffnungslose Situation der Schüler und der Lehrer vielleicht ein bisschen auflösen und sie könnten dann etwas unternehmen und auch objektiv sagen, hier stimmt etwas mit der Luft nicht.

Sofern würde ich ganz klar dafür plädieren, dass man das trotzdem mal anschaut und auch meine Fraktion, das GAB, steht da dahinter und wir würden auch noch parallel dafür plädieren, dass man wirklich auch den Lehrern scheinbar genauer beibringt, ganz kurz in einem Einführungskurs, was zu tun ist, wenn so ein CO2-Melder dann zu blinken anfängt,



dass man das einfach begleitet mit einem kleinen Praxiskurs. Wenn man dann auch noch das Glück hat, dass man in einem alten Schulhaus ist, wo ganz einfach die Lösung ist, nämlich einfach Fenster auf und dann Fenster wieder zu und schon ist stossgelüftet, dann ist die Sache eigentlich gelöst.

Nichtsdestotrotz plädieren wir für die Einführung solcher Messfühler, und zwar in allen Schulzimmern und möchten daher diese Motion als Anzug der Regierung übergeben.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Die Antwort des Regierungsrats, die entsprechende Einschätzung der Problematik entspricht im Wesentlichen den GLP-Ausführungen bei der Erstüberweisung. So verursacht das Nachrüsten bestehender Schulhäuser mit automatisierten Lüftungsanlagen einen sehr hohen Investitions- und Installationsaufwand und ist aus verschiedenen Gründen an den meisten Schulhäusern effektiv nicht möglich. Ebenso ist der Einsatz mobiler Luftfiltergeräte, abgesehen davon, dass sie den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft nicht verbessern, aus verschiedenen Gründen nicht zielführend, wie der Regierungsrat ebenfalls ausführt.

Wir sind jedoch nicht einverstanden mit der Antwort des Regierungsrats, dass eine standardmässige Ausrüstung der Unterrichtszimmer mit CO<sub>2</sub>-Messgeräten nicht notwendig sei, weil die Lehr- und Fachpersonen nach einem zweiwöchigen Einsatz solcher Messgeräte bereits auf die Wichtigkeit des Lüftens sensibilisiert seien. Der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Raumluft ist ganz generell von hoher Bedeutung für das Wohlbefinden und die Konzentrationsfähigkeit. Diesbezüglich sollte man sich nicht auf die subjektive Einschätzung von Lehrpersonen hinsichtlich des aktuellen CO<sub>2</sub>-Gehalts der Raumluft verlassen. Die verantwortungsvolle Aufgabe für Lehrpersonen mittels Lüftung den CO<sub>2</sub>-Gehalt im Unterrichtszimmer zu kontrollieren, kann nur aufgrund des Messwertes übernommen werden, alles andere würde bedeuten, dass Lehrpersonen in der Lage sind, die Aufgabe von Messgeräten zu übernehmen und einen CO<sub>2</sub>-Gehalt der Raumluft zu bestimmen.

Wir halten deshalb an der Wichtigkeit der Forderung fest, dass alle Unterrichtsräume standardmässig mit einem CO<sub>2</sub>-Messgerät auszurüsten sind. Ausserdem möchte ich darauf hinweisen, dass es aus Sicht der Grünliberalen sinnvoll wäre, bei Neubauten und Sanierungen Standards für die Luftqualität in den Räumen festzulegen, so dass dies bei der Konzeption von Bauten und Umbauten mitberücksichtigt wird.

In diesem Sinne empfiehlt die GLP, den Vorstoss als Anzug zu überweisen.

*Pascal Pfister (SP):* Vielen Dank für die Diskussion. Ich glaube, man darf auch schlau werden oder seine Meinung ein bisschen ändern und deshalb empfehlen auch wir Ihnen jetzt die Überweisung als Anzug. Ich denke, was Raoul Furlano gesagt hat, ist sehr wichtig, das Thema ist noch nicht erledigt. Covid ist nach wie vor unter uns, es gibt nach wie vor die Diskussion über Long-Covid, es gibt eine hohe Übersterblichkeit bei den über 65-Jährigen, also es gibt noch einiges zu tun. Jeder von uns möchte das emotional hinter sich lassen, das ist ja auch menschlich verständlich, aber wir müssen da weiterhin gut hinschauen.

In den Schulen, damals, als diese Motion geschrieben wurde, gab es wirklich einen grossen Pandemie-Ausbruch, dort war auch noch nicht absehbar, was sind die Langzeitfolgen. Das ist auch heute noch nicht so ganz absehbar, aber es ist klar, das Risiko ist bei den Kindern sicher kleiner für die unmittelbare Gesundheit wie jetzt für die Gruppe der über 65-Jährigen. Von daher können wir damit leben, wenn wir das Thema Luftqualität in den Schulen über einen Anzug abhandeln und nicht über eine Motion innerhalb kurzer Frist. Das heisst aber nicht, dass das Thema damit erledigt ist. Die Luftqualität an den Schulen ist auch unabhängig von Covid, vor Covid war das schon ein Thema und ist nach wie vor ein wichtiges Thema, auch aus der Lehrerschaft wurde das schon früh vor der Pandemie geäussert, und es erscheint mir deshalb nach wie vor wichtig und richtig, dass wir uns auch diesem Thema widmen, dass sich das ED neben vielen anderen Themen, die das ED natürlich auch beschäftigt, das ist mir schon klar, aber dass dieses Thema auch wirklich ernsthaft angegangen wird.

Wir haben uns hier nie auf eine konkrete Massnahme festgelegt, wir haben gesagt, das ist die Bandbreite der möglichen Aktivitäten, die es gibt. Die Motion hat auch gefordert, dass das mit verschiedenen Preisschildern versehen wird, dass man sagt, diese Massnahme kostet so viel und dann wäre es eben am Parlament gewesen, zu entscheiden, was uns wie viel wert ist, auch in Abwägung mit anderen Massnahmen und Geschäften. Ich glaube, das Thema ist nicht erledigt, ich hoffe, dass das ED etwas machen wird. Wir haben gehört, in einigen Schulen ging es darum, zum Beispiel die Fenster so zu machen, dass man sie öffnen kann, was auch immer die Massnahmen sind, aber dass wir zu einer besseren Luftqualität kommen in den Schulen.

Das ist das eine und ich denke, dass uns auch sonst Covid noch als Parlamentarier beschäftigen sollte, auch was eben die Spätfolgen, die Nachfolgen angeht und in diesem Sinne bitte ich Sie auch im Namen der SP, diese Motion als Anzug zu überweisen.

### **Abstimmung**

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**61 Ja, 27 Nein.** [Abstimmung # 347, 09.11.22 16:59:26]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den **Anzug 22.5176** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## **25. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Catherine Alioth und Consorten betreffend Gewährung einer Finanzhilfe für die Ballettschule Theater Basel (BTB)**

[09.11.22 16:59:45, ED, 22.5215.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich spreche zu Ihnen über die neusten Entwicklungen und die nächsten Schritte der Ballettschule Theater Basel. Letzten Monat, für welchen die Stellungnahme dieser Motion ursprünglich traktandiert war, hätte ich Ihnen mit Herzblut erklärt, weshalb ich mich für einen Staatsbeitrag an die Ballettschule Theater Basel einsetze. Aus meiner Sicht hätte es gute Argumente gegeben, wie diese Schule mit einem EFZ-Abschluss im Bühnentanz staatlich unterstützt hätte werden können. Mit dieser Sicht stand ich nicht ganz alleine da, ich spreche hier deshalb auch im Namen der GLP.

Die Ausgangslage für die Ballettschule, die die Bühnentänze-Ausbildung mit dem EFZ-Abschluss anbietet, hat sich signifikant geändert seit dem 23. Oktober, als die NZZ am Sonntag und Bajor über Missbrauchsvorfälle an der Ballettschule berichteten. Diese Medienberichte haben die Grundlage für die politische Forderung geändert. Der Vorstand der Ballettschule hat sofort reagiert und eine unabhängige Untersuchung durch eine externe Firma eingeleitet. Diese hat zum Ziel, die erhobenen Vorwürfe genau zu untersuchen und aufzuklären. Der Vorstand hat der Ballettschuldirektorin von ihrer Unterrichtstätigkeit befreit, bis die Untersuchungsergebnisse vorliegen. Das wird noch einige Wochen dauern.

Ballett ist ein Leistungssport, der mit dem ausdrücklichen Ziel betrieben wird, Spitzenleistungen im internationalen Masstab zu erzielen. Die Ausbildung zur professionellen Bühnentänzerin und zum professionellen Bühnentänzer ist in körperlicher und mentaler Hinsicht eine der härtesten Ausbildungen und stellt grosse Anforderungen an die Auszubildenden. Dass nicht alle Jugendlichen, die Balletttänzer werden wollen, diese Forderungen erfüllen können, versteht sich von selbst, aber eben auch, dass junge Menschen, die diese Ausbildung anstreben, mit dem grössten Respekt und der grössten Wertschätzung und mit einem gesunden Umfeld zu begegnen ist. Es muss ein Umdenken in der Branche, die die Kunstform Ballett betrifft, stattfinden. Das sind die Ausbildungsstätten und insbesondere auch der Verband Dance Suisse, der sich in der Schweiz für den Tanz als Kunstform sowie insbesondere für den Tanz als Beruf einsetzt. Er setzt sich für die Anerkennung des Berufs und gute Arbeitsbedingungen ein. Auch die Ausbildung zum Ballett-Pädagogen muss genauer betrachtet werden.

Für die Ballettschule Theater Basel bedeutet dies, dass die Ergebnisse der Untersuchung abgewartet werden müssen. Wann diese vorliegen werden, ist noch nicht bekannt. Damit diese mit der nötigen Sorgfalt analysiert und die entsprechenden Massnahmen getroffen werden können, braucht die Ballettschule Zeit und Raum und vor allem Ruhe.

Die Ballettschule Theater Basel nimmt die Vorwürfe sehr ernst. Auch ohne Sicherheit, dass die Schule eine längerfristige finanzielle Perspektive hat, wird sie das bestehende Schuljahr 2022/2023 zu Ende führen müssen, damit die Schülerinnen und Schüler ihren Lehrabschluss machen können. Für die Schülerinnen und Schüler im ersten und zweiten Lehrjahr müsste eine adäquate Anschlusslösung gefunden werden. Dies ist den Mitunterzeichnenden ein sehr wichtiges Anliegen. Gleichzeitig ist zu prüfen, wo eine unabhängige und auch sichtbare Meldestelle eingerichtet werden kann, sei es im Kanton, in der Region und/oder national. Diese muss umgehend reagieren können.

Aufgrund dieser geschilderten Tatsachen ist es momentan nicht vertretbar, staatliche Gelder zu fordern. Die Ballettschule braucht nun Zeit und Raum für die Gestaltung ihrer Zukunft. Diese wollen wir ihr gewähren und verzichten deshalb, diese Motion zu überweisen.

*Béla Bartha (GAB):* Ich habe meine Worte eigentlich fast gleich gewählt wie meine Vorrednerin, wenn ich sagen kann, dass ich vor einem Monat noch hier gestanden hätte und mit viel Herzblut und mit Wärme das grosse Lied der Ballettkunst gesungen hätte und wirklich auch aus voller Überzeugung. Und heute, muss ich sagen, stehe ich vor Ihnen und muss mir eingestehen, dass dieses Lied mit einigen sehr falschen und schrillen Tönen durchsetzt ist, die heute in unseren Ohren schmerzen.

Rückblickend ist es unbegreiflich, dass nicht der Branchenverband Danse Suisse, auch nach dem Erscheinen der Magglingen-Protokolle zum Beispiel 2020, sich dazu entschliessen konnte, die vom Bund vorgeschlagenen Verbesserungsmassnahmen telquel zu übernehmen. Diese hätten beispielweise die Einrichtung einer unabhängigen Meldestelle vorgesehen. Stattdessen hat der Verband einen Code of Conduct zusammengeschustert, der eben gerade diese entscheidende Möglichkeit nicht vorsah. Damit hat er den Betroffenen keine Chance gelassen, sich Hilfe ausserhalb des sie umschliessenden undurchlässigen Systems zu holen. Nun endlich wurde mit dem Auftrag der Stellung eines Untersuchungsberichtes ein erster Schritt gemacht, auf dessen Inhalt wir gespannt sein dürfen und der, so hoffen wir, die Grundlage für eine tiefgreifende Erneuerung dieses Verbandes geben wird. Denn auch für eine allfällige Weiterführung der Ballettschule Theater Basel fehlt bis dahin jegliche Grundlage.

Aber auch bei unseren Behörden hätten die schrillen und falschen Töne mehr Regung zeigen müssen. Ihnen waren, wenn auch nur wenige Fälle, bereits 2019 bekannt. Sie müssen sich heute den Vorwurf gefallen lassen, dass sie sich als Aufsichtsbehörde zu schnell auf ihren engfassten Kompetenzbereich zurückgezogen haben, obwohl sie

Handlungsspielraum gehabt hätten, zu zögerlich agierten. Ausdruck dafür ist die Tatsache, dass man trotz ersten Warnzeichen und erfolglosen Gesprächen unberührt weiterfuhr, die entsprechenden Institutionen nach Vorschriften nur alle zwei Jahre zu kontrollieren angesonnen hat. Hier wäre eindeutig mehr möglich gewesen. Sollten die Schulen nicht mehr weitergeführt werden, so können sich die Behörden dieses Mal nicht unter dem Vorwand der Kompetenzüberschreitung aus der Verantwortung stehlen und müssen sich dafür einsetzen, gemeinsam mit der Ballettschule des Theater Basels für die betroffenen Schüler/innen eine geeignete Lösung für die Beendigung ihrer Ausbildung zu finden. Wir haben ja heute gehört, dass man da schon daran ist, zumindest vonseiten der Ballettschule selbst.

Auf der anderen Seite möchte ich aber hier den Journalisten von Bajour und NZZ danken. Mit ihrem Dranbleiben und mit ihrer Beharrlichkeit beim Nachfragen haben sie es geschafft, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen. Sie haben ihren Job gemacht und uns hinter die schöne Fassade blicken lassen. Tatsache ist, Basel kann heute keine professionelle Tanzausbildung anbieten, die den höchsten Anforderungen bei der Ausbildung genügt und nicht nur auf die Einhaltung von Body-Mass-Index setzt, sondern die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg zu professionellen Tänzerinnen und Tänzern sowohl in körperlicher Hinsicht wie auch in ihrer seelischen wie auch in ihrer Persönlichkeitsentwicklung wertschätzend und einfühlend stärkt, fördert und unterstützt.

Die Presse hat ihren Job gemacht, machen wir als Gesellschaft nun unseren. Damit empfehlen wir als Kulturliebhaber dem Rat schweren Herzens, diese Motion nicht zu überweisen.

*Sasha Mazzotti (SP):* Was so alles zwischen den letzten Grossratssitzungen passiert ist und aufgedeckt wurde, mein letztes Votum ist Makulatur. Meine Kolleg/innen Catherine Alioth und Béla Bartha haben die Worte flammend und Herzblut schon verwendet, ich schliesse mich dem an, das wäre vor einem Monat so gewesen. Die Berufswahl junger Menschen zur Balletttänzerin oder -tänzer findet früher statt als bei anderen Berufen und ist mit einem Traum verbunden, vielmehr als wahrscheinlich Primarlehrerin oder Coiffeuse, wo auch die Optionen, die Lehrstelle zu wechseln, grösser sind. Die Ausbildungen und das Bestehen im Beruf ist hart und erfordert nicht nur intensives Training und Disziplin, sondern auch Ausdauer und Verzicht. Das nehmen junge Menschen in Kauf, um ihrem Traumberuf zu folgen.

Vor drei Wochen war das nun in der Presse. Tänzerinnen, die längst nicht mehr in der Ausbildung an der Basler Ballettschule sind, haben ausgepackt und Missstände aufgedeckt. Warum denn nicht die jungen Menschen, die jetzt in der Ausbildung sind, jetzt wäre doch ihre Gelegenheit oder hat sich in den letzten Jahren die Ausbildung so verändert und der Verhaltenscodex wurde ernst genommen? Die Tänzerinnen und Tänzer, in diesem Fall waren es Tänzerinnen, melden sich erst, wenn sie nichts mehr zu befürchten haben und das liegt daran, dass diese Ausbildung sich in einem hermetischen System befindet, im Sinne von, beiss nicht die Hand, die dich füttert, oder anders gesagt, verfolge deinen Traum, koste es, was es wolle. Wir haben dieses Problem auch in anderen Disziplinen des Leistungssportes, die hier in den letzten Jahren immer wieder ans Licht kommen. Ich erwähne nur stellvertretend die Magglingen-Protokolle. Zu glauben, dass es an der BTB anders ist, war naiv von mir, das gebe ich hier zu.

Als Zuschauerin hat sich für mich das Ballett über die Jahre verändert und weiterentwickelt. Gerade das Ensemble des Theater Basels, dort sehe ich unterschiedliche Körper, die nicht immer dem Stereotyp einer grazilen Tänzerin entsprechen und das macht mich zuversichtlich, dass sich etwas verändert. Aber offensichtlich ist der Weg zur professionellen Tänzerin oder Tänzer nach wie vor geprägt von altmodischen Methoden, die über das Defizitäre oder Machtausübung laufen. Ich bin überzeugt, dass auch auf anderen Wegen wie positive Verstärkung oder Motivation Exzellenz erreicht werden kann. 2018 haben sich die Schauspielerinnen in Deutschland gewehrt, der dringend fällige Aufschrei wurde laut und gehört. Dabei wurde wieder einmal klar, es sind nicht einzelne machtbesessene Typen, die sich ausleben, es ist ein strukturelles Problem, wo der Machtmissbrauch nicht einfach zu thematisieren ist, geschweige denn sich zu wehren. Gestandene erfahrene Frauen haben sich endlich gewehrt. Es hat gedauert, denn der Traum, Schauspielerin zu sein, sich berufen zu fühlen, auf die Bühne und vor die Kamera zu stehen, sind ausgeprägt und ein Motor, vieles auszuhalten. Und so ist es auch für Tänzerinnen und so wird es an der BTB auch sein.

Hier haben wir es aber mit Jugendlichen zu tun, die ihr Talent zum Beruf machen möchten und vieles dafür opfern. Sie sind besonders verletzlich, zudem sind viele als Internatsschüler/innen hier, ihre Eltern haben wenig Übersicht, wie es den Kindern eigentlich geht und gerade Teenager, die Tänzer/in werden wollen, werden nicht ihr Leid den Eltern klagen.

In der Tanzbranche muss sich einiges ändern. Es ist an den Verbänden, dieses Thema anzugehen. Aber nun ist die Frage, was wir als Politikerinnen und Politiker machen müssen, wo können wir eingreifen. Die Politik muss zusammen mit den Verbänden klare Richtlinien aufstellen und auch die Konsequenzen einfordern. Das ist ein nationales Thema, aber kantonal muss das für diesen Betrieb auch möglich sein. Wo war die Lehraufsichtsstelle? Mir ist bewusst, dass diese Ausbildung ein hermetisches System ist und ebenfalls ein grosses strukturelles Problem hat und die Auszubildenden haben verschiedene Gründe, sich nicht zu melden. Trotzdem die Frage, wie sehr ist den Auszubildenden bewusst, dass sie sich anonym melden können? Ist die Lehraufsicht, und dies gilt für alle Berufslehren, eine niederschwellige, vertrauliche und anonyme Anlaufstelle, die bei allen beim Antreten ihrer Lehre klar ist und vor allem auch den Eltern?

Uns wurde in der BKK-Sitzung mitgeteilt, dass eine anonyme Umfrage regelmässig durchgeführt wird und der Zufriedenheitsgrad in der BTB ist recht hoch. Solche Umfragen gibt es allerdings viele, bei Studierenden, Patient/innen im Spital, usw. Die Art des Fragestellens, und ich meine nicht Suggestivfragen, können aufschlussreich sein und ein Indikator. Keiner will Opfer sein und wird sich auch als dies nicht sehen und dementsprechend ankreuzen, wenn nur gefragt wird, fühlen Sie sich diskriminiert zum Beispiel. Ich bitte die Verwaltung, diesen Prozess seriös zu begleiten und die Befragungen der Studierenden in Zukunft zu überdenken.

Aber klar, auch die SP ist natürlich nicht für Überweisung dieser Motion.

*Joël Thüring (SVP):* Meine Fraktion war von Anfang an nicht dafür, diesen Vorstoss an den Regierungsrat zu überweisen. Sie sind jetzt aufgrund neuer Ereignisse zur selben Einsicht gekommen. Ich möchte einfach vielleicht ein bisschen auf dieses Geschäft zurückkommen und daran erinnern, was der Regierungsrat in seiner Stellungnahme zu dieser Motion sagt. Er sagt nämlich, sie ist rechtlich unzulässig und begründet auch, weshalb sie rechtlich unzulässig ist. Ich finde, das muss man jetzt in dieser ganzen Debatte schon noch ein bisschen in den Vordergrund rücken, dass es jetzt nicht darum geht, dass man diese Motion abschreibt, weil Dinge publik geworden sind, die natürlich absolut zu verurteilen sind, sondern weil es auch einfach vom Inhalt her nicht eine Motion berechtigt und tatsächlich auch das, was gefordert ist, rechtlich unzulässig ist. Ich glaube, das müssen wir festhalten.

Nun wurde viel von dieser Situation an der Ballettschule gesprochen. Es wurde auch erwähnt, die BKK wurde am Montag vom Erziehungsdepartement sehr transparent über die Zustände dort in Kenntnis gesetzt und es wurde vieles gesagt von Sasha Mazzotti und Catherine Alioth, das richtig ist. Ich möchte aber hier schon auch ein wenig das Erziehungsdepartement in Schutz nehmen. Sasha Mazzotti, wir haben auch gehört, dass es in diesem geschlossenen System wahrscheinlich sehr schwierig ist, als Aussenstelle festzustellen, dass etwas nicht in Ordnung ist. Und uns wurde auch sehr deutlich gemacht, weshalb das so ist, weil eben dieses geschlossene System zu einer grossen Abhängigkeit führt und sich Balletttänzerinnen und Balletttänzer im Laufe ihrer aktiven Karriere oder im Bestreben einer aktiven Karriere gar nicht wirklich getrauen, sich irgendwie zu äussern, weil sie damit auch gefährden, weitere Engagements oder überhaupt Engagements zu erhalten resp. befürchten müssen, dass sie dann für Engagements nicht mehr ausgewählt werden.

Ich finde, das ist eigentlich fast das Interessanteste an diesem Fall, weil er wahrscheinlich exemplarisch steht für viele andere Missstände in diesem Hochleistungssportbereich. Wir kennen das aus Magglingen, wir kennen das auch beispielsweise aus einer sehr eindrücklichen Dokumentation über den Verband USA Gymnastics auf Netflix, der diese Missbräuche dieses Arztes des Verbandes sehr deutlich gemacht hat, dass solange man in diesem System ist und diese Abhängigkeit hat, es eben auch sehr schwierig ist, dort durchzudringen und dann tatsächlich auch festzustellen, dass es Missstände gibt.

Deshalb glaube ich, ist die Frage der Aufsicht gar nicht so zentral, sondern diese Selbstreinigung muss in dieser Branche selber stattfinden und ich glaube auch nicht, dass diese Selbstreinigung stattfindet, indem man eine externe Analyse abwartet und dann darauf hofft, dass diese externe Analyse klar benennt, weshalb es jetzt an dieser Ballettschule zu Missständen gekommen ist, sondern dieses reinigende Selbstgewitter muss wahrscheinlich in dieser Branche generell etwas auslösen. Deshalb bin ich auch sehr froh, dass Catherine Alioth als Motionärin jetzt auch eingesehen hat, dass das Abschreiben dieser Motion der richtige Weg ist und es auch nicht sinnvoll wäre, wenn wir dieses Geschäft vielleicht erst in einem oder in zwei Monaten behandeln. Das, glaube ich, löst dieses grundsätzliche Problem nicht.

Ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen und sagen, ich bin sehr zurückhaltend, was diese Ballettschule und die Zukunft dieser Ballettschule insgesamt anbelangt. Wir haben auch an diesem Hearing am Montag gehört, dass fern dieser Frage der Aufklärung dieser Missbrauchsvorwürfe es ja schon durchaus zwischen dieser Organisation und dem Erziehungsdepartement grundlegende Differenzen gegeben hat, was die zukünftige Ausrichtung, was die finanzielle Möglichkeit betrifft, anbelangt. Wir haben auch gehört, dass diese Ballettschule hauptsächlich von Tänzerinnen und Tänzer besucht werden, die nicht aus unserem Kanton und auch nicht aus der Schweiz kommen. Hier stellt sich dann natürlich schon die Frage, inwiefern die Finanzierung über den Kanton Basel-Stadt gewährleistet werden muss, wenn dieses Angebot nur zu einem ganz geringen Teil von Schülerinnen und Schülern aus unserer Region wahrgenommen wird. Hier glauben wir, ist es deshalb richtig, dass man auf eine Finanzierung verzichtet. Wenn man feststellt, dass dieses Angebot nicht ausreichend genutzt wird, dann bringt diese Finanzierung auch nichts und dann ist es vielleicht auch logisch, das wird auch in der Antwort der Regierung auf die Motion Catherine Alioth sehr deutlich, dass es auch für diese Institution schwierig ist, Drittmittel einzuwerben, weil tatsächlich auch das Interesse offenbar in unserer Region dafür nicht sehr gross ist.

Wir wissen jetzt, dass diese Ballettschule Basel in dem Bereich, in dem es ja auch um diese Ausbildungsplätze nach EFZ geht, vielleicht in Schwierigkeiten kommen wird. Wir sind aber zuversichtlich, dass für diejenigen, die diese Ausbildung derzeit machen, eine Lösung gefunden werden kann, sollte die BTB ihren Betrieb einstellen müssen. Persönlich glaube ich, ist der Imageschaden für die Ballettschule Theater Basel so gross, dass wahrscheinlich unter diesem Brand für längere Zeit nichts mehr zu gewinnen ist und ich würde deshalb auch dem Verein sehr dringend empfehlen, sich eingehend über die eigene Zukunft Gedanken zu machen und sich vielleicht auch zu überlegen, sich ganz grundsätzlich neu aufzustellen und aus meiner Sicht dann wahrscheinlich auch auf der künstlerischen, auf der operativen Ebene einen vollständigen Neustart zu vollziehen. Ich glaube, das wäre angesichts der Situation das geeignete.

Das Erziehungsdepartement hat aus meiner Sicht richtig gehandelt. Das ED kann nicht einfach von sich aus annehmen, dass etwas schlecht ist, wenn alle Befragungen ein anderes Bild ergeben haben, und deshalb glaube ich, ist dies in erster Linie eine Aufgabe der BTB und es ist eine Aufgabe des nationalen Tanzverbandes, der Danse Suisse. Er muss dort die entsprechenden Richtlinien setzen und auch die entsprechenden Aufsichten gewährleisten.

Ich bitte Sie deshalb auch im Namen meiner Fraktion, nicht nur unter dem Aspekt dieser schrecklichen Vorwürfe, sondern auch unter dem generellen Aspekt, was diese BTB anbelangt, diese Motion heute abzuschreiben.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Die Situation ist eine schwierige und eine unerwartete. Ich kann Sie hier informieren, dass das Erziehungsdepartement in ständigem Kontakt ist, in intensivem Kontakt ist mit dem Präsidium des Vereins Ballettschule Theater Basel und wir jetzt auch umgehend klären, welche Schritte und Massnahmen als nächstes notwendig sind. Es geht hier auch um die Interessen der jungen Menschen, die in einer EFZ-Ausbildung sich jetzt

befinden, die sind zu wahren und da steht der Kanton auch in einer Mitverantwortung.

Wir durften, das wurde gesagt in der Debatte, am Montag in der BKK informieren über die Rolle des Kantons in der Aufsicht. Selbstverständlich gilt es hier, volle Transparenz zu schaffen und auch zu klären, ob und wo allenfalls Fehler passiert sind, was man in Zukunft in analogen Situationen, die es (nicht so häufig) gibt, es ist eine sehr spezielle Situation, aber was man künftig möglicherweise besser machen könnte. Wir werden selbstverständlich auch der Oberaufsichtskommission (GPK) gerne Auskunft geben, das müssen wir aufrollen, das müssen wir analysieren, was passiert ist.

Unsere Hauptaufmerksamkeit zurzeit ist jetzt aber bei der Begleitung des Vereins Ballettschule für eine geordnete Abwicklung der Situation, geordnet in dem Sinne, dass es nicht zum Schaden der jungen Leute in ihrer Berufslehre, in ihrer Ausbildung geschieht.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion nicht zu überweisen.

Die Motion 22.5215 ist **erledigt**.

**26. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Konzeptentwicklung bei zukünftigen pandemischen Krisen an Basler Schulen**

[09.11.22 17:24:28, ED, 22.5224.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion 22.5224 in einen Anzug umzuwandeln.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den **Anzug 22.5224** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**27. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend Jugendsportförderung**

[09.11.22 17:24:42, ED, 20.5110.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5110 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5110 ist **erledigt**.

**28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sibylle Benz und Konsorten betreffend kein Nachteil in der Schullaufbahn und beim Eintritt in die Lehre**

[09.11.22 17:25:06, ED, 20.5218.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5218 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5218 ist **erledigt**.

## 29. **Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Anina Ineichen und Konsorten betreffend Liberalisierung des Personentransports mit mehrspurigen Spezialvelos**

[09.11.22 17:25:27, JSD, 22.5078.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion 22.5078 in einen Anzug umzuwandeln.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den **Anzug 22.5078** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## 30. **Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Philip Karger und Konsorten betreffend Stärkung der Cybersicherheit für Staatliche Verwaltungen, Firmen und Privaten in Basel-Stadt**

[09.11.22 17:25:56, JSD, 22.5216.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion 22.5216 in einen Anzug umzuwandeln.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den **Anzug 22.5216** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## 31. **Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren**

[09.11.22 17:26:30, JSD, 22.5217.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Wir haben in der Erstüberweisung ja gesagt, wir nehmen diese Motion entgegen. Jetzt bei der Zweitüberweisung kommt der Regierungsrat und möchte sich die Motion als Anzug überweisen lassen. Ich sage Ihnen einfach kurz, weshalb. Es geht mitnichten darum, dass wir das Anliegen in der Motion nicht umsetzen würden, sondern im Gegenteil, wir sind nach wie vor bereit, diese Einbürgerungsgebühren bis zum Alter von 25 zu erlassen. Allerdings haben wir festgestellt, im Wortlaut der Motion wird nicht davon geredet, wie es aussieht mit den heutigen einschränkenden Voraussetzungen.

Wir hatten noch nicht allzu lange her die Motion David Wüest-Rudin, als es darum ging, die Gebühren der Einbürgerung bei bis 19-Jährigen zu erlassen und das ist an zwei Voraussetzungen geknüpft. Erstens, dass man in der Schweiz geboren ist und zweitens, dass es sich um ein erstmaliges Gesuch handelt. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass diese einschränkenden Bedingungen weiterhin eigentlich Geltung haben sollten, weil wir auch gute Erfahrungen damit gemacht haben und weil wir auch verhindern möchten, dass einfach jedes Gesuch mal eingereicht werden kann und am Schluss der Mehraufwand sehr gross ist und alles eigentlich gratis vonstattengehen kann.

Deshalb wollen wir uns das eigentlich als Anzug überweisen lassen, damit wir diese Bedingungen mitdenken können, was wir nicht könnten, würde das jetzt als Motion überwiesen. Deshalb bitte ich Sie, die Motion als Anzug zu überweisen.

*Beat K. Schaller (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Drei Mal dürfen Sie raten, in welche Richtung mein Votum geht, ich kann mich auch kurz fassen. Der Regierungsrat hat die wesentlichen Punkte in seiner Stellungnahme aufgeführt und für die unter Ihnen, welche sich nicht ins Thema

eingelese haben, ich zitiere: "Auf kantonaler Ebene sowie in der Bürgergemeinde Basel können Einbürgerungswillige unabhängig ihres Alters einen vollständigen Erlass der Gebühren beantragen, wenn sie aufgrund von Erwerbsarmut, der Wahrnehmung von Betreuungsaufgaben, einer erstmaligen formalen Ausbildung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung oder einer schweren oder lang andauernden Krankheit Leistungen der Sozialhilfe beziehen. Personen, die Ergänzungsleistungen beziehen, können einen hälftigen Erlass der Gebühren beantragen." Zitat Ende.

In dieser Aufzählung angewendet auf bis zu 25-Jährige sind so ca. alle enthalten, welche nicht einer Arbeit nachgehen können. Alle anderen stehen im Berufsleben und können diese Gebühren zahlen. Stehen sie nicht im Berufsleben, dann ist das ihre eigene selbstständige Entscheidung und sie müssen dann auch die entsprechenden Konsequenzen tragen. Vergessen wir nicht, bei der Einbürgerung wird die Teilnahme am Wirtschaftsleben beurteilt. Wer arbeitet, bringt es fertig, die verlangten Gebühren zusammenzusparen. Ja, vielleicht nicht von heute auf morgen, aber völlig unerreichbar sind diese Gebühren jetzt wirklich nicht. Vielleicht sparen diese ein, zwei, drei Jahre, aber es gibt nun einmal kein Recht auf sofortige Einbürgerung. Wer wirklich will, kann diese nicht riesigen unerreichbaren Gebühren aufbringen. Ja, es kann ein Aufwand sein, nur, wer wirklich an der Schweiz interessiert ist, der wird diesen Aufwand gerne erbringen. Der Schweizer Pass ist zu viel wert, als dass wir ihn verscherbeln dürfen.

Deshalb namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen, auch nicht als Anzug und ich danke Ihnen dafür.

*Jérôme Thiriet (GAB):* beantragt Überweisung als Motion.

Im Namen des GAB beantrage ich Ihnen, die Motion von Mahir Kabakci betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren als Motion zu überweisen. Vielen Dank, Regierungsrätin Stephanie Eymann, für die Erklärung, warum das als Anzug weiterbehandelt werden sollte. Wir vom GAB sind allerdings der Meinung, dass die Motion ohne diese Einschränkungen das ideale Instrument ist, um den Umstand, dass aktuell immer noch 37 Prozent der Basler Bevölkerung keine Schweizer Pass haben, zu ändern, weil Menschen, die sich eingebürgert haben, gemäss Studie mehr Engagement in der Gesellschaft und auch im Beruf zeigen und auch die Möglichkeit haben, sich im demokratischen Prozess einzubringen. Das ist für uns sehr viel wert, mehr wert als der SVP, dass man das macht, also den Schweizer Pass. Wir wollen die Hürde möglichst tief halten und nicht möglichst noch verkomplizieren für die jungen Leute und mit finanziellen Herausforderungen verbinden.

In der Antwort der Regierung auf diese Motion heisst es dann auch, dass nach der Umsetzung der Motion von David Wüest-Rudin vermehrt Gesucheingänge für Einbürgerungen eingegangen sind. Das heisst, es bringt wirklich etwas, wenn man diese Hürde entfernt resp. etwas tiefer macht und die Änderung von David Wüest-Rudin, Regierungsrätin Stephanie Eymann hat es schon gesagt, ist, dass man Leuten bis 19 Jahren die Kosten erlassen hat. Dort war aber die Voraussetzung, dass man in der Schweiz geboren wurde und dass es nur eine Gesuchstellung geben kann. Und mit der Motion von Mahir Kabakci liegt ein Vorschlag vor, der die Hürde noch ein bisschen tiefer macht und die Förderung der Aufnahme von neuen Bürgerinnen und Bürger noch besser macht. Die Forderung vom Motionär ist dort, dass Menschen bis 25 Jahren von den Einbürgerungskosten befreit sind, unabhängig davon, ob sie in der Schweiz geboren wurden und unabhängig von der Anzahl Gesuche. Wir begrüssen es darum sehr, wenn die zwei zusätzlichen unnötigen Hürden, die bei der Motion von David Wüest-Rudin noch drinnen sind, auch fallen, damit wir das Ziel von mehr Einbürgerungen für Menschen unter 25 in unserem Kanton erreichen können und so niederschwellig wie möglich halten können.

In der Antwort der Regierung habe ich keine griffigen Argumente gefunden, dass das schädlich wäre, ausser dass es offenbar zu leichtfertigen Einbürgerungsgesuchen käme, steht dort, was auch immer leichtfertig bedeutet oder was der Mehraufwand bedeuten könnte. Wir sind jedenfalls überzeugt davon oder glauben ganz sicher nicht, dass sich jemand einfach aus Spass und leichtfertig für diesen mühsamen und aufwendigen Prozess einer Einbürgerung entscheiden würde. Wir müssen diese Hürde nun herausnehmen und möglichst tief halten, auch um ein Willkommenszeichen an einbürgerungswillige Menschen in Basel-Stadt zu senden und weitere Anreize für die Einbürgerung bei den jungen Menschen in diesem Kanton zu schaffen. Der Einbürgerungsprozess ist aus unserer Sicht an sich schon aufwendig genug und wir sollten uns wirklich darum bemühen, dass möglichst viele junge Menschen, die das wollen, auch die Möglichkeit haben, diesen Prozess zu machen, und zwar unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten.

Das GAB freut sich deshalb, wenn Sie die Motion als Motion zweitüberweisen.

*David Jenny (FDP):* Zuerst zur Verscherbelungslitanei von Beat Schaller. Ich glaube, wir wollen nicht verscherbeln, aber wir wollen die Einbürgerung als Königs- und Königinnenweg erhalten und attraktiver machen, genau aus dem Grunde, weil wir gegen ein Ausländerstimmrecht sind. Dafür wollen wir wirklich eine unbürokratische Einbürgerung, wo die Voraussetzungen erfüllt sind, ermöglichen und dann nicht kompliziert prüfen, ob da die Voraussetzungen bei Jungen erfüllt sind oder nicht für eine Kostenbefreiung. Daher haben wir schon zum ersten Mal überwiesen und finden die Idee, keine Kosten bis 25, gut.

Jetzt haben wir die Antwort der Regierung gelesen, wir waren ein bisschen verwirrt. Da wird zuerst Mal gesagt, Anzug, einige von uns haben gesagt, Motion, ich glaube, die Regierung will zwei Sachen erreichen. Einerseits diese Geburt in der Schweiz nach Vorschlag oder nach Umsetzung eines Vorstosses von David Wüest-Rudin. Ich glaube, er will somit eine Geburt in China ausschliessen. Ich glaube, das ist wahrscheinlich nicht zielführend, wenn wir wirklich diesen Weg zur schnellen Einbürgerung erleichtern wollen und ich glaube, da würde wahrscheinlich eine Mehrheit unserer Fraktion sagen, nein, diese Voraussetzung wollen wir nicht.

Das andere ist, dass man nicht mehr als einen Anlauf gratis hat. Dafür spricht vieles, ich meine aber, auch bei der

Überweisung als Motion würde die Motion doch noch offen lassen, dass man sagt, ein Schuss gratis und die nächsten Schüsse kosten dann doch etwas, also dass man sich das dann überlegt und ich meine, wenn die Voraussetzungen da sind, dann geht ja auch alles durch. Wenn es als Motion überwiesen wird und das nicht aufgenommen wird im Vorschlag der Regierung, dann müsste man das schlimmstenfalls nachbessern, aber ich glaube, die Regierung kann das tun, auch wenn es als Motion überwiesen wird. Andererseits, die Geburt kann irgendwo auf der Welt erfolgen.

In diesem Sinne wird vielleicht ein Teil von uns das als Anzug überweisen und ein Teil als Motion, inhaltlich ändert sich da nicht viel dabei.

*David Wüest-Rudin (GLP):* Ich möchte auch gleich anschliessen an das Votum von David Jenny. Wir sind nämlich relativ nah bei der FDP, obwohl wir bei der Kreuztabelle Motion eingetragen haben. Das ist ein mehrheitlicher Entscheid der Fraktion, die der Meinung ist, die Motion hier als Motion zu überweisen. Worin sich die Fraktion ganz sicher einig war, ist, wir wollen einen progressiven Schritt machen. Wir wollen weitergehen in der Entlastung bei der Einbürgerung. Es war immer unsere Politik, nicht die materiellen Kriterien der Einbürgerung zu lockern, wir dürfen Anforderungen an Einbürgerungswillige stellen, aber wir sollten die formellen Hürden abbauen und vor allem die Einbürgerung fördern, auch dass mehr Leute sich einbürgern. Mehr Leute, welche die Kriterien erfüllen, sollen auch den Schweizer Pass erwerben und vor allem gilt das auch für die jungen Menschen, die schon zehn Jahre hier leben, hier ihre Lehre machen, hier sich integriert haben, dass sie sich auch einbürgern und dann teilhaben können.

Es wurde mehrfach gesagt, wir haben ja damals eingebracht, dass die Secondas und Secondos, wenn sie erwachsen werden, entlastet werden bei den Einbürgerungsgebühren, die Regelung, die seit fünf Jahren in Kraft ist. Es war uns damals ein Anliegen, dass jene, die hier geboren und mit uns aufgewachsen sind, möglichst keine formalen Hürden in den Weg gestellt erhalten, wenn sie sich einbürgern wollen. Und jetzt kann man einen progressiven Schritt weiter gehen.

Die Fraktion war sich dabei nicht ganz einig, wie weit der Schritt gehen soll und vor allem, wie viel Spielraum der Regierungsrat braucht bei der Umsetzung dieses progressiven Schritts, aber wahrscheinlich ist, wie David Jenny es gesagt hat, der Unterschied zwischen Motion und Anzug gar nicht so gross. Ein Teil der Fraktion befürwortet den Schritt der Entlastung von den Gebühren vor dem 25. Lebensjahr im Grundsatz, mal ohne Einschränkungen, ein Teil der Fraktion findet, es brauche noch flankierende Massnahmen, Bestimmungen bzw. dass die Regelung insbesondere für Secondas und Secondos gelten soll. Ein Teil wird also für Anzug stimmen.

Aber absolut einig sind wir Grünliberalen uns, dass wenn der Vorstoss als Motion ein zweites Mal überwiesen werden sollte, dass dann auf jeden Fall die auch angesprochenen Gratis-Mehrfach-Anträge nicht zulässig sein sollen. Es kann nicht sein, dass jemand drei, vier, fünf Mal gratis zu Lasten der Mitbürgerinnen und Mitbürger Einbürgerungsversuche starten darf. Der erste Versuch soll sicher gratis sein, über den zweiten Versuch kann man dann diskutieren, vielleicht eine reduzierte Gebühr oder wie auch immer. Gemäss Formulierung der Motion kann dies der Regierungsrat aus unserer Sicht auch in seinem Vorschlag so vorsehen, da gehen wir auch mit David Jenny einig. Wir denken, die Motion gibt das her, dass man hier flexibel reagieren kann. Und es ist ja bei den Motionsprozessen immer auch so, dass ein Ratschlag der Regierung kommt, das wird hier nochmal beraten und dann kann man auch Feinjustierungen in diesem Sinne noch vornehmen.

In diesem Sinne beantragt Ihnen die Mehrheit der GLP-Fraktion, die Motion als Motion zu überweisen.

*Mahir Kabakci (SP):* Regierungsrätin Stephanie Eymann, besten Dank für die Antwort. Eigentlich bin ich ehrlich gesagt ein bisschen müde, ständig die demokratiepolitischen Argumente hervorzuheben. Es überrascht und schockiert mich eigentlich immer wieder auf das Neuste, dass gewisse Parteien der Überzeugung sind, dass fast 37 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner, welche nicht abstimmen und wählen können, noch nicht genug sind. Der Kanton und die Gemeinden haben gemäss Verfassungsauftrag dafür zu sorgen, die Aufnahme neuer Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Und hier sehen wir es eigentlich deutsch und deutlich, es ist ein klarer Verfassungsauftrag. Und in seiner Stellungnahme schreibt der Regierungsrat ja ganz klar, ich zitiere: "Seit Inkrafttreten der Bestimmung gemäss § 24 Abs. 2 des BÜRG, wonach in der Schweiz geborene ausländische Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller sowie Schweizerinnen und Schweizer bis zum vollendeten 19. Lebensjahr bei der ersten Gesuchseinreichung von den Einbürgerungsgebühren befreit sind, haben die zuständigen Behörden vermehrte Gesuchgänge verzeichnet. Dies lässt auf die Wirksamkeit der beschriebenen Massnahmen schliessen." Und genau deswegen ist es für mich absolut unverständlich, weshalb man diese wirkende Massnahme nicht weiter ausbauen möchte.

Wenn ich auf die Schlussfolgerung des Regierungsrats schaue, dann muss ich leider sagen, die Personen, welche diese Antworten geschrieben haben, sind schon bisschen weit weg von der Realität. Anders kann ich es mir leider nicht vorstellen. Der Regierungsrat schlägt vor, dass diese erst 2017 eingeführte Anforderung für kostenlose Einbürgerungen von jungen Erwachsenen beibehalten werden. Damit soll einer wiederholten und möglicherweise leichtfertigen Einreichung von Einbürgerungsgesuchen ohne Kostenrisiko für die Bewerbenden entgegengewirkt werden. Lieber Regierungsrat, ich weiss nicht, wie viele von Ihnen schon ein Einbürgerungsverfahren durchgeführt haben. Jedoch erweckt diese Antwort bei mir schon den Anschein, dass keiner von Ihnen diesen Prozess durchgemacht hat, denn sonst wüssten Sie, eine einbürgerungswillige Person, dass diese nicht einfach mal leichtfertig ein Verfahren durchmacht, denn diese Person weiss, mit wie viel Aufwand so ein Gesuch verbunden ist. Die Antragstellerin muss ja x Formulare ausfüllen, teilweise Dokumente übersetzen lassen, Dokumente vom Konsulat verlangen und vieles mehr und das alles ist ja meistens kostenpflichtig.

Trotzdem möchte ich nochmals kurz auf die Fakten eingehen. Fast 37 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt haben kein Stimm- und Wahlrecht. Das Statistische Amt zählt für das Jahr 2021 74'367 Menschen ohne Schweizer Pass, was etwa 37 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht, die im Kanton Basel-Stadt wohnhaft sind.



Studien zeigen, dass diese Zahl weiter steigen wird. Falls diese Entwicklung eintritt, dann wird in naher Zukunft eine Minderheit über eine Mehrheit entscheiden. Diesem Trend müssen wir entgegenwirken und überlegen, welche Massnahmen wir ergreifen können. Und da verstehe ich einfach die gewissen bürgerlichen Ansichten nicht. Was ist die Option? Beim Ausländerstimmrecht sagt man nein, das will man auf gar keinen Fall, beim Einbürgerungsverfahren, die Erleichterung möchte man da auch nicht, sollen wir dann zuschauen, wie immer mehr eine Minderheit über eine Mehrheit bestimmt? Das kann doch nicht Ihre Lösung auf dieses Problem sein.

Ein Einbürgerungsverfahren verlangt nicht nur einen persönlichen Einsatz in Form eines Tests und eines Gesprächs, sondern bringt auch eine erhebliche finanzielle Hürde mit sich. Gerade für junge Erwachsene können die Einbürgerungsgebühren eine Hürde darstellen, da das Budget in vielen Fällen beschränkt ist. Mit einem Erlass der Gebühren von Kanton und Gemeinden für alle Einbürgerungswilligen unter 25 Jahren wird für junge Ausländerinnen und Ausländer einen Anreiz geschaffen, sich schon früh, unabhängig vom persönlichen Budget, einbürgern zu lassen. In einem Einbürgerungsverfahren wird nichts geschenkt, ein Einbürgerungsverfahren ist mit vielen Jahren Aufwand, Zeit und Kraft verbunden.

Ich bin erfreut, dass gemäss "Chrüzlistich" eine Mehrheit diesen Vorstoss nochmals als Motion überweisen möchte und allen Unentschlossenen die letzte Gelegenheit, ich bitte Sie, diese Motion nochmals ohne einschränkende Kriterien als Motion zu überweisen.

*Andrea Strahm (die Mitte/EVP):* Auch die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen mit der Begründung, die auch schon David Jenny genannt hat, wir sind gegen das Ausländerstimmrecht. Wir möchten aber die hier wohnenden Menschen, die sich hier auch zu Hause fühlen, nach entsprechender Instruktion, was die demokratischen Rechte beinhalten, leicht einbürgern und die Kosten sollen sicher kein Hindernis sein. Was wir uns aber auch wünschen würden, wäre, dass den Schweizern, die nicht Basler sind, ebenfalls das Recht zugestanden wird, sich als Basler Bürger hier einbürgern zu lassen. Also dass nicht nur die Ausländer sich hier das Bürgerrecht erwerben können, sondern auch die nicht baslerischen Einwohner, die hier geboren und hier aufgewachsen sind und vielleicht noch das Bürgerrecht von irgendeinem Kaff haben irgendwo in der Schweiz. Dass wir die hier auch einbinden würden und gerne in den Bürgergemeinden haben.

#### Zwischenfrage

*David Jenny (FDP):* Können Sie uns drei Beispiele von Käffern mitteilen?

*Andrea Strahm (die Mitte/EVP):* Das wäre politisch nicht korrekt.

#### Eventualabstimmung

zur Form der Überweisung (Anzug oder Motion)

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

#### Ergebnis der Abstimmung

**40 Ja, 54 Nein.** [Abstimmung # 348, 09.11.22 17:50:58]

#### Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Motion 22.5217 nicht in einen Anzug umzuwandeln.

#### Abstimmung

zur Überweisung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

**67 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 349, 09.11.22 17:51:48]

#### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 22.5217 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage zu **überweisen**.

### 32. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion David Jenny und Konsorten betreffend

## **Anpassung des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG) an das Gerichtsorganisationsgesetz (GOG)**

[09.11.22 17:52:05, JSD, 22.5161.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahre.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion 22.5161 dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage **innert zwei Jahren zu überweisen**.

## **33. Bericht des Regierungsrates zur Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend Begleitmassnahmen zum Thema Betteln "Basler Weg"**

[09.11.22 17:52:51, JSD, 21.5474.03, SMO]

Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion als erledigt abzuschreiben.

Die Motion 21.5474 ist **erledigt**.

### **Schluss der 36. Sitzung**

18:00 Uhr

---

### **Beginn der 37. Sitzung**

Mittwoch, 16. November 2022, 09:00 Uhr

## **Mitteilung**

[16.11.22 09:01:14]

*Jo Vergeat, Grossratspräsidentin:* Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen keine Mitteilungen zu machen. Umsomehr freue ich mich sehr, dass wir heute noch Gäste im Saal haben. Am kommenden Sonntag den 20. November 2022 ist der Tag der Kinderrechte. In diesem Rahmen möchte ich heute Ida, Alissia, Emileie, Marie, Ellen und Samwel das Wort geben. Sie sind aktiv im Kinderbüro Basel, meinem ersten politischen Zuhause. Dort habe ich gelernt, dass auch ich als Kind Rechte und eine politische Wirksamkeit habe. Wir können die Welt nicht mehr durch Kinderaugen sehen, egal wie jung wir uns fühlen. Darum sollten wir immer wieder unsere voll Aufmerksamkeit Kindern schenken. Die Chance haben wir jetzt.

*Kinder:* Du zerstörst die ganze Familie! Die Welt wäre schöner ohne dich! Keiner braucht dich!

Schäm dich, wie kann man nur so dumm sein wie du. Mit dem Gewicht erreichst du nie etwas.

Schon schockierend, was Kinder in unserem Alter alles hören müssen. Finden Sie nicht auch? Nicht nur von anderen Kindern, leider auch von Eltern oder Lehrpersonen. Dabei haben Kinder Rechte. Die Leute, die so etwas sagen, haben wahrscheinlich nicht viel mit Kinderrechten zu tun. Vielleicht kennen Sie die Kinderrechte gar nicht. Dabei sind sie genauso wichtig wie andere Rechte. Den meisten ist nicht klar, was die Kinderrechte genau sind oder wie wichtig sie sind. Darum müssen sie bekannter gemacht werden. Es gibt 54 Artikel in der Kinderrechtskonvention. Viele Kinder wissen nicht einmal, was eine Konvention ist. Sie sollten das lernen, zum Beispiel in der Schule im Schulfach Kinderrechte. Vielen Erwachsenen passiert es, dass sie mal nicht so genau darauf achten, ob sie die Kinderrechte einhalten. Das sehe ich auch in meinem Alltag. Es gibt schlimmere und weniger schlimme Verstösse gegen Kinderrechte. Einer, der mir persönlich aber sehr oft auffällt, ist der Verstoss gegen die Privatsphäre. Aber auch alle anderen Kinderrechte sind da, um

eingehalten zu werden.

Das für mich wichtigste Kinderrecht ist: Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Doch ist es auch das am meisten missachtete Recht, meiner Meinung nach. Das beobachte ich in meinem Alltag. Denn Gewalt ist nicht nur körperlich, sie kann, wie schon erwähnt, auch anders stattfinden. Viele Kinder erleben Gewalt zu Hause oder physische Gewalt in der Schule. So darf das nicht weitergehen. Im kinderfreundlichen Basel wünschen wir uns mehr Verständnis und mehr gewaltfreie Sprache. Kinder haben eigene Bedürfnisse. Wir wünschen uns, darin ernst genommen zu werden. Wir wünschen uns jemanden, der zuhört, zum Beispiel in der Politik. Wir wünschen uns ein bisschen weniger "Geht nicht!" und mehr "Machen wir!". Wir wünschen uns, dass man an uns denkt, wenn man ohne uns etwas für uns plant, zum Beispiel Schulhäuser.

Nun haben Sie gehört, was uns Kindern wichtig ist, und von welchem Kinderrecht wir denken, dass es auch in Basel zu oft missachtet wird. Wir wollen aber niemandem einen Vorwurf machen, weil wir uns denken können, wie schwierig es ist, Entscheidungen für ganz Basel zu treffen. Wir wissen, dass Sie immer zum Wohle der Stadt entscheiden, auch wenn das dem einen oder anderen nicht passt. Dafür möchte ich Ihnen im Namen des Kinderbüros und den mitwirkenden Kindern danken. Eine Bitte habe trotzdem noch: Wenn Sie Entscheidungen treffen, die uns Kinder betreffen, dann fragen Sie doch auch nach unserer Meinung.

Von den 54 Kinderrechten finde ich diese Rechte wichtig: Das Recht auf ein sicheres Zuhause, das Recht auf Bildung und das Recht auf Gesundheit. Diese und die anderen 51 Kinderrechte stehen in dem Büchlein, das wir Ihnen nachher verteilen. Zuerst möchte ich aber noch etwas sagen: Kinder haben Rechte, und es ist wichtig, dass darüber gesprochen wird. Sonst passiert nie etwas. Wir sind hierher gekommen, um aus unserer Sicht zu erzählen, wie die Kinderrechte umgesetzt werden. Wir fänden es schön, wenn Sie sich dafür einsetzen, dass alle in Basel und in der Schweiz die Kinderrechte kennen.

Am 20. November ist der Tag der Kinderrechte, deshalb haben wir für die Bebbi Kids Herrn Berset interviewt. Wir haben ihn gefragt, was die Schweiz tut, um die Kinderrechte einzuhalten. Ich persönlich denke, dass die Kinderrechte in der Schweiz relativ gut umgesetzt werden, aber leider wissen nicht so viele Kinder von den Kinderrechten. Die Kinderzeitung erscheint heute in der BZ, aber sie liegt auch hier im Rathaus auf. Schauen Sie doch hinein.

Vielen Dank, das wir hier sein durften und danke, dass Sie zugehört haben. (*Applaus*).

*Jo Vergeat (GAB)*: Es braucht viel Mut, vor 100 Erwachsenen zu stehen. Vielen Dank dafür.

### **34. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Sicherheit für Velofahrende an Kreuzungen und entlang parkierter Autos**

[16.11.22 09:07:30, JSD, 17.5209.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5209 abzuschreiben.

*Raphael Fuhrer (GAB)*: beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Ich beantrage im Namen des GAB, diesen Anzug stehen zu lassen und möchte kurz erklären, warum. Der Anzug legt den Fokus auf zwei Themen, einerseits die Sicherheit von Velofahrenden an Kreuzungen und andererseits die Sicherheit für Velofahrende entlang von parkierten Autos. Ich möchte zuerst etwas zu den Kreuzungen sagen. Das Anliegen des Anzugs war, dass der Regierungsrat prüft und berichtet, ob man mehr Aufstellflächen für Velofahrende schaffen kann, das heisst dass Velofahrende vor den Autofahrenden sich aufstellen können, bis grün wird und dann losfahren können, statt dass sie sich rechts entlang der Autofahrenden aufreihen. Der Regierungsrat berichtet dazu, dass nun mittlerweile 34 solcher Aufstellflächen geschaffen wurden und er hat dargelegt, dass es eine Überprüfung gegeben hat, was als Sofortmassnahme umgesetzt werden kann.

Ich bin von dieser Antwort nur teilweise befriedigt und möchte aus folgenden Gründen in diesem Bereich den Anzug stehen lassen. Gleichzeitig berichtet der Regierungsrat, dass das freie Rechtsabbiegen bei Rot für Velofahrende auch eingeführt wurde und dass dort strengere Kriterien zur Anwendung kommen. Trotzdem wurde das bereits an 40 Punkten eingesetzt und wenn ich sehe 34 versus 40, dann ist das für mich ein Hinweis, dass noch Potenzial ist bei den Aufstellflächen. Das deckt sich auch bei meiner Beobachtung, die ich mache wenn ich zum Beispiel in Bern, Luzern, Zürich oder anderen Städten in der Schweiz unterwegs bin. Ich bin mir bewusst, dass das Bundesgesetz gewisse Grenzen setzt, rechts abbiegende Autos sind ein Grund, ohne zuführenden Velostreifen diese Aufstellfläche nicht zu machen. Da gibt es aber Möglichkeiten, man kann sehen, wie andere Städte damit umgehen. Man kann zum Beispiel kurz vor dem Kreuzungsbereich auch einen Velostreifen einrichten, auch wenn er auf der Strecke im Grundsatz nicht möglich ist. Wenn

ich zum Beispiel in der Hammerstrasse Richtung Wettsteinplatz fahre und die Feldbergstrasse kreuze, gibt es dort keinen Aufstellbereich, weil es keinen zuführenden Velostreifen gibt. Dieser wird nicht gemacht, weil wir uns in einer Tempo 30-Zone befinden. Aber es sind die Velofahrenden die einzigen, die geradeaus fahren, währenddem der MIV rechts und links abbiegt. Das ist für Velofahrende so unattraktiv und gefährlich, dort würde ich mir zum Beispiel eine solche Fläche wünschen und da könnte man mit einem Pseudovelostreifen arbeiten. Ich sehe dort noch Potenzial und würde deshalb den Anzug gerne stehen lassen.

Hinsichtlich des anderen Bereichs, Velostreifen entlang von parkierten Autos, habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, dass hier nicht systematisch überprüft wurde. Der Regierungsrat verweist auf die Statistik. Da möchte ich gerne anführen, dass es bei den Velounfällen eine grosse Dunkelziffer gibt, die bei 90% liegt. Die Statistik gibt uns einen gewissen Hinweis, für die Velofahrenden ist aber der Alltag relevant, und ich höre von sehr vielen Velofahrenden, dass genau das ein Problem ist. Denn wir müssen im Kopf behalten, dass Velostreifen verbindlich sind. Ich muss als Velofahrer auf dem Velostreifen fahren. Das heisst, der Kanton weist mich an, in einem Abstand von 10 oder 20 cm entlang von parkierten Autos zu fahren, obwohl wir wissen, dass man mit einem gewissen Abstand zu parkierten Autos fahren soll. Andere Städte waren da sehr aktiv in den letzten Jahren und haben Sicherheitsabstände eingeführt. Da würde ich mir auch eine solche systematische Überprüfung wünschen. Das ist für mich der zweite Grund, warum ich diesen Anzug stehen lassen möchte. Darum bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Jean-Luc Perret (SP):* Im Namen der SP und der GLP unterstützen wir den Antrag auf Stehenlassen. Dies obwohl wir erfreut festhalten dürfen, dass es bei den Aufstellbereichen in den letzten Jahren deutlich vorwärts ging, was wir als deutliche Verbesserung einstufen. Es gibt aber auch heute noch viele Lichtsignale, an denen sich ein Aufstellbereich gut machen würde. Teilweise sind sie sogar schon benannt, aber noch nicht umgesetzt.

Der zweite Punkt ist aus unserer Sicht noch viel wichtiger. Das ist der Abstand zwischen Velostreifen und parkierten Autos. Wir haben noch nirgends in dieser Stadt einen ernsthaften Versuch gesehen, das Problem der achtlos geöffneten Autotüren zu entschärfen. Wir wünschen uns zumindest eine systematische Überprüfung und danach sichtbare Verbesserungen. Es ist wirklich ein Unding, dass Velostreifen heute zwar auf Richtplanrouten obligatorisch sind und auch markiert werden, aber gleichzeitig so nahe bei den parkierten Autos sind, dass die Gefahr plötzlich auf beiden Seiten des Velostreifens lauert. Es gibt einige Strassen, an denen man die Parkplätze ohne weiteres einen halben Meter weiter aufs Trottoir markieren könnte, es gäbe genügend Platz dafür. Beispiele sind am Spalenring, am Wasgenring oder an der Riehenstrasse. In anderen Städten ist das Standard, und auch in Basel ist die Planungshilfe meines Wissens entsprechend formuliert.

Die SP und die GLP schliessen sich Raphael Fuhrer an und werden ebenfalls für Stehenlassen stimmen.

*Beat K. Schaller (SVP):* Ich fasse mich kurz, die SVP folgt der Regierung, ihre Argumente sind schlüssig, ihre Aussagen gehen für uns auf. Wir beantragen, den Vorstoss abzuschreiben.

*Eric Weber (fraktionslos):* Es geht um Velofahrende. Ich möchte meine Erfahrungen als Velofahrer in Basel mitteilen. Mein Velo wurde gestohlen, und seither gehe ich zu Fuss. Ich weiss, man muss viel machen für Velofahrende. Der zweitprominenteste Grossrat von Basel, Martin Vosseler, ist als Velofahrer gestorben. Es ist als Velofahrer in Basel sehr gefährlich. Es geht nicht nur um die Kreuzungen, es geht auch um andere Dinge. Ich erinnere mich, als ich vom Gymnasium Muttenz mit dem Velo nach Basel gefahren bin, bin ich über die Autobahnbrücke gekommen, und da kamen plötzlich von der Autobahn her ganz schnelle Autos auf die Velospur. Da hatte ich als Schüler grosse Angst. Dann bin ich schockiert, wenn der zweitprominenteste Grossrat, Martin Vosseler ...

*Jo Vergeat, Grossratspräsidentin:* spricht Eric Weber den zweiten Ordnungsruf aus.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass wir eigentlich nach dem letzten Stehenlassen des Anzugs doch einiges auch initialisiert haben. Sie haben im Bericht gesehen, dass wir laufend daran sind, die Verkehrssicherheit für Velofahrende zu verbessern. Nur ist es so, dass auch die Stadt gebaut ist, wir können nicht alles per sofort umsetzen, wir müssen die verschiedenen Interessen wahren. Raphael Fuhrer hat gesagt, das Verhältnis stimme rechnerisch nicht mit 34 Aufstellflächen zu 40 Lichtsignalanlagen, das ginge doch noch besser. Es ist halt nicht einfach nur eine rechnerische Aufgabe, wir müssen wirklich situationsmässig jede einzelne Verkehrskreuzung oder jedes einzelne Parkfeld in der Nähe von Velostreifen genau prüfen. Das machen wir auch, und wir sind der Meinung, dass wir die Kritikpunkte soweit aufgenommen haben, dass wir das in den laufenden Auftrag der Verkehrspolizei in Zusammenarbeit mit dem BVD geben könnten, und insofern kann dieser Anzug abgeschrieben werden.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**36 Ja, 54 Nein.** [Abstimmung # 350, 16.11.22 09:18:46]

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 17.5209 **stehen zu lassen**.

**35. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Franziska Roth-Bräm und Konsorten betreffend einfach verständliche Abstimmungsinformationen für junge Stimmberechtigte - easyvote**

[16.11.22 09:19:32, PD, 14.5435.05, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 14.5435 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 14.5435 ist **erledigt**.

**36. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Sicherstellung von Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Männer und Männer mit Migrationshintergrund**

[16.11.22 09:19:45, PD, 20.5267.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5267 abzuschreiben.

*Fleur Weibel (GAB):* beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Im Namen der Fraktion GAB beantragen wir das Stehenlassen des Anzugs. Der Anzug verlangt die Sicherstellung einer spezifischen Beratung und Unterstützung von geflüchteten und migrierten Männern, dies einerseits deshalb, weil es keine männerspezifischen Angebote im Bereich Flucht und Migration gibt, und weil andererseits das Männerbüro zu wenig Ressourcen hat, um ihre Angebote auch für Geflüchtete und Männer mit Migrationsgeschichte zugänglich zu machen.

Der Regierungsrat bestätigt in seinem Schreiben, dass hier tatsächlich eine Beratungslücke besteht, und teilt die Ansicht der Anzugstellenden, dass ein gezieltes, niederschwelliges Angebot aufgebaut werden soll, und dass dieses Angebot die spezifischen Herausforderungen geflüchteter Männer und von Männern mit Migrationsgeschichte ausreichend berücksichtigen soll. Dies deshalb, weil geflüchtete und migrierte Männer mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert sind und oft unter grossem Druck stehen. Hinzu kommt, dass die Migration oft einen Bruch mit dem gewohnten sozialen Status bedeutet, was mit Scham, Depression, Wut und Verunsicherung verbunden sein kann.

Die Regierung ist deshalb der Ansicht, dass ein niederschwelliges Beratungs- und Unterstützungsangebot eine wichtige Lücke füllen würde, und damit nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig ist. In diesem Zusammenhang verweist nun der Regierungsrat auf ein zusammen mit der HEKS geplantes Pilotprojekt zu Vatersein in der Schweiz. Der Regierungsrat macht aber keine näheren Angaben zu diesem Pilotprojekt, weder bezüglich der Laufzeit oder der finanziellen Ressourcen, die dafür eingesetzt werden. Es ist also noch relativ unkonkret, was hier geplant wird. Darüber hinaus wird nicht darauf eingegangen, ob weitere Angebote geplant sind oder gefördert werden könnten, etwa für geflüchtete und migrierte Männer, die nicht Väter sind, sondern die beispielsweise noch Jugendliche sind. Auch ist aus Sicht des GAB eine wichtige Frage, wie dies von der Regierung beantwortet würde.

In Bezug auf das Angebot des Männerbüros bemerkt die Regierung, dass Verhandlungen laufen, um weitere Angebote des Männerbüros zu finanzieren, die nicht in den Bereich der Gewaltberatung fallen. Was das genau für die migrierten und geflüchteten Männer heisst, die aufgrund von Sprachbarrieren keinen Zugang zum Angebot haben, wird allerdings nicht klar. Vielmehr heisst es weiter, dass das Männerbüro derzeit weder finanziell noch personell über die notwendigen Ressourcen verfügt.

Aus Sicht der Fraktion GAB präsentiert sich hier also eine Reihe von offenen Fragen. Einerseits ist nicht klar, wie genau das Pilotprojekt, das zusammen mit der HEKS geplant ist, umgesetzt wird und inwiefern es wirklich die bestehende Beratungslücke schliessen kann. Auch bezüglich des Männerbüros bleibt die Regierung äusserst vage, dabei wäre es aus Sicht des GAB angezeigt, das Männerbüro so zu unterstützen, damit dieses seine personellen Ressourcen aufstocken kann und seine Angebote für möglichst viele Männer mit ihren unterschiedlichen Lebenssituationen und Herausforderungen anzubieten.

Der Anzug ist aufgrund dieser offenen Fragen nicht abzuschreiben, sondern stehenzulassen, damit die Regierung noch

einmal berichten und zu den offenen Fragen Informationen liefern kann.

*Christian von Wartburg (SP):* Die SP möchte Sie ebenfalls bitten, diesen Anzug stehen zu lassen. Fleur Weibel hat das Wichtigste bereits gesagt, ich möchte nur noch ein paar Gedanken hinzufügen.

Der Vorstoss stammt aus der Migrantensession, er wurde mir damals anvertraut von Menschen, die konkret mit diesem Problem an uns Politiker getreten sind und gesagt haben, dass dies ein Anliegen sei, das ganz konkret für ihre Community wichtig ist. Wir möchten wirklich, dass gerade für Männer gute Unterstützungsangebote vorhanden sind, weil wir dort einen Unterstützungsbedarf sehen. Mir ist es ein grosses Anliegen, und ich werde nicht ruhen, bis dieses Anliegen umgesetzt ist. Darum möchte ich, dass diese offenen Punkte von der Regierung noch beantwortet werden und dass wir am Schluss konkret wissen, was Sache ist, welche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden und wie das umgesetzt wird. Darum bin ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen meinen Herzensvorstoss, der aber von der Migrantengemeinschaft auskam, unterstützen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Es ist schade, dass wir keine Diskussion führen können zu einem Thema, das uns in Basel beschäftigt, mit einem Ausländeranteil von 40%. Ich bin eine Ein-Thema-Partei, andere Themen interessieren uns nicht. Im Namen der Liste Ausländer Stopp muss ich beantragen, diesen Anzug nicht stehen zu lassen. Fleur Weibel hat gesagt, die Männer stehen unter einem grossen Druck. Das ist nicht unser Problem. Wir Steuerzahler bestimmen, und wir wollen kein Geld geben.

Ich schätze Christian von Wartburg sehr, aber in dieser Sache kann ich ihm nicht zustimmen. Sie sprechen hier über Männer. Was ist mit den Frauen, warum werden die nicht unterstützt?

*Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD:* Fleur Weibel hat die Position der Regierung sehr gut zusammengefasst. Ich habe aktuell nichts Neues beizufügen. Wir sehen hier einen gewissen Handlungsbedarf und möchten ein Pilotprojekt lancieren, sehen die Kompetenz für dieses Thema eher bei der HEKS als beim Männerbüro. Das Männerbüro hat in seinem Antrag dieses Bedürfnis nicht geäussert, sich auf diese spezifische Gruppe auszurichten. Es entspricht, soweit ich das beurteilen kann, nicht ihrem Wunsch, sich darauf zu spezialisieren.

Ob Sie den Anzug nun aber stehen lassen oder nicht, wir wollen das Pilotprojekt mit HEKS angehen und in diesem Sinne möchten wir das Problem eruieren und schauen, ob es sinnvolle Lösungen gibt.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**45 Ja, 47 Nein.** [Abstimmung # 351, 16.11.22 09:30:38]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug 20.5267 **stehen zu lassen.**

## **37. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Suffizienz im Kanton Basel-Stadt**

[16.11.22 09:30:57, PD, 15.5283.04, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 15.5283 abzuschreiben.

*Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD:* Wir bitten Sie, diesen Anzug abzuschreiben, weil er uns nichts bringt. Selbstverständlich ist es uns enorm wichtig, dass der Ressourcenverbrauch zurückgeht. Unser Lebensstil ist in verschiedener Hinsicht zu verschwenderisch. Aber am Schluss müssen Sie uns konkret helfen, wie wir das erreichen können. Und das ist bei diesem Anzug nicht der Fall. Es gibt enorm viele Massnahmen, die genau dieses Ziel verfolgen. Es gibt verschiedene Wege, dorthin zu kommen. Man kann es über Effizienzmassnahmen machen. Darunter würde ich die Lenkungsabgabe auf Strom zählen, auch die Förderabgabe auf Strom. Die Lenkungsabgabe auf Strom gibt es meines Erachtens nirgendwo sonst. Die Mehrwertabgabe ist auch ein typisches Beispiel, das mit klaren Anreizen oder sogar Auflagen und Gebühren genau das will, nämlich dass die Ressourcen effizienter eingesetzt werden.

Suffizienzmassnahmen gehen noch ein bisschen weiter insofern, als sie den Konsum einschränken wollen, nicht einfach die Effizienz des Konsums verbessern wollen. Das ist die enge Definition. Wir müssten also kontingentieren. Das ist aus meiner Sicht die konsequente Umsetzung von Suffizienz. Hier gibt es sehr wenige konkrete Beispiele in der Politik, die mir bekannt wären, ich kenne nichts, das ein anderer Kanton eingeführt hätte auf politischer Ebene, das wir übernehmen

könnten. Was man machen kann sind selbstverständlich Kampagnen, die Leute mit diesem sogenannten Nudging darauf hinzuweisen, dass sie sorgsamer umgehen sollen in ihrem Lebensstil. Das machen wir bereits, ich denke an die Umwelttage, die Mobilitätstage, es gibt zahlreiche Beispiele darüber hinaus.

Deshalb möchte ich Sie bitten, diesen Anzug nicht mehr zu überweisen. Wir haben ganz viele Aufträge von Ihnen im Bereich Klimaschutz, wir haben selber eine Klimaschutzstrategie, die wir jetzt erarbeiten werden abhängig vom Abstimmungsergebnis vom 27. November. Das heisst, wir haben enorm viel zu tun in diesem Bereich. Aber dieser Anzug bringt keinen zusätzlichen Nutzen. Wenn Sie Ideen haben, wie man Suffizienzmassnahmen zusätzlich einführen könnte, dann bitte ich Sie, diese zu bringen. Das würde uns tatsächlich eher weiterhelfen. Aber dieser Anzug in dieser allgemeinen Form bringt nichts. Deshalb bitte ich um Abschreiben.

*Raffaela Hanauer (GAB):* beantragt den Anzug stehen zu lassen.

Suffizienz ist ein wichtiges Prinzip für mehr Klimaschutz. Zur Reduktion unseres Treibhausgasausstosses reichen nicht nur Effizienzmassnahmen, sondern die Suffizienz muss mitgedacht werden. Der Anzug von Thomas Grossenbacher forderte, dass wir in Basel-Stadt eine Strategie zum Thema Suffizienz erarbeiten und auch Instrumente zur Förderung von Suffizienz im staatlichen Handeln konsequenter einführen sollten. Damit wurde gefordert, dass wir dem Vorbild von Zürich folgen, welches sowohl eine Strategie als auch Instrumente zur Suffizienzförderung bereits aufgelistet hat und diese begleitend umsetzt.

In der nun bereits dritten Beantwortung des Vorstosses werden erneut zahlreiche Dinge aufgelistet. Es ist tatsächlich so, dass der Kanton schon diverse Ansätze zur Suffizienz hat. Die Dinge, die bereits getan werden, sind gut, sie verfolgen jedoch keine Strategie oder Konsistenz im staatlichen Handeln. Eine Auflistung von zusammengestückelten Massnahmen, die durchaus im Sinne der Suffizienz sind, ergibt in unseren Augen noch keine Strategie.

Im Anzug wird der Regierungsrat gebeten, analog zur Stadt Zürich Grundlagen für ein strategisches und handlungsleitendes Prinzip zur nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt zu erarbeiten. Das Prinzip der Stadt Zürich beinhaltet eine Auflistung von möglichen Instrumenten, welche die Departemente anregt, Suffizienz in ihren Planungen aufzunehmen. Es bietet zudem kommunikative Hilfestellungen, bis Suffizienz-Massnahmen auch erfolgreich umgesetzt werden können. In diesem Leitfaden würde man auch den Tipp finden, dass man nicht von Einschränkungen spricht, sondern dass tatsächlich die Suffizienz unsere Lebensqualität auch erhöhen kann.

In der Beantwortung des Anliegens, ob Basel das auch machen könne, verweist der Regierungsrat auf ein vierseitiges Dokument, in welchem es um das Prinzip der Nachhaltigkeit geht. Dies solle ausreichen als Strategie. Nur leider wird in diesem vierseitigen Dokument die Suffizienz mit keinem Wort erwähnt. Dabei wäre es sehr wichtig, Suffizienz stärker in das staatliche Handeln zu integrieren. Für die Arealentwicklungen zum Beispiel wäre eine Strategie zur Orientierung für den Kanton durchaus sinnvoll. Aber auch jetzt gerade aktuell, wo aufgrund der Energielage Sparmassnahmen überall diskutiert werden, wäre es wichtig, wenn auch von jetzt an vorausschauende Suffizienzmassnahmen strategisch und auf allen Ebenen eingeführt werden. Von suffizienten Arealentwicklungen hin zu langfristigen Reduktionen zum Beispiel der Gebäudetemperatur bis hin zur Anpassung von kleineren Grundsätzen wie dass man neu beispielsweise erst nach sechs Jahren statt nach fünf Jahren einen neuen Arbeitscomputer in der Verwaltung bekommt - solche Grundsätze müssen auf allen Ebenen eingeführt werden, und dafür braucht es nach wie vor Grundlagen.

Regierungsrat Beat Jans hat gesagt, dieser Anzug nütze nichts, es sollen neue Anzüge kommen. Ich sehe das anders. Wenn wir heute Stehenlassen, dann geben wir der Regierung auch die Möglichkeit, eine solche Strategie in die Klimastrategie einzubauen und dort auch mit Suffizienzvorschlägen zu kommen. Ich denke, dass das durchaus auch im Sinne des Regierungsrats ist, wenn die Klimastrategie kommen wird.

Der Anzug wurde bereits drei Mal stehen gelassen. Die Regierung hat mit der Beantwortung drei Mal gezeigt, dass sie nicht wirklich eine Strategie erstellen will. Das Parlament hat bereits drei Mal gesagt, dass es sich eine Strategie wünscht. Der Kreuztabelle entnehme ich, dass viele aufgegeben haben, dass sie finden, ein neuer Anzug sei besser. In den Augen des GAB wäre es jedoch ehrlicher, den Anzug noch einmal stehen zu lassen und von der Regierung auch zu erwarten, dass sie endlich beim vierten Mal überweisen auch umsetzt, was gefordert wurde. Die Fraktion GAB beantragt deshalb, den Anzug stehen zu lassen.

*Lorenz Amiet (SVP):* Regierungspräsident Beat Jans hat erklärt, warum die Regierung Antrag stellt auf Abschreiben. Aus den gleichen Überlegungen will auch die SVP abschreiben, nicht etwa, weil Suffizienz uns egal wäre, das ist es uns nicht, Effizienz ist uns auch nicht egal, sondern weil wir Suffizienz walten lassen sollten auch in Sachen Vorstössen. Suffizienz in Sachen Vorstössen heisst, dass wir Anzüge nicht stehen lassen, bei denen die Regierung ihre Spielwiese bereits ausnützt. Wenn wir wirklich weiter gehen wollen, dann müssen wir uns auf die Spielwiese des Bundes begeben. Dann müssen wir auf einer anderen Ebene Massnahmen ergreifen, nicht auf der Ebene, auf der die Regierung oder wir im Parlament etwas entscheiden können. Das dürfe auch der Grund sein, weshalb Regierungspräsident Beat Jans nicht Beispiele aus anderen Kantonen aufzählen kann, denn auch andere Kantone haben ihre eigenen Spielwiesen und können nicht auf der Spielwiese des Bundes mitspielen.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der SVP, diesen Anzug abzuschreiben.

*Stefan Wittlin (SP):* Die SP hat in der Kreuztabelle ein Offen eingegeben, und ich kann Ihnen sagen, unsere Diskussion in der Fraktionssitzung wurde heute perfekt zusammengefasst in den Voten von Regierungspräsident Beat Jans und Raffaella Hanauer. Ich möchte deshalb nur noch auf einen Punkt eingehen, auf die Frage nach der Definition von

Suffizienz verglichen mit der Definition von Effizienz. Ich glaube, dass wir da nicht immer vom Gleichen sprechen. Ein Beispiel ist der Flächenverbrauch im Wohnungsbau. Wenn es um Belegungsvorschriften bei Wohnungen geht, spricht das Bundesamt für Wohnungswesen von Effizienz. Weil aber aus Sicht der Menschen, die in einer Wohnung wohnen mit Belegungsvorschrift pro Person dann tatsächlich weniger Fläche konsumiert wird, verstehe ich das schon als Suffizienzmassnahme. Gerade im Bereich des Wohnflächenverbrauchs sehe ich tatsächlich ein grosses Potenzial, auch für Regulierung, auch über Anreize und nicht über Kontingentierung. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass wir hier dranbleiben und dass wir insbesondere in den Entwicklungsgebieten bei diesem Thema dranbleiben.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen des Anzugs.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**64 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 352, 16.11.22 09:44:05]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 15.5283 ist **erledigt**.

### **38. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend Schaffung einer Taskforce Nachtkultur**

[16.11.22 09:44:21, PD, 20.5213.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5213 abzuschreiben.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5213 ist **erledigt**.

### **39. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend professionelle Online-Kultur-Plattform ermöglichen**

[16.11.22 09:44:44, PD, 20.5217.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5217 abzuschreiben.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5217 ist **erledigt**.

### **40. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mehmet Sigirci und Konsorten betreffend Vollzug des persönlichen Verkehrs des nicht obhutsberechtigten Elternteils**

[16.11.22 09:45:08, WSU, 21.5298.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 21.5298 abzuschreiben.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 21.5298 ist **erledigt**.



**41. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Samuel Wyss und Konsorten betreffend Unterstützung des Engagements beim Projekt Logistikcluster, Errichten eines Umschlagplatzes im Raum Basel**

[16.11.22 09:45:33, WSU, 11.5245.06, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 11.5245 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 11.5245 ist **erledigt**.

**42. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Problematik Früh-/Teilpensionierung von Kantonsangestellten in tiefen Lohnklassen mit körperlich belastenden Berufsprofilen**

[16.11.22 09:46:01, FD, 17.5434.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 17.5434 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 17.5434 ist **erledigt**.

**43. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beat K. Schaller und Konsorten für einen attraktiven öffentlichen Verkehr - auch für Pendler**

[16.11.22 09:46:35, FD, 20.5061.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 20.5061 abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 20.5061 ist **erledigt**.

**44. Motionen 1 - 5**

[16.11.22 09:46:51]

**1. Motion Bau- und Raumplanungskommission und Bildungs- und Kulturkommission für eine langfristige und vorausschauende Schulraumplanung**

[16.11.22 09:46:51, ED, 22.5391.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 22.5391 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf die Motion 22.5391 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

## 2. Motion Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten

[16.11.22 09:47:23, ED, 22.5397.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 22.5397 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 22.5397 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

## 3. Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Einführungsklassen an allen Schulstandorten

[16.11.22 09:47:41, ED, 22.5398.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 22.5398 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Mark Eichner (FDP):* Ich darf Ihnen die fünf bildungspolitischen Vorstösse der Basler FDP zusammenfassend kurz vorstellen.

Bildung ist uns wichtig, doch wem nicht! Bei der Schule ist es ein bisschen wie beim FCB, alle sind betroffen und wissen auch mitunter, wie man es besser machen könnte. Meine direkte Betroffenheit nach fast 25 Jahren Ruhe besteht aus meinen zwei kleinen Mädchen, einer Zweitklässlerin und einer Kindergärtnerin. Aus dieser persönlichen Betroffenheit habe ich einen ausgezeichneten Eindruck unserer Schule. Beide Mädchen gehen sehr gerne zur Schule, haben überaus engagierte Lehrerinnen und Lehrer, gehen noch lieber in die tolle Tagesstruktur, wo sich so viele tolle junge Betreuerinnen und Betreuer um die Kinder kümmern. Alles gut also? Leider nicht.

Leider deckt sich mein persönlicher Eindruck nicht mit den Zahlen der Schulvergleiche. Zwar haben wir das schweizweit teuerste Schulsystem pro Schülerin und Schüler, doch liefert dieses nicht die Leistungen, die wir Eltern und wir politisch Verantwortlichen erwarten dürfen. Beim nationalen Schulvergleich erfüllen die basel-städtischen Primarschulabgängerinnen und -abgänger nicht einmal zur Hälfte die von den Kantonen festgelegten Minimalanforderungen etwa in der Mathematik. Diesen Rückstand holen die Kinder leider bis zum Abschluss der obligatorischen Schule nicht mehr nach, und entsprechend haben es die Basler Jugendlichen schwieriger als ihre ausserkantonalen Kolleginnen und Kollegen, eine Lehrstelle zu finden.

Doch auch mit einer Lehrstelle ist der Erfolg nicht sichergestellt. Jeder zehnte Lehrling schafft die Abschlussprüfung nicht, und auch die hohe Maturandenquote hat ihre Folgen, 20% der Maturanden haben auch nach zehn Semestern noch keinen Uniabschluss in der Tasche. Die Basler FDP möchte aber nicht nur jammern, sondern mit konkreten Vorschlägen dieses System verbessern und unseren Kindern und Jugendlichen einen besseren Schulrucksack mitgeben.

So möchten wir wieder an allen Schulstandorten Einführungsklassen ermöglichen, wie das die erste Motion möchte. Weiter möchten wir Transparenz zwischen den Leistungsniveaus der Schulstandorte schaffen und für mehr Kontinuität der Unterrichtenden durch eine Reduktion der kleinen Pensen sorgen. Schliesslich möchten wir Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern bei der Weiterbildung zum Lehrberuf mit finanzieller Unterstützung zum Einstieg in den Lehrberuf motivieren und die Förderung der Unterrichtssprache weiter beschleunigen.

Ich bin überzeugt, dass wir es mit diesem Massnahmenpaket schaffen werden, dass die Leistungen des Schulsystems sich wieder mehr mit meinem persönlichen positiven Eindruck unserer Schule decken. Ich freue mich auf die Debatte und danke für die Unterstützung unserer Vorstösse.

*Jenny Schweizer (SVP):* Die SVP-Fraktion hat sich schon immer für Einführungsklassen ausgesprochen und unterstützt deshalb auch die Überweisung der Motion an die Regierung. Wir machen dies aber mit ein paar kritischen Anmerkungen. Die Forderung nach Einführungsklassen an allen Standorten setzt zuerst voraus, dass festgestellt werden muss, wo wie viele Kinder überhaupt für eine solche Klasse in Betracht kommen. Aus der Beantwortung der Interpellation Jenny Schweizer bezüglich Einführungsklassen werden solche Zahlen bis heute nämlich überhaupt nicht erhoben oder analysiert. Wir fordern deshalb den Regierungsrat auf, rasch diese Daten von der Vergangenheit und die zukünftigen für das Schuljahr 2023/24 aufzubereiten, damit schlüssig beantwortet werden kann, ob, wie in dieser Motion gefordert, an allen Standorten EK's eingeführt werden müssten oder vertiefter ein Verbund von Schulstandorten geprüft werden soll. :Wenn die FDP überall EK's fordert, dann leuchtet es nicht ein, weshalb sie nicht zuerst den Schwerpunkt auf die Nachfrage legt und dann das Angebot festlegt.

Wir können uns ebenfalls vorstellen, dass die Schulstandorte, welche sich für einen Verbund eignen, also so nahe beieinander liegen, dass der Schulweg nicht unnötig erschwert wird, bereits im Vorfeld festgelegt sind. Dann würde sich die Anzahl Einführungsklassen nämlich bereits hier halbieren. Wenn die Motionäre schon den Vergleich mit Riehen anstellen, muss hervorgehoben werden, dass dort festgelegt ist, welche fixen zwei Schulhäuser eine Einführungsklasse führen. Dies ist aber wegen der Distanz für Basel-Stadt nicht anwendbar.

Wir bitten die Regierung, die oben genannten Punkte zu berücksichtigen und werden in diesem Sinne die Motion überweisen.

*Franziska Roth-Bräm (SP):* Lassen Sie mich aus dem Bericht der BKK zum Ratschlag Neue Massnahmen im Umgang mit Entwicklungsverzögerungen vom Februar 2019 zitieren: "Eine generelle Steuerung der Fördermassnahmen durch das ED ist nicht vorgesehen. Am jeweiligen Standort wird situativ entschieden, welches die geeigneten Fördermassnahmen sind. Schulhäuser können sich auch zu Verbundlösungen zusammenschliessen, wenn sie nicht gross genug sind, um alleine eine Einführungsklasse zu finanzieren. Der Beschluss über Einführungsklassen an einem Schulstandort liegt bei den Schulleitungen, die dazu aber das Kollegium konsultieren, da es sich um eine wesentliche Änderung in der Schule handelt. Bei grösseren Differenzen über den jeweiligen Beschluss besteht die Möglichkeit, sich an die Stufenleitung und Volksschulleitung zu wenden."

Lassen Sie mich auch noch aus dem entsprechenden Ratschlag zitieren: "5% der Schülerinnen und Schüler der ersten Klasse treten in eine Einführungsklasse ein. Das ist eine Annahme. Bei durchschnittlich 1'400 Schülerinnen und Schülern pro Jahrgang an den Primarschulen der Stadt Basel sind das je 70 Schülerinnen und Schüler im ersten und im zweiten Jahr einer Einführungsklasse, das heisst, 140 Schülerinnen und Schüler insgesamt. In der Stadt Basel müssten somit 10 Einführungsklassen gebildet werden. Bei insgesamt 10 Einführungsklassen in der Stadt Basel generiert diese Massnahme einen neuen jährlichen Mehraufwand von Fr. 2'052'730."

Aktuell gibt es 25 Primarschulstandorte in der Stadt Basel. Das wäre dann nach diesen Berechnungen ein Mehraufwand von jährlich über fünf Millionen Franken, wenn an jedem Standort eine Einführungsklasse eingeführt wird, was die Motion möchte. Ein extrem kostspieliges Schulmodell für wenige Kinder, zumal es Alternativen gibt. Ich zähle sie nicht auf, Sie kennen sie alle. Einführungsklassen entlasten zwar die Schuleingangsstufe, die Probleme der integrativen Schule lösen sie aber nicht, und sie tragen auch nicht wirklich zur Weiterentwicklung der integrativen Schule bei.

Ich arbeite selber an einer Primarschule, unter anderem auch mit entwicklungsverzögerten Kindern. Wir stellen immer wieder fest, dass viele Eltern ihre Kinder nicht in Einführungsklassen und auch nicht in Kleinklassen beschult haben möchten. Wir müssten die Klassen also gegen den Willen vieler Eltern füllen. Zudem gibt es gemäss Annahme ED gar nicht so viele Kinder in den ersten Klassen, die mit einer Entwicklungsverzögerung in einer EK richtig eingeschult wären. Was machen wir dann, wenn wir diese Klassen an jedem Standort haben, aber dann nicht genug Kinder mit Entwicklungsverzögerungen? Wir führen ein teures Modell an allen Schulstandorten und können es nicht nutzen, oder aber wir füllen diese Klassen mit allen Kindern, die ein auffälliges Verhalten haben, um die Regelklassen zu entlasten. Dann haben wir dort wieder hoch problematische Klassen, in denen der Unterricht nicht möglich ist und die nicht führbar sind. Diese Problematik kennen wir und ich möchte nicht mehr dorthin zurück.

Noch eine Bemerkung zu Riehen, die Jenny Schweizer bereits angesprochen hat. Seit letztem Schuljahr gibt es in Riehen an zwei Standorten eine Einführungsklasse. Aber auch bei uns haben sich die Schulstandorte zusammengeschlossen, und es gibt nicht an jedem Standort eine EK. Da suggeriert die Motion etwas Falsches.

Einführungsklassen sind bereits möglich, und es gibt seit diesem Schuljahr auch eine. Es gibt sehr gute Alternativen für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen, die funktionieren und die kostengünstiger sind. Lassen wir den teilautonomen Schulstandorten doch die Wahl, welches Modell für ihren Standort passt. Und sollten mehr Standorte wirklich EK's einführen wollen, dann kann man ja verlangen, dass die Stufen leitenden Standorte bei der Organisation noch intensiver unterstützt, und man könnte auch die Mittel zur Verfügung stellen, aber dann bitte für alle Standorte und vor allem für alle Klassen.

Allen Primarschulstandorten aber EK's überstülpen zu wollen, ob sie das nun wollen oder nicht, über fünf Millionen Franken zusätzlich in die Primarstufe zu stecken, obwohl es günstigere Alternativen gibt, ist nicht verantwortungsvoll. Dass dieser Vorstoss von einer Fraktion kommt, die sich liberal und freiheitlich nennt, die den Staat ab- und nicht ausbauen will, ist unverständlich. Und dass er von so vielen Fraktionen unterstützt wird, erst recht.

Schimpfen Sie einfach nicht mehr über unsere teuren Schulen, wenn Sie diese Motion irgendwann zur Erfüllung tatsächlich überweisen. Ich bitte Sie, diese Motion schon jetzt gar nicht zu überweisen.

*Heidi Mück (GAB):* Das GAB unterstützt die Forderungen dieser Motion. Wir freuen uns, dass die FDP das Thema der Einführungsklassen aufgreift. Wir finden ehrlich gesagt nicht alle Vorstösse der FDP zum Thema Schule wirklich gelungen, aber bei dieser Motion können wir uns voll und ganz anschliessen.

Die Beibehaltung oder Wiedereinführung der Einführungsklassen ist eine Urforderung des GAB. Ich erinnere an meinen ehemaligen Fraktionskollegen Thomas Grossenbacher, der im 2013 einen Anzug mit dieser Forderung eingereicht hat, gefolgt 2014 von einer Motion von Kerstin Wenk von der SP und einer Petition sowie mehreren Interpellationen. Die Vorstösse wurden 2019 als erledigt abgeschrieben, weil das Schulgesetz entsprechend angepasst wurde und sogar Mehrausgaben in der Höhe von rund Fr. 2'000'000 genehmigt wurden, um die kollektiven Ressourcen der Schulstandorte nicht übermässig zu strapazieren, wenn eine Einführungsklasse gebildet wird. Die Schulleitungen sollen gemäss damaligem Ratschlag des ED nach Einbezug der Schulkonferenz entscheiden, wie die beantragten Zusatzressourcen an ihren Schulen am zweckmässigsten eingesetzt werden, zum Beispiel mit Einführungsklassen oder vermehrten

Doppelbesetzungen in den ersten und/oder zweiten Primarklassen.

Das klingt alles ziemlich gut. Und auch das GAB war damals bereit, diese Vorstösse als erledigt abzuschreiben, weil sie die Möglichkeit versprochen, Einführungsklassen zu bilden. Doch wenn wir jetzt die Realität anschauen, dann sehen wir, dass meines Wissens in keinem einzigen Schulstandort in Basel eine Einführungsklasse gebildet wurde. Vorher wurde gesagt, es gäbe eine, ich würde gerne wissen, wo diese ist. Gleichzeitig hören wir, dass die integrative Schule im roten Bereich dreht und dass es dringend Entlastungsmassnahmen braucht. Wir hören von den einzelnen Standorten, dass es immer mehr Kinder mit Entwicklungsverzögerung gibt, die im ohnehin anspruchsvollen Regelschulbetrieb nicht adäquat gefördert werden können und die von einer Einführungsklasse enorm profitieren könnten. Der Besuch eines Angebots, in dem das erste Primarschuljahr auf zwei Jahre verteilt werden kann, ist gerade für Spätzügler oder Kinder mit Entwicklungsverzögerung eine Riesenchance, und dazu sehe ich keine gute Alternative.

Statt Einführungsklassen zu bilden, werden provisorische Flickwerkangebote aus dem Boden gestampft, um die Not zu lindern. Da läuft doch etwas grundsätzlich schief. Wir bereuen mittlerweile, dass wir damals darauf vertraut haben, dass der damaligen Ratschlag wirklich eine Lösungsmöglichkeit bieten würde. In der Motion werden die finanziellen Rahmenbedingungen als Grund dafür genannt, dass bis heute keine Einführungsklassen in Basel gebildet wurden. Das ist sicher ein wichtiger Grund. Wir vermuten jedoch, dass neben den finanziellen Rahmenbedingungen auch organisatorische Schwierigkeiten bestehen könnten, die es den Schulleitungen schwer machen, in ihrem Schulhaus eine Einführungsklasse zu bilden, und wir fragen uns, ob es im ED oder auch in Teilen der SP wirklich Leute gibt, die Einführungsklassen nicht so toll finden und sie quasi als Angriff auf die integrative Schule verstehen. Das sind sie nicht. Ich habe früher in Einführungsklassen unterrichtet und weiss, dass ein Grossteil unserer damaligen Schülerinnen und Schüler nach der EK in die Regelschule gewechselt haben und diese mit einem guten Boden erfolgreich absolviert haben.

Ich möchte keine Verschwörungstheorien verbreiten, sondern einfach den Eindruck wiedergeben, den wir haben. Wir sind auf alle Fälle der Meinung, dass die Rahmenbedingungen für die Bildung von Einführungsklassen, seien es finanzielle oder organisatorische, noch einmal angeschaut werden müssen und deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

*Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP):* Das ist eine ganz spannende Diskussion, und ich könnte auf alle Argumente eingehen. Wir haben Franziska Roth und Jenny Schweizer gehört, auf deren Argumente ich viele Gegenargumente bringen könnte. Aber auf all dies möchte ich aus Zeitgründen nicht eingehen. Das Thema Einführungsklassen bewegt mich schon seit vielen Jahren, vor vier Jahren habe ich für die EVP-Petition meiner Vorgängerin Annemarie Pfeifer Unterschriften gesammelt unter dem Titel "Einführungsklassen jetzt". Im Einwohnerrat habe ich mich vor drei Jahren mit einer Interpellation dafür eingesetzt. Von der EVP haben wir insbesondere zusammen mit der SVP Druck gemacht.

Wir hören immer wieder von Lehrpersonen, wie problematisch doch die Politik ist, aber zum Teil hören wir das auch von Eltern. Es gibt natürlich Eltern, die ihre Kinder lieber in eine Regelklasse schicken. Das kann ich schon verstehen, aber ob das für das Kind und für die anderen in der Klasse gut ist, ist eine ganz andere Frage. Eltern möchten natürlich, dass ihre Kinder ins Gymnasium gehen. Das kennen wir alles, aber das finde ich sehr problematisch.

Es ist problematisch, schwächere und zum Teil verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler einfach auf Biegen und Brechen in die Regelklasse zu integrieren, auch wenn immer mehr Heilpädagogen mit einbezogen werden, schon fast inflationär. Die Motion geht uns zu weit, aber wir unterstützen sie. Wir gehen davon aus, dass die Regierung dann bei der Antwort sagen wird, dass es nicht sinnvoll ist, an allen Standorten Einführungsklassen zu schaffen. Es wird dann wohl eine Zweitüberweisung als Anzug geben.

Aber auch wir finden schon seit Jahren, dass die integrative Schule wie in der Motion milde ausgedrückt an die Grenzen gestossen ist, und wir finden, es brauche noch etwas mehr Überzeugungsarbeit in gewissen Gremien im ED. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der Fraktion die Mitte/EVP, der Überweisung zuzustimmen.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Die GLP sieht es ähnlich wie das GAB. Der Ratschlag des Regierungsrats und der Bericht der BKK vom 14. Januar 2019 empfahl einstimmig, die Einführungsklassen wieder im Schulgesetz aufzunehmen, was der Grosse Rat am 20. März 2019 beschlossen hat. Die Vorlage war unbestritten, das ist nun dreieinhalb Jahre her. Die integrative Schule stösst an ihre Grenzen. Dies zeigt sich insbesondere auch in den ersten Klassen und passt zur Aussage des FSS-Präsidenten im Bericht vom November 2018 zu einer Petitionsbeantwortung. Er erklärte damals, dass sich die FFS für das Modell der integrativen Schule ausspreche, die FSS vertrete aber auch die Ansicht, dass zusätzlich die Einführungsklassen beibehalten werden sollten, wobei die Zielgruppe klarer definiert werden müsse. Es bestehe klarer Handlungsbedarf, die Schuleingangsstufe müsse gestärkt werden.

Heute regelt eine Art Best Practice Modell, wie und wo die Kinder mit Entwicklungsverzögerungen abgeholt werden. So kommen verschiedenste Förderkonzepte zur Anwendung, die auf verschiedene Förderkriterien aufbauen. In der Praxis treten heute dennoch viele Kinder in die Primarschule ein, die noch nicht schulbereit sind. Das bedeutet, dass in den ersten Klassen vermehrt qualifizierte Assistenzpersonen, Vorpraktikanten und Zivildienstleistende eingesetzt werden, damit ein geregelter Unterricht überhaupt stattfinden kann. Ausserdem erhalten noch nicht schulbereite Kinder weitere zusätzliche Fördermassnahmen wie Logopädie, Psychomotorik und heilpädagogische Unterstützung. Sowohl die Vergrösserung des Teams, das in den ersten Klassen unterrichtet, als auch die unzähligen zusätzlichen Fördermassnahmen führen zu enorm komplexen schulischen Situationen, welche weder dem Kind, noch der Klasse, noch dem Berufsauftrag der Lehrperson gerecht werden.

Wir Grünliberalen stellen fest, dass die vom Grossen Rat gesprochenen Ressourcen von Fr. 2'000'000 für Einführungsklassen einzig für Best Practice Modelle verwendet werden. Jeder Schulstandort trifft mit den zugesprochenen Ressourcen individuelle Massnahmen auf der Schuleingangsstufe, die weder begründet noch evaluiert werden müssen.

Die GLP beurteilt die aktuelle Situation als sehr ungünstig. Anstelle der verschiedenen Förderangebote erachten wir Einführungsklassen als zielführender. Bettingen und Riehen haben Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit der Fragestellung und Kriterien auseinandergesetzt haben, damit die richtigen Kinder das Angebot nutzen können. Es ist also möglich, gemeinsame Merkmale zu definieren, obwohl Kinder unterschiedliche, individuelle Bedürfnisse haben. Damit der Schulstart für alle Kinder optimal gelingt, soll die Umsetzung der Einführungsklassen auch für Basel in Angriff genommen werden. Quartierbezogene Verbundlösungen können Teil der Lösung sein, wenn das Minimum für eine Klasse an einem Standort unterschritten würde.

Die Grünliberalen unterstützen die Erstüberweisung der Motion, wir sind aber sehr gespannt auf die Ausführungen der Regierung und beziehen diese in unsere weiteren Überlegungen mit ein.

*Catherine Alioth (LDP):* Die LDP-Fraktion ist gegen die Überweisung dieser Motion. Ich möchte hier zwei Gründe erläutern.

1. Das ED wird in den Volksschulen die verstärkten Massnahmen weiterentwickeln und das sonderpädagogische Schulangebot ausbauen. Die dafür benötigten Ressourcen sind im Budget 2023 eingestellt. Ein Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Einschränkungen in der Sprachentwicklung, ein weiterer im Bereich der Schülerinnen und Schüler mit Problemen in der Verhaltensregulierung. Die entsprechende Vorlage zur Umsetzung bzw. der Weiterentwicklung der Massnahmen wird vom ED zur Zeit erarbeitet. Diese fusst auf der Motion von Franziska Roth und Konsorten und wird dem Grossen Rat bis Ende April 2023 vorliegen.

2. Wir sehen es ähnlich wie die SP. Wir erachten es als zielführender, wenn die Schulstandorte die Bildung von Einführungsklassen bestimmen und wie sie diese führen wollen, am Schulstandort oder im Verbund. Es macht wenig Sinn, im Top-Down-Verfahren flächendeckend an allen Primarschulstandorten eine Einführungsklasse zu führen. Die Schulstandorte kennen ihre Bedürfnisse am besten. Sie haben Gestaltungsfreiraum und können situativ entscheiden, welches Modell für ihren Schulstandort passend ist.

Wir sind nicht gegen Einführungsklassen, wir befürworten sie, wenn die Schulstandorte Bedarf anmelden. Wir sind aber gegen die vorliegende Motion, denn sie bringt nichts Neues zu dem, was alles erarbeitet wird, um den hohen Anforderungen an die integrative Schule gerecht zu werden, diese weiterzuentwickeln und zu verbessern. Im Gegenteil, ihre Bearbeitung belastet die Verwaltung unnötigerweise. Auch nennt die Motion keine Frist, in welchem Zeitraum die Forderung der Motion umgesetzt werden soll. Dieser pädagogische Sonderbedarf ist dringlich und erkannt und wird konkret angegangen über die Aufstockung des Budgets der Volksschulen.

Nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern aus den genannten formalen Gründen lehnen wir die Motion ab und bitten Sie, diese nicht zu überweisen.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Die Schuleingangsstufe, der Wechsel vom Kindergarten in die Primarschule ist ein enorm anspruchsvoller Wechsel, vor allem auch deshalb, weil die Kinder unterschiedlich weit sind. Das ist uns allen bewusst, das zeigt auch Ihr Bedürfnis, heute noch einmal über Einführungsklassen zu diskutieren.

Wir haben im Jahr 2019 intensiv gerungen mit der Motion Kerstin Wenk, die Einführungsklassen einführen wollte. Ich habe intern gerungen, wir haben mit der BKK gerungen und wir haben dann hier im Grossen Rat einstimmig ein neues Konzept verabschieden können. 2019, das ist noch nicht lange her. Die Präsidentin der BKK Franziska Roth, die damals auch intensiv dabei war, hat in ihrem Votum das wichtige Inhaltliche gesagt. Ich möchte das von meiner Seite unterstützen. Wie Sie wissen, ist es nicht so, dass Franziska Roth und ich uns immer in allem einig sind, insofern hat es eine gewisse Relevanz, dass wir es in dieser Frage sind.

Wir haben 2019 von Ihnen zusätzliche Ressourcen bekommen, um diese Einführungsstufe zu verstärken. Wir haben das gemacht, was Sie zu Recht auch immer wieder fordern: Wir haben den Schulen, den Lehrpersonen Möglichkeiten gegeben, für ihren Standort zu entscheiden, was am besten für sie passt. Das ist nicht ein Wirrwarr und eine Vielzahl und eine Konzeptlosigkeit, sondern es ist die Erkenntnis, dass nicht ich an meinem Schreibtisch weiss, was für jede Schule am besten ist, dass auch nicht meine Mitarbeitenden an der Leimenstrasse und am Kohlenberg das wissen, sondern dass in den Schulstandorten mit der ganz unterschiedlichen Population an Schülerinnen und Schülern entschieden werden soll, wie man am besten reagiert auf unterschiedliche Entwicklungsstände bei den Kindern, die vom Kindergarten in die Schule eintreten.

Eine Möglichkeit ist das verlängerte dritte Kindergartenjahr, das dann nicht einfach ein drittes Spielkindergartenjahr ist, sondern schon Elemente aus der ersten Primarschulklasse enthält. Eine andere Möglichkeit ist, zu verstärken mit Heilpädagog:innen, aber auch mit Logopäd:innen oder mit anderen Fachpersonen, die spezifische wertvolle Arbeit für die spezifische Entwicklungsverzögerung eines spezifischen Kindes leisten können. Und wir haben auch die Möglichkeit geschaffen, Einführungsklassen zu bilden. Tatsächlich ist es so, dass in den ersten Jahren die Schulstandorte für sich entschieden haben, dass sie keine Einführungsklassen bilden möchten. Nun haben wir eine Einführungsklasse, in Thierstein/Brunnmatt. Dort besteht eine Einführungsklasse ab diesem Schuljahr, und ich bin froh, dass auch diese Möglichkeit genutzt wird. Aber es wird keine zentrale Steuerung verfolgt, sondern die Schulen und die Schulleitungen zusammen mit den Kolleg:innen entscheiden, was für ihren Standort am besten ist.

Es wäre nun fatal, wenn man diese erst 2019 beschlossene und aufs Schuljahr 2020 eingeführte Neuerung schon wieder umkippen würde, wenn man jetzt flächendeckend etwas verordnen will, was Flexibilität wegnimmt, was den Kindern weniger gerecht wird. Deshalb bitte ich Sie, nicht auf diese Motion einzutreten, den Schulstandorten die Verunsicherung zu ersparen, dass das System, das komplex und anspruchsvoll genug ist, jetzt schon wieder geändert werden soll, weil gewisse Ideen am Schreibtisch generiert wurden. Lassen Sie den Schulen, den Lehrpersonen und den Schulleitungen die

Möglichkeit, diese Ressourcen gezielt einzusetzen, wie sie das seit dem Kompromiss von 2019 machen können. Ich bitte Sie, auf die Motion nicht einzutreten.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich finde das Thema ganz wichtig, weil man jungen Menschen das Leben nicht verbauen darf. Ich habe heute Morgen im Radio eine Sendung zu dieser Motion gehört. Fünf Minuten wurde über diese Motion gesprochen. Es wurde gesagt, es sei heute das wichtigste Geschäft im Grossen Rat. Es war ein langer Bericht, und es wurde von Pädagogen und Experten gesagt, dass man nicht mehr aufholen können, wenn bei den Kindern am Anfang der Schullaufbahn etwas schief laufe. Darum ist es wichtig, wenn ganz am Anfang etwas getan wird. Darum hat das Radio diese Motion als wichtigstes Geschäft der heutigen Sitzung eingestuft.

Ich stelle fest, dass Andreas Zappalà mit viel Herz für Kinder geschrieben hat. Es ist eine tolle Sache. Ich als Grossrat und Familienvater muss diese Motion unterstützen. Ich habe ein Gespräch mit meinem Nachbar Andreas Zappalà geführt. Ich habe nur ein kleines Problem mit der Motion, das ich noch ehrlich vortragen möchte. Ich weiss nicht, was das Problem ist, ob es wegen den Migrantenkindern ist. Ich habe ihn gefragt, er meinte, es beträfe alle Kinder. Ich könnte mir aber vorstellen, dass Migrantenkinder etwas mehr Förderung brauchen wegen der Sprache. Aber ich unterstütze die Motion.

Andreas Zappalà hat einen schönen, alles zusammenfassenden Satz geschrieben: "Die anfängliche Integration in den Schulalltag für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen soll beim Kindergarteneintritt resp. schon in den Spielgruppen, spätestens aber beim Schuleintritt besser gestaltet werden." Gewisse Kinder öffnen den Schirm früher als andere.

*Andreas Zappalà (FDP):* Ich möchte mich nicht als frisch erwachter Bildungspolitiker outen, auch haben meine drei Kinder die Schullaufbahn schon hinter sich. Allerdings habe ich eine Tochter, die in diese Schullaufbahn neu eingegangen ist, sie ist Primarlehrerin und ich kann Ihnen sagen, es ist ihr das passiert, was heute schon gesagt wurde, dass sie nämlich noch als Auszubildende ein Volontariat an einer Schule gemacht hat und dort erfahren musste, was es heisst, eine ganze Klasse zusammen mit der Lehrperson zu unterrichten und ohne grosse Ausbildung die diversen Probleme, die in dieser Klasse entstanden sind, zu lösen versuchen. Es ist nicht einfach, die integrative Schule stösst an ihre Grenzen.

Die Einführungsklasse ist nichts Neues. Es gab sie schon immer und es wurden auch die Vorstösse von Thomas Grossenbacher und Kerstin Wenk wie die Petition erwähnt. Dort ging es ja darum, dass man nicht auf die Einführungsklasse verzichten wollte, sondern man wollte diese beibehalten. Das ist dann auch passiert, man hat das Schulgesetz entsprechend angepasst und die Einführungsklassen wieder in die Gesetzgebung aufgenommen. Nun komme ich als Jurist und sage: Wenn man eine Gesetzesänderung vornimmt, dann muss man auch schauen, dass das, was man neu im Gesetz festhält, umgesetzt wird. Nun kann man sagen, dass erst dreieinhalb Jahre vergangen seien und man noch nicht verlangen könne, dass das Gesetz gesamthaft umgesetzt wird. Aber wir stellen fest, dass es fast gar nicht umgesetzt worden ist. Wir haben es gehört, es wurde seither eine Einführungsklasse geschaffen, mehr gibt es nicht.

Man hat damals ja nicht diskutiert und gesagt, dass man prüfen wolle, ob Einführungsklassen wieder sinnvoll seien oder nicht. Man hat gesagt, man wolle Einführungsklassen. Und das muss umgesetzt werden. Heute müssen diese Einführungsklassen bestehen, und zwar an den Schulstandorten. Wir stellen fest, dass zu wenig passiert und dass offenbar die finanziellen Hindernisse bestehen, um dann wirklich tatsächlich solche Einführungsklassen einzuführen. Aus diesem Grund haben wir diese Motion eingereicht, es geht also darum, dem Gesetz, das wir schon verabschiedet haben, zum Erfolg zu verhelfen und nichts anderes wünscht diese Motion.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**53 Ja, 41 Nein.** [Abstimmung # 353, 16.11.22 10:27:32]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf die Motion 22.5398 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

#### **4. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend transparente Leistungsniveaus der Schulstandorte**

[16.11.22 10:27:50, ED, 22.5399.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 22.5399 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Anders als die Motionäre sind wir der Meinung, dass die Forderung nach transparenter Information der Öffentlichkeit über die Leistungsausweise der Schülerinnen und Schüler an den einzelnen Schulstandorten nicht zu einem besseren Schulsystem führt. Sie greift einzig auf eine Momentaufnahme an einem bestimmten Tag im Leben der Schülerinnen und Schüler zurück, beinhaltet aber keine Entwicklung der Schulstandorte und keine

Entwicklungsperspektive für die Jugendlichen. Gefördert würde die soziale Segregation an einzelnen Standorten anstelle der sozialen Durchmischung und Vielfalt, auf deren Werte unsere Volksschule baut. Die Diskussion sollte sich auf die echten Probleme der Schule beziehen und diese benennen, und dann aber auch wirklich bearbeiten. Wenn beispielsweise bereits bei Schuleintritt in die Sekundarschule der Lernstand der Schülerinnen und Schüler weit auseinanderliegt, wenn der Abstand zwischen den leistungsstarken und den leistungsschwachen Schülern nicht geringer, sondern grösser wird, wenn bestimmte Gruppen von Schülern im Verlauf der Schulerfahrung ihren Lernstand nicht verbessern, sondern auf dem einmal erreichten Niveau stehen bleiben, dann sollte man sich grundsätzlich fragen, wie die Volksschule auf diese Probleme der Schullaufbahn reagieren sollte.

Die Diskussion über die Schulentwicklung macht nur dann Sinn, wenn Lösungen für solche Probleme gefunden werden. Eine öffentliche Kommunikation zum Abschneiden der Schulen bei den Checks löst aber automatisch eine Rangfolge aus, und in der Konsequenz nervöse Eltern. Einzelne Schulen würden das Prädikat Gewinnerschule erhalten, andere würden dafür als Verliererschule deklariert. Die Folge ist klar: Alle Eltern wollen, dass ihre Kinder in Gewinnerschulen eingeteilt werden. Unzufriedene Erziehungsberechtigte holen sich juristische Unterstützung. Sie rechnen sich dadurch bessere Erfolgchancen in der nachfolgenden Schulstufe oder Ausbildung für ihre Sprösslinge aus.

Die GLP teilt die Auffassung der Motionäre insofern, dass gewonnene Erkenntnisse aus den Leistungserhebungen der Schülerinnen und Schüler an den Schulstandorten ein interessantes Instrument sein können, denkbar ist die volkschulinterne Nutzung als professionelles Steuerungsinstrument sowie zur vertieften Ursachenforschung. Ebenso stimmen wir zu, dass es kompensatorische Ausgleichmassnahmen braucht, welche die unterschiedlichen Ergebnisse der Schulstandorte tatsächlich minimieren. Weiter regen wir die Vernetzung der Schulstandorte an, sie sollen sich austauschen und voneinander lernen. Eine Analyse über die Zusammenhänge der verschiedenen pädagogischen Konzepte mit den Leistungsergebnissen fänden wir ebenfalls gewinnbringend. In der Folge könnten konzeptionelle Anpassungen umgesetzt werden, wo es aufgrund der Evaluation als notwendig erscheint. Die GLP würde es auch begrüßen, wenn die verschiedenen pädagogischen Konzepte über die Stadt verteilt angeboten werden könnten. Bei der Wahl des Schulstandorts fliessen vor allem auch quartierspezifische Aspekte mit ein. Es werden oft Schulen gewählt, die nahe liegen. Aktuell bieten beide Schulstandorte im Kleinbasel das Konzept des stufen- und altersdurchmischten Atelierunterrichts an.

Eine Rangfolge schafft kein besseres Bildungssystem. Darum lehnt die GLP die Motion ab.

*Brigitte Gysin (die Mitte/EVP):* Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich völlig ungeniert! Das reimt sich wunderbar, ist sehr eingängig, es stimmt womöglich auch für eine Privatperson. Für eine Schule muss es aber heissen: Ist der Ruf erst ruiniert, bleibt er hängen, und zwar fast ewig. Seit dem Jahr 2000 unterrichte ich am Gymnasium Bäumlihof. Noch heute passiert es, dass Leute sagen, "ach, das Gymnasium Bäumlihof, das ist diese riesige Schule, das grösste Gymnasium". Ich muss dann sagen, tatsächlich, im achtjährigen Gymnasium war das sehr gross, das war vor meiner Zeit.

Nun ist es nicht so schlimm, wenn man den Ruf hat, die grösste Schule zu sein. Das Gymnasium Bäumlihof hatte aber auch sehr lange den Ruf, dass hier besonders schlimme Kifferprobleme herrschten. Zum Glück bin ich heute mit dieser Frage nicht mehr so sehr konfrontiert, aber in den ersten zehn Jahren meiner Tätigkeit habe ich das oft gehört. Wenn ich gefragt habe, wie man darauf komme, dann bezog sich das auf einen Vorfall, der ebenfalls vor meiner Tätigkeit am Bäumlihof geschah.

Wenn man also die Resultate der Checks transparent machen würde, würde das medial eine gewisse Aufmerksamkeit gewinnen und wir können garantiert damit rechnen, dass die Sekundarschulen, die schlecht abschneiden, bei den Leuten entsprechend als schlechte Schule hängen bleiben werden. Auch wenn sie sich in den folgenden Jahren ins gute Mittelfeld vorkämpfen, werden die Leute beim Ausfüllen der Anmeldung immer noch daran denken.

Nun soll gemäss Motion durchaus auch transparent gemacht werden, welche Gründe man für das entsprechende Abschneiden sieht und welche Massnahmen man ergreifen will. Schon heute werden von den Sekundarschulen selbstverständlich diese Überlegungen angestellt und die Checkresultate genutzt, um ihren Standort zu verbessern. Was nun die Veröffentlichung dieser Überlegungen helfen soll, ist mir schleierhaft. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Eltern mit ihren Kindern sich hinsetzen und die Resultate, Gründe und Massnahmen diskutieren und ihren Kindern empfehlen zu erfahren, ob die Massnahmen greifen. Es kann vielmehr das Gegenteil bewirken. Wenn man beispielsweise feststellt, dass es möglicherweise mit der Durchmischung der Schülerschaft zusammenhängt, dann wird die Veröffentlichung der Resultate dazu führen, dass alle Eltern von Kindern mit Schweizer Hintergrund und deutscher Muttersprache tendenziell nicht für eine bessere Durchmischung sorgen, sondern ihr Kind da erst recht nicht mehr hinschicken. Es wird also der Schule verunmöglicht, ihre Massnahme umzusetzen und es wird keine Verbesserung erreicht.

Darüber hinaus habe ich den Text in einer Hinsicht nicht ganz verstanden. Mir scheint, es steht im Text, dass dank der Transparenz die Schule gewählt werden könne, die dem eigenen Leistungsanspruch entspreche. Nun soll es ja gerade nicht sein, dass der Leistungsanspruch an verschiedenen Standorten unterschiedlich ist. A-Zug, B-Zug, C-Zug soll überall dasselbe bedeuten. Die Checks sollen ja gerade helfen, dass es überall dasselbe bedeutet. Also ist dies bestimmt kein Grund, sich für die Transparenz der Leistungscheckresultate auszusprechen.

Ich und die Fraktion die Mitte/EVP würden deshalb davon abraten, diese Motion zu überweisen.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Auch die LDP-Fraktion lehnt diese Motion ab, ich würde aber gerne mit ein bisschen Einigkeit mit einigen Teilen dieser Motion beginnen.

Denn klar ist, es gibt unterschiedliche Leistungsniveaus, und das muss auch beachtet werden. Auch die Ausgleichmassnahmen finden vermutlich schon statt und sollten eventuell noch vermehrt stattfinden. Dafür muss

zweifelsohne Steuerungswissen generiert werden.

An diesem Punkt zweigt die FDP dann anders ab und folgert, dass man das transparent nach aussen kehren müsse. Ich denke, man sollte vor allem auf die Prozesse, die innen stattfinden, achten, dort, wo die Öffentlichkeit nicht hinsieht und nicht zu irgendwelchen Konklusionen kommen kann, sondern dort, wo tatsächlich das Wissen und die Fakten vorhanden sind. Ich bin überzeugt, dass hier Gründe analysiert werden, dass Folgerungen gezogen werden, damit dieser Ausgleich stattfinden kann, denn es ist ja im Interesse aller, dass unsere Schulen nicht eine riesige Schere aufweisen zwischen den einzelnen Standorten, sondern mehr oder weniger das gleiche Angebot mitbringen.

Ich kann Brigitte Gysin nur zustimmen. Ich habe mir das mit dem ruinierten Ruf auch notiert, sie hat es bereits sehr schön erläutert. Hier müssen wir wirklich aufpassen, denn schlussendlich haben Schülerinnen und Schüler, die vielleicht an einer nicht so leistungsstarken Schule gut abgeschnitten haben, den Ruf anhaften, dass sie an einer Schule waren, die allgemein betrachtet nicht mithalten kann. Das schlägt sich dann später auch auf Bewerbungen nieder. Wenn es besser wird mit der Zeit, weil das interne Wissen hoffentlich fruchtet, dann haftet dieser Ruf weiter an. Und das legt jungen Menschen weiterhin Steine in den Weg. Das möchten wir nicht.

Stellen Sie sich vor, wie es den Lehrpersonen geht, die an diesen Schulen arbeiten, die nicht so gut abschneiden und öffentlich angesprochen werden. Wie fühlt sich das an? Das ist desillusionierend für Personen, die unsere Zukunft und unsere Jugend formen, Tag für Tag, durch die Coronakrise hindurch, die nun langsam wieder Energie fassen, und jetzt wollen wir sie in ein Ranking stecken.

Ich hatte einen interessanten Austausch mit einer Person aus der FDP, die gesagt hat, dass das in der Privatwirtschaft funktioniert. Ein kleiner Input dazu: Wenn Sie von Privatschulen sprechen, ist das nicht mehr unser Kompetenzbereich, aber in den öffentlichen Schulen ist dieses Transparenzprinzip fehl am Platz.

Ich möchte mit der Befürchtung schliessen, dass wir allenfalls einen gesellschaftlichen Graben aufmachen, wenn diese Veränderung kommt, weil wir verschiedene Personengruppen gegeneinander ausspielen oder öffentlich gegenüberstellen. Die öffentliche Schule braucht Zeit, um solches Wissen zu nutzen, geben wir ihr es, ohne ein Ranking zu machen, das diesen Graben aufreisst.

### Zwischenfrage

*Mark Eichner (FDP):* Haben Sie nicht das Gefühl, dass gerade mit einer solchen Transparenz der schlechte Ruf von einzelnen Schulstandorten weggearbeitet werden kann, indem sie nämlich die Verbesserungen, die die Schulleitung und das Lehrpersonal erreicht haben, transparent machen können?

*Annina von Falkenstein (LDP):* Solche Veränderungen brauchen Zeit, schlechte Rufe haften sehr lange an, und ich denke nicht, dass wir auf jeder Schulhaustüre ein AAA-Rating haben, das dann auch auf jedem Dokument, das diese Schule veröffentlicht, steht. Meine Antwort ist Nein.

*Beatrice Messerli (GAB):* Was mir am wichtigsten scheint ist, dass mit einem Vorstoss in dieser Richtung mit dieser Planung keine Qualitätsverbesserung erreicht wird. Meiner Meinung nach und nach Meinung des GAB geht es im vorliegenden Vorstoss im Gegensatz zum Titel nicht um Transparenz, sondern um Ranking, Wettbewerb und die Einführung marktwirtschaftlicher Kriterien in der Schule. Das wurde bereits angedeutet. Eine Messung der Leistungsniveaus und eine Nachverfolgung über den Schulerfolg aufgrund der pädagogischen Konzepte ist kaum möglich, da die Schule kein industrieller Betrieb mit einer Produktionsstrasse ist, anderen Ende ein messbares oder überprüfbares Produkt steht. Schule hat in dem Sinne keinen messbaren Output. Und eine Kristallkugel, in der abzulesen wäre, "wie ihre Erfolgsquote auf folgenden Schulstufen bzw. in weiteren Ausbildungen ausfallen wird", steht auch nicht zur Verfügung.

Qualitätsmessung von Produkten ist möglich, von Menschen nicht. Leistungsüberprüfungen oder Überprüfung von Kompetenzen finden in der Schule laufend statt. Mit den Checks, die ich ablehne, wird laufend auch geprüft. Ich gehe davon aus, dass ED durchaus in der Lage sein müsste, diese auch entsprechend zu überprüfen und entsprechende Konsequenzen abzuleiten.

Und ja, Basler Schulstandorte haben unterschiedliche pädagogische Konzepte, und ja, das ist so gewollt und wurde mit der Einführung der Teilautonomie gefördert. Und Unterschiede an den einzelnen Schulstandorten, die gab es schon immer. Allerdings gab und gibt es auch immer Rahmenbedingungen und den Lehrplan, der immer und überall Gültigkeit hat, an allen Schulstandorten. Die Unterschiedlichkeit der Konzepte sind bekannt, und Informationen dazu stehen zur Verfügung. Ausserdem wird in den Lernberichtsgesprächen mit den Schülerinnen und Schülern und den Eltern besprochen, welches Angebot dem Lerntyp und dem Leistungsvermögen der Schülerin oder des Schülers am ehesten entspricht.

Die Motion will, dass ein noch zu ermittelnder Leistungsnachweis des Standorts als Auswahlkriterium mit einbezogen werden soll, um eine optimale Auswahl zu treffen. Eine derartige Lenkung lehnen wir kategorisch ab. Wir wollen an den Basler Schulen kein Ranking. Und wie bereits ausgeführt wurde, würde das die unterschiedlichen Profile nicht anders oder besser machen, und es gäbe soziale Trennungen.

Dann möchte ich noch ganz kurz auf ein Problem hinweisen, nämlich Schulraum- und Lehrpersonenmangel. Wenn ein Standort überproportional gewählt würde, dann würde das dort zu einer Überlastung führen. Lehrpersonen könnten im schlimmsten Fall noch verschoben werden, was aber aufgrund der unterschiedlichen pädagogischen Konzepte nicht unproblematisch wäre. Aber Schulraum lässt sich nicht verschieben. Und wenn es mehr Schülerinnen und Schüler an einem Standort gäbe, dann wäre der Schulraum, der ja eh schon knapp ist, noch knapper. Auch aus diesem Grund lehnen



wir die vorliegende Motion ab.

Grundsätzlich finde ich sowohl diese Motion als auch andere nicht unbedingt gelungen und möchte Sie bitten, bei dieser Motion ein Nein einzugeben.

*Jenny Schweizer (SVP):* Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, dass es bereits ein Ranking gibt. Und zwar wird das Ranking pickelhart von den Schülerinnen und Schülern selbst gemacht. Die Schülerinnen und Schüler wissen ganz genau, welche Standorte gut, besser, schlecht und ganz schlecht sind. Und somit wissen die Eltern tatsächlich beim zweiten Kind, welche Standorte zu wählen sind und welche nicht.

#### Zwischenfrage

*David Jenny (FDP):* Wollen Sie wirklich dem ältesten Kind die Chance entziehen, in die beste Schule zu gehen?

*Jenny Schweizer (SVP):* Nein, das will ich überhaupt nicht, ich werde Ihren Vorstoss sogar unterstützen.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Ich danke für die fast geschlossene Ablehnung dieses Vorstosses, ich bin froh darum. Ich bin trotzdem etwas überrascht über die Idee, dass eine Durchschnittsangabe von Leistungen etwas über die Qualität des Unterrichts aussagen könnte. Ich finde offen gestanden dieses Menschenbild etwas mechanistisch. Meine Erfahrung aus meinen Schulbesuchen ist, dass gerade dort, wo belastete Schülerinnen und Schüler sind, mit Defiziten, mit Entwicklungsverzögerungen, ausgezeichneter Unterricht geboten wird. Ich kann Ihnen aber versichern, dass diese Schülerinnen und Schüler bei einem standardisierten Leistungscheck nicht so gut abschneiden, was aber nichts mit der Qualität des Unterrichts zu tun hat.

Auch für die Grundannahme, die diesem Vorstoss zugrunde liegt und die Mark Eichner in seinem Einleitungsvotum genannt hat, dass die Basler Schulen schlechter seien als die Schulen im Rest der Schweiz, gibt es überhaupt kein Indiz. Das einzige Indiz sind die ÜGK-Ergebnisse, die im Jahr 2016 erhoben wurden. Dort sind die Testresultate der Basler Schülerinnen und Schüler schlechter als diejenigen in anderen Kantonen. Sie schliessen nun daraus, dass der Unterricht schlechter sei. Das ist ungefähr so, wie wenn Sie aus den Statistiken, die uns als Basel immer die höchste Wirtschaftskraft bescheinigen, schliessen würden, dass die Leute in den anderen Kantonen einfach etwas fauler seien. Es ist doch nicht so einfach. Es geht doch darum, welche jungen Menschen an der Schule sind. Und denen den besten Unterricht zu bieten, ist mein Anspruch. Wenn ich sage mein Anspruch, dann sage ich das im Wissen um meine Machtlosigkeit. Das ist der Anspruch der rund 5'000 Leute, die jeden Tag für unsere Schule arbeiten und das Bestmögliche geben, damit wir guten Unterricht haben.

Ich lasse mir die Schule in Basel nicht schlechtreden. Unsere Schulen sind gut, sie schöpfen das Potenzial aus. Das heisst nicht, dass wir keine Baustellen haben. Wir haben eine grosse Baustelle bei der integrativen Schule und das hängt als grosser Elefant im Raum. Wir kommen im nächsten Jahr zu den Verbesserungen, wir haben von Ihnen einen entsprechenden Auftrag.

Zu Jenny Schweizer: Es ist ja toll, wenn Sie so genau wissen, welches die besten Schulen sind. Sie haben ja die Möglichkeit, drei Schulen anzugeben, und wir können über 99% der Wünsche auch erfüllen. Diejenigen Eltern, die so überzeugt sind zu wissen, welche Schule gut ist und welche nicht, können sich ja ihren Wunsch erfüllen und die Schule, die sie für die beste halten, angeben. Ich bin viel an den Schulen, und ich sehe, dass unsere Schulen, namentlich die Sekundarschulen, alle eine ausgezeichnete Qualität aufweisen. Dass sie teilweise leicht abweichende Schülerpopulationen haben, ist auch kein Geheimnis. Aber die Schulen gehen auf diese Schülerinnen und Schüler ein und tun das Bestmögliche, damit die Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Volksschule eine Lehrstelle finden oder in eine weiterführende Schule können. Das klappt und deshalb bitte ich Sie, diesen mechanistischen Menschenbildvorstoss abzulehnen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Auch dieses Thema ist sehr spannend. Ich bin für diese Motion. Ich finde ein Ranking gut.

Viele Eltern schicken ihre Kinder nach Basel-Landschaft in die Schule. Dieses Thema müssen wir behandeln.

*Beat Braun (FDP):* Ich weiss, die Chancen sind schlecht, dass meine Motion durchkommt. Regierungsrat Conradin Cramer hat gesagt, wir würden von schlechten Schulen reden und das System herabsetzen. Das ist nicht wahr. Wir haben in Basel sehr gute Schulen. Es gibt aber auch mittelmässige und schlechte Schulen. Es wurde gesagt, der Ruf von Schulen werde so ruiniert. Das sagt implizit aus, dass es sehr grosse Unterschiede zwischen den Schulen gibt. Ich weiss nicht, wovor Sie Angst haben. Wenn die Schulen gut sind und gute Arbeit leisten, dann wird das Resultat in Ordnung sein. Überall werden Leistungen gemessen, alle Universitäten befinden sich in einem Ranking. Es gibt ein Ranking zur Standortqualität der Kantone, die ETH macht ein Ranking zu den Gymnasien. Die Schüler werden schliesslich über die Noten auch gerankt. Und nur bei den Schulen soll das nicht gehen.

Bei Kindern und Eltern spricht sich schon längstens herum, welche Schulen gut und welche schlecht sind. Eine Gerüchteküche ist nicht wirklich dienlich, denn es stimmen sicher nicht alle Dinge, die erzählt werden. Und das finde ich schlimmer als eine offizielle Transparenz. Wenn ein Vergleich der Leistungen vorliegen würde, dann wäre das ein Ansporn für die schlechteren Schulen, um besser zu werden. Sie könnten dann auch auf die Unterstützung aus der Politik zählen. Das wäre auch ein Argument für die Schulleitung, Massnahmen einzufordern, damit die Schule wieder besser wird.

Es erzeugt Druck, das ist richtig, aber es ist ein positiver Druck. Wenn sich ein Schulsystem nicht bewährt, dann muss man es anpassen oder sogar abschaffen. Heute ist es ein Blindflug für Politiker, Eltern und Kinder. Wir wissen nicht, ob sich die Schulen positiv oder negativ entwickeln. Ich habe viel gehört zur Chancengleichheit. Wenn es nicht transparent ist, werden die Kinder blind auf eine Schule geschickt und es gibt eine Durchmischung. Aber heute ist diese Chancengleichheit überhaupt nicht gewährleistet. Ich möchte ein Beispiel anführen, von dem ich persönlich betroffen bin. Meine Tochter geht ins Schulhaus Sandgruben, hat sich für das pädagogische Konzept entschieden. Sie hat gute Noten, kommt dann ans Gymnasium Münster. Dort gibt es einen Repetitionstest, und sie schafft keine Note über 2.5. Das wurde diskutiert. Man wird ans Elterngespräch eingeladen, und dann heisst es, sie komme halt vom Sandgruben, da sei der Rückstand zu gross. Das ist doch keine Chancengleichheit. Von den Kindern, die auf ihrer Stufe waren, haben acht von zehn das Gymnasium nicht geschafft, obwohl sie vorher einen Notenschnitt von 5.5 hatten. Natürlich hört man sich dann für das zweite Kind um, er geht nun ins De Wette-Schulhaus, eine tolle Schule. Er wird seine nächsten Schritte machen.

Wenn etwas gemessen wird, kann es verbessert werden. Wenn man es nicht misst, weiss man nicht, wo ansetzen. Grundsätzlich wollen wir ja alle das gleiche, nämlich gute Schulen für unsere Kinder. Wir wollen die Schulen unterstützen, die Probleme haben. Darum braucht es eine transparente Auslegeordnung und Massnahmen.

Ich bin gespannt, welche konkreten Vorschläge diejenigen Parteien, die jetzt Nein stimmen, bringen werden, auf welchen Grundlagen sie Massnahmen ergreifen wollen, um den schwachen Schulen zu helfen. Ich bitte Sie, die Motion zu überweisen.

### Zwischenfrage

*Annina von Falkenstein (LDP):* Kann man nur etwas messen, wenn die Resultate transparent offengelegt werden?

*Beat Braun (FDP):* Nein, man kann es auch messen und nicht transparent machen. Aber man muss sich überlegen, was man transparent macht, oder warum man etwas nicht transparent machen will. Das würde wohl in der Antwort der Regierung erwähnt.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**11 Ja, 81 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 354, 16.11.22 10:57:57]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 22.5399 ist **erledigt**.

## 5. Motion Erich Bucher und Konsorten betreffend keine Kleinpensen in der Volksschule

[16.11.22 10:58:16, ED, 22.5400.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 22.5400 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Die LDP-Fraktion lehnt auch diese Forderung der FDP ab und zwar aus folgenden Gründen.

Wir finden es eine sehr mutige Forderung, ein Mindestpensum zu deklarieren in Zeiten, in denen wir langsam Schritte zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf machen. Gerade im Lehrpersonenberuf ist es sehr gut möglich, das Pensum zu reduzieren. Oft stocken diese Personen dann auch wieder das Pensum auf, wenn die Kinder grösser sind, wenn andere Projekte weniger wichtig werden, wenn ich den Aussagen aus meinem Umfeld von Lehrpersonen trauen darf. Leider war dieser Punkt in der schriftlichen Anfrage von Sandra Bothe von diesem Sommer nicht enthalten. Es wäre sicher spannend, dies mit Zahlen belegt zu haben.

Uns überrascht, dass die FDP einerseits den Lehrermangel anspricht, andererseits aber mit solchen Forderungen riskiert, dass gewisse Lehrpersonen vielleicht den Beruf ganz niederlegen und dann nicht mehr einsteigen, weil sie sich auf ein anderes Modell einigen, so etwa nur für die Familie da zu sein oder den Kanton zu wechseln. Deshalb sind wir gegen eine solche Regelung, und wir haben uns gewundert, dass nicht nachgefragt wurde, wie es denn den Schulleitungen geht, die die Pensen legen. Haben diese Personen ein Problem damit, ein Pensum voll zu bekommen, weil alle Personen so niedrige Pensen haben? Gibt es einen Mangel an Klassenlehrpersonen, weil dort die höheren Pensen geeigneter sind?

Die Herangehensweise, einfach ein Mindestpensum zu fordern, scheint uns etwas unsensibel angesichts des Drucks, der auf den Lehrpersonen lastet, angesichts der vielen Arbeit. Das scheint uns der falsche Ansatz zu sein und wir bitten Sie,

diese Motion abzulehnen.

*Joël Thüring (SVP):* Auch meine Fraktion bittet Sie, diesen Vorstoss nicht zu überweisen. Vom Grundsatz her teilen wir die Ansicht der FDP, dass es richtig ist, dass es nicht zu viele Wechsel gibt im Unterricht. Aber wir glauben nicht, dass dieser Vorstoss der richtige Weg ist. Bereits heute ist es nicht ganz einfach, Lehrpersonen zu finden, die eine Anstellung beim Kanton eingehen wollen. Wir würden damit das Problem noch zusätzlich verschärfen, wenn wir plötzlich sagen würden, dass es ein Mindestpensum von beispielsweise 50% braucht. Es kann durchaus Sinn machen, dass Lehrpersonen ein kleineres Pensum haben, das hängt auch von den Fächern ab, die diese Lehrpersonen unterrichten. Und dann ist es aus unserer Sicht auch nicht dramatisch für das Kind, weil das Kind ja nur wenige Lektionen pro Woche bei dieser Lehrperson hat. Deshalb ist der Gedanke des Vorstosses zwar richtig, aber hier verfehlt er tatsächlich die Wirkung.

Der Lehrberuf muss attraktiv gestaltet werden. Das hat auch meine Vorrednerin gesagt, es ist sicher ein Bereich, wo es teilweise sinnvoll ist, kleinere Pensen anzubieten. Gerade bei den Klassenlehrpersonen ist es sicherlich sinnvoll, wenn sie ein eher höheres Pensum haben. Das ist aber, so wurde uns berichtet, meistens ohnehin der Fall, also trifft es tatsächlich eher auf die anderen Fächer zu, wo diese Kleinpensen gar kein Problem sind, sondern im Gegenteil für die Planung der Arbeitspläne sinnvoll ist. Deshalb sind wir schon der Überzeugung, dass diese 50%-Hürde falsch wäre. Es ist auch etwas seltsam, dass diese Forderung von der FDP kommt, denn besonders liberal ist das nicht.

Wir bitten Sie also, diesen Vorstoss nicht zu überweisen. Wir wünschen uns selbstverständlich, dass in den Klassen eine Kontinuität besteht, dass nicht zu viele Lehrpersonen auf die "gleichen Kinder losgelassen werden", aber wir glauben auch nicht, dass dies eines der grössten Probleme in unserem Bildungswesen ist. Deshalb scheint uns dieser Vorstoss nicht notwendig zu sein und wir bitten Sie, ihn nicht zu überweisen.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Die Grünliberalen sehen sich mit der Frage konfrontiert, welche Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen gelten sollen, um motiviert Kinder und Jugendliche zu unterrichten. Die erste Frage ergibt weitere Fragestellungen, nämlich nach den verschiedenen Perspektiven des Schulpersonals, beispielsweise der Schulleitungen sowie der Lehrpersonen. Jedenfalls heizt der Lehrpersonenmangel die öffentliche Diskussion über den idealen Beschäftigungsgrad für das Schulpersonal an. Stimmen sehen die Lösung darin, den Beschäftigungsgrad zur Bekämpfung der Problematik zu erhöhen. Das klingt logisch. Für jede 100%-Stelle, die aufgeteilt wird, braucht es mehr Fachpersonen, die die Stelle ausfüllen. In der Konsequenz müssen mehr Fach- und Lehrpersonen ausgebildet werden.

Die Fragestellung kann aber auch nach Ansicht der GLP nicht isoliert betrachtet werden. Die Einführung eines Mindestbeschäftigungsgrads von 50% hat direkte Auswirkungen auf das Handeln von Lehrerinnen und Lehrern und somit in der Folge auf die Schulentwicklung. Befürchtungen sind unter anderem, dass mit einer Einführung von einem Mindestbeschäftigungsgrad die Schulentwicklung schwieriger würde, weil mehr Motivationsarbeit nötig wäre. Die Beschwerden über die Arbeitsbelastung würden grösser, was eine Minderung der Arbeitszufriedenheit beim Schulpersonal auslösen würde - ein Rattenschwanz. Aus der Perspektive der Lehrpersonen könnte man deshalb argumentieren, dass sich die Arbeitsbedingungen kontinuierlich verschlechtern und die politisch geforderte Pensenerhöhung als geringe Wertschätzung auslegen. Die Umsetzung der Forderung würde schlussendlich auf die Arbeitsmoral drücken. Aus der Perspektive der Schulleitung könnte man hingegen ausführen, dass durch ein Minimumbeschäftigungsgrad direkte Vorteile entstehen. Beispielsweise, wenn Lehrpersonen dadurch mehr Präsenzzeit vor Ort hätten, würde nicht nur der Austausch und die Schulentwicklung erleichtert werden, sondern auch das Problem der Stellvertretungen besser lösbar. Zudem wäre die direkte Führungsspanne kleiner und die Pensenlegung einfacher. Damit würde der Zeitaufwand für die Organisation und die Administration weniger. Weiter könnte man eine verbindliche Kooperation der Lehrpersonen in den pädagogischen Teams fordern, was die Arbeit im Lehrpersonenteam gewinnbringend gestalten würde. Jede Regel kennt auch Ausnahmen. Die Schulleitungen könnten darauf bauen, dass bei der Umsetzung der Motion Kriterien definiert werden, welche die Vergabe von Kleinpensen mit einem niedrigen Beschäftigungsgrad in bestimmten Fällen weiter zulässt.

Eine weitere gewichtige Perspektive kommt ins Spiel, die der Eltern. Sie monieren nach Meinung der GLP zu Recht, dass je mehr Lehrpersonen Teilzeit arbeiten, desto mehr Bezugspersonen ihre Kinder haben. Angesichts der hohen Bedeutsamkeit der Beziehung in Bezug auf das Lernen ist es wohl auf der Primarstufe angezeigt, dass sich ein Klassenteam aus möglichst wenig Lehrpersonen mit Kleinpensen zusammensetzt. Dies vermittelt den Kindern mehr Stabilität im herausfordernden integrativen Bildungsrahmen.

Regierungsrat Conradin Cramer hat bereits Schritte eingeleitet, um dies durchzusetzen. Deshalb hat die GLP auch Sympathien für diese Motion, in der Fraktionsdiskussion ist man aber zum Schluss gekommen, dass die starre Festlegung eines Beschäftigungsgrads von 50% ein zu weit reichender Eingriff in die Entscheidungsfreiheit und Entfaltung der einzelnen Lehrpersonen wäre, quasi eine staatliche Bevormundung. Die GLP wird hingegen auch nicht müde zu erwähnen, dass es notwendig ist, grundsätzlich darüber nachzudenken, wie die Attraktivität des Lehrberufs an sich gesteigert werden kann. Es ist nicht von allgemeinem Interesse, dass beim Berufswunsch die Möglichkeit der Teilzeitarbeit an erster Stelle steht. Wir werden diese Motion aber klar nicht überweisen.

*Beatrice Messerli (GAB):* Ich möchte noch einige Ergänzungen anbringen. Diese Motion beinhaltet eine Menge an Ungereimtheiten und Ungenauigkeiten. Sie tut so, als ob mit einer Veränderung der Anstellungsbedingungen die Qualität der Schule gesteigert werden könnte und dass dadurch Kontinuität gewahrt wäre. Das stimmt so nicht, denn es hängt nicht ab von der Anzahl Lehrerinnen und Lehrer in der Klasse, sondern davon, ob diese über mehrere Jahre in der Klasse bleiben oder nicht.

Weiter wird in der Motion vom Team-Teaching geredet, das in der Schule grassieren soll. Das wird in Verbindung gebracht mit den Anstellungsprozenten. Team-Teaching ist aber nicht, wenn zwei Lehrpersonen sich das Pensum teilen, Team-Teaching ist, wenn zwei Personen in derselben Stunde im Klassenzimmer stehen und die Klasse als Team unterrichten, ob dies nun zwei Lehrpersonen sind oder eine Lehrperson und eine Logopädin, eine Lehrperson und eine Heilpädagogin, aber es sind dann zwei Personen innerhalb der Stunde in der Klasse anwesend. Das ist das eine. Und wie bereits erwähnt, Konstanz und Kontinuität ist nicht abhängig von der Anzahl Stunden in der Klasse, sondern von der Dauer der Anstellung.

Im Weiteren muss darauf hingewiesen werden, dass es an der Volksschule Unterschiede bei der Schulstufe gibt. Die Sekundarschule hat ein Fachlehrpersonensystem, das heisst, es werden hier Personen eingesetzt, die für bestimmte Fächer zuständig sind und diese unterrichten. Das bedeutet, dass verschiedene Lehrpersonen in der Klasse unterrichten müssen, die können gar nicht zu 100% in der Klasse sein. An der Primarschule wäre es wünschenswert, aber auch dort gibt es Überhänge, das heisst, eine Primarlehrperson, die zu 100% arbeitet, hat mehr Stunden als die Klasse, das heisst, den Überhang muss sie irgendwo anders einsetzen, und das kann nur ein Kleinstpensum in einer anderen Klasse sein. Die Kleinstpensum, das heisst Lehrpersonen, die tatsächlich nur wenige Stunden an einem Standort unterrichten, sind sehr oft von den Schulleitungen gefragt, weil mit diesen Personen Lücken gefüllt werden können, die anders nicht zu besetzen wären.

Die Schülerinnen und Schüler sind dankbar, wenn sie immer die gleichen Lehrpersonen haben und nicht zu viele, da sind wir uns einig. Aber das liegt nicht daran, ob es verschiedene Kleinstpensum gibt, sondern daran, wie diese verteilt sind. Das GAB wünscht sich in dieser Frage keine weiteren Regulierungen und meint, das müsste den Standorten überlassen sein, die ja aufgrund der Teilautonomie durchaus in der Lage sind, bestimmte Kriterien aufzustellen und sich damit auseinanderzusetzen. Wir wollen keine gesetzliche Regelung. Auch wenn das zum Teil abgestritten wird, sind wir der Meinung, dass es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen Kleinstpensum und Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt. Wir möchten auf keinen Fall, dass der Staat hier eingreift und vorschreibt, mit wie vielen Prozenten eine Schule Lehrpersonen anstellen kann. Es würde die Autonomie der Schule verletzen und es würde vor allem zu Problemen führen, gute Lehr- und Schulpensum zu gestalten.

Wir lehnen diese Motion ab und möchten Sie bitten, dasselbe zu tun.

*Brigitte Gysin (die Mitte/EVP):* Die Fraktion die Mitte/EVP sieht durchaus, dass es möglicherweise Konstellationen gibt, in denen es in Klassen etwas zu wenig konstant oder unruhig im System gibt, wenn sehr viele Lehrpersonen mit kleinen Pensum ein Team bilden. Auf der anderen Seite ist die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sehen, die eine gewisse Flexibilität bei Pensum notwendig macht. In diesem Spannungsfeld zwischen dem Anspruch nach Konstanz, nach Ruhe im System und nach Flexibilität je nach Lebenssituation scheint uns die Motion als ein sehr verbindliches Instrument und auch die Art, wie die Forderung formuliert ist, zu starr. Wir denken, dass es sowohl bei der Problematik des Lehrpersonenmangels wie auch der Frage der pädagogischen Begleitung der Klassen verschiedene Ansätze zur Verbesserung gäbe, dass man hier einen breiteren Fächer aufturn müssten. Wenn wir an die Betreuung der Klassen denken, könnte man statt der Forderung nach einem Mindestpensum mit einer starren Regelung auch überlegen, ob es eine Möglichkeit gäbe, je nach Schulstufe eine maximale Anzahl Lehrpersonen pro Klasse zu definieren.

Mit der Motion in der vorliegenden Form ist es nicht möglich, in einer grösseren Breite Optionen zu prüfen und zur Diskussion zu stellen, und darum lehnen wir als Fraktion die Motion in dieser Form ab.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Es wurde gesagt, dass diese Forderung eher mutig sei, ich möchte noch einen Schritt weiter gehen und sagen, sie ist wagemutig in Zeiten des Fachkräftemangels. Ich möchte betonen, was viele Sprecherinnen und Sprecher schon gesagt haben, die Lehrpersonen mit Pensum unter 50% leisten eine unverzichtbare wesentliche Arbeit, wenn sie ab morgen nicht mehr arbeiten dürften, könnte ich morgen die Schule schliessen. Es geht nicht ohne diese Lehr- und Fachpersonen in kleineren und auch in Kleinstpensum.

Ich möchte nun aber nicht weiter gegen die Motion argumentieren, da die Ausgangslage einigermaßen klar ist. Ich möchte aber noch zwei Gedanken anbringen, die möglicherweise auch im Sinn der Motionäre sind. Selbstverständlich brauchen wir eine ausgeglichene Mischung. Wir brauchen an den Schulen zahlreiche Lehrpersonen, die bereit sind, 80% oder 100% zu arbeiten. Das ist wesentlich für die Kontinuität, auch für die Entwicklung eines Kollegiums. Gleichzeitig ist es natürlich für die Schülerinnen und Schüler wichtig, dass sie konkrete Ansprechpersonen haben. Die Vielfalt allerdings ist kein Problem, sie ist willkommen. Es geht einfach um die gute Balance.

Als Arbeitgeber ist der Kanton natürlich sehr interessiert, dass Lehrpersonen ihre Pensum aufstocken, dass Lehrer, die jetzt 30% oder 40% arbeiten, auf 50% oder 60% aufstocken. Wir reden hier sehr oft von Frauen mit Kindern oder von Frauen, die nach einer Kinderpause zurück in den Unterricht kommen. Hier sind wir gefragt als Arbeitgeber, dass wir ein attraktives Arbeitsumfeld bieten können, das Frauen aber selbstverständlich auch Männern ermöglicht, schneller zurückzukommen, mit einem höheren Pensum zurückzukommen oder ein tieferes Pensum schneller wieder aufzustocken. Wir sind daran hoch interessiert in Zeiten des Fachkräftemangels.

Ein wesentlicher Teil ist auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als derjenige, der auch verantwortlich ist für die vorschulische Betreuung, habe ich natürlich auch ein Interesse, dass wir ein System der Kinderbetreuung haben in unserem Kanton, das ermöglicht, dass junge Eltern schneller und vielleicht mit einem höheren Pensum wieder in den Beruf zurückkehren können und dazu werden wir sehr bald im Grossen Rat diskutieren können, was wir zusätzlich investieren wollen in die Kinderbetreuung, die dann wiederum helfen soll, den Fachkräftemangel zu beheben.

Diese Motion ist nicht das richtige Instrument, auch wenn ich gewisse Gedanken durchaus nachvollziehen und teilen kann. Ich bitte Sie, auf die Motion nicht einzutreten.

*Erich Bucher (FDP):* Angesichts des Lehrermangels aber auch, um möglichst grosse Kontinuität im Schulalltag zu schaffen, ist für Lehrpersonen an der Volksschule grundsätzlich ein möglichst hoher Beschäftigungsgrad anzustreben. Der Kanton Genf hat mit einer entsprechenden Regelung sehr gute Erfahrungen gemacht. Meine Enkelkinder leben in dieser Region. Die Mehrheit der Lehrpersonen im Kanton Genf hat Pensen weit über 50%. Wieso hier im Grossen Rat das Genfer Modell nie zur Diskussion gestanden ist, obwohl wir genau das fordern, bleibt mir schleierhaft.

Ein Reallehrer und Berufsschullehrer schrieb in der NZZ vom Juli 2022: "Schüler und Eltern wünschen sich Konstanz in den Schulen." Während vor einigen Jahren eine Lehrperson allein für seine Klasse verantwortlich war, grassiert heute das Team-Teaching. Es kann entlasten, verwischt aber oft die Grenzen bei den Kompetenzen. Keine Lehrkraft dürfte mit einem Pensum von unter 80% eingestellt sein. Ein Mindestpensum von 50% hat nebst der Reduktion des Lehrermangels auch weitere positive Aspekte. Die Schüler profitieren von mehr Konstanz und von reduziertem Personenwechsel im Klassenzimmer. Dies führt klar zu eindeutigeren Bezugspersonen. Die Kinder wissen, wer für sie zuständig ist. Da weniger Personen für eine Klasse zuständig sind, reduziert sich auch der Übergabeaufwand und reduziert die Lehrkräfte vom administrativen Aufwand.

Ich könnte noch weitere solche Argumente einbringen, aber lassen wir das. Verschiedene Parteien nutzen immer wieder den Kanton Genf als den progressivsten Kanton. Ausgerechnet bei unserem Vorstoss scheint aber die Genfer Variante keine gute Idee zu sein, dabei ist der Vorstoss dazu da, die Lage für die Schüler aus den sozial schwächeren Gesellschaftsschichten zu verbessern, weniger Kontaktpersonen, einfachere und klarere Strukturen und klarere Verantwortlichkeiten.

Angesichts der Kreuztabelle bin ich sehr überrascht, dass das hoch gelobte Genfer Modell bei der Ausbildung nicht gelten soll. Es ist offensichtlich, dass dieses auch qualitativ besser ist, sind doch die Pisa-Werte von Genf deutlich besser als diejenigen von Basel. Überweisen Sie diese Motion, damit der Regierungsrat dazu berichten kann.

#### Zwischenfrage

*Tim Cuénod (SP):* Sie haben Genf erwähnt. Ist Ihnen bekannt, wie hoch der Einstiegslohn für Primarlehrerinnen und Primarlehrer im Kanton Genf ist?

*Erich Bucher (FDP):* Ja, der ist angeglichen, der ist höher als bei uns, aber das ist ja nicht die Diskussion. Das könnte eine der möglichen Antworten der Regierung sein.

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### Ergebnis der Abstimmung

**8 Ja, 83 Nein.** [Abstimmung # 355, 16.11.22 11:22:38]

#### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 22.5400 ist **erledigt**.

## 45. Anzüge 1 - 11

[16.11.22 11:22:53]

### 1. Anzug Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend kein Stolpergraben zwischen Dorfkirche und Dorfsaal - Erweiterung des Planungserimeters für die neue Tramhaltestelle Riehen Dorf

[16.11.22 11:22:55, BVD, 22.5393.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5393 entgegenzunehmen.

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 22.5393 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## 2. Anzug David Jenny und Konsorten betreffend Berufsbildung für Lehrpersonen

[16.11.22 11:23:42, ED, 22.5401.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5401 entgegenzunehmen.

*Franziska Roth-Bräm (SP):* beantragt Nichtüberweisung.

Der Anzug verlangt eine Berufsschule für Abgängerinnen und Abgänger der Sekundarstufe 1. Nach der obligatorischen Schulzeit sind die jungen Menschen 15, 16 Jahre alt und sollen dann also in die Ausbildung zur Lehrperson gehen können, zwar eine Schule, aber eine Schule, die praxisnah sein soll. Junge Menschen sollen dann also vor Klassen stehen und unterrichten, selbstverständlich eng angeleitet von der Klassenlehrperson, die sich dann nebst den Kindern ihrer Klasse auch noch um die auszubildende Jugendliche kümmern muss.

Wenn die jungen Lehrpersonen dann mit Anfang 20 fertig ausgebildet sind, haben sie dann allein eine Klasse zu führen und sich mit anspruchsvollen Eltern auseinanderzusetzen. Die Schule hat sich stark weiterentwickelt und Schulegeben ist komplex und bedeutend anspruchsvoller geworden.

Sie hören es, die SP-Fraktion hat ganz grosse Fragezeichen. Wir befürchten, dass wir mit einer solchen Ausbildung eine ganze Reihe junger Menschen, die sich für den Lehrberuf interessieren, verheizen und dann das Gegenteil bewirken. Auch da kann ich aus der Praxis berichten. Unsere Schule ist eine Partnerschule der FHNW und wir bilden angehende Lehrpersonen aus. Diese jungen Menschen sind alle über 20 Jahre alt und wir erleben in jedem Schuljahr, dass Auszubildende ihre Ausbildung abbrechen, weil sie überfordert sind, sich den Anforderungen des Schulegebens nicht gewachsen fühlen. Wir lösen den Lehrpersonenmangel nicht, wenn wir einfach jüngeren Menschen die Verantwortung für Klassen übergeben und diese dann einfach früher nicht mehr mögen und aussteigen.

Ein zweiter Kritikpunkt ist die Abwertung der unteren Stufe der Primarschule. Kleine Kinder brauchen nicht so hoch qualifizierte Lehrpersonen, das suggeriert der Anzug, und das ist falsch. Gerade in den unteren Stufen sollten eigentlich die bestens qualifizierten Lehrpersonen tätig sein, weil gerade auf den untersten Stufen das Fundament für die gesamte Bildung der Kinder gelegt wird. Würde der Anzug eine grössere Praxisnähe der Ausbildung an der FHNW fordern, würde er mehr Dozierende mit Praxiserfahrung in den Klassenzimmern fordern, würde er, wenn es eine Alternative zur FHNW geben müsste, eine Ausbildung an einer höheren Fachschule, aber auch im Tertiärbereich fordern, dann könnte die SP-Fraktion den Vorstoss unterstützen. Sollte der Anzug, wie es aussieht, überwiesen werden, dann bitte ich den Regierungsrat, die Ausbildung zur Lehrperson im Tertiärbereich zu stärken und nicht eine Baustelle auf Sekundarstufe 2 zu eröffnen.

Ich beantrage, den Anzug nicht zu überweisen.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Der Ruf nach mehr Praxisbezug im Lehrberuf ist seit Jahren gross und zieht sich durch alle Ebenen, von den Studierenden über die Lehrpersonen, Schulleitungen bis in die Politik. Allen ist klar, ein praxisfernes Studium erfüllt die Anforderungen an die Berufsbildung von Lehrpersonen unzureichend. Diese Botschaft ist angekommen, und deswegen unterstützen wir den Anzug. Wir sehen es als Gelegenheit, über den Tellerrand zu blicken, Ideen zu entwickeln und zu prüfen. Hingegen ist die GLP der Meinung, dass die inhaltliche Forderung nach einer berufsbildenden Ausbildung, wie im Vorstoss formuliert, so kaum umsetzbar ist. Die Regeln für die berufliche Grundausbildung, die an die Sekundarschule 1 anschliesst, werden in Bundesbern gemacht. Eine Möglichkeit wäre wohl der Ausbau der Berufsfachschule mit einer Fachklasse Pädagogik EFZ. Eine vollschulische vier- bis fünfjährige berufsbildende Ausbildung, die theoretische wie auch praktische Inhalte vermittelt, dies in Form von mehrwöchigen Praktika. Ich denke, so etwas schwebt den Anzugstellenden vor.

Der andere Weg würde über die Berufslehre zur Lehrperson EFZ führen. Neben dem Besuch der Berufsschule fände sie im Betrieb statt. Das berufliche Werkzeug der Lehrperson ist das Unterrichten. Sollen also jugendliche 15-Jährige tatsächlich ihre berufspraktische Ausbildung an Schulen erwerben und dabei Kinder unterrichten, die nur etwas jünger sind als sie selbst? Mit einem Wissensstand, der nur leicht über demjenigen der Schülerinnen und Schüler liegt? Können Lehrpersonen neben ihrer herausfordernden Tätigkeit die verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen, Berufslehrlinge zu begleiten und fundiert auszubilden? Ob Berufsfachschule oder Lehre zur Lehrperson EFZ, beide Wege führen meiner Meinung nach nach Bern.

Ein Basel-Alleingang ist nicht möglich und daher nach Meinung der GLP auch nicht die Antwort auf die bestehende Problematik. Potenzial sehen wir hingegen bei der Weiterentwicklung der Fachrichtung Pädagogik an der Maturitätsfachschule, beispielsweise durch die Einführung eines mehrwöchigen Praktikums in der Abschlussklasse zum Erlangen der Fachmaturität im Kanton Bern ist dies bereits obligatorisch. Gemeinsam mit Grossratskolleginnen und -kollegen habe ich für die Prüfung dieses Anliegens einen Anzug eingereicht, wir freuen uns über weitere Unterstützung, wenn das Geschäft behandelt wird.

Die FMS Pädagogik gehört zu den allgemeinbildenden Schulen und setzt sich schwerpunktmässig während vier Jahren fokussiert mit pädagogischen Inhalten auseinander. So gesehen ist sie bereits eine berufsbildende Schule. Aufgrund der

Komplexität des Lehrberufs, der stetig wachsenden Anforderungen an ein anspruchsvolles Berufsbild sowie der notwenigen breiten Allgemeinbildung sind wir Grünliberalen klar der Ansicht, dass die Ausbildung zur Lehrperson auch in Zukunft auf der Tertiärstufe stattfinden soll, also noch Abschluss der Sekundarstufe 2. Wir würden uns aber für das Berufsbild eine Attraktivitätssteigerung wünschen, insbesondere auch um dem Lehrpersonenmangel entgegenzuwirken, eine erfolgreiche abgeschlossene Berufsmaturität könnte der Grundstein dafür sein. Deshalb sind wir offen für die barrierefreie Zulassung beispielsweise zu einem neuen Studiengang Kindergarten. Wenn Studenten über die Berufsmaturität im Bereich Soziales verfügen. Unserer Meinung nach sollte diese Möglichkeit im Bildungsraum Nordwestschweiz geprüft werden. Erfahrungen zeigen auch, dass die vierkantonale Trägerschaft dazu führen kann, dass rasche Anpassungen wie etwa die Stärkung der beruflichen Orientierung, der Ausbildung nur längerfristig und bei einem breiten Konsens zu erreichen sind. Aus unserer Sicht wäre eine mögliche Antwort darauf, dass neben dem Studium an der pädagogischen Hochschule der FHNW ergänzend auch private Institutionen die Ausbildung für Lehrpersonen auf der Primarstufe als Hochschulstudiengang anbieten können. Kleinere Institute sind flexibler, können rascher auf Herausforderungen reagieren und spezifisch ausgerichtete Berufsausbildung auf der Tertiärstufe anbieten. Ein erfolgreiches Beispiel hierfür ist das Institut Unterstrass in Zürich. Die GLP fände es deshalb interessant, die Rahmenbedingungen im Kanton Basel-Stadt zu klären und damit auch private Institutionen die Ausbildung für Lehrpersonen für die Primarstufe anbieten können.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Wir können uns in sehr vielen Punkten der SP anschliessen. Man kann durchaus diskutieren, ob der Lehrberuf zu akademisiert ist, ob zu wenig berufliche Erfahrung aktuell in der Praxis vorhanden ist, und man kann aus unserer Sicht dementsprechend auch diskutieren, ob man vielleicht den Studiengang an der PH anpassen sollte, ob man alternative Voraussetzungen prüfen sollte für eine Zulassung zum Studium. Aber was Sie hier wollen ist eine Berufsschule nach der Sekundarstufe 1, dass man also mit 16 Jahren diese Berufsschule starten kann und dann mit 20 Jahren fertig ist. Da frage ich mich schon auch im Hinblick auf die Berufserfahrung, auf Lebenserfahrung, wo der Mehrwert ist, wenn man mit 20 Jahren eine Primarklasse leiten soll. Wo haben die neue Lehrerinnen und Lehrer mehr Berufserfahrung? Was wollen Sie genau? Wollen Sie eine neue Lehre installieren auf kantonaler Ebene?

Dieser Vorstoss ist ziemlich ungenau und unfundiert formuliert, man weiss nicht genau, was man will und wo der Mehrwert ist, man weiss nicht, wo das Verhältnis ist zur aktuellen PH, warum überhaupt jemand auf die PH gehen soll, warum man überhaupt noch eine PH benötigt. Dies kommt von einem Anzugsteller, der sonst überall das Haar in der Suppe findet. Wir sind durchaus bereit, darüber zu diskutieren, was eine Primarlehrperson benötigt, welche berufliche Erfahrung sie braucht, welche akademisierte Qualifikation notwendig ist, aber dann sollte man das wirklich im Gesamthaften anschauen und nicht diese Hauruckübung mit der Berufslehre machen. Das macht aus unserer Sicht keinen Sinn und ist auch mit anderen Kantonen nicht abgesprochen.

Dementsprechend bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen, wir sind aber offen für weitere Diskussionen in diesem Bereich.

*Beatrice Messerli (GAB):* Mein Vorredner hat gewisse Bedenken, die ich durchaus auch habe, trotzdem sind wir eher der Meinung, dass man diesen Anzug überweisen könnte. Aber die Kritik ist sehr berechtigt, vor allem ist der Anzug nicht sehr durchdacht, und viele Fragen bleiben offen. Aber nach einer Podiumsveranstaltung hier im Grossratssaal müsste diesem Anzug zugestimmt werden, denn die Kritik an der jetzigen Ausbildung an der PH war unüberhörbar. Das Stichwort "Verakademisierung" fiel relativ häufig und die Praxisferne der Ausbildung wurde ebenfalls heftig kritisiert. Aber was ist damit gemeint? Es geht gar nicht so sehr darum, dass die Studierenden zu wenig Praxis erleben, sondern dass die Ausbildung in den verschiedenen Fach- und Sachgebieten zu wenig praxisorientiert sei. Dies gelte vor allem in der allgemeinen Didaktik, aber auch in der mangelnden Verknüpfung von Fachdidaktik und Unterrichtspraxis. Das ist eine Kritik, die seit Jahren immer wieder zu hören ist und seit ebenso vielen Jahren kritisiert wird.

Das hängt damit zusammen, dass eine Strukturreform an der PH stattfand und viele Lehrpersonen, die damals mit einem schulischen und praxisbezogenen Hintergrund an der PH unterrichtet haben, nicht mehr weiterbeschäftigt und durch wissenschaftlich ausgebildete Personen ersetzt wurden. Der vorliegende Anzug möchte nun zu einer Ausbildung zurück, wie es sie an verschiedenen Seminaren oder pädagogischen Instituten angeboten wurde und der Zugang zumindest teilweise ohne Matura möglich war. Allerdings gab es damals schon Zugangskriterien, entweder ein qualifiziertes MOS oder DMS-Diplom, was in etwa der heutigen Fachmatura entspricht. Oder aber mindestens ein zehntes Schuljahr für den Eintritt in eine Ausbildung.

Einen direkten Einstieg in die Berufsausbildung nach der Sekundarstufe 1 - da sind wir mit den Vorrednern einig - scheint uns zu früh, wenn damit gemeint wäre, bereits als Unterrichtende einzusteigen. Die Jugendlichen wären damit überfordert und die Begleitlehrpersonen ebenfalls. Es müsste mindestens ein zehntes Schuljahr und/oder ein Praktikum in einem pädagogischen Berufsfeld angeräumt werden, und darauf müsste eine allgemeinbildende Berufslehre erfolgen und damit meinen wir Fächer unterrichtet werden, damit diese in der Schule erfolgreich unterrichtet werden können. Das, bevor überhaupt daran zu denken ist, die Lernenden in ein Klassenzimmer zu lassen.

Wir meinen, dass es angesichts der Lehrpersonenknappheit durchaus sinnvoll sein könnte, eine alternative oder dritte Möglichkeit neben Regelausbildung und Quereinsteigenden anzubieten. Die Regierung wäre extrem gefordert, ein Modell auszuarbeiten, das die Mängel des vorliegenden Anzugs ausmerzt und eine echte Alternative zur bestehenden Ausbildung wäre. Es müsste überlegt werden, wo und in welcher Form eine solche Ausbildung angeboten werden könnte, um die Einwände, die von meinen Vorrednerinnen und meinem Vorredner gemacht wurden, dahin zu führen, dass ein gutes Konzept ausgearbeitet wird. Denn wie bereits gesagt, angesichts der steigenden Schüler:innenzahlen braucht es dringend

mehr ausgebildete Lehrpersonen, damit wir nicht irgendwann auch in Basel mit nicht ausgebildeten Personen Lücken füllen müssen. Und kantonale Ausbildungsangebote, das wissen wir spätestens seit den Weiterbildungsangeboten während der OS-Einführung, können durchaus bestehen und führen dann später doch zu anderen Anstellungen.

Ich bin so eine Fachlehrerin. Ich habe nach dem zehnten Schuljahr zwei Jahre eine Berufsausbildung gemacht an der Berufs- und Frauenfachschule, und danach ein Jahr Seminar, und ich stand mit gut 20 Jahren das erste Mal im Klassenzimmer. Zugegeben, es war nicht ganz einfach, aber ich habe es überlebt, die Kinder auch. Es ist möglich, wenn auch nicht einfach.

*Brigitte Gysin (die Mitte/EVP):* In der Fraktion die Mitte/EVP sehen wir viele der genannten Bedenken auch, und wäre der vorliegende Vorstoss eine Motion, dann hätten wir wahrscheinlich ein Minus in der Tabelle. Wir haben aber ein Plus in der Tabelle, weil wir denken, dass es gut ist, gerade im Bereich der Lehrerbildung out of the box zu denken. Generell in der ganzen Ausbildungslandschaft ist zu beobachten, dass überall ein Studium der Königsweg ist. Dass nun hier ein Vorschlag kommt, in eine Gegenrichtung zu gehen und zu schauen, ob es auch einen anderen Weg in den Lehrberuf gäbe, scheint uns sinnvoll zu sein. Im Anzug ist vielleicht manches noch etwas zu hemdsärmelig und undifferenziert, aber weil es ein Anzug ist, kann die Regierung bei der Beantwortung zeigen, wo es vielleicht nicht so einfach ist, wie es auf den ersten Blick scheint, wo man andere Varianten prüfen müsste. Ein Anzug verlangt zu prüfen und zu berichten. Womöglich kommt heraus, dass es ein untauglicher Vorschlag ist, dann haben wir nicht so viel verloren. Vielleicht tun sich auch Wege auf, die hier einer breiteren Gruppe von jungen Menschen den Weg zum Lehrberuf eröffnen. Und diese Chance sollten wir ergreifen und diesen Anzug darum überweisen.

*David Jenny (FDP):* Kurz zusammengefasst ist das Anliegen des Anzugs: Wir wollen mehr Beatrice Messerlis an den Schulen. Die Zensuren von Hobbyoberlehrer Messerli nehme ich gerne und gedrückt entgegen. Brigitte Gysin hat es gesagt, ein Anzug ist ein Anzug, und wir bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten und dann möglichst wohlwollend Zensuren zu erteilen. Ich bin schon erstaunt, dass eine Partei, die immer gegen die Akademisierung ankämpft, dies hier nicht prüfen will. Das Argument, dass ein gewisser Altersabstand sein muss, ist richtig, aber bei meinen Altersgenossen im Kanton Bern konnte man sich früher entscheiden, ob man den Abschluss mit Matura oder Primarlehrerpatent will. Viele haben sich für das Primarlehrerpatent entschieden und wurden dann auf Schülerinnen und Schüler im Alter von etwa 20 Jahren losgelassen, und mir sind auch dort nicht sehr viele bleibende Schäden bekannt. Die von Ihnen, die Militärdienst geleistet haben, wissen, dass man diesen zu unterschiedlichen Zeiten beginnen kann, und dann kann es sein, dass die Korporale oder Leutnants gleichaltrig oder jünger waren. Bei den Pfadis ist das Motto Junge leiten Junge, da sind in sehr verantwortungsvollen Positionen während zwei Wochen Sommerlager die Leiter ein oder zwei Jahre älter. Bitte unterschätzen Sie unsere Jungen nicht, Sie haben es auch heute zu Beginn der Sitzung gesehen. Ich bitte wirklich, dass der Regierungsrat hier seine Phantasie entfaltet, dass er weitere Wege aufzeigt, wie man in den Lehrer- und Lehrerinnenberuf einsteigt. Bitte geben Sie sich einen Ruck und unterstützen Sie diesen Anzug.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**44 Ja, 45 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 356, 16.11.22 11:46:06]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5401 ist **erledigt**.

### **3. Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Weiterbildungsgutscheine für Lehrabgängerinnen**

[16.11.22 11:46:25, ED, 22.5402.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5402 entgegenzunehmen.

*David Wüest-Rudin (GLP):* beantragt Nichtüberweisung.

Bei diesem Anzug geht es um Weiterbildungsgutscheine. Das finden wir eine sehr gute Idee, ein tolles Anliegen. Es ist auch ein Anliegen der Grünliberalen, solche Weiterbildungsgutscheine einzuführen. Warum haben wir in der Kreuztabelle ein Minus eingegeben? Weil dieses Anliegen bereits deponiert und beim Regierungsrat in Arbeit ist. Es gab vor einem Jahr etwa einen breit abgestützten Vorstoss aus Kreisen der Grünliberalen, der wurde ohne Gegenstimme angenommen. Es ist der Vorstoss 21.5299. Dieser Vorstoss hat genau das gefordert, was nun dieser Anzug will, aber umfassender. Es



ging bei diesem Vorstoss aus GLP-Kreisen um Weiterbildungsgutscheine generell, also für alle möglichen Anspruchsgruppen bzw. solche, bei denen solche Weiterbildungsgutscheine effizient eingesetzt werden können. Warum die FDP nun mit einem Vorstoss kommt, der einen Teilaspekt dieses Anliegens aufgreift, ist uns unklar.

Wenn wir den Vorstoss überweisen, könnte ein ungünstiges Signal gesendet werden, weil eben dieser Vorstoss nur auf Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger zielt und nicht so umfassend ist wie der bestehende Vorstoss. Es wird das Signal senden, dass man das Ganze auf Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger eingrenzen soll. Das möchten wir nicht. Es gibt auch Menschen, die nicht direkt von der Lehre kommen, schon länger im Beruf sind und die auch eine Weiterbildung sehr sinnvoll einsetzen könnten. Und für diese sollten Weiterbildungsgutscheine auch sein. Auch für ältere Personen, Personen über 50 und die sich umorientieren wollen. Auch für diese sollten Weiterbildungsgutscheine einsetzbar sein. Aber natürlich sollen sie auch für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger sein.

Wie gesagt, die Idee ist gut, aber der Vorstoss wurde schon ohne Gegenstimme überwiesen. Ein weiterer Grund, warum wir dagegen sind, ist, dass wir die Verwaltung nicht zusätzlich beschäftigen möchten. Wenn Sie nun gemäss Kreuztabelle den Anzug der FDP trotzdem überweisen, dann würden wir das gerne so verstehen, dass der Anzug 21.5299 umfassend ausgearbeitet wird, aber mit einem spezifischen Fokus auf Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, dass diese besonders behandelt und berücksichtigt werden bei der Beantwortung des bereits überwiesenen Anzugs.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, den Anzug abzulehnen.

*David Trachsel (SVP):* Ich erkläre kurz das Minus der SVP-Fraktion. Im allerweitesten Sinne wird es ja darum gehen, dass wir eine sehr hohe Maturitätsquote im Kanton Basel-Stadt haben. Im interkantonalen Vergleich schneiden wir sehr schlecht ab. Regierungsrat Conradin Cramer hat sehr tapfer das Unterrichtsniveau verteidigt, wenn man aber das schlechte Abschneiden im kantonalen Vergleich mit der sehr hohen Maturitätsquote paart, dann ist klar, dass etwas wirklich nicht stimmt.

Dass man dieses Problem nun lösen will, indem man an einem ganz anderen Ort ansetzt, nämlich bei der Weiterbildung der Lehrabgängerinnen und -abgänger, ist für uns falsch gedacht. Die Weiterbildung von Lehrabgängern an sich stellt uns kein Problem dar, dass man dort eingreift mit Weiterbildungsgutscheinen nach dem Giesskannenprinzip, empfinden wir aber als falsch. Deshalb haben wir das Minus eingegeben.

*Oliver Bolliger (GAB):* Das grünalternative Bündnis unterstützt den Anzug, weil wir die Idee von Weiterbildungsgutscheinen als begrüssenswert erachten. Wir haben jedoch einige Fragezeichen hinter ein paar Punkten im Text gesetzt. So durchlässig und chancengerecht, wie sich hier die FDP wünscht, präsentiert sich die Berufsbildung in der Realität nicht. Der Zugang ist je nach sozialer Schicht, Geschlecht, Migrationshintergrund und natürlich der Berufswahl nicht für alle gleich, bei einige bestehen deutlich mehr Hürden, die überwunden werden müssen.

Das Problem in der gesellschaftlichen Tiefenbewertung der Berufsbildung lässt sich sicher nicht durch einen noch exklusiveren Zugang zur Matura erwirken, sondern mit einer Neuausrichtung der Berufsbildung. Vielleicht müssten wir uns auch mal Gedanken darüber machen, ab welchem Alter bzw. unter welchen Bedingungen sinnvollerweise eine Lehre begonnen werden sollte und welche Vorselektionierung aufgrund Schulnoten tatsächlich immer zielführend sind. Von Lehrmeistern weiss ich auch, dass zum Beispiel ein späterer Beginn wünschenswert wäre, da heutzutage für eine Berufsbildung teilweise auch andere Qualifikationen notwendig sind. Gerade in der Pubertät sind zwei Jahre Altersdifferenz hinsichtlich Reife manchmal doch viel.

Trotzdem, das GAB ist für die Überweisung des Anzugs, weil die Prüfung von Weiterbildungsangeboten in der Berufsbildung explizit doch eine sehr gute Idee ist.

*Brigitte Gysin (die Mitte/EVP):* Die Mitte/EVP hat einerseits eine gewisse Skepsis, dass man Steuergelder einfach in Gutscheine umsetzt. Das würde uns eigentlich dazu bewegen, nicht zu überweisen. Andererseits sehen wir, dass wir Jahr für Jahr enttäuscht sind über die Quote der Schulabgänger, die eine Berufslehre ergreifen. Und auch wenn 2021 ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist, was ja verheissungsvoll ist, so kann sicher nicht von einer Trendwende gesprochen werden. Wir sind nach wie vor am überlegen, was noch getan werden kann, dass sich hier etwas verändert. Selbstverständlich ist ein Weiterbildungsgutschein für Berufslehrlern nicht das einzige Rezept, das alle Probleme löst, aber es scheint auf der Suche nach Möglichkeiten, die Attraktivität der Berufslehre zu steigern, eine Option, die man prüfen kann und die vielleicht einen Beitrag leisten kann. Darum sind wir für die Überweisung dieses Anzugs.

*Mark Eichner (FDP):* Anders als beim vorangegangenen Anzug geht es nicht darum, eine neue Berufsbildung zu schaffen, sondern bestehende Berufsbildungsabgänger zu motivieren, in den Lehrberuf zu wechseln. Ich danke für den Hinweis auf den bestehenden Anzug, der bereits in Arbeit ist. Ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat mit der Entgegennahme des Anzugs die beiden Anzüge zusammen prüfen und darüber berichten wird. Ich bitte Sie, den Anzug zu überweisen.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**72 Ja, 17 Nein.** [Abstimmung # 357, 16.11.22 11:56:09]

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug 22.5402 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### Schluss der 37. Sitzung

12:00 Uhr

---

### Beginn der 38. Sitzung

Mittwoch, 16. November 2022, 15:00 Uhr

## Mitteilungen

[16.11.22 15:00:15]

*Jo Vergeat, Grossratspräsidentin:* Ich begrüsse Sie zur heutigen Nachmittagssitzung und habe folgende Mitteilung zu machen:

### Rücktritt

Nicole Kuster hat den Rücktritt als Richterin am Strafgericht auf den 13. Dezember 2022 erklärt.

Die gesetzliche Frist von sechs Monaten gemäss § 64 GOG wurde nicht eingehalten. Der Grosse Rat hat die vorzeitige Beendigung des Amtes zu bewilligen.

Erhebt sich dagegen Widerspruch?

Das ist nicht der Fall. Sie haben den Rücktritt auf den gewünschten Termin bewilligt.

Ich danke dem Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

## 4. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Kenntnis der Unterrichtssprache als Grundlage

[16.11.22 15:01:10, ED, 22.5403.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5403 entgegenzunehmen.

*Heidi Mück (GAB):* Zeitstempel

beantragt Nichtüberweisung.

Der vorliegende Anzug ist einer der weniger gelungenen aus dem Strauss der Schulvorstösse der FDP. Der Anzug ist ein richtiger Gemischtwarenladen und stellt drei verschiedene Forderungen. Eine ist überflüssig, eine lehnen wir ab und eine will etwas prüfen lassen, das es schon gibt.

Zur überflüssigen Forderung: Der Anzug verlangt die beschleunigte Umsetzung einer Motion, die mit einer Frist bis 18.12.2023 an den Regierungsrat überwiesen wurde. Der Regierungsrat muss als bis in rund einem Jahr eine entsprechende Vorlage ausarbeiten. Man kann jetzt die beschleunigte Umsetzung verlangen, aber seien wir ehrlich, das bringt ja nun wirklich nichts.

Zu dem Teil, den wir ablehnen: Der Anzug verlangt die Wiedereinführung von Fremdsprachenklassen. Das kommt für uns nicht in Frage. Wir lehnen die Schaffung von separaten und separierenden Klassen für Kinder, die noch nicht so gut Deutsch können, ab. Eine solche Massnahme würde wirklich die integrative Schule in Frage stellen. Das wollen wir nicht. Lieber bauen wir das Angebot der DaZ-Kurse aus, aber das steht ja nirgends im Anzug und ist wohl auch nicht die Absicht.

Zum letzten Anliegen: Der Anzug verlangt auch noch die Prüfung von Unterrichtsangeboten in der Muttersprache für Schülerinnen und Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Diese Angebote gibt es doch schon seit Jahrzehnten, das sind die HSK-Kurse. Was will man denn da noch prüfen? Bei den HSK-Kursen gibt es aber tatsächlich schon lange Verbesserungsbedarf, schon lange fordern wir die Integration dieser Kurse in das Unterrichtsangebot der staatlichen Schulen und die Ausbildung, Anstellung und fachliche Begleitung der HSK-Lehrpersonen durch das ED. Aber dazu steht auch nichts im Anzug, und ich befürchte, dass die FDP wohl kaum eine solche Forderung unterstützen würde.

Erstens überflüssig, zweitens kontraproduktiv, drittens schon erfüllt - aus all diesen Gründen lehnen wir den Anzug ab.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Ich darf sagen, es wird nicht sehr anders klingen als bei Heidi Mück. Wie die Anzugstellenden sind die Grünliberalen der Meinung, dass die Kenntnisse der Unterrichtssprache Deutsch von hoher Bedeutung für den Staat, in der Schule und im persönlichen Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler sind. Seit 2013 ist die Deutschförderung für Vorschulkinder mit wenig Deutschkenntnissen obligatorisch in Basel.

Basierend auf einem Vorstoss ist die Regierung aktuell daran, weitere Massnahmen zur Sprachförderung im Frühbereich zu erarbeiten. Wir bauen darauf, dass der Fokus der Erarbeitung der Vorlage auch auf der Dringlichkeit liegt. Den Anzug zu überweisen, um den Prozess zusätzlich zu gewichten, erachten wir Grünliberalen nicht als notwendig.

Weiter wollen die Anzugstellenden prüfen lassen, ob für die Deutschförderung beim Primarschuleintritt die Schaffung von speziellen Einführungsklassen notwendig sind. Die GLP ist der Ansicht, dass wir mit Überweisung der Motion Zappalà bereits ein Gefäss zur Berichterstattung an den Regierungsrat überwiesen haben. Im Grundsatz vertritt die GLP aber die Ansicht, dass sich der Wert der Sprache in jungen Jahren schnell entwickelt, ausserdem können Kinder auch lesen und schreiben lernen, die noch nicht so gut Deutsch sprechen. Zudem, es steigt nicht nur der Anteil an Kindern mit Deutsch als Zweitsprache, die eigentlich eine Sprachförderung brauchen, sondern auch der Anteil an Kindern mit Deutsch als Erstsprache. Um alle Kinder unabhängig von ihrer Erstsprachen abzuholen, die dem Sprachgebrauch hinterherhinken, bedienen wir sie besser mit der Aufstockung des Deutschförderunterrichts oder mit einer Anpassung der Stundentafel. Das wäre mal eine brisante Forderung.

Was wir Grünliberalen hingegen sehr begrüssen würden, wäre die grössere Gewichtung des Deutschen als Zweitsprache im Kindergarten. Vorstellen können wir uns eine intensive integrative Deutschförderung durch eine geschulte Lehrperson. Eine solche Massnahmen würde effektiv eine Lücke im System schliessen. Die Prüfung eines solchen Vorschlags ist aber nicht Gegenstand dieses Vorstosses.

Auf die Frage der Anzugstellenden, wie die Angebote ausgestaltet werden können, die nicht deutschsprachigen Kindern ermöglichen, die Grundzüge der eigenen Muttersprache schulisch zu erwerben, hat die Regierung schon diverse Male ausgeführt, beispielsweise in der Richtung 3. Juni 2020 zum Anzug Benz betreffend Teileingliederung des HSK-Unterrichts. Dort steht geschrieben, dass der Kanton Basel-Stadt mit seinen Leistungen weit über die EDK-Empfehlung hinausgeht, Aktuell finden Unterricht im Kanton Basel-Stadt in rund 40 Herkunftssprachen statt. Das ED stellt dafür nicht nur unentgeltlich Schulraum zur Verfügung, sondern bindet HSK-Lehrpersonen in eigene Projekte ein. An der diesjährigen Migrantinnen- und Migrantensession wurde mir mit Freude erzählt, wie gut die Zusammenarbeit funktioniert. Ich sehe darum aktuell keine Notwendigkeit, die Ausgestaltung des HSK-Unterrichts weiter zu prüfen.

Die Grünliberalen teilen die Ansicht, dass die Förderung der Erstsprache einen hohen Stellenwert hat, sind aber der Meinung, dass der Kanton Basel-Stadt diesem Umstand bereits Rechnung trägt. Aus den dargelegten Gründen sehen wir diesen Anzug als bereits erledigt an und werden ihn deshalb nicht überweisen.

*André Auderset (LDP):* Es wird Sie bei Durchsicht der Kreuztabelle erstaunen, dass wir ein Minus eingegeben haben, der Überweisung also nicht zustimmen wollen, obwohl es sich doch eigentlich fast um einen Durchsetzungsantrag handelt, wird doch eine Motion, die schon seit längerem hängig ist, hier zur beförderlichen Erfüllung empfohlen. Wir sind eigentlich dafür, auch wenn uns hier die Ricola-Frage etwas fehlt "Wer hat es erfunden?" Die Motion war nämlich von Patrizia von Falkenstein. Aber wie Heidi Mück zu Recht sagt, gibt es noch ein Jahr Zeit, um dies zu tun, und wir sind etwas geduldiger als die FDP und sind bereit, dem Regierungsrat die nötige Zeit zu geben, um diese Durchführung zu machen.

Wir finden diese Motion gut und hoffen, dass wir in einem Jahr eine gute Antwort bekommen. Wir sehen aber keinen Grund, hier zuzustimmen und warten gespannt, wie der Originalvorstoss in einem Jahr beantwortet wird.

*Franziska Roth-Bräm (SP):* Ich muss Heidi Mück auch Recht geben. Sie hat sehr gut dargelegt, was dieser Anzug beinhaltet und was daran schwierig ist. Trotzdem kommt die SP-Fraktion zu einem anderen Schluss und möchte den Anzug überweisen. Ein Teil des Anzugs ist erfüllt, das ist richtig, einen Teil können wir, wie Heidi Mück, nicht zustimmen. Die SP-Fraktion ist aber für Überweisung des Anzugs, weil er einerseits noch einmal die Stärkung der HSK-Kurse verlangt und weil er die frühe Deutschförderung stärken soll. Und in diesem Zusammenhang ist für uns ganz entscheidend, dass die Spielgruppen, die einen grossen Teil der frühen Deutschförderung leisten und entsprechend wichtig für die Schulen und für uns als Gesellschaft sind, gestärkt und unterstützt werden und als Teil dieses Bildungsangebots anerkannt werden. In diesem Bereich gäbe es noch einiges zu tun. Darum erwarten wir mit der Überweisung dieses Anzugs, dass im Bereich der Spielgruppen eine Besserung erreicht werden kann.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ich kann mich meinem Vorredner und meinen Vorrednerinnen anschliessen. Wir hätten zwar grundsätzlich diesen Anzug überweisen, wenn der letzte Satz nicht dastehen würde, nämlich dass noch mehr Fremdsprachen angeboten werden sollen. Wir sind nicht dafür. Wenn man das hochrechnen würde, bräuchte es ja 50 bis 60 verschiedene Sprachen, die angeboten werden müssten, alles im Kleinstpensum. Ich wäre gespannt, wie man das umsetzen würde, wenn man Lehrpersonen etwa für Usbekisch anstellen müsste und dies in einem 50%-Pensum für zwei Schülerinnen und Schüler. Das ist aus unserer Sicht nicht durchdacht.

Wir sind dafür, dass in erster Linie Deutsch als Sprache gefördert wird, wir sind aber auch der Meinung, dass das bis jetzt sehr gut gemacht wird. Dementsprechend braucht es diesen Anzug in dieser Form nicht.

*Brigitte Gysin (die Mitte/EVP):* Ich möchte erklären, warum die Fraktion die Mitte / EVP dafür ist. Inhaltlich stimmen wir Franziska Roth zu, und vielleicht ist die Mitte / EVP von der Geduld her eher bei der FDP als bei der LDP.

*Luca Urgese (FDP):* Heute Morgen haben wir alle ein Exemplar der UNO-Kinderrechtskonvention erhalten. Darin festgeschrieben ist unter anderem auch das Recht auf Bildung auf Grundlage der Chancengleichheit. Wenn wir über diesen Anzug diskutieren, sprechen wir genau über diese Chancengleichheit. Die Sprache ist hierfür eines der wichtigsten Instrumente. Wer gar nicht erst versteht, was im Unterricht vermittelt wird, hat nicht die gleichen Chancen.

In Basel-Stadt besteht aus unserer Sicht in diesem Punkt Handlungsbedarf, und zwar nach wie vor, trotz der sehr anerkennenswerten Bemühungen des ED, da wir in unserem Kanton einen besonders hohen Anteil an Kindern haben, die nicht deutscher Muttersprache sind. Hierbei sind zwei Aspekte wichtig. Erstens ein ausreichendes Sprachniveau in Deutsch. Dieses ist unerlässlich, um dem Unterricht folgen zu können. Zweitens braucht es ausreichende Kenntnisse der eigenen Muttersprache.

Der vorliegende Anzug nennt deshalb die folgenden drei Elemente: Erstens einen Schub für die Umsetzung der Motion Patricia von Falkenstein. Diese Motion wurde vor drei Jahren sehr deutlich in diesem Saal überwiesen, aber mit jedem Jahr, in dem die entsprechenden Massnahmen noch nicht umgesetzt wurden, verschlechtern sich die Chancen eines Jahrgangs. Ich bitte Sie um Verständnis, wenn wir etwas ungeduldiger sind als unsere geschätzte Schwesterpartei.

Zweitens fordern wir Einführungsklassen. Wir haben heute Vormittag bereits ausführlich über Einführungsklassen diskutiert. Fehlende Sprachkenntnisse führen zu Unruhe im Klassenzimmer. Egal wie man zur integrativen Schule steht, die integrative Schule kommt durch diese permanente Unruhe an ihre Grenze. Das müssen wir vermeiden. Und deshalb muss der sprachliche Rückstand so rasch wie möglich, so gut wie möglich aufgeholt werden, um die Chance dieser Kinder zu erhalten.

Drittens fordern wir Unterrichtsangebote in der Muttersprache. Für den Unterricht sind vielmehr die Deutschkenntnisse wichtig, deshalb ist diese Forderung vielleicht etwas kontraintuitiv, aber wie wir aus der Bildungsforschung wissen, vereinfacht das Grundverständnis der Muttersprache den weiteren Spracherwerb und somit den Erwerb von Deutschkenntnissen. Es wäre schön, wenn sich die SVP inhaltlich damit auseinandergesetzt hätte, statt einfach mit dem Argument des 50%-Pensums zu kommen. Da der Vorstoss heute Morgen sowieso nicht überwiesen wurde, hat sich das auch erübrigt.

Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug zu überweisen, damit auch Kinder nicht deutscher Muttersprache bessere Chancen haben und die Qualität der Bildung generell, davon sind wir überzeugt, gesteigert werden kann, weil man sich schneller auf die Inhalte konzentrieren kann und diese von den Kindern auch verstanden werden.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**43 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 358, 16.11.22 15:17:34]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5403 ist **erledigt**.

## **5. Anzug Salome Bessenich und Johannes Sieber betreffend Sicherstellung von Grünflächen im Kleinbasel während der Baustelle Rheintunnel auf der Dreirosenanlage**

[16.11.22 15:20:07, BVD, 22.5414.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5414 entgegenzunehmen.

*Tonja Zürcher (GAB):* beantragt Nichtüberweisung.

Ich beantrage Ihnen Nichtüberweisung dieses Anzugs, nicht weil die Forderungen falsch sind, sondern weil sie reine Symptombekämpfung sind und ohnehin selbstverständlich sein sollten. Und klar, wenn der Rheintunnel gebaut wird, dann muss die nicht benutzbare und zerstörte Dreirosenmatte vollständig ersetzt werden. Falls! Inzwischen gibt es nämlich berechtigte Zweifel daran, dass der geplante Autobahnausbau gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchgesetzt werden kann. Anfangs Jahr hat sich ein schweizweites Bündnis gegen den Autobahnausbau gebildet, letzte Woche wurden über 26'000 Unterschriften gegen diesen Ausbau eingereicht, und es ist absehbar, dass mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit das Referendum ergriffen wird, wenn die Bundesparlamente die über 4 Milliarden, die beim nächsten Autobahnausbau geplant sind, gegen den klaren Bevölkerung durchwinken wollen.

In allen direkt betroffenen Städten gibt es inzwischen Widerstand. Die Stadt Bern hat Einsprache eingereicht gegen den Spurausbau Dreiholz, weil die massive Kapazitätserweiterung zu mehr Verkehr und mehr Emissionen im Grossraum Bern führen wird und im Widerspruch zur Klimastrategie des Bundes steht. Zur Erinnerung, beim Bund gibt es das Netto-Null-Ziel 2050. Basel könnte also durchaus noch ein bisschen weiter gehen. Auch in St. Gallen hat kürzlich das Parlament einen Vorstoss für einen Planungsstopp überwiesen, die Stadtregierung muss dem Bund und dem Kanton nun klar machen, dass die Stadt keinen Autobahnzubringer mitten in der Stadt will. Neue Strassen sind keine Lösung für die heutigen Verkehrsprobleme. So hat die GLP in St. Gallen ihren Widerstand gegen den Autobahnausbau begründet. Und sogar in Schaffhausen gibt es langsam Widerstand, wenn auch etwas leiser im Vergleich zu den anderen Städten, aber ich bin überzeugt, auch da wird es noch spürbarer werden.

Hier in Basel? Der Grosse Rat hat vor zwei Jahren dem Regierungsrat eine Motion überwiesen, die verlangt, dass sich der Regierungsrat nachweisbar für den Rückbau der oberirdischen Osttangente einsetzt. Der Bau des Rheintunnels ist also nur dann akzeptabel, wenn die oberirdische Osttangente zurückgebaut wird. Hinzu kommt, dass vor zwei Jahren die Bevölkerung die Änderung des Umweltschutzgesetzes angenommen hat, in dem klar steht, dass der Autobahnausbau auf Kantonsgebiet nur zulässig ist, wenn die ganze Kapazität auf dem übrigen Strassennetz kompensiert wird.

Sie sehen, es ist durchaus umstritten. Wir können das ganze an den Wurzeln anpacken, anstatt Symptombekämpfung zu machen. Aktuell laufen die Informationsveranstaltungen des Bundesamts für Strassen zum Rheintunnel, nicht nur hier in Basel, sondern auch in Muttenz und Birsfelden, da haben die Veranstaltungen bereits stattgefunden. Das Unverständnis und der Ärger gegenüber dem Projekt sind auch dort in den betroffenen Quartieren sehr gross. In Birsfelden würden Familiengärten zerstört oder Gewerbetreibende ständen vor dem Aus, weil ihnen wegen dem Rheintunnel die Baurechtsverträge gekündigt wurden.

Wenn es nach dem Willen des Bundesrats geht, sollen zukünftig doppelt so viele Autos und Lastwagen durch Basel fahren. Nun kann man sagen, das ist ja alles nicht so schlimm, es handelt sich ja um den Rheintunnel, es fährt alles unten durch und hat nichts mit uns zu tun. 70% des Verkehrs auf der Osttangente sind Ziel- oder Quellverkehr, das heisst, es fährt vorher oder nachher durch die Stadt Basel, durch unsere Quartiere, und bringen mehr Lärm und Emissionen mit. Eine Verdoppelung der Autobahnspuren bringt mehr Platz und noch mehr Möglichkeiten, noch mehr Autoverkehr in die Stadt zu bringen. Es wird wieder einfacher, mit dem Auto durchzukommen, man bleibt nicht im Stau stecken, es gibt weniger Anreize, den ÖV zu nehmen oder Fahrgemeinschaften zu bilden. Man kann einfach wieder drauflosfahren. Die Folgen ganz klar, es gibt noch mehr Verkehr, noch mehr Autos, noch mehr Lärm und noch mehr Abgase in der Stadt. Wie das mit der Klima- und Mobilitätsstrategie der Regierung übereinstimmen soll, ist mir schleierhaft.

Wir lehnen den klimaschädlichen und für die Stadt äusserst belastenden massiven Autobahnausbau ab und begnügen uns nicht mit reiner Symptombekämpfung. Deshalb wird sich das GAB enthalten.

### **Zwischenfrage**

*Johannes Sieber (GLP):* Haben Sie nun zu diesem Anzug gesprochen oder nicht?

*Tonja Zürcher (GAB):* Wie ich ausgeführt habe, ist der Anzug an sich richtig aber reine Symptombekämpfung. Uns geht es um den Grundsatz, dass der Rheintunnel schon gar nicht gebaut werden soll.

*Beda Baumgartner (SP):* Das Quartier, über das wir sprechen, hat einen Anteil von Grünflächen von 12,4%, am drittwenigsten der ganzen Stadt. Vorher kommen noch die Altstadt Grossbasel und die Altstadt Kleinbasel. Wenn wir uns das verdeutlichen, wissen wir und merken wir, wie tief der Anteil der Grünflächen in diesem Quartier ist und wie wichtig es ist, dass man diese Grünflächen so gut wie möglich erhält. Es handelt sich auch um das am dichtesten besiedelte Quartier der Stadt Basel.

Den Anzug, der Ihnen hier vorliegt, kann man schon als Symptombekämpfung abtun, wie es Tonja Zürcher gemacht hat. Aber ich finde, es wird dem Anliegen, das im Anzug formuliert ist, nicht ganz gerecht. Die Pläne für den Tunnel sind sehr konkret, der Widerstand wächst, da bin ich einverstanden, doch die Pläne sind konkret. Die Pläne zu den Ersatzflächen, zur Kompensation, sind enorm unkonkret. Womit ich angesichts des Votums von Tonja Zürcher Probleme hatte war die Aussage, dass der Anzug dazu führt, dass der Tunnel schneller gebaut wird oder kein Widerstand mehr möglich ist. Lesen Sie den Anzug! Es geht darum, dass es entsprechende Ersatzmassnahmen geben soll und vor allem dass die Dimension der Baustelle, wenn sie denn kommt, reduziert wird und alle Möglichkeiten, inklusive einer Übernahme allfälliger Mehrkosten durch den Kanton übernommen werden. Und dass es lückenlos mindestens im Umfang der wegfallenden Flächen gleichwertige Alternativen gibt.

Ich wohne in diesem Quartier. Ich möchte heute nicht diesen Anzug heute nicht überweisen, weil ich gegen den Rheintunnel bin. Wenn dann der Rheintunnel kommt, versteckt sich die Regierung mit halbherzigen Entlastungsmassnahmen, tut nur das Minimum, und dann sagt man, wir hätten halt den Rheintunnel verhindern müssen. Dann stehe ich gerne hier als Vertreter der Symptombekämpfung. Denn wenn Symptombekämpfung heisst, die Lebensqualität auch nur ein bisschen zu erhalten oder auszubauen, oder die Regierung bezüglich der Grünflächen unter Druck zu setzen, dann mache ich das gerne. Denken Sie daran, 12,5% Grünflächen in diesem Quartier, und bis jetzt ist das, was wir von der Regierung gehört haben, einfach nicht hieb- und stichfest.

Dementsprechend kann man den Druck erhöhen und sagen, dass wir damit nicht zufrieden sind. Wir führen hier keine Grundsatzdiskussion über den Rheintunnel. Ich kann vollständig verstehen, dass man das für eine Verkehrsplanung aus dem letzten Jahrhundert hält und für ein Verständnis von Mobilität, das eigentlich nicht mehr in diese Zeit passt. Damit bin

ich einverstanden. Aber ich bin nicht einverstanden, wenn man diesen Anzug, der vielleicht eine kleine Hebelwirkung Richtung Regierung bewirkt, nicht unterstützen will, weil man gegen Symptombekämpfung ist.

Ich bitte Sie wirklich, auch als Vertreter dieses Quartiers, diesen Anzug zu überweisen und dafür zu sorgen, dass wir, falls diese Baustelle kommt, wenigstens die Lebensqualität und die Möglichkeiten für die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Quartiers möglichst erhalten können. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

*Lorenz Amiet (SVP):* Vor einem Monat hat hier jemand gesagt, wenn Beda Baumgartner und ich in die gleiche Kerbe hauen, dann wird es gefährlich. Nun haue ich schon wieder in die gleiche Kerbe wie er. Ich kann mich sehr kurz fassen, er hat das Wesentliche gesagt. Politik ist nicht immer logisch, dessen wurde ich vor fünf Minuten bewusst. Tatsache ist, der Rheintunnel wird gebaut, wenn Bern das will. Und als Grosser Rat haben wir keinen Hebel, um das zu verhindern. Wir können vielleicht laut schreien, wir können uns auf Autobahnen festkleben, den Bau verhindern können wir nicht. Aber was wir tun können ist, dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung im betroffenen Quartier während der Bauzeit einen gewissen Ersatz erhält für den Unbill, den sie zu erleiden hat. Mehr wird hier nicht verlangt. Die Motion ist moderat formuliert, und deswegen können wir diese mit sehr gutem Gewissen unterstützen.

*Salome Bessenich (SP):* Wir haben viel über den Rheintunnel gehört, wir haben auch etwas über das Kleinbasel gehört. Ich möchte wiederholen, was Beda Baumgartner gesagt hat. Es ist hier die Frage des Rheintunnels ganz bewusst ausgeklammert. Diese Diskussion werden wir noch führen, in unseren Parteien. Es gibt jene, für die der Rheintunnel ein rotes Tuch ist, für andere ist ein einzelnes kritisches Wort am Rheintunnel ein ebenso rotes Tuch. Ich führe diese Diskussionen gerne und ich habe auch eine differenzierte Meinung dazu.

Aber während wir über Sinn und Unsinn des Tunnels diskutieren, plant das ASTRA munter weiter. Und es ist schon sehr konkret. 2029 bis 2040 ist Schritt für Schritt durchgeplant, und ich sage Ihnen ganz ehrlich, als ich die Folien an dieser Infoveranstaltung gesehen habe, war ich wirklich erschrocken, wie konkret die ganze Planung ist. Darum haben wir diesen Anzug eingereicht. Denn egal wie es kommt mit dem Rheintunnel, für das Quartier soll vorgesorgt sein. Denn wir wollen nicht das Nachsehen haben.

Der Anzug richtet sich an die Regierung, die jetzt leider nicht anwesend ist. Der Anzug soll aber auch unsere Regierung in den Verhandlungen und in der Planung gegenüber dem ASTRA den Rücken stärken. Ich möchte noch einmal speziell auf die letzte Forderung des Anzugs eingehen, nämlich dass lückenlos, mindestens im Umfang der wegfallenden Fläche gleichwertige Alternativen in unmittelbarer Nähe sichergestellt werden. Das ist alles andere als Symbolpolitik, das ist eine echt ambitionierte Forderung, eine Forderung, die das Kleinbasel auch braucht. Es ist das Minimum für das Kleinbasel.

Jede Baustelle fordert die Umgebung heraus. Aber diese Baustelle, die zehn Jahre dauern soll, ist wirklich eine massive Einschränkung. Und ich möchte noch einmal an die sechs Kinder erinnern, die heute Morgen hier standen und darum gebeten haben, dass wir sie einbeziehen. Stellen Sie sich zehn Jahre aus dieser Perspektive vor. Stellen Sie sich vor, Sie sind gerade dem Bärenclub beigetreten, und nun ist die Basketballfläche während zehn Jahren geschlossen. Es ist eine ganze Kindheit, eine ganze Jugend ohne diesen Freiraum.

Auch wenn nach diesen vielen Jahren Baustelle dort ein toller neuer Dreirosenpark entstehen soll, für uns ist ganz klar, zehn Jahre ohne diese Dreirosenanlage sind für die Familien und die Menschen im Quartier inakzeptabel. Ich danke Ihnen darum für die Überweisung des Anzugs und die Sicherung eines Minimums an Grün- und Freiraum für die Menschen im unteren Kleinbasel.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**73 Ja, 0 Nein, 17 Enthaltungen.** [Abstimmung # 359, 16.11.22 15:33:43]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 22.5414 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## **6. Anzug René Brigger und Tim Cuénod in Sachen jahrelang leerstehende Häuser und Wohnraumvernichtung**

[16.11.22 15:34:00, PD, 22.5415.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5415 entgegenzunehmen.

*Stefan Suter (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Leerstehende Häuser und Wohnungen sind in Basel kein Massenproblem, jedenfalls nicht zur Zeit. Die Anzugsteller

haben Beispiele genannt, aber deswegen ist das Problem nicht allzu gross. Es gibt gute Gründe für leerstehende Häuser, das haben die Anzugsteller zum Teil auch erkannt, es gibt langwierige Erbteilungsverfahren, es gibt Erbteilungsprozesse. Während dieser Zeit steht eben nicht fest, wer diese Liegenschaft übernehmen kann, und deswegen stehen sie in gewissen Fällen leer. Es gibt Miteigentumsprozesse, man weiss nicht, welcher Miteigentümer das Haus übernimmt, und natürlich gibt es Ehescheidungen. Es sind alles nachvollziehbare Gründe, weswegen gewisse Häuser für eine gewisse Zeit leerstehen, und es ist nicht immer ein böser spekulativer oder sonstiger Hintergrund vorhanden.

Die Anzugsteller erwähnen auch den Ärger, den solche Häuser für die Nachbarn bringen. Es ist vielleicht besser, wenn man auf sein eigenes Haus schaut statt ständig in Nachbars Garten oder Haus. Jedenfalls ist der Ärger eines Nachbarn sicher kein Grund, um die Eigentumsгарantie auszuhebeln und um darum geht es.

Sie haben die Enteignung nicht direkt gefordert, sondern indirekt über ein Genfer Gesetz, das das irgendwie vorsehen würde. Ich habe keinen Grund daran zu zweifeln, wenn Sie das so schreiben, aber selbstverständlich kommt bei dieser Ausgangslage eine Enteignung solcher Liegenschaften für uns überhaupt nicht in Frage. Dasselbe gilt für eine Leerstandsabgabe, also eine Strafsteuer dafür, dass man kein Einkommen erzielt, wobei man zum Teil schon heute entsprechende Steuern bezahlt.

Was aber ganz seltsam erscheint ist der Hinweis, man solle doch Räumungsbegehren von jahrelang leerstehenden Häusern nicht ohne weiteres folgen. Das ist etwas seltsam. Nun haben wir über leerstehende Häuser gesprochen, und leerstehende Häuser muss man ja gar nicht räumen. Also geht es um etwas anderes. Geht es um Hausbesetzungen? Was ist denn hier das Thema?

Wir sind der Meinung, dass die Eigentumsгарantie nicht verletzt werden darf und dass kein konkreter Anlass dazu besteht. Wir bitten Sie deswegen, den Anzug nicht zu überweisen.

*Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis):* Die Frage, was mit leerstehendem Wohnraum geschehen soll und wie wir damit umgehen müssen, beschäftigt uns schon seit vielen Jahren. Sie taucht in regelmässigen Abständen auf. Ähnlich lautende Vorstösse wie der vorliegende Anzug sind in der Vergangenheit regelmässig abgelehnt worden, dies immer mit der Begründung, dass die Eigentumsгарantie nicht verletzt werden darf. Das haben wir vorher auch wieder gehört.

Wir sind anderer Meinung. Eigentum verpflichtet. Und wenn schon seit bald 20 Jahren Wohnraum leergelassen wird beim heutigen tiefen Leerbestand, falls 20 Jahre Erben miteinander streiten oder nicht wissen, was sie planen sollen, oder aus welchem Grund auch immer, dann müssen wir ihnen zu ihrem Glück verhelfen und diesen Wohnraum endlich wieder mit Leben füllen.

Der Vorstoss von René Brigger ist sehr zurückhaltend formuliert. Es ist keine Motion, es werden keine flächendeckenden Enteignungen gefordert. Es wird unter anderem angeregt, das Modell aus Genf zu überprüfen. Der Regierungsrat ist bereit, diesen vorsichtigen und zu nichts verpflichtenden Anzug entgegenzunehmen und wir sind gespannt zu erfahren, wie er diesem Problem entgegen will bzw. was er bis heute dagegen gemacht hat. Ich möchte Sie deshalb bitten, diesen Anzug zu überweisen.

*Michael Hug (LDP):* Es gibt sie auf dem Bruderholz, im Gellert und auch in Bettingen - leerstehende Häuser sind schlecht für das Stadtbild und entziehen der Gesellschaft Wohnraum, wichtigen Wohnraum. Lösungsvorschläge, das Problem leerstehender Wohnungen zu lösen, sind daher sehr willkommen. So sehr ich die Ratskollegen Brigger und Cuénod schätze, so fest muss ich aber auch mahnen, die durch sie vorgebrachten Ideen kritisch zu beurteilen. Die Formulierungen sind immer ganz genau zu lesen. Die vorgebrachten Ideen verlangen, jahrelang leerstehende Häuser durch den Kanton zu enteignen oder zusätzlich mit einer sogenannten Leerstandsabgabe zu besteuern. Als weiteres Werkzeug soll die Räumungspraxis bei Besetzungen verändert werden.

Was gut klingen mag, ist brandgefährlich, denn die Forderungen der Anzugsteller bedeuten einen massiven Eingriff in die Eigentumsгарantie der jeweiligen Eigentümer. Bezüglich des Vorschlags mit der Steuer muss erwähnt werden, dass dessen Umsetzbarkeit sehr aufwändig würde, denn auch das im Anzug zitierte Gutachten sieht diesen Punkt als kritisch an und meint, dass die Steuer nicht über die Besteuerung des Liegenschaftswerts ermittelt werden können, sondern eine losgelöste Steuererhebung durchgeführt werden müsste. Dazu müssten wohl wie beim genannten Beispiel Vancouver alle Immobilienbesitzer die Nutzung ihrer Immobilien nachweisen. Positiv als Konsequenz dieser Forderung ist davon auszugehen, dass der Leerstand, vor allem wenn er allein aus Spekulationsgründen besteht, grundsätzlich unattraktiver würde. Jede Sanktionsregelung schafft jedoch auch Anreize zur Vermeidung derselben. So würde der Leerstand einfach mit planendem Verhalten angepasst. Zudem dürfte eine Leerstandssteuer einen hohen Vollzugsaufwand beim zuständigen Finanzdepartement nach sich ziehen. Die kantonalen Behörden müssten die Meldepflicht und den Leerstand im gesamten Anwendungsgebiet der Leerstandssteuer kontrollieren, was mit den zu erwartenden steuerlichen Mehreinnahmen wohl nicht aufgewogen würde.

Ein solcher Aufwand ist mit der derzeitigen Wohnungssituation nicht zu rechtfertigen, zumal es lediglich einzelne Wohnungen betrifft. Wir bitten Sie also aus genannten Gründen, den Anzug abzulehnen und ermahnen auch die GLP-Fraktion, welche hier für offen plädiert, ihr liberales Gewissen hochzuhalten und hier den Anzug ebenfalls abzulehnen.

*Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP):* Als Einzelsprecher aber im Namen der Fraktion die Mitte / EVP empfehle ich Ihnen, diesen Anzug nicht zu überweisen. Auch wir sind der Meinung, dass wir hier ein eher kleines Problem haben mit einem kostspieligen grossen Lösungsvorschlag, und auch die Eigentumsгарantie halten wir sehr hoch. Natürlich ist es ein grosses Problem, diese leerstehenden Häuser. Aber ganz oft sind tragische Geschichten dahinter. Ich kann sagen, in der

Rheingasse neben unserem Betrieb steht ein Haus seit über 20 Jahren leer, und was der Eigentümer damit bezweckt, kann ich immer noch nicht nachvollziehen. Das ist sehr schade. Aber ein Gesetz zur Enteignung einzuführen, kann ich mir nicht vorstellen, und das würde mehr Ärger verursachen als es Lösungen bringen würde. Wir bitten Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Andreas Zappalà (FDP):* Ich bestreite keineswegs, dass es Fälle von leerstehenden Häusern in der Stadt gibt. Aber es sind nicht Dutzende Liegenschaften, wie es hier im Anzug steht, und es sind schon gar nicht Hunderte von Wohnungen. Wenn Häuser leerstehen, dann handelt es sich vielmals um Kleinliegenschaften, um Einfamilienhäuser. Auch wenn man diese bewohnbar macht, haben wir das Problem mit der Wohnsituation bei uns in der Stadt nicht gelöst.

Ich habe gerade diese Woche mit einem Mitglied telefoniert, welches das Problem hat, dass die Liegenschaft neben seinem Haus seit Jahren leersteht. Diese Liegenschaft wird auch nicht beheizt, und es zeigen sich erste Mängel. Als ich die Person darauf angesprochen habe, dass wir heute das hier diskutieren und welche Ideen hier im Vordergrund stehen, nämlich Enteignung und Steuern, hat sie gesagt, dass es für sie zwar unangenehm sei, dass die Nachbarsliegenschaft leer stehe, aber sie findet, dass man mit solchen Forderungen zu weit geht. Die Liegenschaft wurde offenbar von einem Sohn geerbt, die eine Wohnung ist noch mit den Möbeln der Eltern bestückt. Er hat einfach emotionale Probleme, dass er nicht weiss, was er machen soll, und vor allem will er die Wohnung nicht räumen, weil er dort aufgewachsen ist.

Nun kommen wir und enteignen, oder er muss eine Zusatzsteuer bezahlen oder er darf nicht räumen, wenn eine Besetzung stattfindet. Das geht meines Erachtens zu weit. Auch wenn es Fälle gibt, bei denen auch ich kein Verständnis habe, warum die Liegenschaft leersteht, geht es nicht, dass wir hier so weitreichende Regelungen treffen für ein paar wenige Fälle, bei denen wir finden, dass es nicht angeht, dass die Liegenschaft leersteht.

Aus diesem Grund sind wir gegen Überweisung dieses Anzugs. Auch wenn es nur ein Anzug ist, haben wir das Instrument Anzug ja nicht geschaffen, damit nachher nichts passiert. Jeder Vorstoss, der hier überwiesen wird, verlangt am Schluss irgendwelche Handlungen. Und wenn der Regierungsrat findet, dass man in dieser Sache etwas unternehmen kann, dann wird hier nicht entschieden werden, trotzdem nichts zu tun. Darum sind wir der Meinung, dass auch dieser Anzug gefährlich ist und nicht überwiesen werden darf.

*David Jenny (FDP):* Die Linke suggeriert immer, wir würden in der Schweiz eine Sozialbindung des Eigentums kennen nach deutschem Vorbild. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass wir nicht unter der Herrschaft des Grundgesetzes leben. Diese Sozialbindungsformulierung wurde auch bei der letzten Totalrevision der Bundesverfassung abgelehnt. Natürlich ist das Eigentum nicht schrankenlos, aber immer diese Behauptung in den Raum zu stellen, dass nach Schweizer Verfassungsrecht eine Sozialbindung bestehe, ist falsch. Ich bitte die Linke, dies auch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

*René Brigger (SP):* Es ist interessant zu sehen, welche Emotionen das auslöst. Auch die Presse hat reagiert, und die Basler Zeitung sammelt die seit Jahren leerstehenden Wohnungen. Heute haben wir zwei neue Fälle gehört. Es geht wirklich um Dutzende. Die Hintergründe sind sehr verschieden, das wird anerkannt. Wir könnten hier ein Seminar veranstalten über die Eigentumsgarantie, aber die hier verlangten oder zur Prüfung verlangten Eingriffe wären alle auch nach schweizerischer Eigentumsgarantie problemlos möglich, siehe Genf.

Ich beschäftige mich mit diesem Thema schon länger. Ich erinnere daran, dass wir in Basel 13,5% Wohnungen haben, die nicht Erstwohnsitz sind. Das ist ein grosses Problem. Ich dachte, der Ansatz in Zürich wäre noch höher, doch dort liegt er bei 8 oder 9%. Dieser Anzug ist auch eine Bitte an den Regierungsrat, das zu prüfen und zu berichten, um wie viele Wohnungen und Häuser es geht. Wir haben allein fünf bis sechs Häuser aufgezählt, wir haben heute zwei Beispiele gehört, ich könnte noch weitere ergänzen. Diverse städtische Körperschaften haben im In- und Ausland reagiert, in Österreich, in Vancouver, und haben Massnahmen ergriffen. Dabei geht es um Residenzpflicht, Zweitwohnungen, AirBnb. Das ist für einen Stadtkanton sehr wesentlich. Wir wollen, dass der gebaute Wohnraum der Nutzerschaft zugute kommt.

Wir fordern nicht die Enteignung. Es soll ein Druck aufgebaut werden, wenn die Liegenschaft nach 20 Jahren weitervergammelt. Dann kommt die Verwaltung und schreitet ein, gibt eine Frist, vorwärts zu machen. Das ist doch noch lange keine Enteignung. Es ist vor allem ein Anreiz, diese leerstehenden Liegenschaften zu vermeiden. Es gibt um wenige hundert leerstehende Wohnung, das grössere Problem sind die Zweitwohnsitze. Hier geht es aber zusätzlich um das Stadtbild, das verschandelt wird. Da werden ganze Strassenzüge entwertet, wenn so ein Haus vor sich hingammelt. Daher bitten wir den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, ob es ein Problem darstellt oder nicht. Die Basler Zeitung ist ebenfalls am Recherchieren. Wir füttern die Presse ständig. Dann soll die Regierung in zwei Jahren berichten, was zu machen ist. Wir haben drei mögliche Vorschläge gemacht. Alle drei Vorschläge sind an sich möglich und durchführbar. Ich spreche konkret vom Genfer Modell. Die Steuer ist keine grosse Sache, man kann einfach die Grundsteuer verdoppeln nach einer Vorankündigung. Aber auch das soll die Regierung beantworten, ob das Sinn macht, ob der Aufwand zu gross ist. Es geht mir vor allem um den Anreiz, dass das verhindert wird.

Auch die Leerwohnungsstatistik würde mich schon interessieren. Die Leerwohnungsnummer ist politisch eine wichtige Frage. Das ist auch ein Punkt, den ich gern beantwortet hätte. Ich bitte Sie, den Anzug zur Prüfung zu überweisen, und danach wissen wir mehr und können entscheiden.

*Tim Cuénod (SP):* Ich habe aufmerksam zugehört, was gegen unseren Vorstoss ins Feld geführt wurde. Stefan Suter spricht davon, dass die Eigentumsgarantie in der Bundesverfassung verankert ist. Soweit mir bekannt ist, verstossen das



Genfer und das St. Galler Gesetz nicht gegen die Bundesverfassung. Das hat zumindest niemand behauptet. Daher glaube ich auch nicht, dass man hier behaupten kann, dass dies ein Verstoss gegen die in der Bundesverfassung verankerte Eigentumsgarantie sei.

David Jenny hat Recht, dass wir leider die Sozialbindung des Eigentums in der Schweiz nicht kennen. Allerdings ist auch hier festzustellen, dass wir die Möglichkeit kennen, sie anzuwenden. Wir finden durchaus, dass Eigentum verpflichtet.

Man erhält ja manchmal Reaktionen auf einen Vorstoss. Abgesehen von einzelnen merkwürdigen Drohungen gab es sehr viel Zustimmung. Ich habe noch nie so viel Zustimmung auf einen Vorstoss bekommen, und zwar bis weit ins bürgerliche Lager hinein. Die Leute, die mir im Gellert, im Bruderholz oder sonst wo geschrieben haben, sind wahrscheinlich von ihrer Grundorientierung her nicht gerade revolutionäre Sozialisten. Die Probleme sollten nicht nur wegen der stadtbekanntesten Fälle angegangen werden. Allein im St. Albanquartier gibt es drei weitere Fälle, die uns bekannt sind: Jakob Burckhardt-Strasse 50, St. Alban-Vorstadt 88 aber auch in der Hardstrasse. Es gibt allein im St. Albanquartier mindestens sechs Fälle, die uns bekannt sind. Ich könnte Ihnen noch etliche andere nennen. Die Zahl ist nicht unwesentlich, wir kommen auf 20 bis 30 Gebäude. Ich gehe davon aus, dass es wesentlich mehr gibt, die Fälle sind nicht immer auf den ersten Blick sichtbar. Sie sind sicher nicht im öffentlichen Interesse, aber sie sind auch für die Nachbarschaft höchst unangenehm. Es ist auch unangenehm, wenn es durch die Wand hindurch schimmelt. Andere Hausbesitzer haben gesagt, sie fänden es toll, dass sie Ruhe hätten. Aber das sind Ausnahmen.

Wir sollten uns hier daran orientieren, was im öffentlichen Interesse ist. Niemand hat behauptet, dass das Verlotternlassen von Häusern und Gebäuden im öffentlichen Interesse ist. Dass man auf der bürgerlichen Seite das Eigentumsrecht verteidigt und hoch gewichtet, ist sehr verständlich, aber hier verteidigen sie nicht die Eigentumsfreiheit, sondern ihre nihilistische Komponente, das heisst, das Recht mit dem Eigentum nichts zu tun, das Recht, Eigentum verlottern zu lassen, das heisst, die Seiten des Eigentumsrechts, die für viele Leute nicht verständlich sind. Man kann sich auch rechtssystematisch gewisse Überlegungen machen. Sie dürfen zum Beispiel in gewissen Fällen ihr Eigentum nicht umnutzen und einem anderen Zweck zuführen, aber sie dürfen es verlottern lassen.

Man muss nicht unbedingt sofort mit Enteignung kommen, es gibt in Genf auch nur schon die Drohung der Nutzungsenteignung, das heisst, die öffentliche Hand kann etwas vorübergehend nutzen, bis der Eigentümer ein Gesuch eingereicht hat oder sonst etwas vorhat. Es gibt viele anderen Varianten. Was hier gefordert wird, ist eine Variantenprüfung. Wir bitten den Regierungsrat, mögliche Varianten zu prüfen.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**43 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 360, 16.11.22 15:59:25]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5415 ist **erledigt**.

## **7. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Anreizsystem für Vertikalbegrünung sowie Nistmöglichkeiten für Tiere am Gebäude**

[16.11.22 16:01:00, BVD, 22.5419.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5419 entgegenzunehmen.

*Joël Thüring (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Brigitte Kühne sagt in ihrem Vorstoss, es solle eine niederschwellige Beratung beim Kanton Basel-Stadt eingerichtet werden. Das ist ja gut und recht, aber das wird Geld kosten und zusätzliche Staatsstellen bedeuten. Denn Sie wollen ja, dass die Stadtgärtnerei die Interessierten fachkundig unterstützt, sie entsprechend bei der Fassadensanierung berät und Architektinnen und Architekten, Bauherrinnen und Bauherren tatkräftig unterstützt und über die Pflege der Vertikalbegrünung informiert.

Wie soll das funktionieren ohne zusätzliche Staatsstellen? Sie werden sagen, das gehe schon irgendwie. Nein, das wird nicht gehen. Die Regierung wird dann mehr Budget beantragen. Sie müssen sich bewusst werden, alle diese Vorstösse hinsichtlich Fachstellen, Beratungsstellen, niederschwellige Unterstützungsmöglichkeiten generieren Aufwand beim Kanton. Selbstverständlich kostet es. Denn wenn es nichts kosten würde und keine neuen Personen eingestellt werden müssten, wären ja die Menschen, die heute in der Verwaltung arbeiten, unterbeschäftigt. Das wäre auch nicht im Sinne eines schlanken Staatshaushalts.

Es ist immer sehr sympathisch, wenn man im Bereich von Vertikalbegrünungen und Tierschutz etwas fordert, aber hier ist

vor allem die Privatwirtschaft gefordert. Architektinnen und Architekten können hier ihr Know-how zur Verfügung stellen. Es gibt Fachstellen dafür, es gibt sogar Fachvereinigungen. Das reicht, und der Staat braucht nicht noch zusätzlich eine Rolle spielen. Deshalb ist dieser Anzug, auch wenn er gut gemeint ist, nur im Zusammenhang mit den Vertikalbegrünungen, nicht notwendig und ich bitte Sie, ihn nicht zu überweisen.

*Harald Friedl (GAB):* Ich darf hier auch für die Fraktion der SP sprechen.

Auf meinen Vorredner möchte ich nicht eingehen, das wird Brigitte Kühne zur Genüge tun können. Ich möchte nur ganz kurz sagen, die Fraktionen SP und GAB unterstützen diesen Anzug natürlich. Wir sind immer für Massnahmen, die die Auswirkungen des Klimawandels, die auf uns zukommen, bekämpfen, sinnvoll und dringend sind. Ich möchte in diesem Sinn auch noch darauf hinweisen, dass ein Anzug von Thomas Grossenbacher pendent ist. Wir glauben, dass der Anzug von Brigitte Kühne weitere Unterstützung leistet, dass vorwärts gemacht wird, insbesondere bei der Vertikalbegrünung, aber wir sehen auch die Nistplätze als eine sinnvolle Forderung.

Ich möchte dem Regierungsrat aber eine Bitte mitgeben. Wir hoffen doch schon sehr, dass die Fragen und Anregungen von Brigitte Kühn gleichzeitig mit der Beantwortung des Anzugs Grossenbacher beantwortet werden. Nicht, dass es dann wieder heisst, wir sind noch nicht so weit. Es drängt, und wir sind sehr froh, wenn der Regierungsrat das dringend und schnell an die Hand nimmt.

*Andreas Zappalà (FDP):* Ich bitte Sie, den Anzug nicht zu überweisen. Es geht nicht um die Begrünung, denn diese ist heute schon möglich und wird oft gemacht, und soweit ich orientiert bin, berät die Stadtgärtnerei in diesem Bereich. Mir geht es in erster Linie um diese Nistmöglichkeiten für die Tiere. Hier liegt ein Konflikt vor, nämlich zwischen den Interessen des Vogelschutz und dem Interesse des Hauseigentümers, der eine Fassade sanieren muss.

Es gibt ja vom Naturschutz bereits Kritiken an gewissen Gemeinden, die Hauseigentümer und Gartenbesitzer auffordern, im Frühling ihre Hecken zurückzuschneiden. Dort kommt man schon in Konflikt mit nistenden Vögeln, weil sie dann in der Brutzeit sind, und gerade in dieser Zeit darf nichts gemacht werden, was diese Brutzeit verhindert oder unterbricht. Das gleiche Problem haben wir hier. Die Brutzeit ist auch die Zeit, in der die Fassaden saniert werden müssen. Sie können eine Fassadensanierung nicht im Winter machen, weil es zu kalt und zu nass ist. Wenn man dann nistende Vögel hat, wird das unmöglich.

Man kann sagen, dass das ja kein Problem sei, da man ja nicht jedes Jahr die Fassade saniere. Ich denke aber, dass man nicht Probleme schaffen sollte, die es heute noch nicht gibt. Wir sind dafür, dass man begrünen kann, aber wir sind nicht dafür, dass man auch die Nistmöglichkeiten unterstützt.

*Brigitte Kühne (GLP):* Wir sind inmitten einer Klima- und Biodiversitätskrise. Beide müssen wir gemeinsam bewältigen und dringend anpacken. Es muss uns allen bewusst werden, dass es ein Wechselspiel zwischen Klima, Tieren, Pflanzen und Menschen ist. Die Biodiversität ist unsere Lebensgrundlage. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Regulation des Klimas. Sie fördert die Bodenfruchtbarkeit, hilft bei der Wasserreinigung, gewährleistet die Bestäubung und damit die Ernährungssicherheit. Wussten Sie, dass verlorene Biodiversität nach heutigem Wissen sich nicht mehr wiederherstellen lässt?

Nun zu den Vertikalbegrünungen und der Förderung von Tieren an Gebäuden. Vertikalbegrünungen erhöhen neben dem positiven Einfluss auf das Stadtklima die Lebens- und Aufenthaltsqualität, fördern die städtische Biodiversität und sind Trittsteine für die ökologische Vernetzung. In zunehmend verdichteten Innenstädten erhöhen sie den Anteil an Grünfläche, ohne viel Bodenfläche zu beanspruchen. Denn Biodiversität braucht auch Fläche. Dieser Vorstoss ist somit sowohl ein kleiner Baustein für mehr Biodiversität in der Stadt als auch ein Baustein betreffend der Klimaadaptation in unserer Stadt.

Im Weiteren deckt dieser Vorstoss Massnahmen ab, die der Verein eco.ch, der sich aus 16 relevanten Organisationen, Bundesämtern, Verbänden und Behörden zusammensetzt, auf kantonaler, regionaler und kommunaler Ebene fordert, nämlich Biodiversitätsberatung durch Kantone und Gemeinden etablieren. Biodiversitätsförderung in der kantonalen und kommunalen Raumplanung verankern, Biodiversitätsfördernde Gestaltung des Siedlungsraumes zum Standard machen, indem die öffentliche Hand als Vorbild vorangeht. Bezüglich des letzten Punktes haben wir im Grossen Rat im November 2021 den Vorstoss von Thomas Grossenbacher "Basel wächst grün" überwiesen. Mein Vorstoss ist nun die ideale Ergänzung dazu. Zum einen wird die Biodiversitätsberatung im Bereich Vertikalbegrünung und Tiere am Gebäude etabliert, und zum anderen soll das Bau- und Planungsgesetz so angepasst werden, dass Hürden für mehr Biodiversität an der Vertikalen abgebaut werden.

Noch ein Wort zur Finanzierung: Nutzen wir die Möglichkeit einer Finanzierung durch den Mehrwertabgabefonds, der nun seit Mai 2020 nicht nur für die Schaffung der Aufwertung öffentlicher Grünanlagen da ist, sondern eben auch Massnahmen für den Klimaschutz und die Klimaadaptation sowie die Förderung der Biodiversität finanziert. Daher bitte ich Sie, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**63 Ja, 22 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 361, 16.11.22 16:13:34]

### Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 22.5419 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### 8. Anzug Brigitte Kühne und Raffaella Hanauer betreffend Superblocks in Basel

[16.11.22 16:13:49, PD, 22.5420.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5420 entgegenzunehmen.

*Luca Urgese (FDP):* beantragt Nichtüberweisung.

Superblocks sind die nächste Idee, die man von anderswo kopieren will, ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse vor Ort und darauf, ob die gewünschten Ergebnisse überhaupt erzielt werden. Das erinnert mich an die Fährenstrassen, die auch gefordert wurden, obwohl sie sich in Zürich als Flop herausgestellt hatten.

Superblocks sind letztendlich ein ziemlich egoistisches Projekt. Sie spielen die einen Anwohnenden gegen die anderen aus. Diejenigen, die drin sind, wollen den Verkehr verlagern zu denen, die draussen sind. Ich wohne im St. Johann und habe mir den vorgeschlagenen Perimeter angeschaut. Am St. Johanssring befinde ich mich knapp ausserhalb am Rand und darf dann den Mehrverkehr geniessen.

Die negativen Effekte haben sich auch in Barcelona gezeigt, die Pionierstadt, wo man kritisiert hat, dass mehr Umwege nötig geworden sind, um Ziele innerhalb des Superblocks zu erreichen. Es gab dann auch noch einen Zuwachs von Verkehr auf den umliegenden Hauptverkehrsachsen, also noch mehr Belastung ausserhalb.

Oft versprechen solche Projekte mehr als sie halten können. Ich habe beispielsweise seit über 10 Jahren eine Begegnungszone bei mir vor der Haustüre. Bei diesen Begegnungszonen hat man auch versprochen, dass alles besser und attraktiver werde. Ich habe in diesen über 10 Jahren nie Kinder auf dieser Strasse spielen sehen.

Die grosse Begründung, die angedacht wird, ist auch nicht ohne weiteres möglich. Die vorhandene Strassenfläche wird ja weiterhin benötigt. Sie müssen ja zufahren können. Grüner wird es nicht, es wird einfach faktisch zu einer Tempo-10-Zone. Ausser es werden flächendeckend Parkplätze aufgehoben. Dann sind wir wieder beim Punkt des Egoismus. Bei mir bitte schön mehr Grünflächen und den Suchverkehr zum Nachbarn, der vor der Haustüre den Suchverkehr hat. Wenn Sie diesem Vorstoss zustimmen, sagen Sie dem Nachbarn ins Gesicht "Viel Spass mit dem zusätzlichen Suchverkehr".

Die Grundidee ist der kurze Weg zum einkaufen. Das klingt auch gut, aber dafür braucht man geeignete Ladenflächen. In den vorgeschlagenen Quartieren gibt es in den Erdgeschossen vor allem Wohnungen. Die Gesetzgebung, die insbesondere in diesem Rat beschlossen wurde, erschwert ja doch Umnutzungen nicht unwesentlich.

Wir bitten Sie, nicht jede Idee aus anderen Städten zu kopieren, sondern für Basel geeignete und sinnvolle Lösungen zu entwickeln und die Lebensqualität zu erhöhen. Superblocks sind egoistisch, sie bringen mehr Probleme für diejenigen ausserhalb der Superblocks und versprechen mehr, als sie letztendlich halten können. Deshalb bitten wir Sie, den Anzug abzulehnen.

### Zwischenfrage

*Lisa Mathys (SP):* Sie haben Befürchtungen von zunehmendem Verkehr an den Aussenbereichen geäussert. Sind Sie aber einverstanden, dass keine Verschlechterung der Lebensqualität daraus resultiert, wenn das Verkehrsaufkommen insgesamt abnimmt?

*Luca Urgese (FDP):* Dass der Verkehr abnimmt, ist eine Hypothese. Das hat sich in Barcelona leider einfach nicht bewahrheitet. Dort gab es zunehmenden Verkehr rund um die Superblocks herum.

*Michael Hug (LDP):* Ich möchte noch ein paar weitere Überlegungen einbringen. Grundsätzlich sind mehr Grün, mehr Bäume, mehr Bänke zum Verweilen ein schönes Bild, hinter dem auch die LDP-Fraktion gut stehen kann. Aber gleichzeitig ist die Befürchtung da, dass der Ausweichverkehr viel mehr auf Hauptverkehrsachsen gelenkt wird. Wir leben nicht in einem Stadtzentrum wie Barcelona, sondern in einem relativ engen Perimeter. Wir haben eine Universität, die wir ausbauen, es gibt das Unispital und sonstige Zentrumsleistungen auf engstem Raum. Dann will man in der unmittelbaren Nähe Superblocks schaffen und die Strassen in der Peripherie dieser Blocks weiter belasten. Irgendwann geht diese Rechnung nicht mehr auf und es kommt zum Kollaps.

Als es um die Diskussion zur Umgestaltung des Aeschenplatzes ging, wurde gesagt, dass der Verkehr nicht abnehmen wird. Das wurde in der Variantenprüfung festgehalten.

Das Ansinnen der Anzugstellenden ist bereits grösstenteils erfüllt dank unserer Strassennetzhierarchie. Wir haben bereits schon Geschwindigkeitsdifferenzen zwischen Tempo-50 auf der Hauptstrasse und Tempo-30-Zonen sowie Spiel- und

Quartierstrassen mit Tempo 20. Man sollte nun nicht zu viel gleichzeitig überweisen und Doppelspurigkeiten schaffen. Man konnte immer wieder lesen, dass das Quartier dies wolle. 300 Quartierbewohnende der Organisation Wettstein 21, 1'000 Personen des Quartiers St. Johann - da kann man sich gerne fragen, wie repräsentativ diese Zahl ist für ein ganzes Quartier. Und am Ende sind es die Gewerbetreibenden und Privatpersonen, die in diesen Quartieren leben, die das vielleicht nicht unterstützen und die Konsequenzen zu tragen haben. Darum bitten wir Sie auch, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Raffaela Hanauer (GAB):* Superblocks erobern zur Zeit die Städte Europas. Von Barcelona über Darmstadt bis nach Berlin, und nun auch in Basel. Und das zu Recht. Stadtbewohnende wünschen sich immer mehr eine reinere Luft, einen ruhigeren Schlaf ohne Lärmbelästigung durch den Verkehr. Stadtbewohnende wollen gesund und sicher unterwegs sein. Es wird mehr Schatten und Grün gewünscht an allen Ecken und Enden, auch in diesem Rat. Auch das Bedürfnis danach, die Kinder autonom im Quartier spielen zu lassen, steigt. Kurzum, der Ruf nach mehr Lebensqualität im Strassenraum wird lauter.

Menschen beginnen sich zu vernetzen, sie lancieren Initiativen und Petitionen, wie diejenigen, die zur Zeit hier diskutiert werden. Sie engagieren sich für dieses Anliegen stark und das zeigt auch, wie wichtig ihnen dieser Wunsch nach mehr Lebensqualität ist. Es ist wichtig, dass wir hier im Grossen Rat diesen Wunsch auch hören und danach handeln. Handeln ist aber auch gefragt in Zeiten der Klimakrise, denn nebst der Steigerung von Lebensqualität haben Superblocks auch einen Effekt auf Emissionen von Treibhausgasen. Auch hier ist es dringend, dass wir im Verkehrssektor umdenken und attraktive Strassenräume schaffen, die die aktive Mobilität auch fördern.

Ich freue mich daher sehr, mit Brigitte Kühne diesen Anzug erarbeitet zu haben. Der Anzug begegnet in diesem Saal leider Kritik, diese Kritik wird aber nicht an der richtigen Stelle angebracht. Die Reduktion des Verkehrs ist klares Ziel des Umweltschutzgesetzes, durch die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. In der Mobilitätsstrategie wird das autofreie Leben stark propagiert und es soll gefördert werden. Den Ängsten, dass Begrünungen gar nicht erst umgesetzt werden, kann man entgegen, dass es bereits ein Stadtklimakonzept gibt, das sich daran orientieren möchte, es gibt auch diverse Vorstösse für Baumpflanzungen.

Auch das Gewerbe würde profitieren und die Bevölkerung, wenn sie gesund und sicher in den Quartieren unterwegs sein kann. Die Fraktion GAB bittet Sie daher, diesen Anzug zu überweisen.

*Ivo Balmer (SP):* Ich glaube, die Herausforderungen sind klar, das hat Raffaela Hanauer sehr eindrücklich geschildert. Was wir brauchen und was sich vor allen Dingen die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons in ihren Quartieren wünschen, wenn es immer heisser und staubiger und lärmiger wird. Die Aufenthaltsqualität gerade in den Aussenräumen ist hier eine grosse Priorität.

Raffaela Hanauer hat es auch gesagt, Massnahmen, die wirken könnten, sind auch bekannt und sie sind vielfältig. Begrünen, mehr Wasser, Kühlen, Verdunsten, Versickern und natürlich auch weniger motorisierten Verkehr. Das Problem dieser Massnahmen ist, dass es doch sehr oft einen ungeheuerlichen Planungsvorlauf braucht und die Umsetzungszeit teilweise gigantisch ist. Aber die Zeit drängt.

Und das ist genau die grosse Chance dieses Anzugs, weil hier endlich etwas sofort passieren könnte und es ist auch nicht mit riesigen finanziellen Mitteln verbunden. Jetzt sind zwei weitere Bedingungen erfüllt. Es gibt die Akzeptanz der Bevölkerung für genau diese Versuche. Sie sind selbstinitiiert, man will sie. Und dann gibt es begleitet aus empirischer Sicht die Ansicht, dass das durchaus geeignete Massnahmen sein könnten.

Das Konzept ist erprobt. In diesem Zusammenhang stimmt mich genau dieser Vorstoss sehr hoffnungsvoll, weil er gemeinsam mit der Bevölkerung hier im Nachgang von uns Politikerinnen und Politiker diese Evaluation fordert, das zu vernetzen mit dem, was sowieso schon beschlossen ist, mit Sofortmassnahmen zu kombinieren und dann weiter zu denken, wo und in welchen Gebieten und Quartieren sich dieses Konzept der Superblocks eignen könnte.

In diesem Fall würde es unserem Rat gut anstehen, wenn wir von Barcelona lernen, und ich hoffe, Sie überweisen gemeinsam mit meiner Fraktion der SP diesen Anzug.

*Brigitte Kühne (GLP):* Raffaela Hanauer hat es gesagt, in einigen europäischen Städten wurde das Konzept bereits umgesetzt. Auch wurde das Potenzial dafür in Schweizer Städten in einem Forschungsprojekt untersucht. Nun gibt es in Basler Quartieren Ideen, diesen Ansatz für eine nachhaltigere Mobilität weiterzuentwickeln. Testen wir Superblocks auch in unserer Stadt! Wie kann der öffentliche Raum in den Quartieren belebter gestaltet werden? Wie fühlt es sich an, wenn in einem Quartier die nachhaltige Mobilität bewusst gefördert wird und der öffentliche Raum durch Begrünung und Beschattung als Begegnungsraum vielfältiger nutzbar wird? Wie kann die Bevölkerung in die Massnahmen mit einbezogen werden?

Mit diesem Anzug sollen bereits im Sommer 2023 versuchsweise einzelne Superblocks mit kostengünstigen, erstmals provisorischen sowie verschiebbaren Massnahmen geprüft und getestet werden, dies um dann, wenn der Versuch ausgewertet ist und dieser positiv ausfällt, Superblocks wo immer sinnvoll und möglich umzusetzen. Ja, Ivo Balmer hat es gesagt, die engagierten Menschen im Wettstein und im St. Johann, die sich für die Entstehung von Superblocks stark machen, aber auch ganz viele Bewohnerinnen und Bewohner aus anderen Quartieren in unserer Stadt werden sich freuen über die Lebens- und Wohnumfeldqualität, die damit geschaffen wird.

Im Namen von Raffaela Hanauer und mir danke ich Ihnen für die Überweisung an den Regierungsrat.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**52 Ja, 35 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 362, 16.11.22 16:32:04]

### Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 22.5420 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## 9. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Unterstützungs-beiträge für Senior:innen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen

[16.11.22 16:32:26, GD, 22.5421.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5421 entgegenzunehmen.

*David Trachsel (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Dieser Anzug läuft über die versicherte Pflege, über die AHV, das BVG, die Übergangsleistungen hinaus und will neue Sozialleistungen sprechen. Uns ist bereits das jetzige soziale Auffangnetz üppig genug. Dementsprechend können wir einen weiteren Ausbau des Sozialstaats nicht befürworten und empfehlen deshalb, den Anzug abzulehnen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Ich möchte mich meinem Vorredner anschliessen. Ich habe im Zusammenhang mit diesem Anzug mehrere Gespräche mit Amtsleitern geführt, so etwa mit dem Chef des Amtes für Sozialbeiträge. Darum bin ich Experte zu diesem Thema. In einen Satz gefasst: Was dieser Anzug verlangt, gibt es alles schon in Basel. Man muss sich kundig machen, welche Möglichkeiten es gibt. Es ist eine Doppelung vorhanden. Es gibt den Krankenkassenzuschuss, es gibt einen Zuschuss für die Miete. Es wird im Anzug auch nicht begründet, was bescheidene Verhältnisse sind. Das ist für mich ein Mangel.

Auch mangels ungenauer Begründung bin ich gegen diesen Anzug. Ich war zur Privataudienz bei der Chefin der Spitex. Auch dort durfte ich feststellen, dass alles geregelt ist. In diesem Anzug wird die Betreuung und Unterstützung im Alltag gefordert. Aber auch das kann man bei der Krankenkasse beantragen. Dort können Sie alles beantragen wie Veloclubs, Turnen, Spaziergänge.

Ich möchte die Anzugstellenden bitten, die Welt nicht noch einmal neu zu erfinden. Das ist alles schon gesetzlich verankert. Hier steht, dass viele Senioren den Wunsch hätten, möglichst lange in der eigenen Wohnung oder im vertrauten Quartier selbstbestimmt leben zu können. Wenn es aber halt nicht mehr geht, dann muss man ins Heim. Das Heim zahlt der Kanton, es sei denn, es ist Vermögen vorhanden.

Luca Urgese hat vorher richtig gesagt, dass man nicht alles aus anderen Städten kopieren soll. Hier wird immer von der Stadt Bern gesprochen. Wir müssen aber in Basel nicht alles kopieren. Da wird einfach abgeschrieben. Wir dürfen nicht zu einem ausgedehnten Sozialstaat werden. Wenn wir den Leuten zu viele Geschenke machen, gehen immer weniger Leute arbeiten.

*Christoph Hochuli (die Mitte/EVP):* Wir hatten heute und an den letzten Sitzungen einige Vorstösse, bei denen es um junge Menschen, die Schule und Ausbildung ging. Diese Themen sind sehr wichtig, doch dürfen wir auch die Seniorinnen und Senioren in unserem Kanton nicht vergessen. Genau um diese Menschen geht es im vorliegenden Anzug. Ältere Menschen mit beschränkten Finanzen können es sich oft nicht leisten, alleine zu Hause zu leben und dabei die nötige Unterstützung für Mahlzeiten, Besuchs-, Einkaufs- und Begleitdienste zu erhalten. Das darf nicht sein.

Gemäss der Website des Kantons Bern verlief das im Anzug erwähnte Pilotprojekt in der Stadt Bern gut und die Zielgruppe konnte sogar besser als erwartet erreicht werden. Als positive Effekte sind der Erhalt von Lebensqualität und Selbständigkeit sowie die Verzögerung eines Altersheimetrtritts festgestellt worden. Gleichzeitig konnten die ambulanten und stationären Pflegekosten dadurch teilweise reduziert werden. Dies bedeutet, dass zwar einerseits dem Kanton zusätzliche Ausgaben entstehen, aber andererseits auch, dass der Staat die hohen Kosten für einen Altersheimaufenthalt für eine bestimmte Zeit sparen kann. Denn wenn jemand den Altersheimaufenthalt nicht selbst bezahlen kann, muss ihn schlussendlich der Staat berappen.

Ich konnte in Polizeieinsätzen schon viele missliche Wohnverhältnisse, insbesondere auch bei älteren Menschen, feststellen. Einige davon hätten mit den Massnahmen, die mit dem vorliegenden Anzug vorgeschlagen werden, vielleicht verhindert werden können. Aus diesen Gründen bitte ich Sie auch im Namen der Fraktion die Mitte / EVP, diesen Anzug zu überweisen.

*Pascal Pfister (SP):* Ich freue mich über die grosse Unterstützung, die dieser Vorstoss in diesem Parlament erhält und bedanke mich im Namen der Erstunterzeichnenden. Es handelt sich dabei wirklich um ein Thema, das sehr aktuell ist. Sie alle kennen die demographische Entwicklung. Es ist wirklich eine Herausforderung für unsere Gesellschaft, wie wir ein Altern in Würde gewährleisten können. Das ist auch ein Thema, das wir nicht allein haben, sondern das in der Schweiz im Moment sehr intensiv bearbeitet wird. Es gibt die Paul Schiller Stiftung, die sich sehr intensiv damit beschäftigt, die auch den Bedarf für die ganze Schweiz abgeklärt hat. Wir sollten nicht einfach auf den Bund warten, sondern wir sollten das Thema im Kanton angehen, wie das auch an anderen Orten getan wird. Es ist ein sehr wichtiges Thema. Wir können es nicht einfach der Zivilgesellschaft überlassen, auch nicht einfach den Frauen, die diese Arbeit bisher unbezahlt leisten. Es ist wichtig, dass wir hier angesichts der demographischen Entwicklung vorbereitet sind und ein Altern in Würde ermöglichen. Das ist unserem Land würdig.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**75 Ja, 10 Nein.** [Abstimmung # 363, 16.11.22 16:43:49]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 22.5421 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

## **10. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Schulraum für das Quartier am Ring**

[16.11.22 16:44:07, ED, 22.5422.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 22.5422 entgegenzunehmen.

*Raoul Furlano (LDP):* beantragt Nichtüberweisung.

Ich möchte einen Punkt aus dem Anzug hervorheben. Als Vater von Exprimarschülern im besagten Schulhaus gibt mir der letzte Punkt in diesem Anzug zu denken. Sind wir in dieser Gesellschaft schon so weit, dass wir dem Staat die Aufgabe übergeben müssen, zu sichern, dass unsere Kinder in die Schule kommen? Da wird doch tatsächlich propagiert, dass eine Begleitung vom Staat organisiert wird, damit mein Kind von einem Schulhaus nach Hause und von zu Hause ins Schulhaus gelangt. Ich bin sprachlos. Die LDP findet das nicht so witzig. Ich kann diesen Anzug nicht mit ruhigem Gewissen unterstützen. Ist es denn heute nicht mehr möglich, dass man sich unter Eltern austauscht, kommuniziert, hilft? Wahrscheinlich bin ich ein so genannter alter, weisser Mann.

*Joël Thüring (SVP):* Raoul Furlano hat tatsächlich nicht ganz unrecht. Wenn es nur um den letzten Punkt gehen würde, wäre ich auch gegen Überweisung. Aber er hat mit diesem Anzug schon einen Punkt getroffen. Es gibt an verschiedenen Stellen in diesem Kanton nicht ganz einfache Schulwege, aber in diesem Quartier ist der Schulweg tatsächlich sehr ungeeignet. Angesichts dieser kleinen Schülerinnen und Schüler, die beispielsweise zum Münsterschulhaus müssen, über viele Traminien, Kreuzungen, dann haben wir schon ein gewisses Potenzial, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir den Schulraum in der Innenstadt verbessern können. Das ist etwas, das wir nicht von heute auf morgen machen können. Dieser Anzug ist deshalb meiner Meinung nach so zu denken, dass er einen Anstoss gibt, sich weitere Gedanken zu machen, wie in der Nähe des Peterschulhauses zusätzlicher Schulraum geschaffen werden kann.

Claudio Miozzari macht einen ersten Vorschlag, im Gewerbemuseum. Das finde ich persönlich keine so schlechte Idee. Es ist aber sicher sinnvoller, zu schauen, dass wir eher etwas machen für Schülerinnen und Schüler, wie für Verwaltungseinheiten, die nicht wirklich zwingend an der Spiegelgasse sein müssen. Am Standort des Amtes für Umwelt und Energie wären andere Nutzungen sicherlich klüger gewesen. Dann wäre es auch für den Schulweg weniger gefährlich. Deshalb ist die Idee von Claudio Miozzari prüfenswert. Und es ist ja erfreulich, dass wieder mehr junge Menschen in der Innenstadt wohnen. Deshalb besteht ein Bedarf. Der Regierungsrat soll diesen Bedarf abklären und in den kommenden zwei Jahren berichten, welche Massnahmen er denkt zu übernehmen.

Ich bin aber mit Raoul Furlano einverstanden, ansonsten sollte der Schulweg Sache der Eltern sein, es sollte auch Sache der Eltern sein, sich zu organisieren. Ich hoffe, dass sich Raoul Furlano diesen Grundsatz beim Ratschlag zur Tagesbetreuung auch wieder verinnerlicht.

*Claudio Miozzari (SP):* Es wird im dritten Punkt nicht gefordert, dass Kinder von zu Hause abgeholt oder wieder nach Hause gebracht werden. Das haben Sie falsch gelesen. Es geht um den Transfer zwischen den beiden Schulhäusern. Da wird dies als Option ausgeführt. Es geht um die Erstklässlerinnen und Erstklässler in der ganz ersten Schulzeit. Diese sind

am meisten betroffen und sie haben es auch am schwierigsten, weil die Eltern die anderen Eltern gar nicht kennen, sie wissen gar nicht, wer in einer Schule eingeteilt ist und sie können sich bis zum ersten Schultag auch gar nicht organisieren.

Wir sind sowohl Kantons- als auch Gemeindeparlament. Das ist nun ein klassischer Fall eines Anliegens aus einem Quartier, das viele Eltern an mich herangetragen haben und das so den Weg zu uns gefunden hat. Ich bitte Sie um Unterstützung und danke Ihnen dafür.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**71 Ja, 10 Nein, 8 Enthaltungen.** [Abstimmung # 364, 16.11.22 16:51:16]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf den Anzug 22.5422 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

### **11. Anzug Eric Weber betreffend Wohnen ist ein Menschenrecht**

[16.11.22 16:51:31, 22.5426.01, NAN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 22.5426 entgegenzunehmen.

*Eric Weber (fraktionslos):* Es wird immer viel gemacht für den Mieter, aber sehr wenig für den Eigentümer. Darum habe ich diesen Anzug eingereicht. Wir hatten in den letzten Jahren in Basel sehr viele Abstimmungen zum Thema Wohnen. Ich muss gestehen, dass ich die Übersicht verloren habe.

Ich habe immer den Begriff Eigenmietnutzwert gehört. Es wird für den Selbstnutzer fast nichts gemacht. Die Leute, die ein Eigentum haben, werden mit hohen Geldern bestraft. Darum bitte ich den Regierungsrat zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass die Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer gestrichen werden kann. Er wird weiter gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass eine überbordende Bürokratie abgebaut wird und dass die Mietzuschüsse erhöht werden.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 70 Nein.** [Abstimmung # 365, 16.11.22 16:54:08]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 22.5426 ist **erledigt**.

### **46. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 62 Lukas Faesch betreffend unzumutbarer Zunahme von Rehschäden auf dem Friedhof Hörnli**

[16.11.22 16:54:40, BVD, 22.5269.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Lukas Faesch (LDP):* Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die ungeschminkte Beantwortung meiner Interpellation. Um es gleich vorweg zu nehmen: Ich bin maximal unbefriedigt und frustriert. Da wurde ein Problem erkannt, das staatliches Handeln erfordert und aus Angst vor einer Stiftung duckt man sich weg und macht gar nichts, dies obwohl früher bereits ähnliche Vorstösse hier gemacht wurden. Die Stossrichtung meiner Interpellation bestätigt der Regierungsrat zu 100%. Die Rehsituation auf dem Gottesacker Hörnli ist untragbar, so der Regierungsrat. Seit Einreichung der Interpellation hat sich die Rehpopulation auf bis zu 70 Rehe vermehrt, das sind gemäss Regierungsrat sechs Mal mehr als

Experten für normal halten. In den letzten zwei Jahren belaufen sich die angerichteten Schäden auf immerhin über eine halbe Millionen, und es hagelte 600 Reklamationen, deren Beantwortung einen grossen, nicht quantifizierbaren Mehraufwand verursachte.

Die aus sogenannten tierschützerischen Überlegungen getroffenen Massnahmen waren so lächerlich wie untauglich: Baldrian, Buttermilch, Ultraschall und - man höre und staune - Elektroschockgitter über den Gräbern. Wie letzteres noch mit dem Recht auf Totenruhe vereinbar sein soll, ist mir schleierhaft. Der einberufenen Runde Tisch hat gar nichts gebracht, man fragt sich, wie lange das noch so gehen soll.

Noch ein Wort zur Petition der Weber-Stiftung: Die 80'000 Unterschriften kommen kaum mehrheitlich aus Basel. Fazit: Ich fordere die zuständigen Behörden auf, ihre ängstliche, zögerliche Haltung aufzugeben und endlich das zu tun, was getan werden muss, und das zum richtig verstandenen Wohl der jetzt leidenden degenerierten Tiere, zur Achtung des Totenfriedens und im Interesse der Besucherinnen und Besucher, Angehörigen und der Allgemeinheit, denn ein Gottesacker ist kein Ponyhof.

Damit ich keine Wuttelefonate und Wutmails mehr bekomme: Nein, ich bin kein fundamentalistischer Tierhasser, wie mir immer wieder vorgeworfen wurde. Ich habe zwei grosse Hunde und eine Schildkröte, die sich seit 60 Jahren bei mir wohl fühlt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5269 ist **erledigt**.

#### **47. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 66 Michael Hug betreffend Dauer der Bauarbeiten und der Verkehrsbeschränkungen in der St. Alban-Vorstadt, der Malzgasse und am Mühlenberg**

[16.11.22 16:57:41, BVD, 22.5275.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Michael Hug (LDP):* Zunächst möchte ich mich herzlich bedanken bei der Regierung für die ausführliche Beantwortung dieser Interpellation, die auch nachvollziehbar und glaubhaft darlegt, weshalb die Umbauarbeiten bei der St. Albanvorstadt drei Jahre betragen. Ich kann das alles nachvollziehen, bin trotzdem etwas enttäuscht darüber, dass man es nicht fertig bringt, die Bauarbeiten so zu reduzieren, dass sie kürzer werden als drei Jahre. In drei Jahren werden andernorts ganze Türme gebaut und hier werden auf 300 Meter in einer Strasse herumgebohrt, was nicht zu befriedigen mag.

Ich will mich kurz halten und sage, dass ich teilweise befriedigt bin.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5275 ist **erledigt**.

#### **48. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 70 Lorenz Amiet betreffend Schutzwürdigkeit der Gebäude des Tiefbauamtes an der Rotterdamstrasse**

[16.11.22 16:59:05, BVD, 22.5281.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant hat schriftlich mitgeteilt, dass er von der Antwort befriedigt ist.

Die Interpellation 22.5281 ist **erledigt**.

schriftliche Interpellationsantwort:

Frau Regierungsrätin Keller und den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung danke ich für ihre aufschlussreiche und detaillierte Beantwortung. Insbesondere die ausserordentliche Prüfung der Schutzwürdigkeit der Bauten entlang der Rotterdamstrasse weiss ich sehr zu schätzen.

#### **49. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 72 Tonja Zürcher betreffend**



## Bauvorhaben Rheintunnel und der versprochenen Rückbaumassnahmen

[16.11.22 16:59:26, BVD, 22.5283.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Tonja Zürcher (GAB):* Seit Jahrzehnten werden Autobahnen ausgebaut und es geht jeweils nicht lange, bis der Stau wieder da ist und man den nächsten Ausbau plant. Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten. Dieses Zitat wird Einstein zugeordnet, wobei es wahrscheinlich nicht von ihm ist, es trifft die Sache trotzdem.

Es ist nicht überraschend, sondern ziemlich irritierend, dass der Regierungsrat offenbar trotz der Erkenntnis, dass Stau nicht einfach verschwindet, wenn man die Autobahn ausbaut, diese ziemlich veraltete Meinung vertritt, dass Autobahnausbau zu weniger Autoverkehr führen würde. Wir haben vorher schon davon gesprochen. Sie bereits gehört, dass die Stadt Bern beispielsweise den Autobahnausbau ablehnt, unter anderem mit der Begründung, dass es mehr Verkehr für den Grossraum Bern gäbe und dass es nicht vereinbar sei mit dem Klimaschutz.

Auslöser für meine Interpellation ist aber nicht dieses veraltete Verständnis der Basler Regierung zum Autobahnausbau, das meiner Meinung nach sehr schlecht zu einer rot-grünliberalen Regierung passt, sondern auch und in erster Linie der Umgang der Regierung mit Beschlüssen, die im Grossen Rat gefasst worden sind. Sie mögen sich vielleicht erinnern, der Grosse Rat hat mit der Überweisung der Motion von Thomas Grossenbacher den Regierungsrat im Zusammenhang mit dem Rheintunnel verpflichtet, sich behördenverbindlich und nachweisbar für den Rückbau der oberirdischen Osttangente einzusetzen, und zwar für den vollständigen und nicht nur eventuellen partiellen Rückbau irgendwann.

In der Stellungnahme des Regierungsrats zu Händen des Bundes bezüglich des Rheintunnels steht nichts darin, nichts davon, dass es eine Bedingung gäbe, nichts davon, dass man sich das wünschen würde, dass man darauf hoffen würde, sondern kein Wort. Der Regierungsrat unterstützt die Autobahn vorbehaltlos.

In der Interpellationsantwort rechtfertigt sich der Regierungsrat damit, dass eventuell eine Verschlinkung der Osttangente irgendwann einmal geprüft werden könnte und dass das schon ein bisschen die Umsetzung dieser Motion wäre. Ich bitte Sie, lesen Sie doch bitte noch einmal die Motion und was sie verlangt, und nicht, was die Regierung angeboten hat, nämlich sich dafür einzusetzen. Es wurde nicht als Anzug, sondern als Motion überwiesen.

Wie der Regierungsrat auf die Idee kommt, die Verpflichtung zu einem nachweisbaren Einsatz für den Rückbau als eine Verschlinkung und Überprüfung zu interpretieren, ist für mich nicht nachvollziehbar. Offenbar hält der Regierungsrat es schlicht und einfach nicht für nötig, Beschlüsse des Grossen Rates umzusetzen. Anders kann ich diese Antwort nicht interpretieren. Das ist für mich und wohl für die meisten andern, die hier im Grossen Rat politisieren, ziemlich frustrierend. Wozu diskutieren wir hier eigentlich, wozu wägen wir die Argumente dafür und dawider ab, freuen uns über knappe Siege, wenn die Regierung schlussendlich doch macht, was sie will? Das ist kein Umgang mit einem Parlament. Ich bin von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5283 ist **erledigt**.

### 50. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 73 Tim Cuénod betreffend Verbesserungen bei der Veloquerung des Bahnhofs SBB

[16.11.22 17:03:41, BVD, 22.5284.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Tim Cuénod (SP):* Formal steht mir die Möglichkeit nicht zu zu sagen, dass ich mir noch nicht sicher bin, ob ich von der Antwort befriedigt bin oder nicht, weil das davon abhängt, was definitiv als Variante vorgelegt werden wird. In diesem Sinne und um der Form Genüge zu tun, erkläre ich mich als teilweise befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5284 ist **erledigt**.

### 51. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 77 Salome Bessenich betreffend

## Baustellen rund um den Marktplatz

[16.11.22 17:04:29, BVD, 22.5323.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Salome Bessenich (SP):* Einmal mehr, wir alle haben die Baustelle auch heute wieder auf dem Weg ins Rathaus gesehen. Ich weiss nicht, was ich sagen soll, es macht mich sprachlos zu lesen, dass dies die nächsten vier bis fünf Jahre so bleiben soll, dass es keine weiteren Verbesserungen an der Verkehrsführung, an der Signalisation für die Fussgängerinnen und Fussgänger geben soll. Es wird nach diesen fünf Jahren nahtlos übergehen in die Baustelle an der Schifflande. Ich bin mir sehr bewusst, dass dieses Bauen in unserem Sinne ist, dass wir diese Projekte beschliessen und dass sie einen Mehrwert bringen langfristig, aber wenn wir solche Langzeitbaustellen mitten im Stadtzentrum haben, bin ich der Meinung, dass wir noch etwas mehr probieren müssen, dass wir uns einsetzen müssen für noch bessere Lösungen, seien dies zum Beispiel die kleinen Füsschen, die man erfunden hat für die Begegnungszonen oder anderes. Ich möchte die Regierung wirklich bitten, noch einmal über die Bücher zu gehen, sich zu überlegen, wo es vielleicht doch noch Spielraum gibt. Ich persönlich finde die Situation nach wie vor unbefriedigend. Für ein halbes Jahr wäre das in Ordnung, aber für fünf Jahre ist das für mich unvorstellbar, und ich kann mir vorstellen, dass es andere gibt, die das kritisch sehen.

Ich bin von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5323 ist **erledigt**.

## 52. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 78 René Brigger in Sachen Vollzugsnotstand bei der Vereinfachung von Solaranlagen

[16.11.22 17:06:38, BVD, 22.5333.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*René Brigger (SP):* Rein technisch bin ich von der Antwort teilweise befriedigt. Aber in zwei Jahren soll eine Solaroffensive kommen. Das Faktum ist doch, dass die Motion Rechsteiner aus dem Jahr 2013 datiert, als auf Bundesebene im Raumplanungsgesetz die Bewilligungsfreiheit von Solaranlagen festgehalten wurden. Im Juli 2022 wurde eine weitere Liberalisierung auch aufgrund der heutigen Situation vorgesehen. Und wir haben hier eine Situation, die seit Jahren das bundesrechtliche Minimum nicht erfüllt. Das wird in der Antwort sogar zugegeben, es wird klar gesagt, dass die kantonale Regelung somit nicht mehr deckungsgleich mit dem Bundesrecht sei und entsprechend angepasst werden müsse.

In zwei Jahren komme eine Solaroffensive mit einer entsprechenden Anpassung. Aber das hätte man schon vor zehn Jahren machen müssen. Der Klimaschutz ist eines der drei Ziele im Regierungsprogramm. Es müssen lediglich zwei Bestimmungen in der Verordnung geändert werden, um die Bundesrechtswidrigkeit aufzuheben. Ich verstehe nicht, warum man daran jahrelang arbeiten muss. Wir befinden uns im Moment in einer Energiemangellage, und wir haben die Möglichkeit in unserem Kanton, Solarenergie zu fördern. Es gibt bei uns unterdurchschnittlich wenig Solarenergie. Wir sind auch weniger weit als der Kanton Basel-Landschaft. Dort wurden auch in der Kernzone weitere Öffnungen erlaubt. Hier heisst es, dass man es dann in zwei Jahren umsetze. Dafür braucht man doch nicht zwei Jahre, da genügen ein paar Wochen.

Die Regierung ist in einem zentralen Punkt nicht handlungsfähig oder nicht handlungsbereit. Es ist eine zentrale Führungsaufgabe der Regierung und des BVD, eine Lösung innerhalb weniger Wochen durchzubringen. Die Solaroffensive ist doch auch ein Hauptanliegen der GLP, aber da wird nur vertröstet. Man sieht auch nicht die neuen technischen Realitäten. Heute werden die Solarpaneele integriert in die Dachlandschaft eingebaut, man sieht es kaum. Auch die Fassadenpaneele waren vor fünf, sechs Jahren des Teufels, heute kommen sie langsam. Man kann sie farblich auch anpassen. Ich verstehe nicht, wo die Bedenke sind.

Die Antwort ist technisch soweit in Ordnung, aber in der Sache muss etwas passieren. Ich möchte nicht zwei Jahre warten. Natürlich ist es ein Problem, dass da mehrere Departemente involviert sind, und es ist ein Problem, dass das AUE nicht im BVD angesiedelt ist. Man muss bloss das Kantonsrecht ans Bundesrecht anpassen, es gibt unzählige copy-paste-Möglichkeiten aus anderen Kantonen. Ich bin langsam etwas verärgert, dass hier nichts geschieht, und ich fordere das BVD und seine Vorsteherin gemäss ihrem eigenen Parteiprogramm auf, schönen Worten Taten folgen zu lassen, und zwar in wenigen Wochen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5333 ist **erledigt**.

### 53. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 84 Jean-Luc Perret betreffend Massnahmen für mehr Sicherheit für Velofahrende am Luzernerrieg

[16.11.22 17:11:42, BVD, 22.5351.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Jean-Luc Perret (SP):* Die Antworten auf meine Interpellation sind kürzer ausgefallen als meine Fragen, dies bald 18 Monate nach einem schweren Velounfall. Ich hätte schon etwas mehr Text und damit mehr Inhalt erwartet. Die Aussagen bleiben sehr vage und viele Fragen wurden gar nicht erst aufgegriffen. Ich bin deshalb nicht befriedigt.

Es ist völlig klar, dass eine solche Nichtantwort auch die engagierten Fachverbände, die sich für mehr Sicherheit im Verkehr einsetzen, vor den Kopf stösst, namentlich Pro Velo. Wir haben die Berichterstattung in den Medien alle gesehen und mitbekommen, und ich kann diese Empörung wirklich gut nachvollziehen. Das einzige, was vergleichsweise ausführlich abgehandelt wird, sind die Beteuerungen, wie stark der motorisierte Verkehr zunehme und dass der motorisierte Verkehrsfluss in der Abwägung der verschiedenen Varianten sehr hohe Priorität habe. Das lässt mich natürlich befürchten, dass die Sicherheit der Schwächeren weniger hoch gewichtet wird als das Vorankommen der Stärkeren.

Trotzdem hoffe ich natürlich, dass aus dem "zur Zeit geprüft" am Ende doch noch der von mir so sehr gewünschte Versuch gemacht wird, um die fatale Reissverschlussituation, die zu diesem folgenschweren Unfall geführt hat, entschärft wird. Ich habe es in der Begründung schon gesagt. Es wäre ganz einfach als Versuch mit ein bisschen Farbe machbar. Wir sehen den Modellfall gerade auf der Münchensteinerbrücke. Der Versuch mit der Velospur ist ein Erfolg, die Verwaltung möchte ihn nun mit gutem Gewissen definitiv einführen.

Abschliessend möchte ich den Regierungsrat wirklich noch einmal bitten, etwas zu tun, und zwar rasch. Im besten Fall setzen Sie natürlich die schon unzählige Male vorgeschlagene Entschärfung um. Im schlechteren Fall lassen Sie die Verkehrsführung, wie sie ist, und erklären das Thema als abgeschlossen. Dann können wir das unbefriedigt zur Kenntnis nehmen oder weitere Schritte planen. Aber seit nunmehr 18 Monaten passiert weder das eine noch das andere. Das ist das besonders Zermürbende an der ganzen Geschichte.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5351 ist **erledigt**.

### 54. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 88 Luca Urgese betreffend kurzfristige Senkung des Energieverbrauches in Liegenschaften des Kantons durch intelligente Heizsysteme

[16.11.22 17:14:06, BVD, 22.5374.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Luca Urgese (FDP):* Ich danke für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich finde allerdings, dass er es sich sehr einfach macht, indem er sich primär auf die 19-Grad-Regel beruft, die vorübergehend eingeführt wurde, erstens weil sie, so hoffe ich zumindest, nicht dauerhaft sein wird und zweitens, weil die 19-Grad-Regel durchaus auch noch zu reden geben wird, wenn es noch etwas kälter wird. In manchen Büros ist sie jetzt schon umstritten, andere Unternehmen haben bereits angekündigt, sich nicht daran zu halten, weil sie das den Arbeitnehmenden nicht zumuten wollen.

Der Regierungsrat hat in seiner Antwort ein Beispiel genannt, wo der Verbrauch tatsächlich gesenkt werden konnte dank automatischer Heizungssteuerung. Die Nutzung künstlicher Intelligenz bei der Heizungssteuerung würde hier noch ein zusätzliches Potential bieten, davon bin ich überzeugt, auf jeden Fall sicher mehr Potenzial und ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis als die gestern präsentierte Kampagne zum Energiesparen. Davon darf ja jeder halten, was er will.

Ich erkläre mich von der Antwort teilweise befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5374 ist **erledigt**.

## 55. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 97 Raffaella Hanauer betreffend Umgestaltung Wielandplatz

[16.11.22 17:15:41, BVD, 22.5387.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Die Kopfsteinpflasterung im Ratschlag war nicht beschrieben. Der vom Regierungsrat zitierte Satz zeigt das. Ich habe in der Interpellation die Frage gestellt, ob die Kopfsteinpflasterung am Wielandplatz schon von Beginn an geplant war und wo dies im Ratschlag beschrieben wurde. In der Interpellationsbeantwortung zitiert die Regierung folgenden Satz: "Die Haltestellen der Buslinien sind auf dem Platz angeordnet und können ohne Umwege sicher erreicht werden. Die Wegführung über den Platz verbindet nicht nur die einzelnen Platzteile miteinander, sondern leitet Zu-Fuss-Gehende zu den umliegenden Anlagen."

Die Regierung argumentiert in der Beantwortung, dass die UVEK-Mitglieder und der Grosse Rat aus dem soeben zitierten Satz hätten herauslesen müssen, dass die Kopfsteinpflasterung auf dem Wielandplatz so gestaltet werden wird, wie es heute der Fall ist. Ich finde das durchaus sehr viel verlangt, dass man das in einem Ratschlag, in dem durchgehend von Grüninseln gesprochen wird zu erwarten, durchschauen kann. Ich denke, dass die Regierung im Ratschlag einen Fehler begangen hat, und ich fände es gut, wenn dieser Fehler auch eingestanden würde.

Ich möchte auch noch auf die Tatsache eingehen, dass nicht alle bestehenden Bäume rund herum bepflanzt wurden, obwohl das im Ratschlag stand. Ich erkläre mich daher von der Beantwortung nicht befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5387 ist **erledigt**.

## 56. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 99 Beat Braun betreffend Sharing-Flops im BVD

[16.11.22 17:18:26, BVD, 22.5389.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant hat schriftlich mitgeteilt, dass er von der Antwort befriedigt ist.

Die Interpellation 22.5389 ist **erledigt**.

## 57. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 61 Johannes Sieber betreffend vorgesehene Umnutzung des Musical Theaters

[16.11.22 17:18:43, FD, 22.5268.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Johannes Sieber (GLP):* Ich bin von der Antwort überhaupt nicht befriedigt, deshalb haben wir ja auch die Motion eingereicht. Und wir sind natürlich auch nicht davon befriedigt, dass diese Motion nicht überwiesen wurde, obwohl das hier nichts zur Sache tut. Ich bin gar nicht befriedigt, weil die Regierung nicht so wirklich begründen will, warum sie dieses Musical Theater umbauen will. Es sind noch eine Petition und eine Initiative hängig, es gibt noch ein paar weitere Gelegenheiten, die Antwort nachzuholen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5268 ist **erledigt**.

## 58. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 64 Christoph Hochuli betreffend

## Schwimmhalle im Klybeckareal statt im Musical-Theater

[16.11.22 17:19:48, FD, 22.5273.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Christoph Hochuli (die Mitte/EVP):* Ich bin von der Antwort des Regierungsrats nicht befriedigt. Ich hatte gehofft und erwartet, dass der Regierungsrat bereit ist, noch einmal andere Standorte für eine neue Schwimmhalle mit 50-Meter-Schwimmbecken zu prüfen und auch die Finanzierung der Sanierung des Musical Theaters sicherzustellen, damit uns dieses erhalten bleibt. Es gibt bestimmt andere mögliche Standorte für eine neue Schwimmhalle. Der Regierungsrat schrieb zwar in der Interpellationsantwort, dass 22 Standorte geprüft worden seien. Leider wurden diese 22 Standorte in der Antwort und auch sonst nirgends genannt.

Ich kann es wirklich nicht verstehen. Es gibt das Klybeckareal, das in den nächsten Jahrzehnten teilweise neu überbaut wird. Es muss doch möglich sein, dort eine Schwimmhalle zu bauen. Ja, am besten gleich zusammen mit einer neuen Kunsteisbahn, die auch benötigt wird. Durch den gemeinsamen Bau könnten Synergien genutzt werden. Die Abwärme der Eisherstellung könnte für die Beheizung der Schwimmhalle verwendet werden. Auch die JSSK und die BRK machten in ihrer gemeinsamen Motion den Vorschlag einer Kombination von Schwimmhalle, Kunsteisbahn und allenfalls einer Publikumssporthalle.

Immerhin gibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf meine Interpellation zu, dass für Musical und Showproduktionen, die eine aufwändige Bühnen- und Technikinfrastruktur benötigen, sich nur das Musical Theater eignet, in anderen Hallen muss der Bühnenraum inklusive der Bühnentechnik jeweils individuell und temporär ein- und ausgebaut werden, das ist ein riesiger Aufwand. Gerade diese Punkte sprechen doch deutlich für den Erhalt des Musical Theaters.

An der Grossratssitzung im Oktober wurde die Motion von Johannes Sieber und mir zur Prüfung weiterer Standorte für eine Schwimmhalle leider nicht überwiesen. Wie Sie wissen, ist aber das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der Regierungsrat wird einen Ratschlag zur Schwimmhalle im Musical Theater ausarbeiten, und dann können wir noch einmal darüber diskutieren. Ausserdem wurde unlängst eine Volksinitiative lanciert, welche vielleicht das Musical Theater noch retten kann. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5273 ist **erledigt**.

## 59. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 67 Melanie Nussbaumer betreffend Übernahme der Bethesda Spital AG durch das Universitätsspital Basel

[16.11.22 17:22:55, GD, 22.5276.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin ist nicht anwesend.

Die Interpellation 22.5276 ist **erledigt**.

## 60. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 68 Lydia Isler-Christ betreffend E-Health und Elektronisches Patientendossier und anonymisierte Patientendaten senken Kosten im Gesundheitswesen

[16.11.22 17:23:04, GD, 22.5277.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin hat schriftlich mitgeteilt, dass sie von der Antwort teilweise befriedigt ist.

Die Interpellation 22.5277 ist **erledigt**.

## 61. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 74 Raoul I. Furlano betreffend

## Umsetzung der Pflegeinitiative

[16.11.22 17:23:27, GD, 22.5307.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Raoul Furlano (LDP):* Ich bin von der Antwort nicht befriedigt. Ich danke aber, dass tabellarisch der Pflegenotstand und die eingeleiteten Massnahmen aufgezeigt wurden. Aber die Pflegeinitiative wurde angenommen, und wir haben bis heute im Kanton nichts davon gespürt. Nichts ist wenig. Es sei etwas im Gehen, im Fluss, heisst es. Doch wenn etwas im Fluss ist, dann spüre ich das. Das wollen alle unsere Mitarbeitenden im Gesundheitswesen.

Ich bin nicht unbefriedigt, weil der Kanton nichts mache. Patricia von Falkenstein hat im Parlament in Bern einen ähnlichen Vorstoss am Laufen, und man versucht von allen Seiten her, dem ganzen Beine zu machen. Wir haben Notstände nicht nur in der Pflege, sondern ganz allgemein. Am Montagmittag gab es einen Rapport im Kinderspital, und wir hatten die Gelegenheit zu schauen, wie viele Intensivbettenplätze in der Schweiz noch frei sind. Null Plätze! Die ganze Schweiz war ausgebucht, und nicht wegen Corona. Es mag sein, dass es eine Folge von Corona ist, es mag sein, dass das Maskentragen dazu geführt hat, dass das Immunsystem der Kleinkinder nicht arbeiten konnte. Das ist eine der Hypothesen.

Was heisst das nun für uns? Es ist nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa und anderswo der Fall. In Toronto mussten sie eine Abteilung schliessen, das belastet Ärzte und Pflege. Und wir als Gesellschaft müssen uns überlegen, wie es weiter geht. Wir müssen Geld in die Hand nehmen. Wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir die Qualität senken und eine andere Medizin betreiben. Das Kinderspital kann zu einem Quartierspital werden. Wir könnten das Geld sprechen, das es nun dringend braucht. Generieren Sie bitte Ideen mit.

Ich bin nicht wirklich befriedigt, danke aber dem Regierungsrat, dass er sich die Mühe genommen hat, dass er wachsam ist. Aber der Appell ist, wir brauchen Geld für das Gesundheitswesen, wenn wir die Qualität erhalten wollen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5307 ist **erledigt**.

## 62. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 69 Claudio Miozzari betreffend Schulraumkrise, drohende überschreitung Klassengrössen und Bildung und Betreuung für Geflüchtete

[16.11.22 17:27:59, ED, 22.5280.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Claudio Miozzari (SP):* Ich danke für die Beantwortung. Ich bin teilweise befriedigt. Ich anerkenne die Anstrengungen, die unternommen wurden, um die Klassengrössen einzuhalten und auch um Schulraum und geeignete Angebote für all die Geflüchteten zu finden. Das ist sehr gut, dass das gemacht wurde. Insgesamt ist die Klassengrössensituation und auch die Schulraumsituation aber meines Erachtens angespannt. Zahlreiche Klassen sind am Rand oder darüber, die Überbelegungen aus den vergangenen Jahren führen halt dazu, dass auch bei kleineren Bewegungen schnell wieder zu grosse Klassen entstehen und insbesondere auf Sekundarniveau ist das sehr ungünstig.

Auf Sekundarniveau sind immer noch viele Klassen überbelegt, auf der Primarstufe ist es anscheinend ein bisschen besser, da hat man das Problem lösen können. Aber man hat dafür ein neues erhalten: Die Schulräume sind überbelegt, die Schulhäuser haben teilweise keine Gruppenräume mehr, die Schulraumstandards können nicht eingehalten werden, sie sind Makulatur, und auch auf den Tagesstrukturen gibt es immer noch Wartelisten an gewissen Standorten. Insgesamt ist die Situation angespannt und ich hoffe, dass wir mit der Motion, die wir heute überwiesen haben, und mit anderen Schritten wieder in eine bessere Situation gelangen werden.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5280 ist **erledigt**.

## 63. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 71 Barbara Heer betreffend Basler Eltern im Hamsterrad bei der Organisation der Ferienbetreuung

[16.11.22 17:30:04, ED, 22.5282.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Barbara Heer (SP):* Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Interpellation und erkläre mich als teilweise befriedigt. Die Ferienbetreuung ist ein Dauerthema, das merke ich immer wieder, wenn ich mit Eltern spreche, der Koordinationsaufwand für die Organisation ist weiterhin riesig. Ich entnehme der Beantwortung, dass die Regierung sich der Thematik bewusst ist und jetzt auch wirklich wichtige Schritte für die nächsten Monate ankündigt, was ich sehr begrüsse. Unter anderem wurden jetzt bereits vor den Herbstferien die Öffnungszeiten der Tagesstrukturen jeweils unmittelbar angepasst. Bis vor Kurzem war es so, dass die Hälfte der Tagesstrukturen bereits um 16 Uhr vor den Ferien geschlossen. Für Eltern, die nicht einfach am Freitag ihren Arbeitsplatz um 15.30 Uhr verlassen können, war das jeweils noch ein zusätzliches organisatorisches Problem. Die Tagesstrukturen sind nun auch vor den Ferien bis 18 Uhr offen. Ich möchte zu Handen der Regierung anmerken, dass es wichtig ist, dass das Personal frühzeitig informiert wird, wenn solche Änderungen kommen.

Das lange erwartete Online-Buchungssystem für Tagesferien wird nun per 2023 eingeführt, das freut mich sehr. Ich hoffe, dass dadurch die Online-Buchung der Angebote für die Familien wirklich möglich und einfach wird. Denn heute ist es ein Spiessrutenlauf zwischen Telefonen und Emails von Anbieter zu Anbieter, um einen Platz zu finden.

Es ist aus der Antwort auch deutlich geworden, dass die Plätze wirklich sehr stark genutzt werden. Nur gerade 3% der Plätze waren am 1. Juni noch frei. Die Regierung hat das eingesehen und deshalb angekündigt, das Tagesferienangebot dementsprechend zu erweitern und die Quantität zu erhöhen. Ich möchte aus Sicht von Eltern, bei denen ich mich umgehört habe, noch kurz zwei, drei Punkte nennen, die den Eltern wichtig sind.

Erstens ist der Quartierbezug ein grosses Thema. Für Eltern und Kinder ist es schwierig, Ferienangebote am anderen Ende der Stadt zu haben, weil das hinsichtlich des Arbeitswegs schwierig ist und andererseits die Kinder sich teilweise überfordert fühlen, wenn sie in einem komplett fremden Umfeld mit fremden Betreuungspersonen ohne Kinder, die sie kennen, sind. Diese räumliche Nähe bei der Planung der Angebote mit einzubeziehen ist ein Wunsch vieler Eltern.

Weiter ist es wirklich so, dass die Ferienbetreuung an den Schulen nicht so attraktiv ist für Eltern. Eltern sagen immer, dass die Werbung nicht genügt, dass viele Eltern das Angebot immer noch nicht kennen. Dann sind sie auch der Meinung, dass es für Kinder zum Teil nicht so attraktiv ist, in die Tagesstrukturen der Schule zu gehen während den Ferien. Die Frage ist, ob nicht auch thematische Wochen möglich wären, zum Beispiel im Bereich Musik oder Kreativität, so dass die Kinder in dieser Woche auch in der Tagesstruktur ein Thema hätten, worauf sie sich freuen können. Generell höre ich, dass die Nachfrage nach dem Angebot besteht, weil die Eltern nicht fünf Tage Betreuung für ihre Kinder möchten.

Ein Anliegen gibt es von Familien, die mehrere Kinder haben. Wenn sie für Geschwister Ferienangebote suchen müssen, ist es sehr kompliziert, und es wäre angenehm, wenn Geschwister eine gewisse Priorität bei den Buchungen hätten.

Ich erkläre mich als teilweise befriedigt, weil ich einerseits zwar deutlich sehe, dass die Regierung die Thematik sehr ernst nimmt und vorwärts macht, aber ich gleichzeitig sehe, dass grosse Schritte vorwärts gemacht werden müssen. Einfach mit nur zwei, drei zusätzlichen Angeboten ist das Problem noch nicht gelöst. Es braucht die Weiterentwicklung von Konzepten bei den Tagesferien und eine Attraktivitätssteigerung dieses Angebots sowie einen deutlichen Ausbau mit Quartierbezug für die Tagesferienangebote.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5282 ist **erledigt**.

#### **64. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 96 Sasha Mazzotti betreffend Personalmangel an den Basler Schulen**

[16.11.22 17:35:23, ED, 22.5386.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Sasha Mazzotti (SP):* Ich bedanke mich für die ausführliche Antwort meiner Interpellation. Die Antworten sind aufschlussreich und helfen, gewisse Dinge einzuordnen. Trotzdem bin ich nur teilweise befriedigt. Ich bin für die hybride Lösung, ich werde meine Begründung schriftlich abgeben und Beat Flury wird sie ins Protokoll einfügen.

Ich komme gleich zum letzten Satz. Es ist eine Bitte ans ED und an Regierungsrat Conradin Cramer. Bitte gehen Sie proaktiv auf die BKK zu und halten Sie uns mit Prognosen, geplanten Massnahmen und Konzepten auf dem Laufenden, damit wir sehen und erkennen, was getan wird und dies dann auch unterstützen können.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5386 ist **erledigt**.

Schriftliche Interpellationsantwort:

Beantwortung der Interpellation Personalmangel an den Basler Schulen

Ich bedanke mich für die recht ausführliche Beantwortung meiner Interpellation zum Personalmangel an Basler Schulen. Die Antworten sind aufschlussreich und helfen gewisse Dinge einzuordnen.

So fehlen Fachpersonen für Logopädie und Heilpädagogik auf der Primarstufe, auf der Sek 1 Stufe fehlt es an Französisch und Mathematik LPs und bei den Mittelschulen Französisch, Physik und Informatik. Bei uns sei die Situation etwas entspannter als anderswo. Ob die Arbeitsbedingungen tatsächlich damit zu tun haben, werde ich jetzt nicht bewerten. Immerhin anerkennt das ED die Vorteile des trinationalen Arbeitsmarkts. Auf der Sek I Stufe wohnen fast 12% im Ausland. Ist Basel ein attraktiver Arbeitgeber für Lehrpersonen aus dem Ausland oder ist es einfach besser als in Deutschland oder Frankreich. Wie auch immer mein Dank geht an die LPs aus dem Ausland.

Es wurde geschrieben, dass die Entwicklung genau beobachtet wird, und gegebenenfalls werden Schritte eingeleitet. Eine Prognose will das ED nicht stellen und auch nicht herausrücken auf welche Zahlen, Daten und Erfahrungen sie zur Verbesserung der Situation in Zukunft zurückgreifen werden. Das ist alles etwas unkonkret und schwammig. Ich muss also einfach vertrauen, dass das ED die Ernsthaftigkeit der Lage erkannt hat? Verunsichern tut mich dann aber doch Antwort 3 Ich habe versucht in der Interpellation Fragen zu stellen, von denen ich annahm: Ich weiss zwar die Antwort nicht, aber das ED wird es wissen, denn um ihre Arbeit seriös zu machen, werden sie ja einen Überblick haben. Um etwas zu verbessern, müssen die Grundlagen vorhanden sein. Ich habe gefragt wie viele Lektionen denn jeweils auf den Schulstufen von Lehrpersonen unterrichtet werden, die nicht über ein Diplom auf der Stufe oder dem Fach verfügen. Die Antwort: Diese Auswertung kann in der kurzen Frist nicht erstellt werden. Dass das nicht so schnell geht, kann ich grundsätzlich verstehen In diesem Fall handelt es sich aber um eine von mehreren Grundlagen, um das Problem an der Wurzel zu packen und die müssten meines Erachtens ohne mein Nachfragen vorhanden sein. Herr Cramer hat es heute morgen gesagt, wir haben gute Schulen. Er hat in seinem Votum gegen die Motion zu den transparenten Leistungsniveaus die Lehrpersonen unterstützt und ihre Kompetenz anerkannt. Das hat mich sehr gefreut. Ich hoffe es war mehr als ein Lippenbekenntnis. Ich habe trotz meinem «teilweise befriedigt» Verständnis dafür, dass nicht alles auf die Schnelle beantwortet werden konnte, aber gerade bei Sätzen wie: die Entwicklung werden genau beobachtet, und gegebenenfalls werden Schritte eingeleitet, veranlassen mich hier öffentlich eine Bitte ans ED zu richten. Bitte geht proaktiv auf die BKK zu und haltet uns mit Prognosen, geplanten Massnahmen und Konzepten auf dem Laufenden, damit wir sehen was sie alles tun und wir dies auch unterstützen können. Danke!

#### **65. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 63 Andrea Strahm betreffend die Inflation verstärkt das Armutsrisiko**

[16.11.22 17:36:48, WSU, 22.5270.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin hat schriftlich mitgeteilt, dass sie von der Beantwortung befriedigt ist.

Die Interpellation 22.5270 ist **erledigt**.

#### **66. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 79 Lydia Isler-Christ betreffend einfach durchzuführende Massnahmen zur Reduktion des Gasverbrauchs**

[16.11.22 17:37:08, WSU, 22.5339.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin hat schriftlich mitgeteilt, dass sie von der Beantwortung befriedigt ist.

Die Interpellation 22.5339 ist **erledigt**.

#### **67. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 90 Beat K. Schaller betreffend Wieso missachtet der Regierungsrat seine eigenen Grundsätze zur öffentlichkeitsarbeit?**

[16.11.22 17:37:32, WSU, 22.5380.02, BIN]



Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Beat K. Schaller (SVP):* Ich danke der Regierung für die Antwort. Der Regierungsrat betreibt mit dem Porträt eines Klimaaktivisten schamlos Reklame für seine Klimapolitik, und statt dass er informiert, erlaubt er einem Aktivisten auf staatliche Infrastruktur und auf Kosten des Steuerzahlers Werbung für die regierungsrätlichen Klimainteressen zu machen. Laut eigenen Grundsätzen soll die regierungsrätliche Öffentlichkeitsarbeit Transparenz schaffen über die Pläne, Entscheide, Tätigkeiten, Dienstleistungen. Politische Stellungnahmen, Beeinflussung der Stimmbürger sind damit explizit ausgeschlossen. Es ist aber genau das, was der Regierungsrat macht.

Weiter steht in den Grundsätzen, dass Informationen von Regierungsrat und Verwaltung alle Angaben enthalten, die zum Verständnis eines Sachverhalts notwendig sind und mit dem hier veröffentlichten Porträt ist eine freie Meinungsbildung erschwert, da auf reisserische Art nur eine Seite der Klimadiskussion angesprochen wird. Mit den Informationen in diesem Porträt erschwert es die Regierung dem Stimmbürger, sich eine unvoreingenommene und allen Argumenten Rechnung tragende Meinung zu bilden.

Hauptargumente des Regierungsrats sind die Meinungsfreiheit, Meinungsvielfalt, und das ist natürlich etwas, was auch für uns von der SVP ganz klar wichtig und wesentlich ist. Wir stehen dahinter, Cancel Culture wird von anderen politischen Akteuren gepflegt. Wir sind aber auch der Ansicht, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, Aktivisten eine Reklameplattform zu bieten. Aufgabe ist es, Fakten zu vermitteln und nicht eine Plattform zu bieten, auf welcher die Bürger verängstigt und diffamiert werden. Mit diesem Porträt eines Klimafundamentalisten betreibt der Regierungsrat klar Manipulation unter dem Deckmantel von Information. Auch wenn der Grosse Rat den Klimanotstand ausgerufen hat, darf es nie und nimmer missbraucht werden, einseitige staatliche Propaganda zu rechtfertigen.

Hinzu kommt, dass ich vor Kurzem dem Amt für Umwelt und Energie das Porträt einer jungen Dame, welche sich für eine klimaneutrale Energieproduktion einsetzt, geschickt habe, mit der Bitte, dieses Porträt zu veröffentlichen. Das wurde verweigert mit der Begründung, das Porträt einer Person, welche sich für Kernkraft einsetze, entspräche nicht den Regeln dieser Seite. Mit anderen Worten, der Regierungsrat betreibt eine Website und definiert die Spielregeln so, dass er von allem Anfang an schon einen Teil der Bevölkerung ausschliessen kann. Ich finde das eine doch sehr bedenkliche Einstellung, ein bedenkliches Demokratieverständnis. Ich bin von der Antwort nicht befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5380 ist **erledigt**.

## **68. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 98 Melanie Eberhard betreffend Entwicklung integrativer Arbeitsplätze in Basel**

[16.11.22 17:41:17, WSU, 22.5388.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Meanie Eberhard (SP):* Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Interpellation. Es hat mich sehr gereut zu lesen, dass der Regierungsrat eine weitere Förderung der besseren Integration sowohl im Sinne seines sozialpolitischen Auftrags für die Personen mit Beeinträchtigung als auch im Sinne des Wirtschaftsstandorts Basel-Stadt ausdrücklich begrüsst.

Wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme darlegt, wurde das Angebot an integrativen Angeboten im Kanton Basel-Stadt über die letzten Jahre ausgebaut und bietet nun eine attraktive Vielfalt. Dies ist erfreulich und geht im Sinne der Betroffenen auch in die richtige Richtung. Dass der Regierungsrat jedoch die Produktion von Gütern oder das Anbieten von Dienstleistungen nicht primär als Ziel bezeichnet, widerspricht in vielen Fällen der Einschätzung der Betroffenen. Ihnen ist arbeiten zu können und damit Wertschätzung zu erbringen und einen Lohn dafür zu erhalten sehr wichtig. Wie ich bereits in der Begründung meiner Interpellation dargelegt habe, berichten mir viele Menschen, die im zweiten Arbeitsmarkt Einsätze leisten, dass sie sich völlig unterfordert fühlten. Einige haben dabei dargelegt, dass sie diese Einsätze beruflich nicht weiterbrachten oder sogar demotivierend waren.

Es wäre in Anbetracht dessen wichtig, dass der Regierungsrat im angekündigten expliziten Ausbau von integrativen Arbeitsplätzen auch die Sinnhaftigkeit der Arbeiten berücksichtigt. Das Projekt ABA geht dabei in die richtige Richtung und ich bin gespannt auf den Erfahrungsbericht und das daraus geplante Konzept. Dass der Regierungsrat mit der erwähnten neuen Regelleistung neben den integrativen Arbeitsplätzen neu auch die direkte Anstellung im allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglichen will, begrüsse ich sehr, ebenso wie die Ausführungen, dass es nicht Ziel des Projektes sei, dass Personen die IV-Berentung überwinden sollen.

In diesem Sinne bedanke ich mich und erkläre mich als befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 22.5388 ist **erledigt**.

## 69. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 83 Gianna Hablützel-Bürki betreffend Klimaklage gegen Holcim

[16.11.22 17:43:56, PD, 22.5350.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* In Sachen Klimaschutz ist der Schweizer Konzern Holcim ein Vorzeigeunternehmen. Die Holcim Gruppe ist in 70 Ländern vertreten und beschäftigt weltweit 70'000 Mitarbeitende. Der Konzern verfolgt mit der Strategie 2025 Acceleration Green Growths eine Vision, Weltmarktführer für innovative und nachhaltige Baulösungen zu werden und bis 2050 Netto Null zu erreichen. Der Konzern investiert in Märkte für saubere Energie, um Entwicklungsländern dabei zu helfen, moderne Energiedienstleistungen auszubauen und ihr Leben zu verbessern, Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik zu steigern und CO2-Emissionen einzudämmen.

Die Partnerschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die Holcim mit der Strategie 2025 verfolgt, entwickelt innovative, effiziente Finanzierungsmechanismen, um die Märkte für saubere Energiedienstleistungen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu stärken, was den bedürftigen Bevölkerungsgruppen zugute kommt.

Dass das Schweizer Hilfswerk HEKS die vier Bewohner der indonesischen Insel Pari bei der Klage gegenüber des Schweizer Konzerns unterstützt, ist sehr befremdend. Im 2021 hat der Bund HEKS mit Fr. 12'400'000 mitfinanziert. Zusätzliche Einnahmen von Fr. 8'800'000 von den Kantonen und Gemeinden kamen hinzu. Wie wir den Zahlen der letzten Jahre entnehmen konnten, hat der Kanton Basel-Stadt die HEKS bisher mit mehreren Millionen unterstützt. Dass der Regierungsrat argumentiert, dass die gesprochenen Zahlungen an das HEKS die entsprechenden Kriterien und Anforderungen gemäss Vorgaben erfüllen, mag unbestritten sein. Dennoch: HEKS gerät immer wieder in die Schlagzeilen im Zusammenhang mit Problemen bezüglich Spendengelder, weil diese für eine einseitige Parteinahme und Einmischung in die Innenpolitik eines souveränen Staates verwendet werden.

Die finanzielle Unterstützung einer Organisation muss grundsätzlich, unabhängig von §14, kritisch hinterfragt werden, einer Organisation, welche in ihren Positionspapieren den Ausstieg des Schweizer Finanzinstituts aus den Kapitalanlagen in Öl-, Gas- und Kohlenindustrie fordert und von Steuergeldern mitfinanziert wird. Der Regierungsrat verweist nämlich in fünf von sieben Fragen auf die Erfüllung von §14 des Staatsbeitragsgesetzes, auf die Kriterien und Anforderungen und darauf, dass er keinen Widerspruch sehe, und eine nichtstaatliche Organisation nicht an die Neutralitätspolitik gebunden sei.

Schade, dass der Regierungsrat nicht auf die einzelnen Fragen eingegangen ist und diese nur oberflächlich beantwortet hat. Aufgrund der wie bereits erwähnten oberflächlichen Antwort auf meinen Fragekatalog bin ich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5350 ist **erledigt**.

## 70. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 86 Lukas Faesch betreffend Verwaltung macht Politik

[16.11.22 17:47:20, PD, 22.5372.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Lukas Faesch (LDP):* Ich bin von der Antwort nicht befriedigt. Der Regierungsrat geht nicht konkret auf meine Fragen ein und die pauschal gehaltenen Antworten sind bloss Rechtfertigungen. Es fehlt jede noch so kleine Selbstkritik an einer Verwaltung, die eindeutig Politik betreibt, wie beispielsweise der Fachstelle Klima im Präsidialdepartement, der ungeniert öffentlich kundtun darf, dass seine Hauptaufgabe darin bestehe, die Klimagerechtigkeitsinitiative umzusetzen, obwohl das Stimmvolk noch nicht darüber abgestimmt hat. Die einzige Frage in der Antwort, die eindeutig beantwortet wurde, ist die Frage, ob diese Verlautbarungen von Till Berger mit der Departementsführung, also mit Regierungspräsident Beat Jans abgesprochen waren. Das klare Ja bedeutet nichts anderes, als dass Regierungspräsident Beat Jans der Meinung ist, dass die Aufgabe der Fachstelle die Umsetzung der Klimagerechtigkeitsinitiative ist, obwohl sich das Stimmvolk gar noch nicht dazu geäußert hat.

In die gleiche Richtung geht es, wenn auf einer vom Kanton betriebenen und finanzierten Website umweltbasel.ch ein Porträt eines Mitglieds der Klimagerechtigkeitsinitiative erscheint, in dem er seine Meinung und sein Engagement deutlich zum Ausdruck bringen kann und in dem das Logo der Initiative gezeigt wird und die Homepage der Initiative verlinkt ist.

Dass Axel Schubert, ebenfalls Mitglied der Klimagerechtigkeitsinitiative, an einem Anlass der öffentlichen Verwaltung seinen Standpunkt ausführlich kundtun konnte, passt ins gleiche Bild. Dass Stadtentwickler Lukas Ott an einer öffentlichen Preisverleihung bei der Präsentation seiner Aufgaben wörtlich ausführte: "Mer schaffe am Usländerstimmrecht" rundet dieses Bild ab. So wird also mit der Suprematie des Volkes umgesprungen. Es werden einfach Abstimmungsergebnisse antizipiert, die einem gerade in die eigene politische Agenda passen, ohne Rücksicht auf den sensiblen Meinungsbildungsprozess. Das ist nicht nur unzimperlich und unsensibel, das ist auch gefährlich und zeugt von einem für mich sehr speziellen Demokratieverständnis, das nicht das meinige ist.

Der Grundsatz der verhältnismässigen Information von Abstimmungen und der freien unverfälschten Meinungsbildungsmöglichkeit wird mit derartigen Interventionen der Verwaltung verletzt und der Volkswille übergangen. Ich bin nicht befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 22.5372 ist **erledigt**.

## 71. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 92 Andreas Zappalà betreffend Wohnschutzkommission

[16.11.22 17:50:18, PD, 22.5382.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Andreas Zappalà (FDP):* Ich bin befriedigt insoweit, als die Fragen alle beantwortet worden sind. In der Sache selbst ist es sehr unbefriedigend, dass man ein Gesetz per 28. Mai in Kraft setzt, eine Bewilligungspflicht einführt und die Bewilligungsbehörde bis heute noch nicht zusammengesessen ist, sich nicht einmal konstituiert hat. Das findet jetzt offenbar nächste Woche statt. Man kann mit Glück sagen, dass es offenbar erst ein Gesuch gegeben hat. Ich hätte mich gefragt, was man gemacht hätte, wenn es mehrere Gesuche gegeben hätte.

Das zweite Problem ist die Rechtssicherheit. Es gibt Hauseigentümer, die sich erkundigt haben bei der Administration, und man war sich unsicher, was wirklich bewilligungspflichtig ist. Aber wenn man eine Auskunft bekommt, dass man vermutlich keine Bewilligung braucht, wenn man die Wohnung bemalt, aber dass man eine Bewilligung braucht, wenn man den Parkettboden versiegeln will, dann ist das sehr unbefriedigend, vor allem entspricht es nicht dem Gesetz. Deshalb sind wir froh, wenn diese Wohnschutzkommission wirklich zusammenkommt und die Fälle auch behandelt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 22.5382 ist **erledigt**.

## 72. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 65 Eric Weber betreffend Plakate vom Zofinger Konzärtli verschandeln die Stadt

[16.11.22 17:52:20, JSD, 22.5274.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist abwesend.

Die Interpellation 22.5274 ist **erledigt**.

## 73. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 101 Lukas Faesch betreffend BVB bessern Geleise beim Barfi nach

[16.11.22 17:52:32, BVD, 22.5424.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 22.5424 ist **erledigt**.

#### **74. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 103 Pascal Messerli betreffend Nein zum Freizeitgartengesetz, wie weiter?**

[16.11.22 17:52:58, BVD, 22.5440.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich bin teilweise befriedigt. Es ist mir klar, dass man keine vollständige Evaluation einen Monat nach der Abstimmung machen konnte, aber ich hätte mir dennoch ein klareres Statement gewünscht, dass man die Paragraphen 4 und 5 des Freizeitgartengesetzes jetzt so in Ruhe lässt, weil es immerhin der Kompromiss von 2012 war und auch der Hauptgrund für das Nein im September.

Zufrieden bin ich, dass die Freizeitgartenstrategie noch einmal überdacht wird, weil es wirklich ein paar Punkte gibt, die nach diesem Volksnein nicht mehr zeitgemäss sind. Was mich ebenfalls zufrieden stellt ist, dass bei Aufhebung eines Gartenareals ein Ersatzgarten zur Verfügung gestellt wird. Das hat man beim Rankhofareal gesehen. Noch in der Interpellationsbeantwortung von Ratskollegin Tonja Zürcher hiess es, dass es diese Garantiepflcht eben nicht gebe. Das hat wahrscheinlich am Schluss dem Referendum noch mehr Auftrieb gegeben. Das ist die Bedingung, dass eine neue Teilrevision dann auch mehrheitsfähig wird.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5440 ist **erledigt**.

#### **75. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 104 Daniela Stumpf betreffend Aufhebung der Fahrspur auf der Münchensteinerbrücke**

[16.11.22 17:54:52, BVD, 22.5441.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin hat schriftlich mitgeteilt, dass sie von der Antwort nicht befriedigt ist.

Die Interpellation 22.5441 ist **erledigt**.

#### **76. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 110 Joël Thüring betreffend Zunahme schlafender Roma-Bettler im öffentlichen Raum schläft auch die Verwaltung?**

[16.11.22 17:55:21, BVD, 22.5453.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bin von der Antwort teilweise befriedigt. Die Regierung kennt das Problem, sie gesteht ein, dass das Problem im öffentlichen Raum wellenartig ist. Es ist eine Schnittstellenfrage zwischen BVD und JSD. Es gibt vermutlich ein Problem. Tatsächlich ist die Allmendverwaltung nicht zuständig, sondern die Polizei. In der Antwort wird das ein bisschen negiert, dass es diese Probleme gibt. Ich lade Regierungsrätin Esther Keller gerne ein, mit mir abends von der Steinenvorstadt dem Lohweg entlang zur Birsigstrasse zu gehen. Es ist tatsächlich so, dass dort Nacht für Nacht die gleichen Bettlerinnen und Bettler schlafen. Hier habe ich schon die Erwartung, dass die Regierung die Patrouillen intensiviert und diese Personen kontrolliert und sie darauf hinweist, dass es sehr ungeeignet ist, längere Zeit an der gleichen Stelle zu schlafen.

Natürlich hat die Regierung in ihrer Antwort einen Punkt. Es gibt kein generelles Verbot, im öffentlichen Raum zu übernachten. Ich persönlich bin weiterhin der Auffassung, dass im Nachgang zur Wiedereinführung des Bettelverbots es sinnvoll wäre, wenn wir diese Übernachtungen im öffentlichen Raum klären. Das ist aus unserer Sicht weiterhin eine Pendeuz und ich appelliere an den Regierungsrat, im öffentlichen Raum Ordnung zu schaffen. Es kann nicht sein, dass es Dutzende Bettlerinnen und Bettler gibt, die den öffentlichen Raum abends belagern und es zu Zuständen kommt, dass sich Heimkehrende ängstigen müssen, weil sie gerade an ungünstigen Orten auf Bettlerinnen und Bettler stossen müssen,

die ihr Nachtlager aufgeschlagen haben und teilweise die Passanten aus ihren Schlafsäcken angrölen.

Das ist aus unserer Sicht kein Zustand, den wir akzeptabel finden, und deshalb bitte ich Sie noch einmal inständig, sich Gedanken zu machen, wie wir diese Übernachtungen im öffentlichen Raum klären können, sodass es für die Bevölkerung erträglich ist, abends heimzukehren. Wir machen hier in erster Linie Politik für die hier ansässigen Bürgerinnen und Bürger und nicht für schlafende Romabettlerinnen und Romabettler.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5453 ist **erledigt**.

## 77. Schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 111 Andreas Zappalà betreffend Situation beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat

[16.11.22 17:58:57, BVD, 22.5454.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

*Andreas Zappalà (FDP):* Ich weiss nicht so recht, was ich sagen soll und darf. Mir wurden nach Einreichung der Interpellation Informationen zugehalten, die das Ganze etwas in einem anderen Licht erscheinen lassen. Ich empfehle der Regierung, das Bauinspektorat eng zu begleiten, vor allem die eine Abteilung. Es spricht für sich selber, wenn man in einer Abteilung mit sieben Mitarbeitenden zwei hat, die kündigen, zwei die krank sind, eine Person wird pensioniert, und dann muss man extern jemanden holen, der früher dort gearbeitet hat. Weil die Regierung auf meine Fragen offen geantwortet hat, erkläre ich mich für teilweise befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 22.5454 ist **erledigt**.

### Schluss der 38. Sitzung

18:00 Uhr

Basel, 28.12.2022

Jo Vergeat  
Grossratspräsidentin

Beat Flury  
I. Ratssekretär

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Danielle Kaufmann, SP)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	A	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	A	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	A	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	A	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	84	23	14	13	11	9	7	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	14	7	3	2	-	1	1	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Danielle Kaufmann, SP)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	E	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	A	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	87	24	16	15	9	8	8	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	1	1	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	10	5	1	-	2	2	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission  
(Nachfolge Danielle Kaufmann, SP)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	E	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	90	24	17	15	10	9	8	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	1	1	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	7	5	-	-	1	1	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1



## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Barbara Heer, SP)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	E	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	91	24	17	15	11	9	8	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	1	1	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	6	5	-	-	-	1	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Barbara Heer, SP)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	E	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>89</b>	23	17	15	11	9	8	6	-
N	Nein	<b>1</b>	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	<b>1</b>	1	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	<b>8</b>	6	-	-	-	1	-	1	-
P	Präsidium	<b>1</b>		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Toya Kruppenacher, SP)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	91	26	16	15	11	9	8	6	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	7	4	1	-	-	1	-	1	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Beat K. Schaller, SVP)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	A
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	A	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	E	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	87	25	14	14	10	9	8	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	1	-	-	-	1	-	-	-	-
A	Abwesend	10	5	3	1	-	1	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die bauliche Optimierung des Geschäftsbereichs Betrieb des Tiefbauamtes am Standort Dreispitz

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	A	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	85	24	17	13	10	8	7	6	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	13	6	-	2	1	2	1	1	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Universität) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2021 der Universität Basel. Partnerschaftliches Geschäft

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	A	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	A	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	E	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	91	26	14	15	11	10	8	7	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	1	-	1	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	6	4	2	-	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Vorstadttheater Basel für die Jahre 2023 bis 2026

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	A
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>89</b>	25	17	14	10	9	8	6	-
N	Nein	<b>0</b>	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	<b>0</b>	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	<b>10</b>	5	-	1	1	1	-	1	1
P	Präsidium	<b>1</b>		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Ausgabenbericht betreffend Erhöhung Ausgabenbewilligung für Staatsbeiträge für die Jahre 2022 und 2023 aufgrund der Umsetzung der «Trinkgeld-Initiative» an das Musikbüro Basel (ehemals RFV Basel)

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	A	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	A	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	A	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	A	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	89	23	17	15	11	9	8	6	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	10	7	-	-	-	1	-	1	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1



## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Petitionskommission zur Petition P432 "Kitas sind Service Public"

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	A	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	17	-	17	-	-	-	-	-	-
N	Nein	76	26	-	15	11	10	8	6	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	5	4	-	-	-	-	-	1	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Bericht der Petitionskommission zur Petition P450 "Burgfelderstrasse Tempo 30 - Jetzt!"

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	A	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	E	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	E	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	E	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	A
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	38	-	-	15	11	6	-	6	-
N	Nein	51	27	17	-	-	-	7	-	-
E	Enthaltung	3	-	-	-	-	3	-	-	-
A	Abwesend	7	3	-	-	-	1	1	1	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	50	-	-	14	11	10	8	7	-
N	Nein	44	27	17	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	4	3	-	1	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage für Klimaverträglichkeit in Bebauungsplänen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	A	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	55	26	16	-	-	5	8	-	-
N	Nein	37	-	-	15	11	5	-	6	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	6	4	1	-	-	-	-	1	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nachtrag Klima zum Gestaltungskonzept Innenstadt

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	E	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	A	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	26	1	-	-	9	8	8	-	-
N	Nein	64	26	16	14	-	1	-	7	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	1	-	-	-	-
A	Abwesend	8	3	1	1	1	1	-	-	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Margarethenplatz

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	A	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	34	-	-	-	11	8	8	7	-
N	Nein	58	26	17	14	-	1	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	7	4	-	1	-	1	-	-	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend "Lernbrücken für Lernlücken" zum Ausgleich der Nachteile aufgrund der Corona-Schuljahre

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	A	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	42	-	-	15	10	10	-	7	-
N	Nein	49	26	16	-	-	-	7	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	4	1	-	1	-	1	-	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend "Lernbrücken für Lernlücken" zum Ausgleich der Nachteile aufgrund der Corona-Schuljahre

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	A	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	A	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	50	25	16	-	-	-	7	2	-
N	Nein	40	-	-	15	10	10	-	5	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	9	5	1	-	1	-	1	-	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1



## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Pascal Pfister und Consorten betreffend bessere Luftqualität an Basler Schulen im Winter 2022/23

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	A	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	61	26	16	-	-	8	6	5	-
N	Nein	27	-	-	14	11	2	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	11	4	1	1	-	-	2	2	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	A	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	40	-	-	15	11	9	3	2	-
N	Nein	54	26	17	-	-	1	5	5	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	5	4	-	-	-	-	-	-	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Streichung der Einbürgerungsgebühren für Personen unter 25 Jahren

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	E
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	A	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	67	26	17	2	-	8	8	6	-
N	Nein	26	-	-	13	11	2	-	-	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	1	-
A	Abwesend	5	4	-	-	-	-	-	-	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Sicherheit für Velofahrende an Kreuzungen und entlang parkierter Autos

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaela Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	A
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	36	-	-	15	8	8	-	5	-
N	Nein	54	27	15	-	-	2	8	1	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	9	3	2	-	3	-	-	1	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

<b>Geschäft</b>	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Sicherstellung von Beratungs- und Unterstützungsangebote für geflüchtete Männer und Männer mit Migrationshintergrund
-----------------	--

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	A
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	45	-	1	15	9	9	3	7	1
N	Nein	47	28	14	-	-	-	5	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	7	2	2	-	2	1	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Suffizienz im Kanton Basel-Stadt

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	A
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	A
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	64	19	-	15	9	9	5	7	-
N	Nein	22	7	15	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	12	4	2	-	2	1	3	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Einführungsklassen an allen Schulstandorten

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>53</b>	1	16	1	9	10	8	7	1
N	Nein	<b>41</b>	27	-	14	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	<b>0</b>	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	<b>5</b>	2	1	-	2	-	-	-	-
P	Präsidium	<b>1</b>		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Motion Beat Braun und Konsorten betreffend transparente Leistungsniveaus der Schulstandorte

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	E	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	11	-	-	-	3	1	-	7	-
N	Nein	81	28	16	15	6	9	7	-	-
E	Enthaltung	2	-	-	-	-	-	1	-	1
A	Abwesend	5	2	1	-	2	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1



## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Motion Erich Bucher und Konsorten betreffend keine Kleinpensen in der Volksschule

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	A
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	8	-	-	-	1	-	-	7	-
N	Nein	83	27	16	15	8	9	8	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	3	1	-	2	1	-	-	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug David Jenny und Konsorten betreffend Berufsbildung für Lehrpersonen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	E	Lorenz Amiet (SVP)	E
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	E	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	44	-	16	3	-	10	8	7	-
N	Nein	45	28	-	10	7	-	-	-	-
E	Enthaltung	3	-	-	1	2	-	-	-	-
A	Abwesend	7	2	1	1	2	-	-	-	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Weiterbildungsgutscheine für Lehrgängerinnen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	A	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	72	25	16	14	-	10	-	7	-
N	Nein	17	-	-	-	9	-	8	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	10	5	1	1	2	-	-	-	1
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Kenntnis der Unterrichtssprache als Grundlage

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	E	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	E	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	43	26	-	1	-	9	-	7	-
N	Nein	47	-	16	14	9	-	7	-	1
E	Enthaltung	2	-	-	-	-	1	1	-	-
A	Abwesend	7	4	1	-	2	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Salome Bessenich und Johannes Sieber betreffend Sicherstellung von Grünflächen im Kleinbasel während der Baustelle Rheintunnel auf der Dreirosenanlage

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	E
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	E
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	E	Heidi Mück (GAB)	E
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	E	Nicola Goepfert (GAB)	E
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	E
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	E	Harald Friedl (GAB)	E
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	E	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	E	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	E	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	A	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	A	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	E	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	E	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	E	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	E
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	73	26	-	13	9	10	8	7	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	17	-	16	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	9	4	1	2	2	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug René Brigger und Tim Cuénod in Sachen jahrelang leerstehende Häuser und Wohnraumvernichtung

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	E	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	E	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>43</b>	26	16	-	-	-	1	-	-
N	Nein	<b>47</b>	-	-	15	9	9	6	7	1
E	Enthaltung	<b>2</b>	-	-	-	-	1	1	-	-
A	Abwesend	<b>7</b>	4	1	-	2	-	-	-	-
P	Präsidium	<b>1</b>		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Anreizsystem für Vertikalbegrünung sowie Nistmöglichkeiten für Tiere am Gebäude

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	E	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	E	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	E
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	E	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	63	25	16	8	-	6	8	-	-
N	Nein	22	-	-	2	8	4	-	7	1
E	Enthaltung	4	-	-	4	-	-	-	-	-
A	Abwesend	10	5	1	1	3	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Brigitte Kühne und Raffaella Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	A	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	E	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	A
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	52	23	16	1	-	5	7	-	-
N	Nein	35	1	-	14	7	5	-	7	1
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	1	-	-
A	Abwesend	11	6	1	-	4	-	-	-	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1



## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Unterstützungs-beiträge für Senior:innen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	A	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	A	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	A
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>75</b>	25	15	13	-	8	7	7	-
N	Nein	<b>10</b>	-	-	-	8	1	-	-	1
E	Enthaltung	<b>0</b>	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	<b>14</b>	5	2	2	3	1	1	-	-
P	Präsidium	<b>1</b>		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Schulraum für das Quartier am Ring

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Corinne Eymann-Baier (LDP)	E
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	E	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	E	Jeremy Stephenson (LDP)	E	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	E	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	A	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	E	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	E
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	E
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	<b>71</b>	25	15	1	6	9	8	7	-
N	Nein	<b>10</b>	-	-	8	1	-	-	-	1
E	Enthaltung	<b>8</b>	-	-	6	1	1	-	-	-
A	Abwesend	<b>10</b>	5	2	-	3	-	-	-	-
P	Präsidium	<b>1</b>		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Ergebnis der Abstimmung

**Geschäft** Anzug Eric Weber betreffend Wohnen ist ein Menschenrecht

### Gegenstand / Antrag

### Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	A	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	A	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Corinne Eymann-Baier (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	A	Thomas Mury (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	P	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	A
Jérôme Thiriet (GAB)	A	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	A	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	A
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	A	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	A
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	A	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	A
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	A	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	A	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	70	19	14	14	6	5	6	6	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	28	11	3	1	5	5	2	1	-
P	Präsidium	1		1						
	<b>Total</b>	<b>100</b>	30	18	15	11	10	8	7	1

## Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

	Komm.	Dep.	Dokument
<b>Direkt auf die Tagesordnung kommen</b>			
Keine			
<b>Überweisung an Kommissionen</b>			
1. Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für Finanzhilfe an den Verein Männerbüro Region Basel für die Jahre 2023-2026	<b>BKK</b>	PD	22.0689.01
2. Ausgabenbericht Ausgabenbewilligung für den gemeinsamen Fachausschuss Tanz und Theater der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für das Jahr 2023	<b>BKK</b>	PD	22.1399.01
3. Ratschlag betreffend Staatsbeiträge an den Verein für Kinderbetreuung Basel für die Elternberatung, an den Verein Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe und an den Verein Jugendarbeit Basel für die Jugendberatung für die Jahre 2023 bis 2026	<b>BKK</b>	ED	22.0677.01
4. Ratschlag betreffend Ersatz von Oberflurwertstoffsammelstellen durch Unterfluranlagen	<b>UVEK</b>	BVD	22.1334.01
5. Petition P456 "Gegen Tempo 30 auf Hauptstrassen"	<b>PetKo</b>		22.5443.01
<b>An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung</b>			
6. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht Umsetzung des Entsorgungsmonopols bei Gewerbekehricht gemäss VVEA (Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen)	<b>UVEK</b>	BVD	19.1838.03
7. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Bericht über die Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der Beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2021	<b>BKK</b>	ED	22.0666.02
8. Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt". Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Verfahren		BVD	22.0979.01
9. Kantonale Volksinitiative "für mehr Musikvielfalt". Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Verfahren		PD	22.0980.01
10. Bericht der Petitionskommission zur Petition P438 «Lärmkontingente für traditionelle kulturelle Veranstaltungen»	<b>PetKo</b>		21.5649.03
11. Bericht der Petitionskommission zur Petition P447 betreffend «Für eine Polizeifachstelle gegen Tierquälerei in Basel-Stadt»	<b>PetKo</b>		22.5220.02
12. Bericht der Petitionskommission zur Petition P448 «Die GAVs sollen nicht aus der Mindestlohngesetzgebung ausgeschlossen werden»	<b>PetKo</b>		22.5255.02
13. Bericht der Petitionskommission zur Petition P451 «Keine Reduktion des Trottoirs in der Austrasse stadtauswärts/links bei Tramdurchfahrt mit 45 km/h!»	<b>PetKo</b>		22.5322.02
14. Bericht der Petitionskommission zur Petition P452 «Für den Erhalt des Musical Theaters Basel»	<b>PetKo</b>		22.5328.02
15. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Barbara Heer und Consorten betreffend Weiterbildung für religiöse Leitungspersonen		PD	19.5089.03
16. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Isler und Consorten betreffend mehrsprachige Website mit Alltagsinformationen		PD	18.5385.03
17. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Barbara Wegmann und Consorten betreffend Vereinbarkeit von Familie und Beruf		PD	19.5280.03
18. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michela Seggiani und Consorten betreffend junge Menschen und Corona in Basel: Wie erleben Kinder und Jugendliche diese Zeit?		GD	20.5255.02

19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend statistische Daten und übergeordnete Koordination im Bereich Gesundheit und Migration	GD	20.5013.02
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Förderung der Berufsmaturität sowie zum Anzug Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Pilotprojekte zur Steigerung der Attraktivität der Berufsmatur	ED	18.5242.03 21.5321.02
21.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Veloparking-Situation auf der Gundeli-Seite des Bahnhofs	BVD	20.5338.02
22.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend "Weg mit den Trottoirs" für eine lebendige Innenstadt Basel	BVD	16.5355.04
23.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend Konzept und Signalisation für den Veloverkehr in den Langen Erlen (stehen lassen) sowie zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Zulassung von allen E-Bikes mit Motorunterstützung auf den kantonalen Velowegen und Velorouten sowie auf für Motorfahräder gesperrten Wegen (abschreiben)	BVD	20.5253.02 13.5432.05
24.	Motionen:		
1.	David Jenny und Konsorten betreffend rückwirkende Erhöhung des der Universität Basel für den Neubau des Biozentrums gewährten Bruttodarlehens		22.5459.01
2.	Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend Behebung der Gefahrenstelle Gellert-Dreieck		22.5465.01
3.	Heidi Mück und Konsorten betreffend Regelungen für die Übernahme von Mandaten durch ehemalige Regierungsrät*innen und weitere Amtsträger*innen		22.5466.01
4.	Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation (KIS)		22.5467.01
5.	Karin Sartorius und Konsorten betreffend sexualisierte Gewalt: Prävention soll bereits in der Schule beginnen		22.5469.01
6.	Heidi Mück und Konsorten betreffend Schaffung von Voraussetzungen für Co-Ämter im Regierungsrat		22.5470.01
25.	Anzüge:		
1.	Andreas Zappalà und Konsorten betreffend Meldepflicht für den Einbau von Dachfenster als Teil der Solar- und PV-Anlage		22.5471.01
2.	Felix Wehrli und Konsorten betreffend Reduktion der Arbeitszeit bei den Polizistinnen und Polizisten im Schichtdienst sowie weiteren Kantonsangestellten		22.5472.01
3.	Beat Braun und Konsorten betreffend Präventions- und Kommunikationskampagne gegen sexualisierte Gewalt		22.5473.01
4.	David Jenny und Konsorten betreffend Hotspots der sexualisierten Übergriffe resp. der Hotspots der Gewaltdelikte in Basel		22.5474.02
5.	Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Verständlichkeit der Kommunikation der kantonalen Verwaltung		22.5475.01

**Kenntnisnahme**

26.	Nachrücken in den Grossen Rat (Amina Trevisan anstelle Danielle Kaufmann, SP)		22.5404.02
27.	Rücktritt von Barbara Heer als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission, der Petitionskommission und der IGPK Universität per 8. November 2022		22.5482.01 22.5483.01
28.	Rücktritt von Toya Kruppenacher als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission per 7. November 2022		22.5481.01

29.	Rücktritt von Beat K. Schaller als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission per 8. November 2022		22.5484.01
30.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Förderung von einheimischem Holz als ökologischer und klimaneutraler Baustoff (stehen lassen)	BVD	20.5186.02
31.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Neubau der BVB-Garage Rankhof mit preisgünstigen Wohnungen (stehen lassen)	BVD	19.5130.03
32.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend Tempo 30 in der ganzen Stadt Basel während der Nacht, Georg Mattmüller und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen im Wettsteinquartier zum Schutze der Wohnqualität sowie Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Einführung von Tempo 30 in der Grenzacherstrasse im Umfeld der Kindergarten an der Kreuzung Peter Rot-Strasse (stehen lassen)	BVD	11.5306.08 16.5304.04 13.5431.06
33.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Befahren der Spalenvorstadt für Fahrradfahrer stadteinwärts (stehen lassen)	BVD	08.5297.08
34.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Digitalisierung vorantreiben - Einbürgerungsverfahren digitalisieren (stehen lassen)	JSD	20.5072.02
35.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend digitaler Transformation der Verwaltung (stehen lassen)	FD	20.5185.02
36.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Michael Hug betreffend «Basel gehen die Polizisten aus»	JSD	22.5348.02
37.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend spart Basel bei der Beleuchtung schon?	WSU	22.5358.02
38.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend nächtliche Dauerbeleuchtung ist für viele Tiere eine Qual	WSU	22.5359.02

## Anhang C: Neue Vorstösse

### Motionen

#### 1. Motion betreffend rückwirkende Erhöhung des der Universität Basel für den Neubau des Biozentrums gewährten Bruttodarlehens

22.5459.01

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt stimmte am 6. Februar 2013 der Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums in der Höhe von Fr. 158'200'000 zu. Die Details finden sich im Beschluss des Grossen Rates und im Ratschlag des Regierungsrates (12.1870.01) und dem Bericht der BKK (12.1870.02). Im Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt (PUK Biozentrum) zum Neubau des Biozentrums (19.5579.03, nachfolgend "PUK-Bericht") wird eingehend dargelegt, wie die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft, vornehm ausgedrückt, die Universität Basel dazu motivierten, Kostenüberschreitungen beim Bau des Biozentrums vorzufinanzieren. Dies steht im Widerspruch zum von den beiden Kantonen abgeschlossenen Projektierungsvertrag. Diese Vorfinanzierung sollte die Erhöhung der gewährten Darlehen unnötig machen, da insbesondere eine Vorlegen einer entsprechenden Vorlage an den Landrat des Kantons-Landschaft vermieden werden sollte. Gemäss der im PUK-Bericht referierten Rechtsauffassung des baselstädtischen Regierungsrates wäre in Basel-Stadt zur benötigten Erhöhung des Darlehensbetrags der Regierungsrat (mit Information an die Finanzkommission) befugt gewesen. Diese Motion will erreichen, dass Empfehlung 36 des PUK-Berichts in einer Weise umgesetzt wird, die mit dem verbindlichen Vertragswerk im Einklang ist. Damit soll rückwirkend der vertragskonforme Zustand hergestellt werden, so dass auch die Schlussabrechnung vertragsgemäss vorgenommen werden kann.

Die Motionärinnen und Motionäre fordern deshalb, dass der Regierungsrat innert 6 Monaten was folgt vorkehrt:

Die Universität Basel ist rechtlich und wirtschaftlich so zu stellen, als ob die Universität Basel nicht gemäss Beschluss des Universitätsrates vom 31. Oktober 2019 (PUK-Bericht, S. 120) die Vor- resp. Zwischenfinanzierung der Mehrkosten des Neubaus Biozentrums im Umfang, um den das vom Kanton Basel-Stadt gewährte Darlehen hätte erhöht werden müssen, übernommen hätte.

David Jenny, Erich Bucher, Oliver Thommen, Joël Thüring, Laurin Hoppler, Daniela Stumpf, Johannes Sieber

#### 2. Motion betreffend Behebung der Gefahrenstelle Gellert-Dreieck»

22.5465.01

Das Autobahn-Dreieck Gellert ist Teil der Hauptdurchgangssachse Nord-Süd für den Pendler- und Schwerverkehr. In ihrer Ausgabe vom 4. August 2022 schreibt die BAZ, dieser Teil der Autobahn A2 sei schweizweit unter den Top 10 für Unfälle (Risiko auf der Autobahn – A2 bei Gellert-Dreieck schweizweit unter Top 10 für Unfälle). Das Bundesamt für Strassen selbst bezeichnet den Abschnitt als «Unfallsschwerpunkt», ist sich also des Unfallpotentials sehr wohl bewusst.

Unfälle können viele Ursachen haben, wobei die Spurführung eine der wesentlichen Ursachen ist. Gerade auf einer viel befahrenen Strasse wie die A2 soll die Spurführung so gestaltet sein, dass Unfälle vermieden werden. Dies ist aber mit der verkürzten linken Einfahrtspur von Gundeldingen her (gelbe Pfeile, dann rote Kreuze bei den Lichtsignalen über der Fahrbahn) eindeutig nicht der Fall. Angesichts der Klassifizierung als Unfallsschwerpunkt ist es dringend angezeigt, Massnahmen zur Verbesserung der Situation zu ergreifen. In seiner Antwort auf die Interpellation Hafner betreffend «unnötige und gefährliche Spuraufhebung Autobahn /Signalisationen (17.5421.02)» stellt der Regierungsrat selbst in Aussicht, beim Bundesamt für Strassen ASTRA die notwendigen Anpassungen zu beantragen.

Wenn eine Verkehrsführung als unfallträchtig erkannt ist, darf nicht lange gewartet werden. Es stehen die Gesundheit oder sogar das Leben von Verkehrsteilnehmern auf dem Spiel. Angesichts dessen haben wir für diesen Vorstoss die Form einer Motion gewählt.

Die Motionäre fordern den Regierungsrat auf, innert sechs Monaten beim Bundesamt für Strassen vorstellig zu werden und zu beantragen:

- Es sei die Spurführung am Gellert-Dreieck Richtung Norden so anzupassen, dass die Anzahl der Unfälle auf höchstens das für Autobahnen durchschnittliche Mass reduziert wird.
- Dazu sei insbesondere, aber nicht ausschliesslich, die künstliche Verkürzung der Einfahrt aus dem Gundeli aufzuheben
- Es seien alle weiteren möglichen Anpassungen vorzunehmen, um diesen Abschnitt der A2 als Unfallsschwerpunkt zu entschärfen.

Gianna Hablützel-Bürki, Beat K. Schaller, Roger Stalder, Olivier Battaglia, Erich Bucher, Lorenz Amiet, Andrea Strahm, Lydia Isler-Christ, Philippe Karger, Jeremy Stephenson, Daniel Albietz

### 3. Motion betreffend Regelungen für die Übernahme von Mandaten durch ehemalige Regierungsrät\*innen und weitere Amtsträger\*innen

22.5466.01

Bei der Diskussion um die Motion betr. Karenzfrist für ehemalige Mitglieder des Regierungsrats (22.5166.01) wurde offenbar, dass transparente Regelungen für die Übernahme von Mandaten durch ehemalige Regierungsrät\*innen mehrheitlich gewünscht werden.

Die Schaffung solcher Regelungen entspricht den Gepflogenheiten in einem modernen, demokratischen Staatswesen. Zudem würden die Schaffung und Kommunikation gewisser Regeln dem Unbehagen und Unverständnis der Bevölkerung in Bezug auf die Übernahme von bezahlten Mandaten, Verwaltungsratsposten etc. von ehemaligen Regierungsrät\*innen kurz nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt Rechnung tragen.

Die Unterzeichnenden beauftragen deshalb den Regierungsrat, gesetzliche Regelungen für die Übernahme von bezahlten Mandaten durch Mitglieder des Regierungsrats nach dem Ausscheiden aus ihrem Amt zu schaffen.

Diese Regelungen sollen auch Organisationen betreffen, welche ganz oder teilweise im Eigentum des Kantons sind oder vom Kanton beherrscht werden.

Zudem sollen Compliance-Regelungen erlassen und kommuniziert werden für sämtliche Beteiligungen und Beauftragungen bei denen der Regierungsrat das Wahlgremium ist.

Insbesondere soll eine angemessene Wartefrist für die Übernahme solcher Mandate festgelegt werden.

Heidi Mück, Oliver Thommen, Joël Thüring, Luca Urgese, Beda Baumgartner

### 4. Motion betreffend Niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation (KIS)

22.5467.01

Die Kriseninterventionsstation (KIS) der Universitären Psychiatrischen Klinik (UPK) wird im März 2023 vom Universitätsspital Basel (USB) auf den Campus der UPK verlegt. Dies einzig deshalb, weil das USB vor dem geplanten Umbau vorübergehend zu wenig Kapazitäten hat, um die KIS in seinen Räumlichkeiten unterzubringen. Die Leitung der UPK und der Regierungsrat haben die Öffentlichkeit über den Entscheid im Frühjahr 2022 informiert. Fachpersonen, Zuweiser:innen und Patient:innen sowie zahlreiche Berufsverbände haben sich daraufhin gegen die Verlegung der KIS auf den Campus der UPK gewehrt und ihre fachlichen Bedenken zum Ausdruck gebracht. Denn diese Verlegung bedeutet einen einschneidenden Bruch mit dem seit 1991 bewährten Modell einer KIS, die aufgrund ihrer Anbindung an ein Spital (und nicht eine Psychiatrie) mitten in der Stadt ein niederschwelliges, wichtiges Angebot in der Gesundheitsversorgung darstellt. Dieser wegweisende Paradigmenwechsel wird mit dem Umzug zurück auf den Campus rückgängig gemacht und widerspricht dem Anspruch der integrierten Versorgung. Entsprechend forderten die Verbände die Prüfung alternativer Lösungen, damit die KIS weiterhin ausserhalb des Psychiatriegeländes (am besten in einem akutsomatischen Spital) weitergeführt werden kann. Gemäss Aussagen der UPK-Leitung ist der Umbau eines Gebäudes für die Aufnahme der KIS auf dem UPK-Campus bereits initiiert, alternative Lösungen wurden verworfen.

Wieso ist es trotzdem von grosser Relevanz, dass die KIS mittelfristig wieder vom Campus wegzieht? Um einen möglichst niederschweligen Zugang zur psychiatrischen Versorgung zu gewährleisten, sollte die KIS ausserhalb des Geländes der UPK liegen. Nach wie vor haben viele Patient:innen Vorurteile und Stigmatisierungsängste gegenüber der psychiatrischen Klinik und selber Angst davor, sich als krank wahrzunehmen, weshalb es für diese Patient:innen bedeutend einfacher ist, ausserhalb statt innerhalb einer psychiatrischen Klinik Hilfe zu suchen. Eine Krisenintervention ausserhalb der Klinik ist äusserst wichtig – damit Patient:innen sich in Krisen trotz Stigmatisierungsängsten möglichst schnell in eine Behandlung begeben und so der Krankheitsverlauf durch ein schnelles Eingreifen deutlich verkürzt werden kann. Diese Einschätzung teilen beinahe alle Fachpersonen, die in direktem Kontakt mit Klient:innen sind. Sie nehmen solche Ängste tagtäglich wahr.

Zudem empfiehlt das neue Psychiatriekonzept Basel-Stadt und Baselland – an dem auch die UPK wesentlich mitbeteiligt ist – «niederschwellige offene Kriseninterventionsstationen, die idealerweise ausserhalb der Kernkliniken lokalisiert sind».

Die Motionär:innen fordern vom Regierungsrat, dass

1. zusammen mit der UPK innerhalb von 5 Jahren ein Platz für die KIS in der Stadt, ausserhalb des Psychiatriegeländes realisiert wird mit folgenden Prioritäten:
  - a. idealerweise im Universitätsspital Basel
  - b. in einem akutsomatischen Spital, da die enge Kooperation zwischen Somatik und Psychiatrie im Sinne der medizinischen integrierten Versorgung zukunftsweisend ist.
  - c. Sollte sich dort kein Platz finden, dann in einer anderen Lokalität in der Stadt, gut angebunden an das USB.



2. Alternativ zu Punkt 1 ist auch eine Frist von 10 Jahren denkbar, sollte eine Wiederaufnahme der KIS innerhalb der Neubauten auf dem Campus des USB realisierbar sein.

Melanie Nussbaumer, Fleur Weibel, Melanie Eberhard, Daniela Stumpf, Georg Mattmüller, Oliver Bolliger, Christoph Hochuli, Sandra Bothe, Alexandra Dill, Niggi Daniel Rechsteiner

**5. Motion betreffend sexualisierte Gewalt: Prävention soll bereits in der Schule beginnen**

22.5469.01

In der Schweiz sind viele Kinder und Jugendliche von sexualisierter Gewalt betroffen. Die Zahl der Straftaten hat schweizweit 2021 zugenommen, in Basel leicht abgenommen. Es ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Auch sind die Kinder vermehrt durch das Internet mit sexualisierter Gewalt konfrontiert. Deshalb soll Prävention gegen sexualisierte Gewalt bereits an der Schule beginnen. Gemäss dem Schreiben 19.5242.02 des Regierungsrates werden folgende Präventionsprogramme angeboten:

«Zur Prävention von sexueller Gewalt besuchen alle 3. Primarklassen obligatorisch das Programm «Mein Körper gehört mir», das vom Kinderschutz Schweiz lanciert wurde. Zudem sind alle Lehrpersonen verpflichtet, einen Sensibilisierungsanlass zum Thema Prävention vor sexueller Gewalt an Kindern zu besuchen. Für die Erziehungsberechtigten findet ein freiwilliger Elternabend zur Thematik statt. Den Schulen stehen zudem weitere Präventionsangebote, wie etwa «Willsch mit mir goh?» oder «180° Basel» des Dienstes für Prävention der Kantonspolizei zur Verfügung. Diese können über die Datenbank des kantonalen «Schulnetz21 der gesundheitsfördernden und nachhaltigen Schulen» eingesehen werden. In den höheren Klassen der Primarschule und in der Sekundärschule erteilen die Lehrpersonen altersgerechten Sexualkundeunterricht. Die Erziehungsberechtigten werden vorgängig über die Inhalte des Unterrichts informiert. Zudem wird aktuell im Basler Ferienpass ein kostenloses Selbstbehauptungsprogramm mit dem Titel «Die Jugendpolizei hilft: Sicher durchs Leben!» für Jugendliche im Alter zwischen zehn bis zwölf Jahre angeboten. An der Berufsfachschule Basel-Stadt ist im Rahmen der Gesundheitsförderung ein Programm zum Thema «Selbstbestimmung in der Sexualität» in Planung. Auch am Zentrum für Brückenangebote wird das Thema sexuelle Gewalt zu Beginn des Schuljahrs in allen Klassen durch die Standortleitungen präventiv angesprochen.»

Lediglich ein Programm in der 3. Primarklasse scheint obligatorisch zu sein. Ein Sensibilisierungsanlass sowie ein freiwilliger Elternabend genügen jedoch nicht bei der zunehmenden Brisanz dieses Themas, insbesondere auch im Hinblick der Nutzung der sozialen Medien, wo die jungen Erwachsenen früher und öfters mit dem Thema Sexualität, zumeist auch unkontrolliert, konfrontiert werden. Zudem sind junge Erwachsene anscheinend vermehrt sexuell anzüglichen Rufen oder sonstigen Lauten im öffentlichen Raum ausgesetzt, wie das Thema Catcalling gezeigt hat. Daher fordern die Motionärinnen und Motionäre, die Präventionsmassnahmen betreffend sexualisierte und öffentliche Gewalt an den Schulen zu verstärken.

Die Unterzeichnenden beauftragen den Regierungsrat, innert zwei Jahren ein Konzept auszuarbeiten, das ein Präventionsangebot in der Primar- und Sekundarschule in Bezug auf sexualisierte Gewalt obligatorisch vorsieht und welches alle Beteiligten, also die Lehrpersonen sowie auch die Jugendpolizei unter dem Aspekt der sozialen Medien, mit einbezieht.

Karin Sartorius, Luca Urgese, Melanie Nussbaumer, Alexandra Dill, Mark Eichner, Michela Seggiani, Salome Bessenich, Tonja Zürcher, Fleur Weibel, Sasha Mazzotti, Catherine Alioth, Franz-Xaver Leonhardt, David Wüest-Rudin, Pascal Pfister, David Jenny, Brigitte Kühne, Annina von Falkenstein, Niggi Daniel Rechsteiner, Erich Bucher, Christian von Wartburg, Beat Braun, Mahir Kabakci, Michael Hug, Tim Cuénod, Corinne Eymann-Baier, Sandra Bothe, Jenny Schweizer, Nicole Amacher, Salome Hofer, Heidi Mück, Edibe Gölgeli, Barbara Heer, Andreas Zappalà

**6. Motion betreffend Schaffung von Voraussetzungen für Co-Ämter im Regierungsrat**

22.5470.01

Nachdem ein vom Regierungsrat in Auftrag gegebenes externes Rechtsgutachten<sup>1</sup> im April 2020 zum Schluss gekommen war, dass eine Co-Kandidatur für die Regierungsratswahlen nicht mit der Bundesverfassung und dem kantonalen Recht vereinbar sei, hat die Staatskanzlei beschlossen, für die Regierungsratswahlen 2020 keine Wahlvorschläge zuzulassen, die darauf abzielen, dass sich zwei Personen das Amt in irgendeiner Form teilen können<sup>2</sup>.

BastA! hatte damals ein Kurzgutachten vorgelegt, welches dieser Schlussfolgerung widerspricht. Inzwischen gibt es auch weitere juristische Meinungsäusserungen, die die Frage der Co-Kandidatur anders beurteilen und durchaus Wege sehen, wie die Kantone solche neuen Modelle der politischen Teilhabe ermöglichen können.<sup>3</sup> Es ist also in Anbetracht des Recht auf freie Willensbildung und unverfälschte Stimmabgabe (Art. 34 Abs. 2 BV) keinesfalls von vornherein unzulässig, wenn zwei Co-Kandidierende nur im «Doppelpack» gewählt werden können.

Mittlerweile ist Jobsharing in vielen Bereichen der Arbeitswelt eine Realität. Nicht nur gleichstellungspolitische Gründe wie zum Beispiel die bessere Vereinbarung von Berufs- und Familienarbeit sprechen dafür, dass auch auf der Regierungsebene die Möglichkeit von Job-sharing geschaffen werden soll. Wenn sich zwei Personen das Amt einer Regierungsrätin/eines Regierungsrats teilen, dann teilen sie nicht nur Zeit, Arbeit, Verantwortung und Lohn,

sondern sie tragen zu einer fachlichen und inhaltlichen Stärkung dieser Position bei, da sie verschiedene Qualifikationen und verschiedenes Know-How einbringen können.

Da das Amt einer Regierungsrätin/eines Regierungsrats nicht in allen Punkten mit einer Kaderstelle zu vergleichen ist sind einige Rahmenbedingungen für eine Teilung dieses Amtes im Voraus festzulegen.

Die Unterzeichnenden schlagen folgende Regelungen vor:

- Es sollen Co-Kandidaturen von 2 Personen ermöglicht werden.
- Die beiden Co-Regierungsrät\*innen werden gemeinsam für 4 Jahre gewählt. Bei einem Rücktritt einer Person wird eine Neuwahl für das gesamte Amt abgehalten. Die verbleibende Person kann sich mit einer anderen Person oder auch alleine wieder zur Wahl stellen.
- Dementsprechend soll das Amt von 2 Personen gemeinsam wahrgenommen werden können und das Departement wird bei einer Wahl von 2 Personen gemeinsam geführt.
- Sie tragen die Verantwortung gemeinsam.
- Bei Abstimmungen im Regierungsrat haben sie gemeinsam nur eine Stimme.
- Das Gehalt entspricht je 50% eines üblichen Gehalts für Regierungsrät\*innen.

Nach Auffassung der Motionärinnen braucht es keine gesetzliche Regelung über die Art und Weise der Aufgabenteilung innerhalb des Jobsharings resp. der internen Zuständigkeiten, der gemeinsamen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, da dies eine operative Frage ist und die Co-Regierungsrät\*innen das Amt gemeinsam ausüben und entsprechend gemeinsam die Verantwortung tragen.

Die Unterzeichnenden beauftragen den Regierungsrat, innert dreier Jahre einen Vorschlag für die Änderung der Kantonsverfassung (§ 101 Abs. 2 KV und allenfalls weitere §§), des Wahlgesetzes (§ 37 Abs. 2 und allenfalls weitere §§) auszuarbeiten, damit Co-Kandidaturen für ein Amt im Regierungsrat mit den vorgeschlagenen Rahmenbedingungen zukünftig möglich sind.

<sup>1</sup> Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley: Gutachten über eine Doppelkandidatur für ein Regierungsratsmandat, Im Auftrag des Kantons Basel-Stadt, vertreten durch die Staatskanzlei vom 14. April 2020

<sup>2</sup> Medienmitteilung des Präsidialdepartements vom 20. April 2020

<sup>3</sup> Julian Marbach, Jobsharing, Co-Kandidaturen und Stimmrechtsfreiheit, in: Jusletter 27. September 2021

Heidi Mück, Raffaella Hanauer, Tonja Zürcher, Nicola Goepfert, Barbara Heer, Melanie Nussbaumer, Beda Baumgartner, Karin Sartorius, Nicole Strahm-Lavanchy, Johannes Sieber, Tobias Christ, Fleur Weibel, Raphael Fuhrer

## Anzüge

### 1. Anzug betreffend Meldepflicht für den Einbau von Dachfenster als Teil der Solar- und PV-Anlage

22.5471.01
------------

Die wirkungsvolle Dämmung der Fenster, deren Beschaffenheit und Qualität bezüglich ihres Wärmedämmvermögens sind ein wesentlicher Bestandteil für eine ökologisch nachhaltige Ertüchtigung einer Liegenschaft. Neben dieser Energieeffizienz spielen beim Fenster aber noch andere Komponenten resp. Vorteile eine bedeutende Rolle. Sie schaffen nicht nur die Sicht nach innen und aussen, sondern sie beeinflussen auch das Raumklima und senken den Licht-Stromverbrauch massgeblich. Aus diesem Grund sind sie als zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Gebäudeenergie-Konzeption einzusetzen. Die lange Lebensdauer von 25 bis 40 Jahren trägt das ihrige dazu bei.

Bei Dachfenstern ist dieser Effekt um einiges höher, vorallem wenn sie neu eingebaut werden: Gutes Tageslicht sowie Frischluftversorgung wirken sich positiv auf Wohlbefinden, Leistungsfähigkeit, Stimmung und Gesundheit aus. Neue Normen zu ausreichender Tageslichtversorgung (die Norm SN EN 17037 Tageslicht in Gebäuden sowie SIA 387/4 Elektrizität in Gebäuden – Beleuchtung) machen darauf aufmerksam, dass dieser Aspekt bisher vernachlässigt wurde. Genügend Tageslicht fördert den Wohnkomfort und trägt wesentlich zu der Wertigkeit unserer Wohnräume bei.

Am 17.11.2021 wurde die Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend «Aufbruch ins Solarzeitalter» (21.5236) vom Grossen Rat an den Regierungsrat überwiesen mit dem Auftrag, eine Vorlage auszuarbeiten. Diese Forderung hat allerdings zur Folge, dass grosses Potenzial zur Erhöhung der Sanierungsrate im Dachstock verloren geht. Denn trotz laufender Bemühungen sind noch viele Dachstockwerke im Kanton nicht ausgebaut. Im Sinne der inneren Verdichtung ist es von Vorteil, wenn ungenutzte Dachstockwerke in nutzbare Wohnflächen umgewandelt werden, sofern aufgrund des Ausbaus neue Wohnungen entstehen. Aus diesem Grund ist das Zusammenspiel von Dachfenstern und Solaranlage zu fördern. Im Zuge der Ausarbeitung der erwähnten Motion ergibt sich die Möglichkeit, den Baubewilligungsprozess für Dachfenster zu vereinfachen. Die Baubewilligungspflicht soll zu einer Meldepflicht für Dachfenster umgewandelt werden, sofern ihr Einbau im Zusammenhang mit einer Solar- oder PV-Anlage erfolgt. Dies wäre ein wichtiger Schritt hin zu einem optimierten Energieverbrauch der Gebäudehülle. Auch aus optischer Sicht spricht nichts dagegen: wird eine Solaranlage auf einem Dach installiert, geschieht bereits ein

sichtbarer Eingriff in die Gebäudehülle. Werden im gleichen Zug an die Solaranlage angepasste und energieeffiziente Dachfenster eingebaut, bleiben die sichtbaren Auswirkungen auf den Ortsbildschutz minim.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob der Einbau von Dachfenstern, wenn sie Teil einer Solar- oder PV-Anlage sind, als meldepflichtig gelten können. Eine Umsetzung würde sich im Zuge der Ausarbeitung der Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend «Aufbruch ins Solarzeitalter» (21.5236) anbieten.

Andreas Zappalà, René Brigger, Jeremy Stephenson, Karin Sartorius, Franz-Xaver Leonhardt, Beat Braun, Luca Urgese, Heidi Mück, Michael Hug, Nicole Strahm-Lavanchy, Mark Eichner, Daniel Hettich

## 2. Anzug betreffend Reduktion der Arbeitszeit bei den Polizistinnen und Polizisten im Schichtdienst sowie weiteren Kantonsangestellten

22.5472.01

In den vergangenen drei Jahren hat sich die zuvor schon knappe Personalsituation bei der im Schichtdienst arbeitenden Polizeimannschaft dramatisch verschärft. Über 90 Stellen, Stand Ende Juni 2022, blieben unbesetzt. Das verbliebene Personal wird dadurch zusätzlich stark belastet und einzelne Mitarbeitende haben an weniger als 10 ganzen Wochenenden frei pro Jahr. Es gelingt derzeit nicht, die Situation zu verbessern, das Gegenteil ist der Fall: Die für die verbleibenden Polizistinnen und Polizisten unhaltbaren Arbeitsbedingungen verschärfen sich weiter, was zu einer Zunahme von Kündigungen sowie Kurz- und Langzeitausfällen aus gesundheitlichen Gründen führen wird. Beim Anzug geht es in erster Linie um die regelmässig im Schichtdienst arbeitenden Polizistinnen und Polizisten, bei welchen im Gegensatz zum Sanitätsdienst und zur Feuerwehr auch keine altersbedingten Entlastungen vorgesehen sind. Ganz allgemein könnte in einem nächsten Schritt auch die 40-Stunden-Woche für Staatsangestellte geprüft werden.

Die Polizei ist verantwortlich für Ruhe, Sicherheit und Ordnung, was in Basel eine grosse Herausforderung darstellt und immer schwieriger wird. Gemäss der Kantonspolizei ist die Polizei nicht mehr in der Lage, ihren Auftrag richtig auszuführen. Bereits mussten private Firmen beigezogen werden, um hoheitlichen Aufgaben auszuführen.

Die vierjährige Ausbildung in Hitzkirch und Basel-Stadt ist sehr kostspielig und schon aus diesem Grund muss alles dafür getan werden, die Polizistinnen und Polizisten in Basel-Stadt zu halten und sie nicht an andere Korps zu verlieren.

Eine Chance, um etwas mehr Freiheit und Flexibilität zu ermöglichen, wäre als erstes eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Der zusätzliche Nachtdienst könnte so wegfallen, wie man es vor über 35 Jahren versprochen hatte. Es wäre ein wichtiges Zeichen der Politik, den Anzug zu überweisen, damit vor allem die Kündigungen zurückgehen, sich aber auch mehr Personen wieder für diesen sehr interessanten Beruf entscheiden könnten.

Sollte der Regierungsrat der Meinung sein, das 40-Stunden-Modell sei auch auf weitere Kantonsangestellte zu erweitern, wäre dies ebenfalls prüfenswert, bei der im Schichtdienst arbeitenden Polizei ist es nun jedoch zehn nach zwölf und deswegen sehr dringend.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

1. wie er eine Arbeitszeitreduktion bei den im Schichtdienst arbeitenden Polizistinnen und Polizisten umsetzen könnte.
2. ob eine solche Arbeitszeitreduktion zeitnah eingeführt werden kann.
3. mit welchen anderen Arbeitszeitmodellen oder auf welchen Wegen die im Schichtdienst arbeitenden PolizistInnen im genannten Sinn entlastet werden können, falls der Regierungsrat eine Arbeitszeitreduktion als nicht zielführend erachtet.
4. ob eine Arbeitszeitreduktion auf 40 Stunden für weitere Kantonsangestellte eine zusätzliche Möglichkeit darstellt, um moderne und der heutigen Zeit angepasste Arbeitsplätze im Kanton Basel-Stadt anzubieten.

Felix Wehrli, Jenny Schweizer, Jean-Luc Perret, Daniel Hettich, Mahir Kabakci, Daniel Albiets, Heidi Mück, Nicole Strahm-Lavanchy, Toya Krummenacher, Roger Stalder, Pascal Messerli

## 3. Anzug betreffend Präventions- und Kommunikationskampagne gegen sexualisierte Gewalt

22.5473.01

Mit dem Pilotprojekt «Halt Gewalt» wird in diesem Herbst das Thema häusliche Gewalt thematisiert. Die Anzugstellenden begrüssen diese Massnahme. Die Bevölkerung nimmt durch die Medien aber vor allem die öffentliche und sexualisierte Gewalt in Basel-Stadt wahr. Vom Regierungsrat wurde zu diesem Thema lediglich am 16. Juni informiert, dass auch der Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung u.a. auf die sexualisierte Gewalt und auf die Gewaltdelikte im öffentlichen Raum gelegt wird, mehr Informationen gab es dazu nicht.

Die Basler Polizei bietet beispielsweise K.O.-Armbänder an, an welchen getestet werden kann, ob man Opfer von K.O.-Tropfen wurde. Die Abgabe der Bändeli erfolgt seit der Rhylox-Kampagne vor allem in den Abend- und Nachtstunden durch die Jugend- und Präventionspolizei. Eine öffentliche Kommunikation dieser Massnahmen wurde nie wahrgenommen. Es ist schade, wenn das ganze Potential solch positiver Massnahmen nicht ausgeschöpft wird. Die Zielgruppe wird so gar nicht vollständig angesprochen. Es scheint grundsätzlich, dass das Thema sexualisierte

Gewalt in der Kommunikation zu kurz kommt. So wurde auch das Angebot der Schriallarme, die die Basler Polizei anbietet, mangelhaft kommuniziert.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie eine Kampagne zum Thema öffentliche und/oder sexualisierte Gewalt lanciert werden und mittels welcher Massnahmen diese an das Pilotprojekt «Halt Gewalt» geknüpft werden kann. Ebenfalls bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie die Kampagne «Wo ist Luisa» erneut gepusht und wie die Kommunikation der K.O.-Armbänder und der Schriallarme verstärkt werden kann.

Beat Braun, Andreas Zappalà, Erich Bucher, Karin Sartorius, Sandra Bothe, Melanie Nussbaumer, Luca Urgese, Mahir Kabakci, David Jenny, Mark Eichner

#### 4. Anzug betreffend Hotspots der sexualisierten Übergriffe resp. der Hotspots der Gewaltdelikte in Basel

22.5474.01
------------

Es gibt einen hohen Anteil an Frauen, die sich nachts draussen in Basel nicht sicher fühlen. In einer 2019 durchgeführten Bevölkerungsumfrage fühlten sich von 1161 Frauen lediglich 72,6 Prozent in der Nacht sehr sicher oder eher sicher. Ein signifikanter Unterschied zu den Männern, wo der Anteil, der sich sehr sicher oder eher sicher fühlt, 92,6 Prozent ausmachte.

In seiner Medienmitteilung vom 16. Juni 2022 zu den Schwerpunkten zur Kriminalitätsbekämpfung hat der Basler Regierungsrat verlauten lassen, dass die Massnahmen bei der Bekämpfung von Gewaltdelikten verfeinert werden sollten. Viele Gewaltdelikte passieren an sogenannten Hotspots, wie z.B. Kaserne und Unterer Rheinweg und sind somit der Basler Polizei bekannt. Martin Roth, Kommandant der Basler Polizei hat zudem in einem Bericht der Basler Zeitung vom 23. September 2021 gesagt, dass zur Senkung der Deliktquote neu auch Daten und Einschätzungen mit in die Arbeit einfließen. Bei öffentlicher und sexualisierter Gewalt spielt das subjektive Sicherheitsgefühl eine grosse Rolle.

Die Anzugstellenden bitten daher den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, welche Hotspots bisher bekannt sind und welche Daten zur Erhebung eingesetzt werden. Ebenfalls bitten die Anzugstellenden um Prüfung und Bericht, ob das subjektive Empfinden mangelnder Sicherheit an öffentlichen Orten in einer separaten oder nächsten Bevölkerungsumfrage abgefragt werden kann, damit entsprechende Massnahmen umgesetzt werden können und das allgemeine Gefühl der Sicherheit, insbesondere für Frauen, wieder verstärkt werden kann.

David Jenny, Luca Urgese, Karin Sartorius, Beat Braun, Andreas Zappalà, Gianna Hablützel-Bürki, Joël Thüring, Erich Bucher, Mark Eichner

#### 5. Anzug betreffend Verständlichkeit der Kommunikation der kantonalen Verwaltung

22.5475.01
------------

Informationen, Formulare oder Verfügungen des Kantons sind für viele Menschen schwer oder nicht verständlich, müssen jedoch verstanden werden für Anmeldungen, Deklarationen oder Anweisungen.

Es kann allerdings nicht sein, dass die Verwaltung bzw. die Verwaltungsangestellten in einer Art kommunizieren, dass Klara und Otto Normalbürger:in grundsätzlich einen Fachberater oder eine Juristin zum Verstehen von allgemeinen und instruierenden Informationen, von Formularen oder individuellen Verfügungen brauchen.

Dienststellen und Ämter, die mit Menschen mit geringem Sprachverständnis, sozialen oder psychischen Beeinträchtigungen zu tun haben, sollten für eine unterstützende und konstruktive Sprache bzw. eine verständliche Bürger:innenkommunikation sorgen, auch wenn der Inhalt der Kommunikation komplex, fordernd oder belastend ist. Dies gilt für die persönliche Begegnung, aber auch für die schriftliche Korrespondenz sowie generell für die textliche oder audiovisuelle Kommunikation (Erklärvideo, Gebärdensprache, Einfache Sprache etc.).

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten:

1. Ist sich der Kanton der Problematik bewusst und welche Massnahmen haben der Kanton und die Departemente ggf. bereits ergriffen, um das Problem anzugehen?
2. Sind der Kanton und die Departemente bereit, im Rahmen seiner Tätigkeit grundsätzlich eine bürgernahe Kommunikation einzuführen und welche (weitere) Massnahmen sind dafür vorgesehen?

Georg Mattmüller, Melanie Nussbaumer, Balz Herter, Danielle Kaufmann, Joël Thüring, Karin Sartorius, David Wüest-Rudin, Anina Ineichen

## Interpellationen

### Interpellation Nr. 114 betreffend Unterstützungsmassnahmen wegen steigender Energiekosten und drohendem Kaufkraftverlust

22.5463.01

Die dramatisch steigenden Energiepreise stellen Menschen mit tiefen Einkommen vor riesige Herausforderungen. Der Markt treibt die Energiepreise in untragbare Höhen. Die Preise sind weit weg von irgendwelchen realistischen Gesteuerungskosten und vertretbaren Margen.

Die ausserordentliche Situation bringt jene in existenzielle Bedrängnis, die sowieso schon wenig Mittel zur Verfügung haben. Es zeichnet sich eine Krise ab, die weitere Menschen in die Armut treiben kann. Dies gilt es zu verhindern - und dazu braucht es staatliche Eingriffe.

Die Schaffung neuer, komplexer Gefässe und Instrumente ist angesichts der unmittelbar drohenden existenziellen Not kein zielführender Weg. Es scheint jedoch dringend angebracht, bestehende Gefässe sofort entsprechend auszubauen oder zu nutzen.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie können bestehende Sozialleistungen ausgebaut werden, um Personen, die am Existenzminimum leben, gezielt und rasch in dieser Krise zu unterstützen? Wie steht der Regierungsrat zu folgenden konkreten möglichen Massnahmen?
  - a. Mietzinsbeiträge auf einen grösseren Kreis von Bezüger:innen ausweiten und erhöhen?
  - b. Prämienverbilligungen erhöhen?
  - c. Grundbedarf Sozialhilfe erhöhen?
  - d. Mietzinsgrenzwert erhöhen?
  - e. Familienzulagen erhöhen?
  - f. Tagesbetreuungsbeiträge erhöhen?
  - g. Ausbildungsbeiträge und Stipendien erhöhen?
2. zu 1. b: Ist es denkbar, die Prämienverbilligungen neu überproportional statt wie bisher proportional zu den steigenden Krankenkassenprämien zu erhöhen?
3. Ein bekanntes Hindernis zur Linderung finanzieller Not ist die Tatsache, dass viele Berechtigte die ihnen zustehenden Sozialleistungen aus Angst vor einer Stigmatisierung nicht beziehen. Welche Massnahmen werden ergriffen, damit der Nichtbezug von bestehenden Sozialleistungen gesenkt wird?
4. Die viel höheren Energiepreise erschweren auch die Mobilität von Menschen mit wenig Geld. Kann eine sehr rasche Umsetzung des hängigen Vorstosses 22.5222 ("Basel-Soli-Ticket"; <https://www.grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/2001111758>) zum Sicherstellen der Mobilität und zur Entlastung der Betroffenen beitragen?
5. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, dass für Anpassungen bei den Sozialbeiträgen 10% Einkommenseinbusse reichen (anstatt wie bisher 20%), um zielgerichtet und rasch Menschen zu entlasten, die in prekäre Situationen geraten?
6. Was plant der Regierungsrat zusätzlich, um die Kaufkraft zu stärken?

Daniel Sägesser

### Interpellation Nr. 115 betreffend Grossräte und Regierungsräte, die nicht in Basel-Stadt wohnen, dennoch aber Grossrat und Regierungsrat in Basel sind

22.5479.01

Von einem Chefbeamten im Kanton Basel-Stadt habe ich die Information, dass mindestens fünf (!!!!) Politiker (darunter Gross- und Regierungsräte) nicht im Stadt-Kanton wohnen.

Es wäre aber schwer, dies den Politikern nachzuweisen. Dennoch wäre man diesen fünf Menschen auf der Spur und beobachte sie.

Auch ich gehöre scheinbar zu den fünf Politikern, denen ein Regelverstoss vorgeworfen wird. Ich selbst habe ein Kind im Ausland und daher auch viele Behörden Termine im Ausland, was alles ganz legal ist. Dennoch habe ich mit der Kantons-Verwaltung eine Abmachung getroffen, damit ich auf der sicheren Seite bin. Dazu möchte ich aber in dieser Interpellation nicht mehr sagen. Es ist privat.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Ist der Regierung bekannt, dass mindestens fünf Basler Politiker (darunter Grossräte und ein Regierungsrat), die in Basel gewählt sind, angeblich nicht im Stadt-Kanton wohnen?
2. Was wird da gemacht, ich meine, wie wird da recherchiert? Gegen Politiker, die angeblich nicht immer in Basel sind.

3. Ist ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft hängig, gegen einen Politiker, der angeblich nicht in Basel wohnhaft sein soll? (In meinem Fall ist diesbezüglich nichts hängig, wie Abklärungen ergaben).
4. Wie ist konkret die Regelung, wenn man ein Ferienhaus im Ausland hat?
5. Wie ist konkret die Regelung, wenn man ein Kind im Ausland hat?
6. Was bedeutet konkret Lebensmittelpunkt?
7. Viele Anwälte arbeiten weltweit und sind ständig unterwegs, aber sie sind in Basel gemeldet. Wie sind konkret die Melde-Vorschriften?
8. Bestimmt wird die Regierung antworten, aus Datenschutz-Gründen können wir nichts sagen. Aber dann frage ich bitte: Auf was muss geachtet werden, damit es keinen Regelverstoss gibt?
9. Wurden Grossräte oder Regierungsräte angegangen, wie ich z.B., in dem gesagt wurde: „Sie müssen aufpassen“, sonst sind wir nicht mehr auf der sicheren Seite. Wurden andere Grossräte und andere Regierungsräte angesprochen auf ein mögliches Fehlverhalten?
10. Es gab eine türkisch-stämmige Landrätin in BL, die vor rund 14 Jahren ihr Amt verloren hatte. Diese wurde scheinbar beschattet und es wurde ihr nachgewiesen, dass sie scheinbar in Basel-Stadt lebt und nicht in BL. Sie verlor ihr Amt. Ist so was auch in Basel-Stadt möglich? Wie kann ein Regierungsrat oder ein Grossrat sein Mandat verlieren?

Eric Weber

#### **Interpellation Nr. 116 betreffend Erneute unterirdische Unterbringung von asylsuchenden Menschen**

22.5485.01

In den Jahren 2015 und 2016 hatte der Kanton Basel-Stadt mehrere Zivilschutzanlagen (ZSA) zur Unterbringung von asylsuchenden Menschen eröffnet. Im Zusammenhang mit dieser unmenschlichen Form der Unterbringung wurden die Interpellation Müller-Walz (16.5107), die Interpellation Bertschi (16.5581) und die schriftliche Anfrage Lachenmeier (18.5142) eingereicht. Darin wird festgehalten, dass der Kanton grundsätzlich eine oberirdische Unterbringung aller asylsuchenden Menschen anstrebt.

Aus einem Statement von direkt betroffenen Menschen geht hervor, dass im Kanton Basel-Stadt erneut drei unterirdische Anlagen eröffnet wurden. Dabei handle es sich um Aussenstationen des SEM. Diese seien vom Kanton zur Verfügung gestellt worden, weil es im Bundesasylager (BAZ) zu wenig Platz hat. Im Statement schreiben die Betroffenen, dass über 50 Migrant:innen in einem einzigen Zimmer untergebracht seien. Gemäss Bericht seien die gesundheitliche Betreuung desaströs und kranke Personen erst nach Intervention in ein Krankenhaus gebracht worden.

1. Welche unterirdischen Unterbringungen wurden dem SEM zur Verfügung gestellt?
2. Wie lange werden diese dem SEM zur Verfügung gestellt?
3. Wieso hat der Kanton dem SEM keine Unterbringung über Tag zur Verfügung gestellt?
4. Wie gewährleistet Basel-Stadt im Zusammenhang mit dem BAZ, dass die Gesundheit und Sicherheit von allen Menschen gewahrt wird, die sich auf dem Boden des Kantons befinden?
5. Wie werden Gesundheitsschutz und Brandschutz (versperrte Fluchtwege) durch den Kanton geprüft?
6. Gibt es Mindestanforderungen und Richtlinien im Zusammenhang mit der Unterbringung von asylsuchenden Menschen?
7. Nach welchen Kriterien werden die Migrant:innen den jeweiligen Unterbringungen zugeteilt?
8. Wie hoch ist die Belegung in den Unterbringungen, aufgeschlüsselt nach Standort, Unterbringungsart (unterirdisch/über Tag) und Kapazität?

Nicola Goepfert

#### **Interpellation Nr. 117 betreffend Situation von Transkindern und -jugendlichen im Kanton Basel-Stadt**

22.5487.01

Die Fälle von Kindern und Jugendlichen, die erklären, «im falschen Körper» zu sein, nehmen in den westlichen Ländern stark zu. Die in den Vereinigten Staaten zu beobachtende massive Welle<sup>1</sup> ist im Begriff, sich in gleichem Masse auch in Europa auszubreiten.

Bereits heute werden in der Schweiz immer häufiger geschlechtsverändernde Therapien und Operationen an Minderjährigen durchgeführt. Beängstigend ist der Trend, dass normale Vorgänge während der Adoleszenz zur «Transidentität» erklärt und durch ein sog. «affirmatives» Behandlungsmodell mittels Namensänderung, Hormontherapien und Operationen verfestigt werden.

Der ärztlichen Aufklärung der betroffenen Patienten kommt dabei eine enorme Bedeutung zu. Vor allem Kinder und Jugendliche dürften aufgrund ihrer noch ausstehenden kognitiven Reife in den wenigsten Fällen in der Lage sein, die Folgen von Pubertätsblockern, Hormontherapien und operativer Eingriffe abschätzen zu können.

Das Phänomen ist seit etwa 10 Jahren zu beobachten. Für diesen Zeitraum und bezogen auf unser Kantonsgebiet bitten wir deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Anzahl der Diagnosen von Geschlechtsdysphorie bei Kindern unter 14 Jahren, 14-18 Jahre.
2. Anzahl Therapien, unter 14 Jahren, 14-18 Jahre.
3. Anzahl Transitionen unter 14 Jahren, 14-18 Jahre.
  - a. Anzahl Brustentfernungen unter 14 Jahren, 14-18 Jahre.
  - b. Anzahl Hormontherapien, unter 14 Jahren, 14-18 Jahre.
  - c. Anzahl zivilrechtlicher Geschlechtsänderungen (und allenfalls damit verbundener Namensänderungen).
4. Anzahl De-Transitionen unter 14 Jahren, 14-18 Jahre.
5. Wie beurteilt der Regierungsrat die jetzige Situation?
6. Wie schätzt der Regierungsrat die künftige Entwicklung ein?
7. Welches sind die gesetzlichen Grundlagen für geschlechtsverändernde Eingriffe bei nicht volljährigen Personen?
8. Berichten aus anderen Kantonen zufolge werden Eltern, welche sich gegen die Transition ihrer minderjährigen Kinder zur Wehr setzen, massiv unter Druck gesetzt. Welchen Einfluss gesteht der Regierungsrat den Eltern/Erziehungsverantwortlichen bei der Entscheidung ihrer minderjährigen Kinder zu?
9. Sieht der Regierungsrat allenfalls Anpassungen an den gesetzlichen Grundlagen?
10. Welche Massnahmen im Bereich Gender-Dysphorie ergreift der Regierungsrat bei der Ausbildung angehender Ärzte?
11. Welche Massnahmen im Bereich Gender-Dysphorie ergreift der Regierungsrat bei der Ausbildung angehender Lehrer?
12. Transgender-Denken entspringt in den allermeisten Fällen dem ideologisch beeinflussten Erwachsenenendenken und nicht einer kindlich/jugendlichen Transgender-Festlegung. Ist der Regierungsrat bereit, entsprechende Aktivitäten von Transgender-Aktivist:innen in Kitas, Kindergärten, Primarschulen und vergleichbaren Einrichtungen zu verbieten? Wir bitten um eine klare Ja-/Nein-Antwort mit Begründung.

<sup>1</sup> Abigail Schrier: Irreversible Damage: The Transgender Craze Seducing Our Daughters

Beat K. Schaller

#### Interpellation Nr. 118 betreffend "IWB: Kunden schröpfen und Geld verpressen?"

22.5499.01
------------

Mit Erstaunen nahm man bei den diesjährigen Swiss Indoors zur Kenntnis, dass sich das regionale Energieunternehmen IWB als Werbepartner in der Liga der internationalen Topfirmen wie Emirates oder Sharp bewegen will. Ein solches Engagement dürfte eine fünf- bis sechsstelligen Summe kosten. Mindestens in ähnlicher Grössenordnung bewegen sich die Kosten der TV-Spots, mit denen die IWB die Zuhörerschaft des nationalen TV in den (im Tennis ja nicht seltenen) Spielpausen berieseln liess.

Das Ganze in einer Zeit, in denen die IWB ihren Kunden massive Preiserhöhungen für Elektrizität und vor allem Gas zumutet. Auf der einen Seite also werden die Kunden mit dem Verweis auf die wirtschaftliche Lage geschröpft, auf der anderen Seite scheint die IWB-Kasse so gut gefüllt, dass man das Geld mit vollen Händen und ohne erkennbaren wirtschaftlichen Nutzen hinauswirft. Das wirft Fragen auf:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat das Vorgehen der IWB, gerade in diesen Zeiten ein solches finanzielles Engagement einzugehen?
2. Sieht der Regierungsrat irgendeinen wirtschaftlichen Nutzen bei Werbemassnahmen eines regionalen Unternehmens auf nationaler TV-Ebene? Notabene, wenn dieses Unternehmen weitgehend dem Wettbewerb entzogen ist, weil die hiesigen Haushalte gar keine Alternative zur IWB haben.
3. Wäre es nicht viel gescheiter gewesen, die anscheinend zur Verfügung stehenden Geldmengen in Form von Vergünstigungen der Tarife für die von massiven Erhöhungen geplagten Kunden einzusetzen?
4. Der Regierungsrat ist zwar im VR der IWB nicht vertreten, wählt aber dessen Mitglieder. Ist er bereit, im Rahmen seiner Befugnisse dahingehen zu intervenieren, dass sich die IWB künftig solcher Geldverschwendung enthält?
5. Oder muss man dieses Engagement der IWB als Werbepartner der Swiss Indoors gegenteils als Quasi-Auftrag des Regierungsrates sehen, um den mit Wegzug drohenden Turnierdirektor zu besänftigen und zum Festhalten am Turnierort Basel zu animieren?

André Auderset

**Interpellation Nr. 119 betreffend kurzfristige Umleitung Verkehr Wettsteinallee**

22.5503.01

Seit den Bauarbeiten für den ersten Teil der Erschliessung der Riehenstrasse ans Fernwärmenetz ist die Riehenstrasse stadteinwärts zwischen Riehenring und Hammerstrasse für den Auto- und LKW-Verkehr gesperrt. Der Verkehr leitet sich selbst um via Riehenring in die Wettsteinallee. Der Abschnitt der Wettsteinallee zwischen dem Kreisel Riehenring/Rührbergerstrasse und dem Wettsteinplatz ist eine Quartierstrasse mit Tempo 30 und Gegenverkehr. Seit der Teilspernung der Riehenstrasse ist das Verkehrsaufkommen so stark angestiegen, dass die Kolonne teils mehrere Hundert Meter steht.

Aufgrund der Verkehrsberuhigungsmassnahmen eignet sich die Wettsteinallee in diesem Abschnitt nicht für den Gegenverkehr von zwei PKWs, so dass sich die Autos während der Hauptverkehrszeiten gegenseitig blockieren und die Velos schon gar nicht mehr durchkommen. Genervte Velofahrer weichen auf das Trottoir aus, um dort auf noch genervtere Fussgänger und Quartieranwohner zu treffen. Kreuzen sich zwei LKWs, geht gar nichts mehr.

Die Wettsteinallee dient in diesem Abschnitt als Fussweg für Kindergärtner, Primar- und Sekundarschüler. Zudem befindet sich eine Alterssiedlung mit Quartierzentrum im Geviert, eine Entflechtung ist daher angezeigt.

Sinnvoll wäre eine Umleitung des Verkehrs stadteinwärts via Peter-Rot-Strasse und Grenzacherstrasse, oder eine temporäre Einbahnregelung für die Wettsteinallee oder die Umleitung der Velofahrer in die Riehenstrasse, alles allenfalls beschränkt auf die Hauptverkehrszeiten.

Daher stellt der Unterzeichnete die folgenden Fragen:

1. Hält es der Regierungsrat ganz generell für angezeigt, während baubedingten Teilspernungen von Zufahrtsstrassen den Verkehr umzuleiten?
2. Wäre es nicht sinnvoll, während der Teilspernung der Riehenstrasse die Wettsteinallee im Abschnitt Kreisel Riehenring bis Wettsteinplatz für Autos und LKWs ausschliesslich einspurig (Einbahnverkehr) stadteinwärts zu führen, so dass sich auch in Hauptverkehrszeiten Autos und Velos kreuzen können?
3. Ist eine Teilspernung für LKWs (Anlieferungen ausgenommen) rasch umsetzbar?
4. Wären solche Verkehrsregimes allenfalls auf die Hauptverkehrszeiten (z.B. werktags zwischen 07.30 und 09.00 Uhr und zwischen 16.30 und 18.30 Uhr) beschränkt umsetzbar?

Mark Eichner

**Interpellation Nr. 120 betreffend Fernwärme**

22.5504.01

Die Fernwärme wird von den IWB als «klimafreundliche Wärmequelle für Kunden in Basel-Stadt» bezeichnet. Unlängst hat der Grosse Rat deshalb auch Investitionen von 460 Millionen Franken bewilligt, um das Fernwärmenetz auszubauen. Eine kollektive Wärmeversorgung ist unbestritten sinnvoll.

Hingegen braucht es Transparenz hinsichtlich der Umwelt- und Klimaverträglichkeit der Wärmeerzeugung; für den Prozess werden aktuell offenbar fossile Brennstoffe eingespiessen. Auch kann nicht damit gerechnet werden, dass die heute vorhandene Abfallmenge ausreichend sein wird, wenn die Leistung durch Ausweitung des Netzes erhöht werden muss. Gewisse Abfallstoffe wie Plastik sollen künftig recycelt werden und werden deshalb für die Verbrennung entfallen. Unlängst wurde medial die Thematik rund um Abfallzukaufe aufgenommen. Dank der erfolgreichen Bewusstseinschärfung rund um eine geringe Abfallproduktion und konsequentes Recycling könnte zur Aufrechterhaltung der «klimafreundlichen Wärmequelle» auch in Basel-Stadt die Erhöhung der Zufuhr fossiler Brennstoffe oder das Zukaufen von Abfällen notwendig werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist der Anteil an fossilen Brennstoffen in der Wärmeerzeugung für das Basler Fernwärmenetz?
2. Wie viel CO<sub>2</sub> wird durch die Kehrlicht-Verbrennung in Basel freigesetzt?
3. Wie hoch ist dieser Anteil gemessen am Gesamtausstoss von CO<sub>2</sub> im Kanton?
4. Wie viel Prozent des Kehrlichts sind Plastikabfälle?
5. Was wären die Folgen für die Fernwärmeerzeugung, wenn diese Plastikabfälle künftig recycelt statt verbrannt würden?
6. Reicht das Volumen des zu verbrennenden Abfalls, um die Leistung im erweiterten Netz zu erbringen?
7. Ist es für den Kanton eine Option, Abfall zuzukaufen, um die erwartete Fernwärmeleistung aufrecht erhalten zu können?

Raoul I. Furlano

**Interpellation Nr. 121 betreffend Erhöhung der Stromproduktion des Kraftwerks Birsfelden**

22.5505.01

Im April 2007 beantwortete der Regierungsrat die Fragen der Interpellation von LDP-Grossrat Martin Hug zur Möglichkeit, im Kraftwerk Birsfelden, KWB, die Stromproduktion zu erhöhen. Der Regierungsrat wies damals darauf hin, dass gemäss einer Machbarkeitsstudie des KWB eine Erhöhung der Stromproduktion möglich sei, erwähnte aber



gleichzeitig die Forderungen der Umwelt- und Naturschutz-Organisationen sowie die rechtliche Situation hinsichtlich der Konzessionsdauer bis 2034. Grundsätzlich begrüsst der Regierungsrat damals die Wiederaufnahme der Diskussion über die Erhöhung der Stromproduktion «vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Debatte um die Energiezukunft der Schweiz».

Heute erleben wir eine im Vergleich zu 2007 deutlich veränderte Situation, wir sind von «Black-Out-Situationen» bedroht. Entsprechend müssten unsere Anstrengungen zur Förderung der Energieeffizienz und der umweltfreundlichen Erzeugung von elektrischer Energie gesteigert werden. Das Kraftwerk Birsfelden könnte mehr Strom produzieren, falls der politische Wille und entsprechende Entscheide des Bundes, der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, des Landes Baden-Württemberg vorliegen.

Investitionen, die in grösserem Ausmass erforderlich wären, können nur getätigt werden, falls die Konzession für das KWB gegenüber der aktuellen Laufzeit bis 2034 deutlich verlängert würde.

Offenbar sind seitens des Verwaltungsrats des KWB Vorbereitungsarbeiten initiiert worden. 2018 ist das Gesuch um Verlängerung der Konzession ans UVEK adressiert worden. Gemäss Gesetz haben die Behörden fünf Jahre Zeit, um zu antworten. Die Antwort steht noch aus, offenbar weil die Standortkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sich gegenüber dem Bund noch nicht – wie erforderlich – dazu geäussert haben. Die Antwort des Bundes und der Kantone muss – gemäss Gesetz – spätestens am 15. Januar 2024 eintreffen.

Mit Blick auf die dramatische Entwicklung, welche die Stromversorgung möglicherweise gefährdet, ist es unverständlich, dass derart lange Fristen noch immer Bestand haben.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat gewillt, die Stromproduktion des KWB zu erhöhen?
2. Sind den zuständigen Bundesstellen alle notwendigen Informationen des Kantons und des Kantons Basel-Landschaft zugestellt worden, so dass der Bund vor Ablauf der gesetzlichen Fünfjahresfrist antworten kann, ob die Konzession über das Jahr 2034 hinaus verlängert werden kann.
3. Falls noch Handlungsbedarf des Kantons besteht, um die Konzessionsverlängerung zu erhalten, weshalb ist seit 2018 nicht schneller gehandelt worden?
4. Besteht Bereitschaft, die Naturschutz-Organisationen frühzeitig einzubeziehen, um deren Zustimmung zu erhalten?

Michael Hug

#### **Interpellation Nr. 122 betreffend Turnhalle Sandgrube bereits ein Sanierungsfall**

22.5506.01

Aus den Medien ist zu entnehmen, dass die Turnhalle Sandgrube, die erst 2016 für 12 Millionen Franken neu fertig gestellt wurde, bereits jetzt nach sechs Jahren zum Sanierungsfall verkommen ist. Der Boden sei uneben, die Kapazität zu wenig und der ansässige Unihockeyclub zieht sich aus der Halle zurück.

In diesem Zusammenhang ersuche ich den Regierungsrat um Antworten zu folgenden Fragen:

1. Die Halle wurde 2016 mit einem Jahr Verzögerung fertiggestellt, gab es damals bereits Probleme mit baulichen Mängeln?
2. Ab welchem Zeitpunkt hatte der Regierungsrat Kenntnisse über die Mängel und inwiefern stand man in dieser Zeit mit den entsprechenden Bauunternehmen in Kontakt?
3. Kann der Regierungsrat die damalige Bauherrschaft noch zur Verantwortung ziehen oder muss mal wieder damit gerechnet werden, dass dies der Steuerzahler zu berappen hat?
4. Wie lange wird die Halle für die Nutzer nicht zur Verfügung stehen?
5. Inwiefern kann dieser Ausfall kompensiert werden, da in Basel ohnehin bereits ein Mangel an Turnhallen herrscht?
6. Wie steht man während dieser Zeit mit den dort ansässigen Sportvereinen Unihockey Regio Basel und TV Kleinbasel in Verbindung, sodass für die Ausübung der Sportarten und die Durchführung von Publikumsanlässen gute Lösungen gefunden werden können?

Roger Stalder

#### **Interpellation Nr. 123 betreffend schleppende Untersuchung des Vorgehens von Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kantonspolizei im Zusammenhang mit der «Basel nazifrei»-Demonstration vom 24. November 2018**

22.5507.01

Im Nachgang zur antisemitischen und rassistischen PNOS-Kundgebung vom 24. November 2018 auf dem Messeplatz und dem harten Vorgehen der Polizei gegen die Gegendemonstration «Basel nazifrei» wurde im Dezember 2021 eine Anzeige gegen Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kantonspolizei eingereicht. Der Kantonspolizei wird vorgeworfen, ohne Not Gummischrot eingesetzt zu haben, der Kriminalpolizei, Beweise manipuliert zu haben, und der Staatsanwaltschaft, diese manipulierten Beweise wissentlich in den Verhandlungen eingesetzt zu haben. Ein Video würde belegen, dass die damalige Eskalation im Zusammenhang mit der

Gegendemonstration von der Polizei herbeigeführt wurde und die Gummischroteinsätze willkürlich und unverhältnismässig waren. Im Februar 2022 wurde bekannt, dass zur Untersuchung der Vorwürfe ein ausserkantonaler Staatsanwalt von der Staatsanwaltschaft Schaffhausen bestimmt wurde.

Aufgrund der laufenden Verfahren gegen Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kantonspolizei Basel-Stadt als auch der Klage gegen das Strafgericht Basel-Stadt sind die Prozesse rund um die Demonstration «Basel nazifrei» ausgesetzt. Es ist zu befürchten, dass es zu einer Verschleppung der Verfahren kommt, wenn nicht zügig an der Klärung der Sachverhalte gearbeitet wird.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Nachdem sowohl von der Polizei als auch von der Staatsanwaltschaft das Bild von einer gewalttätigen Gegendemonstration verbreitet wurde und keine Zweifel am eigenen Vorgehen erkennbar war, überrascht es jetzt, dass es so lange braucht, um zu überprüfen, ob das Vorgehen von Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kantonspolizei rechtmässig war oder nicht. Wie erklärt sich der Regierungsrat das schleppende Vorgehen? Gibt es Zweifel an der Version von Staatsanwaltschaft und Polizei in Zusammenhang mit der Demonstration «Basel nazifrei»?
2. Es ist anzunehmen, dass Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Kantonspolizei sowie der Regierungsrat ebenfalls ein Interesse an der raschen Klärung der Vorwürfe haben. Kann mit einer Beschleunigung des Verfahrens und einem baldigen Abschluss gerechnet werden? Wo ist der aktuelle Stand der Ermittlungen?
3. Bis heute wurden an die 60 Gerichtsverfahren gegen Demonstrationsteilnehmende eingeleitet, welche durch die Ermittlungen gegen die Behörden sistiert sind. Ist es nicht im Interesse des Kantons, diese zügig abzuschliessen?
4. Wie gedenkt der Regierungsrat darauf zu reagieren, sollte sich herausstellen, dass die Strafanträge gegen Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Kantonspolizei begründet sind?

Tonja Zürcher

#### **Interpellation Nr. 124 betreffend erneute Baustelle tötet das Gewerbe an der Clarastrasse**

22.5509.01
------------

Die Kommunikation zum geplanten Bauvorhaben an der Clarastrasse verlief bis anhin nicht ohne Nebengeräusche. Die meisten Probleme und Fragen konnten dank dem Einsatz der Interessengemeinschaft Kleinbasel und der Projektverantwortlichen des Tiefbauamtes Infrastruktur Ausführung gelöst werden. So konnte z.B. mit der Versetzung der Tramhaltestelleninfrastruktur und der Einbezug der Tramhaltestellen am Claraplatz von/zur Messe eine Entschärfung der Auswirkungen des Bauprojektes auf das Gewerbe herbeigeführt werden.

Viele Unternehmen wurden durch die Pandemie stark gebeutelt und haben alle Reserven aufgebraucht und/oder Corona-Kredite aufnehmen müssen. Ihnen blieb kein Jahr für die Erholung, schon wird ihnen eine Grossbaustelle vor die Nase gesetzt, welche gemäss Erfahrungen aus dem Jahr 2004 (letzter Umbau der Clarastrasse) vermutlich zu Umsatzeinbussen von 40 - 60% führen wird. Dies ist für alle Unternehmen schlicht nicht mehr tragbar. Die Erneuerungsbedürftigkeit der Tramgeleise an der Clarastrasse, sehen alle Anrainer ein. Nichtsdestotrotz bedeutet eine Baustelle für die Gewerbler in der Clarastrasse in dieser Form den Todesstoss, was zu Konkursen, Entlassungen und einem Ladensterben in der Strasse führen wird. Alteingesessene Betriebe und neu niedergelassene Unternehmen erwecken die Strasse erst vor Kurzem wieder zum Leben. Die grosse Mehrheit der erwähnten Unternehmen waren vor der Pandemie sehr gut aufgestellt und genau diese zeigen ihre Verzweiflung um Existenzen und die Angst, Kündigungen an ihre treuen Mitarbeitenden aussprechen zu müssen.

Der Regierungsrat wird in diesem Zusammenhang gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Der Gleisbau wird mit der Vollsperrung als soweit dringlich erachtet. Jedoch stellt sich die Frage, ob dies Arbeiten nicht auf Ende Februar (nach der Fasnacht) 2025 verlegt werden können, damit die Haupteinnahmezeit, das Weihnachtsgeschäft, nicht beeinträchtigt wird?
2. Können die Arbeiten auf Juli - September 2024 vorverlegt werden, sofern es das Plangenehmigungsverfahren zulässt?
3. Können der Werkleitungsbau und die anschliessende Verlegung des Alpnacher Quartzsteins um zwei bis drei Jahre (also nach der Gleissanierung) verschoben werden?
4. Ist der Kanton bereit, andere flankierende Massnahmen wie Flächen für eine Aussengastronomie z.B. auf dem Claraplatz zur Verfügung zu stellen, welche die jeweils betroffenen Gastronomen kostenlos nutzen können?
5. Ist der Kanton bereit, Unternehmen eine Fläche für den Verkauf zur Verfügung zu stellen, wenn die Zu-/Be-/An-/Auslieferung und/oder der Zutritt zur Unternehmung nicht mehr möglich ist und/oder der Betrieb durch die Einschränkungen nicht mehr aufrechterhalten werden kann?
6. Welche Unterstützungsmöglichkeiten (neben dem «Merkblatt betreffend Entschädigungsbegehren gegenüber dem Kanton Basel-Stadt infolge der Bautätigkeit des Gemeinwesens») können, sofern der Kanton die Baustelle gemäss Stand heutiger Planung durchführt, schnellstmöglich zur Verfügung gestellt werden? Die Unternehmen benötigen das Geld zeitnah, und nicht erst ein Jahr später, zur Tilgung ihrer laufenden Kosten. Z.B. Aussetzung Rückzahlung Corona-Kredit, Kurzarbeitsentschädigung, Umsatzausfallentschädigung, etc.

7. Der vom Baudepartement vielzitierte Flyer wurde während des Lockdowns wie Werbung in die Briefkästen verteilt und von den Betroffenen nicht als relevante Information erkannt. Warum wurden die Betroffenen nicht schon in der Planungsphase über dieses derart einschneidende Projekt informiert?
8. Warum wurde die Mitwirkung des Stadtteilsekretariats Kleinbasel abgelehnt und die IGK als Vertreterin des Kleinbasler Gewerbes ebenfalls aussen vorgelassen?
9. Wird die Kommunikation und Mitwirkung künftig verbessert?

Balz Herter

## Schriftliche Anfragen

### 1. Schriftliche Anfrage betreffend fehlender Therapieplätze für traumatisierte Gewaltopfer

22.5480.01

Der Kanton Basel-Stadt ist im Bereich der Umsetzung der Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) auf gutem Weg. So konnte die Anzahl Schutzplätze für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder in der Region vergrössert werden und mit dem Projekt „Halt Gewalt“ wird der Fokus auf Zivilcourage im sozialen Umfeld von Betroffenen gelegt.

Die Istanbul-Konvention verlangt aber auch, dass die Bedürfnisse und die Sicherheit der Opfer in den Vordergrund gestellt und dass spezialisierte Hilfseinrichtungen geschaffen werden, die medizinische Hilfe sowie psychologischen und rechtlichen Beistand für Opfer und ihre Kinder anbieten.

Häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt und Menschenhandel hinterlassen tiefe Spuren bei den Opfern. Häufig benötigen sie nach der ersten Krisenintervention und Hilfestellung eine länger dauernde ambulante Therapie. Hier sieht die Situation im Kanton Basel-Stadt leider nicht gut aus, denn es gibt sehr lange Wartezeiten für ambulante Therapien.

Wenn traumatisierte Gewaltopfer zu lange auf eine ambulante Therapie warten müssen, kann dies verheerende Folgen auf ihre psychische und physische Gesundheit haben und zu höheren Folgekosten führen.

Gemäss Einschätzung der spezialisierten NGOs fehlen im Kanton Basel-Stadt ambulante Therapieplätze und es scheint auch zu wenig spezialisierte Fachleute für die therapeutische Begleitung von traumatisierten Gewaltopfern zu geben.

Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir, den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen zu bitten:

- Sind dem Regierungsrat bekannt, wie viele auf Gewaltopfer spezialisierte Therapeut\*innen in Basel-Stadt (oder in der Region Basel?) tätig sind?
- Ist dem Regierungsrat die prekäre Situation in Bezug auf ambulante Therapieplätze für traumatisierte Gewaltopfer bekannt?
- Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um diese Situation zu verbessern?
- Könnte zum Beispiel eine koordinierende Stelle im Gesundheitsdepartement Massnahmen zur Verbesserung der Situation in der ambulanten Versorgung von Gewaltopfern ausarbeiten?
- Welche Massnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Therapeut\*innen kann der Regierungsrat in die Wege leiten, um den Mangel an ausgebildeten Fachkräften zu entschärfen?

Heidi Mück

### 2. Schriftliche Anfrage betreffend Einrichten von Veloabstellplätze in den Quartieren

22.5492.01

Die Veloabstellsituation in den Quartieren ist zum Teil sehr unbefriedigend. Die Veloparkplätze sind überfüllt und die Velos müssen entsprechend aufs Trottoire gestellt werden, stehen dort einerseits im Weg und können andererseits nicht angeschlossen werden. Anwohner\*innen welche mit den Veloabstellplätzen in ihrem Quartier unzufrieden sind, können bei der Verwaltung auf die Situation aufmerksam machen. Die Verwaltung prüft anschliessend die Situation vor Ort und teilt den gesuchstellenden Anwohner\*innen mit, ob weitere Veloabstellplätze eingerichtet werden oder nicht (wobei der Fragestellenden kein Fall bekannt ist, in welchem neue Abstellplätze eingerichtet wurden). Für Aussenstehende ist dabei nicht nachvollziehbar, auf Basis welcher Kriterien der Entscheid für oder gegen Veloabstellplätze getroffen wird. Ich bitte darum die Regierung folgende Fragen zu beantworten:

- Gibt es einen Prozess betreffend der Überprüfung von Anfragen/Gesuchen?
- Nach welchen Kriterien wird in einem Quartier ein neuer Veloabstellplatz eingerichtet?
- Falls es schriftlich definierte Kriterien gibt, wie alt sind diese Kriterien?

- Wie viele Anfrage von Anwohner\*innen gibt es pro Jahr?  
Anina Ineichen

**3. Schriftliche Anfrage betreffend "Vergütungen und Entschädigungen für Mitglieder von Aufsichtsgremien, welche vom Regierungsrat bestimmt werden»**

22.5498.01

Vor einigen Wochen wurde publik, dass die Präsidentin des Fachhochschulrats der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW für dieses Nebenamt jährlich 101'000 Franken erhält. Gemäss Recherchen von AZ Medien beinhaltet die Gesamtvergütung einerseits eine Honorarpauschale von 80'000 Franken und andererseits Sozialleistungen von 21'000 Franken. Im Vergleich zu anderen Fachhochschulen ist die Vergütung somit überdurchschnittlich. So erhält bspw. der Präsident der Luzerner FH ein Brutto-Honorar von lediglich 30'000 Franken, derjenige der Berner FH von gut 25'000 Franken.

Dieses Honorar der Präsidentin des Hochschulrates FHNW ist gemäss Medienberichten gar höher als dasjenige des Präsidenten des Universitätsrates der Universität Basel. Es wirkt für ein Nebenamt, bei allem Verständnis für den Aufwand, im Zeitalter von «Abzocker»-Diskussionen in der Privatwirtschaft unangemessen.

Da diverse, weitere vom Regierungsrat gewählte Vertreterinnen und Vertreter in Aufsichtsgremien, den Steuerzahler finanziell belasten, ist es angezeigt, dass gesamtheitlich – und nicht nur in einzelnen Jahresberichten oder nach entsprechender Medienberichterstattung – transparent Auskunft erteilt wird.

Der Antragsteller bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hält er das Honorar der Präsidentin des Fachhochschulrates der FHNW von 101'000 Franken, im Wissen, dass es sich um ein Nebenamt handelt, für angemessen?
2. Weshalb ist der Betrag von ursprünglich 50'000 Franken (im Jahr 2006) mehr als verdoppelt worden?
3. Hat im gleichen Umfang auch der Arbeitsaufwand zwischen 2006 und heute zugenommen?
4. Wie erklärt sich der Regierungsrat, dass die FHNW das Präsidium des Hochschulrates, im Vergleich zu anderen Präsidien von Schweizer Fachhochschulen, so hoch entlohnt?
5. Ist vorgesehen, dieses Honorar im Rahmen der nächsten Wahlperiode zu hinterfragen und ggf. nach unten anzupassen?
6. Ich bitte den Regierungsrat zudem um eine vollständige Auflistung aller Entschädigungen, Vergütungen, Sozialleistungen und Spesen (ebenfalls jeweils einzeln) für jedes einzelne Mitglied eines Aufsichtsgremiums, welches vom Regierungsrat vollständig oder teilweise bestimmt wurde. Die Auflistung hat einzeln für die Jahre 2019, 2020 und 2021 zu erfolgen.

Joël Thüring

**4. Schriftliche Anfrage betreffend Wetter-Versicherung beim Kanton Basel-Stadt**

22.5496.01

Zwei grosse deutsche Flüsse bestimmten im Sommer 2022 die Schlagzeilen: der Rhein führt wegen anhaltender Dürre so wenig Wasser wie nie zuvor, die Binnenschiff-Fahrt kam teilweise zum Erliegen, auch Flusskreuzfahrten müssen immer wieder unterbrochen oder ganz abgesagt werden. Der Klimawandel lässt grüssen ... Und in der Oder stinkt es zum Himmel. Zigtausende tote Fische treiben im deutsch-polnischen Grenzgebiet im trüben und offensichtlich verseuchten Wasser.

Beide Katastrophen sind handgemacht. Der Klimawandel wird schon lange thematisiert und gerät zunehmend auch ins Bewusstsein der Leute.

1. Von wann bis wann war in Basel in 2022 wegen Niedrigwasser der Rhein für Hotel-Schiffe nicht erreichbar?
2. Von wann bis wann war in Basel in 2022 wegen Niedrigwasser der Rhein für Frachtschiffe nicht befahrbar?
3. Ist es richtig, dass es daher weniger Einnahmen in Basel gab, da weniger Liegegebühren für Schiffe angefallen sind? Wie hoch waren die Ausfälle?
4. Gibt es in Basel beim Kanton eine sogenannte Wetter-Versicherung, die dann die Einnahme Verluste zu einem Teil abdeckt?

Eric Weber

**5. Schriftliche Anfrage betreffend Regen-Wasser in Basel, ist das trinkbar oder nicht?**

22.5497.01

Regenwasser ist ein ideales destilliertes Wasser – aber heutzutage ist unsere Luft verschmutzt, dass sie das natürliche Wasser in den Wolken vergiftet und verunreinigt.

Heute leben wir im Zeitalter der Umweltverschmutzung. Sogar Regen vom Himmel ist verschmutzt. Aber viele Basler sammeln in ihrem Garten das Regenwasser und trinken es.

1. Ist Regenwasser in Basel trinkbar? Wenn die Antwort Ja ist, was ist mit diesen Bedenken, siehe Frage 2.
2. Strontium 90 von unseren Atombomben macht Regenwasser zu einem tödlichen Gift. Unsere Industrieanlagen schicken Gifte in die Luft – Schwefeldioxyd, Blei, Kohlenmonoxyd und hunderte anderer Schmutzstoffe. Was alles an Stoffen wird im Basler Regenwasser nachgewiesen?
3. Wenn das Basler Regenwasser nicht untersucht wird, kann das bitte in Zukunft gemacht werden?
4. Es ist doch richtig, dass man das Hahnen-Wasser in Basel weiterhin trinken kann?

Eric Weber

**6. Schriftliche Anfrage betreffend Sichtbarkeit von preisgünstigen und gratis Kulturangeboten in der Region Basel**

22.5501.01

Das Kulturleitbild Basel-Stadt (2020 – 2025) hält fest:

„Das Basler Kulturleben soll der gesamten Bevölkerung eine aktive Teilhabe ermöglichen. Die unterschiedlichen Bedürfnisse von Menschen je nach Alter, Einkommen und Lebensweisen sollen berücksichtigt und die Vermittlung gestärkt werden.“ (S.7) „Der Kanton Basel-Stadt berücksichtigt die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung und setzt sich für die Zugänglichkeit des Kulturangebots und die aktive Teilhabe der gesamten Bevölkerung am Kulturleben ein. Er unterstützt Initiativen, die den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern.“ (S. 21)

Folgende Massnahme wird unter anderem spartenübergreifend definiert:

„Verpflichtung von Institutionen, die Betriebs- oder Programmbeiträge erhalten, zu ermässigten Angeboten für Geringverdiener sowie für Künstlerinnen und Künstler der jeweiligen Sparte (AHV/IV, KulturLegi, Studierendenausweisen, Ausweisen der Berufsverbände etc.).“ (S. 26)

Im Kanton Basel-Stadt gibt es einige preisgünstige und gratis Kulturangebote. Die Kultur- Community Basel beispielsweise macht Gratisangebote in Basel, spezifisch „für geflüchtete Menschen und Asylsuchende“ sichtbar. Zu den Zielgruppen von gratis und preisgünstigen Angeboten zählen aber auch Studierende, Pensionierte sowie Personen und Haushalte mit schmalen Budget.

Es gibt aktuell keine Webseite, die alle diese Angebote niedrigschwellig, übersichtlich und in leichter Sprache auflistet, abbildet und somit zugänglicher macht. Wir wünschen uns, dass diese Angebote auf einer kantonalen Webseite, mehrsprachig, aufgeführt werden.

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie werden aktuell die gratis und vergünstigten Angebote des Kantons von den jeweiligen Zielgruppen genutzt?
2. Stimmt der Regierungsrat zu, dass eine übersichtliche und attraktive Darstellung vom Angebot in Form einer Webseite und/oder interaktiven Stadtführers (Beispiel: [www.zürichunbezahllbar.ch](http://www.zürichunbezahllbar.ch)):
  - zu mehr Sichtbarkeit und zu mehr Nutzung führt
  - den Zugang zu preisgünstigen und gratis Kulturangeboten in der Region Basel erleichtert
  - die Partizipation an Kultur- und Freizeitangeboten vergrössern kann?
3. Erachtet es der Regierungsrat für möglich, eine Webseite für stark vergünstigte und gratis Angebote in den Bereichen Kultur, Sport, Freizeit, Ehrenamt, Quartierleben, Sprache etc. der breiten Bevölkerung zugänglich zu machen?
4. Wo sieht der Regierungsrat noch Möglichkeiten, um für mehr Sichtbarkeit von gratis und preisgünstigen Kultur- und Freizeitangeboten in der Region zu sorgen?

Die Migrant\*innensession beider Basel 2022 wünscht sich, dass dieser Vorschlag als Schriftliche Anfrage eingereicht wird und stellt sich sehr gerne für weitere Gespräche zur Verfügung.

Verfasst von Amina Čekić, Iwona Prusicka, Laila Knotek, Maria-Elisa Schrade, Ozan Güngör.

Philip Karger

**7. Schriftliche Anfrage betreffend Stand der Umsetzung der Solaroffensive**

22.5502.01

Gemäss Legislaturplan 2021 – 2025 soll eine Solaroffensive gestartet werden. Mehrere Vorstösse aus dem Grossen Rat verlangen Ergänzungen der Gesetzgebung, um rasch auf allen Gebäuden im Finanz- und Verwaltungsvermögen Photovoltaikanlagen oder Flachdachbegrünungen zu installieren, und nach Möglichkeit auch die Fassaden zur Stromproduktion zu nutzen.

Die Umsetzung der Forderungen ist noch nicht abgeschlossen, einige Anlagen sind installiert worden. Der Regierungsrat hat ein Gesamtpaket in Aussicht gestellt. Mit Blick auf die drohenden Engpässe in der Stromversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft sowie wichtiger Institutionen wie Spitäler und Arztpraxen etc. ist rasches Handeln nötig.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sieht auch der Regierungsrat eine zeitliche Dringlichkeit, die Anzahl der Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden im Finanz- und Verwaltungsvermögen deutlich zu erhöhen?
2. Wann wird das in Aussicht gestellte «Gesamtpaket» zur Umsetzung der diversen Vorstösse dem Grossen Rat vorgelegt?
3. Besteht Bereitschaft, dem Grossen Rat periodisch über die Fortschritte bei der Erstellung von Anlagen zur Stromproduktion aus Sonnenenergie zu berichten?
4. Wie hoch schätzt der Regierungsrat den Finanzaufwand zur Erstellung aller Anlagen, welche in den überwiesenen Vorstössen verlangt werden?
5. Wie schätzt der Regierungsrat die Zeitdauer bis zur vollständigen Umsetzung des Teils der Solaroffensive ein, welche Gebäude im Verwaltungs- und im Finanzvermögen betrifft?

Corinne Eymann-Baier

#### 8. Schriftliche Anfrage betreffend Stellenwert der «Kulturlegi» für Ziele der Kulturstrategie 20/25

22.5508.01

Wer Stipendien, Prämienverbilligungen oder Sozialhilfe bezieht, kann die «Kulturlegi» beantragen. Mit dieser Karte gibt es vergünstigten Eintritt auf kostenpflichtige Kultur-Veranstaltungen. Laut Medienberichten wird das Angebot Basel unterdurchschnittlich genutzt:

- Beide Basel: 2'104 Nutzer:innen
- Kanton Zürich: 23'000 Nutzer:innen
- Kanton Waadt: 60'000 Nutzer:innen

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl besitzen gemäss Medienberichten 0.43% der Bevölkerung beider Basel aktuell eine «KulturLegi». Im Kanton Waadt sind es über 7%.<sup>1</sup>

Das, obwohl Basel-Stadt in der kulturpolitischen Strategie 2020 bis 2025 Wert auf kulturelle Teilhabe legt: Es sei «zentral», «dass die ganze Bevölkerung aktiv am Basler Kulturleben teilhaben kann».<sup>2</sup>

Es stellt sich darum die Frage nach dem Stellenwert der «Kulturlegi» als Massnahme für das Erreichen der Zielsetzung der kulturellen Strategie. Darum bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Möglichkeit zur Teilhabe am kulturellen Leben des Kantons für Geringverdienende generell? Nehmen Geringverdienende am kulturellen Leben des Kantons teil? Wie misst er das?
2. Mit welchen Massnahmen fördert der Regierungsrat die Teilhabe am kulturellen Leben spezifisch für Geringverdienende? Welchen Stellenwert hat die «Kulturlegi» in diesem Zusammenhang?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die geringe Nachfrage nach der «Kulturlegi»? Inwiefern steht diese im Zusammenhang mit dem generell niederschweligen Zugang zu Kultur-Veranstaltungen in Basel-Stadt? Verliert die «Kulturlegi» aufgrund des vielfältigen, frei zugänglichen Kultur-Angebots in Basel-Stadt an Stellenwert? Tragen tiefe Ticketpreise zu dieser Entwicklung bei?
4. In welchem Verhältnis stehen die Ticketpreise von Kultur-Veranstaltungen in Basel mit vergleichbaren Metropolen, wie Zürich, Bern oder Genf? Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Ticketpreise für Kultur-Veranstaltungen in Basel-Stadt zu tief sind?
5. Was tut der Regierungsrat, um die «Kulturlegi» bekannt zu machen und ist er der Ansicht, dass diese Massnahmen ausreichend wirksam sind? Kann mit einer Erhöhung der kantonalen Beiträge an die «Kulturlegi» die Situation verbessert werden? Falls ja, mit welchen Massnahmen?

<sup>1</sup> <https://bajour.ch/a/cia2o73bg7708555f4heb7h375/die-menschen-in-basel-nutzen-die-kulturlegi-kaum>

<sup>2</sup> <https://www.regierungsrat.bs.ch/nm/2020-regierungsrat-verabschiedet-seine-kulturpolitische-strategie-bis-2025-rr.html>

Johannes Sieber

#### 9. Schriftliche Anfrage zur Umsetzung der Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials in Basel-Stadt

22.5518.01

Der Bund hat im Mai 2019 ein Paket mit sieben Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials in Kraft gesetzt. Im Kontext der Personenfreizügigkeit mit der EU sollen diese Massnahmen dafür sorgen, dass Unternehmen möglichst viele Arbeitskräfte in der Schweiz rekrutieren können. Die sieben Massnahmen zielen darauf ab, die Konkurrenzfähigkeit von älteren Arbeitskräften zu erhöhen, schwer vermittelbaren Stellensuchenden den Schritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und in der Schweiz lebende Ausländerinnen und Ausländer besser in die Arbeitswelt zu integrieren. Ausgesteuerte Personen über 60 Jahre, die trotz grosser Bemühungen keine Stelle mehr finden, sollen zudem eine existenzsichernde Überbrückungsleistung bis zur ordentlichen Pensionierung erhalten.

Der Unterzeichnende bittet die Regierung über die Umsetzung dieser Massnahmen in Basel-Stadt zu berichten. Dabei kann er auch auf entsprechende Berichte verweisen.

1. Pilotprogramm Integrationsvorlehre (INVOL): Wie viele Personen mit welchem Aufenthaltsstatus konnten eine solche Lehre abschliessen?
2. Lohnzuschüsse für Flüchtlinge: Wie viele Arbeitgebende erhielten insgesamt wie viele Beiträge an den Lohn von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen, die zu den üblichen Arbeitsbedingungen angestellt wurden? Gibt es Informationen zur weiteren beruflichen Laufbahn der betroffenen Personen?
3. Kostenlose Standortbestimmung, Potenzialabklärung und Laufbahnberatung für Erwachsene ab 40 Jahre: Wer führt in unserem Kanton diese Standortbestimmungen durch? Wie viele Personen haben eine solche Beratung in Anspruch genommen? Wie werden diese beworben und sind weitere Werbemassnahmen geplant?
4. Berufsabschluss bei Erwachsenen fördern und Bildungsleistungen anrechnen: Welche Erfahrungen ergeben sich in Basel-Stadt aus dem fünfjährigen Projekt (2020-2024) bisher?
5. Wiedereingliederung von schwer vermittelbaren und älteren Arbeitslosen. Im Rahmen eines Impulsprogramms unterstützt der Bund den Fonds der Arbeitslosenversicherung ALV ab Frühjahr 2020 bis Ende 2022 mit jährlich 62,5 Millionen Franken, um Projekte der kantonalen Vollzugsstellen zu realisieren. Welche Projekte wurden in unserem Kanton mit welchen Ergebnissen umgesetzt?
6. Pilotversuch für Personen über 50 Jahre, denen die Aussteuerung droht oder die bereits ausgesteuert sind, mit Jobcoaching. Welche Projekte wurden in unserem Kanton mit welchen Ergebnissen umgesetzt?
7. Überbrückungsleistung für ausgesteuerte Arbeitslose über 60 Jahre: Wie viele Betroffene konnten seit Einführung eine solche Leistung in Anspruch nehmen?

Pascal Pfister

**10. Schriftliche Anfrage betreffend Rassismus auf Platz 3 des Sorgenbarometers der Jugendlichen in Basel-Stadt**

22.5532.01

Das Statistische Amt Basel-Stadt verweist im Dossier Basel "Gesellschaft & Soziales. Kommentierte Zahlen und Analysen" vom November 2022 auf die wichtigsten Ergebnisse der Jugendbefragung 2021. Gemäss dieser Jugendbefragung stellt die drittgrösste Sorge der Jugendlichen nach Schule/Ausbildung und Klima/Umwelt das Thema Rassismus dar. Mit 48 Prozent bezeichnet praktisch die Hälfte der Basler Jugendlichen Rassismus als ein Thema, das ihnen starke Sorgen bereitet. Das Thema Rassismus liegt dabei deutlich vor weiteren Themen wie etwa Berufseinstieg, Gesundheit oder sexuelle Belästigung. Dieses Ergebnis muss den Institutionen und der Politik in Basel-Stadt zu denken geben.

Im Analysebericht (<https://www.statistik.bs.ch/dam/jcr:ed850c57-8910-4664-97b1-648434d1e881/Bericht-Jugendbefragung.pdf>) zur Jugendbefragung wird keine Interpretation der Ergebnisse vorgenommen. Die starke Sorge, die das Thema Rassismus den Basler Jugendlichen bereitet, bedarf allerdings einer vertieften Auseinandersetzung und einer Stellungnahme seitens der Regierung. Deshalb bitte ich die Regierung um Antworten auf folgende Fragen:

1. Rassismus ist auf Platz 3 des Sorgenbarometers der Jugendlichen in Basel-Stadt. Wie deutet die Regierung dieses Ergebnis? Welche zusätzlichen Informationen liegen der Regierung vor, um diese Sorge der Jugendlichen zu verstehen und einzuordnen?
2. Dass praktisch die Hälfte der Basler Jugendlichen Rassismus als eine starke Sorge bezeichnen, ist sehr bedenklich. Was gedenkt die Regierung zu tun, um dieser Sorge der Jugendlichen zu begegnen?
3. Plant die Regierung, diesem hohen Ergebnis vertieft nachzugehen, um besser verstehen zu können, worin die Sorgen der Jugendlichen in Bezug auf das Thema Rassismus bestehen?
  - a. Wenn ja, welche konkreten Schritte sind dafür geplant?
  - b. Wenn nein, was könnte die Regierung tun, um das Wissen zu dieser Sorge der Jugendlichen zu vertiefen und ist die Regierung bereit, dem nachzugehen und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen?
4. Das Thema Rassismus betrifft alle Bereiche der Gesellschaft und damit auch alle Departemente der Basler Regierung. Rassismus wirkt sich, wie andere Formen der Diskriminierung auch, negativ auf die Gesundheit und das Wohlbefinden aus und führt zur Reproduktion von gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen. Was ist aus der Sicht der Regierung für die nachhaltige Förderung einer rassismuskritischen Basler Gesellschaft notwendig und welchen Beitrag kann die Regierung dazu leisten?
  - a. Welchen konkreten Handlungsbedarf und welche Ansatzpunkte sieht die Regierung dabei in ihren verschiedenen Departementen?
  - b. Wer ist in den einzelnen Departementen für die Bearbeitung des Themas verantwortlich?
  - c. Welche konkreten Massnahmen und Projekte sind in den einzelnen Departementen vorgesehen, um das Thema Rassismus anzugehen?
  - d. Wie arbeiten die Departemente dabei zusammen?
  - e. Welche personellen und finanziellen Ressourcen sind in den einzelnen Departementen vorhanden, um das Thema in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen zu bearbeiten? Sind die Mittel ausreichend, um das Thema in seiner Tiefe zu adressieren?

- f. Welche Formen der Beratung durch externe Expert:innen finden statt?
5. Wer auf der Webseite des Kantons unter den Themen A-Z das Thema Rassismus sucht, findet das Stichwort dort nicht. Lediglich die Stichworte Integration und Diskriminierung sind zu finden und verweisen auf die Fachstelle Diversität und Integration, die auch für das Thema Rassismus/Diskriminierung zuständig ist. Ist im Rahmen der geplanten Umstrukturierung der Fachstellen im Präsidialdepartement vorgesehen, dem Thema Rassismus einen prominenteren Auftritt auf der Webseite des Kantons zu geben? Und ist vorgesehen, dem Thema eine eigenständige Sichtbarkeit zu geben oder wird das Thema Rassismus weiter unter dem Stichwort Integration subsumiert?

Fleur Weibel

#### 11. Schriftliche Anfrage betreffend die Umgestaltung (Revitalisierung) der Wiese

22.5533.01

Die Wiese muss aufgrund unterschiedlicher Faktoren umgestaltet und naturfreundlicher gestaltet werden. Das Bau- und Verkehrsdepartement hat dazu in der Medienmitteilung vom 09.05.2022 Stellung genommen und erste Pläne und das Projekt «WieseVital» präsentiert.

Wie das Bau- und Verkehrsdepartement schreibt, soll der Fluss lebendiger und naturnaher werden. Zwischen der deutschen Grenze und dem Tierpark Lange Erlen soll sich die Wiese innerhalb ihrer Dämme frei bewegen können. Dadurch sollen wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen entstehen. Ausserdem soll der Schutz vor Hochwasser verbessert und die Trinkwasserversorgung gesichert werden.

Die Umgestaltung der Wiese ist begrüssenswert. Jedoch ist es wichtig, dass die Wiese so umgestaltet wird, dass die Basler Bevölkerung die Wiese weiterhin als Erholungsraum nutzen kann. Die Ufer der Wiese werden von diversen Bevölkerungsschichten genutzt, als Grillplatz oder als Spazierweg. Die Wiese soll deshalb nicht nur ein grüner Vernetzungskorridor von Kleinhüningen bis Riehen sein, sondern auch der Bevölkerung der umliegenden Quartiere eine hohe Lebensqualität bieten.

Der Klimawandel wird in naher Zukunft dazu führen, dass Naherholungsräume wie die Wiese als vielseitige Begegnungszonen je länger je wichtiger werden. Im Sommer sind Plätze am Wasser, wie etwa das Rheinbord oder das Birsköpfl, schon heute überlastet.

Umso wichtiger ist es deshalb, dass die Wiese weiterhin als eine vielseitige Alternative zur Verfügung steht.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen zum aktuellen Planungsstand:

1. Wie ist die Aufteilung zwischen Naturschutz und Freizeitnutzung im revitalisierten Wieseabschnitt angedacht?
2. Ist geplant, Bereiche für die Besucherinnen und Besucher des Wiesenbords zu sperren, oder die Zugänglichkeit mit baulichen Massnahmen (welchen?) einzuschränken?
3. Ist sichergestellt, dass auch nach der Revitalisierung genügend Sitzmöglichkeiten und Plätze, zum Beispiel für Liegestühle zur Verfügung stehen?
4. Ist sichergestellt, dass auch nach der Revitalisierung Verweilplätze in derselben Grössenordnung wie heute zur Verfügung stehen?
  - a. Wenn nein, ob dies in die Planung miteinfließen könnte?
5. Sind entlang der Wiese oder auf dem Damm Grillstationen eingeplant?
  - a. Wenn nein, ob andere Alternativen möglich wären?
6. Ist eine Besuchendenlenkung im revitalisierten Abschnitt vorgesehen und auf welche Art und Weise?
7. Sind im bereits revitalisierten Abschnitt zwischen Lange Erlen und Wiesemündung in den Rhein weitere Aufwertungen für die Freizeitnutzung geplant (Einrichtung von Rast- oder Verweilplätzen, Grillstationen, Sitzbänke etc.)?
8. Wurden WC-Anlagen miteingeplant?
  - a. Wenn nein, ob dies in die Planung miteinfließen könnte?

Mahir Kabakci